

aktuelle analysen | 84



Hanns
Seidel
Stiftung

Salafismus in Deutschland und Bayern

Ein Problemaufriss

Philipp W. Hildmann / Susanne Schmid (Hrsg.)

Philipp W. Hildmann / Susanne Schmid (Hrsg.)

Salafismus in Deutschland und Bayern

Ein Problemaufriss

VORWORT



Markus Ferber, MdEP

Vorsitzender der
Hanns-Seidel-Stiftung

Am 19. August 2020 wurde in wenigstens drei Fällen versucht, Menschen auf der Berliner Stadtautobahn gezielt zu töten. Am 4. Oktober wurde in Dresden ein Tourist erstochen und am 16. Oktober nahe Paris ein Lehrer enthauptet. Am 29. Oktober erlagen drei Menschen in einer Kirche in Nizza ihren Stichverletzungen und am 2. November starben vier Personen bei einem Terroranschlag in Wien. Allen Taten gemeinsam war die islamistische Motivation derjenigen, die sie begangen haben. Wieder einmal ist Europa von einer Serie islamistischen Terrors heimgesucht worden. Und die Bedrohung ist nicht vorbei. Auch Deutschland steht unverändert im unmittelbaren Zielspektrum islamistischer Akteure – insbesondere aus dem salafistischen Milieu.

Beim Salafismus handelt es sich um eine seit Jahren wachsende fundamentalistische Strömung, deren Anhänger vorgeben, sich als die einzigen „wahren Muslime“ bei ihrem Denken und Handeln ausschließlich an einem wortgetreuen Verständnis von Koran und Sunna zu orientieren. Mit dieser Interpretation lehnen sie unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung vollständig ab und gefährden den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die ansteigende Attraktivität des Salafismus verdeutlicht, wie wichtig neben der Aufklärung durch die Verfassungsschutzbehörden auch eine gesamtgesellschaftliche Auseinandersetzung mit ihm ist.

Unser Grundauftrag zur Stärkung der Demokratiefähigkeit vor allem der jungen Generation ist als ein präventiver Beitrag zu werten, Menschen nicht an das salafistische Milieu zu verlieren. Der vorliegende Band erweitert das Angebotsspektrum der Hanns-Seidel-Stiftung um weitere fundierte, sensibilisierende und aufklärende Aspekte zu den missionarischen, politischen und dschihadistischen Aktivitäten salafistischer Akteure.

Ich wünsche eine angenehme und aufschlussreiche Lektüre.

///

Inhalt

Vorwort	2
■ Markus Ferber	

Wo stehen wir im Kampf gegen Salafismus?	8
Einführung	
■ Philipp W. Hildmann / Susanne Schmid	

I. SACHSTAND UND HINTERGRUNDINFORMATION

Aktuelle Entwicklungen und Tendenzen im Jihadismus ..	18
Ein Lagebericht	
■ Burkhard Körner	

Der Salafismus als Strömung	28
Gefahr in Verzug?	
■ Hazim Fouad	

Extremismusphänomene im Vergleich	38
Gemeinsamkeiten und Unterschiede	
■ Rudolf van Hüllen	

II. POLITISCHE BEWERTUNG


Bayern setzt im Kampf gegen Salafismus ein Zeichen	52
Radikalisierung verhindern	
■ Joachim Herrmann	
Gegen die Kälte	58
Wie sich Salafisten Zugang zur Gedankenwelt junger Menschen verschaffen	
■ Carolina Trautner	
Die bayerische Justiz und die Extremismus-bekämpfung	68
Maßnahmen und Einrichtungen zur Bekämpfung islamistischer Tendenzen	
■ Georg Eisenreich	
Was macht den Salafismus so gefährlich?	78
Die Grenzen zwischen Ideologie und Radikalisierung sind fließend	
■ Stephan Mayer	

III. AKTUELLE ERKENNTNISSE AUS WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG

Der Islam in Bayern	88
Abgrenzung gegen Islamismus und Islamfeindlichkeit	
■ Mathias Rohe	
Die aktuelle Entwicklung des Salafismus	100
Die kleine Minderheit unter den Muslimen	
■ Andreas Rieck	
Der Islam auf YouTube	110
Verbreitung von radikalen Botschaften	
■ Friedhelm Hartwig	
Wege in und aus der Radikalität	124
Beispiele aus der Praxis	
■ Moussa Al-Hassan Diaw	

IV. MASSNAHMEN DER PRÄVENTION UND DERADIKALISIERUNG

Antworten auf Salafismus	140
Das Bayerische Netzwerk für Prävention und Deradikalisierung	
■ Ulrike Fischer / Christiane Nischler-Leibl	
Extremismusbekämpfung und Radikalisierungsprävention im bayerischen Justizvollzug	160
Lösungsansätze in der Praxis	
■ Gülden Hennemann	
Das Kompetenzzentrum für Deradikalisierung	176
Maßnahmen des Bayerischen Landeskriminalamtes	
■ Bernd Willeuthner	
Der universelle Präventionsansatz von ufuq.de	186
Workshops und Fortbildungen	
■ Mustafa Ayanoglu	
Die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit	194
Informieren und diskutieren in digitalen und analogen Formaten	
■ Rupert Grübl / Johannes Uschalt	
Netzwerke mit Netzwerken bekämpfen	202
Beratungsstelle des BAMF im Kampf gegen religiös begründeten Extremismus	
■ Florian Endres	



Dr. Philipp W. Hildmann

ist Leiter des Kompetenzzentrums Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Interkultureller Dialog, Hanns-Seidel-Stiftung, München.



Dr. Susanne Schmid

ist Leiterin des Referats Gesellschaftliche Entwicklung, Migration, Integration an der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung, München.

/// Einführung

Wo stehen wir im Kampf gegen Salafismus?

Die Ereignisse in Berlin und Dresden 2020 haben uns schmerzlich vor Augen geführt, wie präsent der islamistische Terrorismus und die salafistische Ideologie nach wie vor in Deutschland sind. Wir stellen uns daher die Fragen: Wo stehen wir in Deutschland und Bayern im Kampf gegen Salafismus? Was sind die Ursachen für religiös begründete Radikalisierung? Welche Rolle spielen Soziale Medien? Wie kann man Kinder und Jugendliche stärken und für Demokratie und Pluralismus begeistern? Welche Maßnahmen der Prävention und Deradikalisierung haben sich im Phänomenbereich Salafismus bewährt?

Der Salafismus ist eine der weltweit dynamischsten und am schnellsten wachsenden islamistischen Strömungen, die insbesondere junge Menschen anspricht. Die Verfassungsschutzbehörden stufen ihn auch hierzulande nach wie vor als gefährliche und extremistische Ideologie mit erheblicher Propagandatätigkeit ein.

Wir alle wissen, dass die Ursachen für religiös motivierten Extremismus vielfältigster Natur sind und sich nicht schematisch erklären lassen. Die Rekrutierung von Anhängern extremistischer Organisationen erfolgt über geschickte Anwerbestrategien unter anderem auch über Soziale Medien. Dabei werden häufig individuelle prekäre Lebensumstände als auch sozio-kulturelle Spannungen innerhalb der Gesellschaft ausgenützt. Auch wissen

wir, dass Personen, besonders im Jugendalter, die nicht von unserer Gesellschaft aufgefangen werden, sich ein anderes Bezugssystem suchen. Sie sind einfache Opfer für extremistische Gruppierungen.

Kinder und Jugendliche zu schützen und ihnen demokratische Werte zu vermitteln ist Aufgabe der Gesellschaft, Aufgabe jedes Einzelnen und insbesondere auch Aufgabe von Vereinen, Verbänden und Institutionen. Mit unserer Veröffentlichung wollen wir daher den aktuellen Sach- und Forschungsstand zu folgenden Fragen beleuchten: Was wissen wir über die Ausprägung des Phänomens Salafismus in Deutschland und Bayern? Was sind die Ursachen für religiös begründete Radikalisierung? Wie erkennt man den Beginn einer Radikalisierung? Hat dabei die Ausprägung des Demokratieverständnisses eine Bedeutung? Welche Rolle spielen Soziale Medien? Wir wollen aber auch fragen, wie von Institutionenseite in Bayern auf das Phänomen reagiert wird und welche Maßnahmen der Prävention und Deradikalisierung sich bewährt haben.

Gemeinsam mit Experten aus den Bereichen Politik, Sicherheit, Religion, Wissenschaft und Praxis wollen wir im Folgenden über die Ursachen religiös begründeter Radikalisierung sowie über mögliche Lösungs- und Interventionsstrategien informieren.

Den ersten Abschnitt „Sachstand und Hintergrundinformationen“ eröffnet der Präsident des Bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz, **Burkhard Körner**. Er informiert über die jihadistischen Dynamiken und Strukturen weltweit sowie über das salafistische Personenpotenzial in Deutschland und Bayern. Er resümiert, dass der salafistische Jihadismus trotz des militärischen Sieges über den IS weiterhin eine Gefahr für die internationale Sicherheit darstelle. In Deutschland habe das Rekrutierungspotenzial für den Salafismus einen Sättigungsgrad erreicht, gleichzeitig erstarken jedoch andere Organisationen im legalistisch-islamistischen Bereich. Von Jihad-Rückkehrern könne eine hohe Gefährdung ausgehen; das Gewalt- und Agitationspotenzial von salafistisch sozialisierten Kindern sei gegenwärtig noch schwer abschätzbar.

Hazim Fouad, Islamwissenschaftler und wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung für Verfassungsschutz beim Senator für Inneres der Freien Hansestadt Bremen, verortet den Salafismus als Strömung zwischen religiösem Fundamentalismus und politischem Extremismus. Hierfür untersucht er den Salafismus aus religionswissenschaftlicher und extremismustheoretischer Perspektive und beleuchtet das Verhältnis des Salafismus zu politischer Gewalt. Er kommt zu dem Ergebnis, dass Salafismus eine Form von religiös begründetem Extremismus sei, der sich durch sein fundamentalis-

tisches Islamverständnis von anderen islamistischen Strömungen unterscheidet. In Deutschland würde der überwiegende Teil der salafistischen Bewegung seine Ziele ohne politische Gewalt zu erreichen suchen, was aber nichts an deren antidemokratischen Ausrichtung und der daraus resultierenden Gefahr für die innere Sicherheit ändere.

Politikwissenschaftler und Extremismusforscher **Rudolf van Hüllen** analysiert in seinem Beitrag die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den Extremismus-Phänomenen Salafismus, Links- und Rechtsextremismus. Dabei geht er auf deren Genese und Gewaltakteure sowie auf die wechselseitige Perzeption der Extremismen ein. Als fünf Gemeinsamkeiten identifiziert er: (1.) ein holistisch und hermetisch abgeschlossenes Weltbild, (2.) einen exklusiven und exkludierenden Wahrheitsanspruch, (3.) der notfalls auch mit Gewalt durchzusetzen sei, (4.) klare und kompromisslose Freund- und Feindbilder sowie (5.) Verschwörungsdenken. Van Hüllen hält die Gemeinsamkeiten der drei Phänomene als Gegenparts zu demokratischen Ordnungen für gravierend und konstatiert ihre Zunahme.

Den zweiten Abschnitt „Politische Bewertung“ eröffnet der Bayerische Staatsminister des Innern, für Sport und Integration, **Joachim Herrmann**. Er skizziert zunächst den islamistischen Terror als gemeinsamen Feind in Europa, der insbesondere das Internet intensiv als Propaganda-, Rekrutierungs- und Steuerungsmedium nutze. Anschließend geht er speziell auf Bayerns Kampf gegen den Salafismus ein, der neben repressiven Maßnahmen zunehmend auch präventiv – allem voran durch das Bayerische Netzwerk für Prävention und Deradikalisierung – geführt werde, um Radikalisierung möglichst bereits im Keim zu ersticken und dem islamistischen Terrorismus den Nährboden zu entziehen.

Dass es insbesondere die junge Generation ist, auf die Salafisten mit ihren Rekrutierungsbemühungen zugehen, thematisiert **Carolina Trautner**, die Bayerische Staatsministerin für Familie, Arbeit und Soziales. Sie beschreibt die perfiden Indoktrinationsmethoden der Extremisten, weist auf die Schwierigkeiten hin, Radikalisierungen früh zu erkennen und nimmt einige zivilgesellschaftliche und staatliche Hilfsangebote speziell für diese gefährdete Gruppe und ihr Umfeld näher in den Blick.

Welche Maßnahmen das Bayerische Staatsministerium der Justiz bereits ergriffen hat, um islamistische Tendenzen bei der Strafverfolgung, im Justizvollzug oder in der Bewährungshilfe aufzudecken und wirksam zu bekämpfen, schildert der Beitrag des zuständigen Staatsministers **Georg Eisenreich**. Da die Gefahren durch extremistische und terroristische Straftaten so bald nicht abnehmen dürften, werden sodann konkrete Forderungen an den Bun-

desgesetzgeber nach Ergänzungen des Strafgesetzbuchs und einer Änderung der gerichtlichen Zuständigkeiten formuliert.

Die politischen Bewertungen vervollständigt schließlich der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat, **Stephan Mayer**, der der Frage nachgeht, wie weit bei aller grundgesetzlich garantierten Religionsfreiheit die Toleranz für fundamentalistische religiöse Ansichten gehen dürfe angesichts der Vielzahl von Menschen, die in den vergangenen Jahren Opfer von Terroranschlägen sich radikalisierender Islamisten in Deutschland und Europa geworden seien. Vor dem Hintergrund einer Stabilisierung der Anzahl der Salafisten auf hohem Niveau unterstreicht er zudem die Bedeutung einer vorausschauenden und langfristigen Präventions- und Integrationsarbeit.

Den dritten Abschnitt „Aktuelle Erkenntnisse aus Wissenschaft und Forschung“ eröffnet der Rechts- und Islamwissenschaftler **Mathias Rohe**, der das schrittweise Ankommen muslimischen Lebens als Teil Bayerns und Deutschlands nachzeichnet, ohne die vielschichtigen, real existierenden Probleme auszublenken. Als „rechtsstaatsfeindliche Geschwister“ identifiziert er sodann Islamismus und Islamfeindlichkeit. Trotz seines vergleichsweise geringen Organisationsgrads in Bayern stelle Ersterer einen erheblichen Bedrohungsfaktor für die Bevölkerung dar. Als nicht minder bedrohlich wird die verfassungsschutzrelevante Islamfeindlichkeit eingestuft. Gegen beide extremistischen Bedrohungen würden Aufklärung, klare rechtsstaatliche Maßnahmen, wirksame Prävention sowie eine faire Teilhabe aller Gutwilligen helfen.

Über Aufstieg und Niedergang des Salafismus informiert der Islamwissenschaftler **Andreas Rieck** in einer kenntnisreichen Tour d’Horizon, die ihren Ausgang im saudischen Wahhabitentum der 1980er-Jahre nimmt, im 2014 ausgerufenen IS-Kalifat kulminiert und nach dessen Zerschlagung in der global gesehen abnehmenden Bedeutung dieser extremistischen Ideologie mündet. Auch für Deutschland gelte, dass der Zenit der Anziehungskraft des Salafismus möglicherweise überschritten sei, da zum einen ein überzeugendes Narrativ in Form eines Konflikts in der islamischen Welt fehle, in dem ein Engagement auch für Muslime in Deutschland attraktiv wäre, und da zum anderen potenzielle Akteure inzwischen unter starker Beobachtung stünden, was zu einer spürbaren Einschränkung ihrer öffentlichen Aktivitäten geführt habe.

Der Peripherie des religiös begründeten Extremismus wendet sich **Friedhelm Hartwig**, Islamwissenschaftler und Deradikalisierungsforscher, zu. Die von ihm präsentierten Forschungsergebnisse sind eindeutig: Wer auf den gerade für die jüngere Generation äußerst wichtigen YouTube-Plattformen nach Antworten auf Fragen zum Islam suche, gerate nahezu automatisch in

eine sunnitisch-islamistische, zumeist salafistische Informationsblase. Aufgezeigt werden nicht nur die wichtigsten Merkmale und Erfolgsfaktoren dieser Angebote. Es werden auch Aufgaben für Plattformbetreiber sowie für Akteure in Forschung, Bildung und Präventionsarbeit formuliert.

Zum Abschluss dieses Abschnitts wirft der Islamismusforscher **Moussa Al-Hassan Diaw** noch einen konkreten Blick auf radikalisierte Personen im österreichischen Strafvollzug und nach deren Entlassung. Er zeigt verschiedene Gründe für Radikalisierungen auf, beschreibt Wege von der ideologischen Grundüberzeugung hin zum Terrorismus, aber auch ganz praktische Ansätze für gezielte Distanzierungs- und Deradikalisierungsprozesse. Freiheitsentzug allein, so seine dargelegte und auch aus der Praxis gespeiste Grundthese, stelle ohne präventive Maßnahmen wider Radikalisierungstendenzen in Haft und ohne Distanzierungs- und Deradikalisierungsarbeit ein vergrößertes Gefahrenpotenzial dar.

Den vierten Abschnitt „Maßnahmen der Prävention und Deradikalisierung“ eröffnen **Ulrike Fischer**, Leiterin der interministeriellen Arbeitsgruppe (IMAG) „Bayerisches Netzwerk für Prävention und Deradikalisierung gegen Salafismus“ am Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration, und **Christiane Nischler-Leibl**, Leiterin der Abteilung VI „Frauenpolitik, Gleichstellung und Prävention“ am Bayerischen Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales. Die Autorinnen stellen das 2015 gegründete ressortübergreifende Bayerische Netzwerk für Prävention und Deradikalisierung gegen Salafismus detailliert vor. Das Netzwerk verfolgt einen ganzheitlichen präventiven Ansatz, um Radikalisierungsprozesse zu verhindern und die Gesellschaft gegen den Einfluss von Extremisten immun zu machen. In Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Partnern bietet das Netzwerk vielfältige Maßnahmen an und fördert die lokale Vernetzung.

Über Extremismusbekämpfung und Radikalisierungsprävention im bayerischen Justizvollzug informiert **Gülden Hennemann**, Leiterin der 2020 gegründeten Zentralen Koordinierungsstelle für Maßnahmen gegen Extremismus (ZKE) sowie der Operativen Einheit Extremismusbekämpfung im Justizvollzug (OpEE). Dafür beziffert sie die Fälle von Islamismus im bayerischen Justizvollzug und gibt einen Überblick über bisherige und neue Bekämpfungsansätze. Hennemann zeigt auf, wie der bayerische Justizvollzug in den letzten fünf Jahren seinen ganzheitlichen Bekämpfungsansatz – orientiert an der „Drei-Säulen-Strategie“ – erfolgreich fortentwickelt hat. Die Strategie basiert auf den Säulen (1.) Radikalisierungsprävention, (2.) Extremismusbekämpfung (Repression) und (3.) Deradikalisierung. Die ihnen zugrundeliegenden Maßnahmen wurden im engen Austausch zwischen operativer und strategischer Ebene stetig evaluiert und angepasst.

„Wie erreichen wir Menschen, die unsere demokratischen Grundwerte ablehnen und sich der gefährlichen Ideologie des Salafismus zugewandt haben, um ihnen eine neue Chance in unserer Gesellschaft zu geben?“ – **Bernd Willeuthner**, Kriminalhauptkommissar am 2015 gegründeten Kompetenzzentrum für Deradikalisierung des Bayerischen Landeskriminalamtes (KomZ), stellt sich diese Frage täglich. In seinem Beitrag informiert er über die Entstehungsgeschichte, die Akteure und das Tätigkeitsfeld des Kompetenzzentrums. Ferner berichtet er über die Arbeit mit Rückkehrern aus Krisengebieten und Geflüchteten. Ziel des KomZ ist es, Gefahren, die von radikalisierten Personen für andere oder für sich selbst ausgehen, abzuwenden. In Zusammenarbeit mit dem zivilgesellschaftlichen Träger „Violence Prevention Network“ werden Hilfestellungen und Beratungsangebote für das Umfeld, also etwa für Eltern, Angehörige und weitere Bezugspersonen, formuliert.

Mustafa Ayanoğlu, Referent an der „Fachstelle zur Prävention religiös begründeter Radikalisierung in Bayern – ufuq.de“, berichtet über die Entstehung und den universellen Präventionsansatz von ufuq. Die 2015 vom Bayerischen Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales gegründete Fachstelle setzt im Vorfeld der Radikalisierung an und bietet pädagogische Hilfestellungen zum Umgang mit salafistischer Rhetorik, von der sich Jugendliche oft angezogen fühlen. ufuq informiert, berät und schult pädagogische Fachkräfte der Bildungs- und Jugendarbeit, kommunale Verwaltungen und zivilgesellschaftliche Akteure in den Bereichen Islamismus, Salafismus und Islamfeindlichkeit sowie zur präventiven pädagogischen Arbeit. Zusätzlich werden Workshops von Jugendlichen für Jugendliche zu den Themen Islam und Demokratie, Salafismus, Islamfeindlichkeit, Geschlechterrollen und digitale Medien angeboten.


Die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit erzieht insbesondere junge Menschen zur Bereitschaft, empathisch und couragiert am staatsbürgerlichen und gesellschaftlichen Miteinander teilzunehmen, extremistischen Anschauungen in jeder Form argumentativ entgegenzutreten und sich für Rechtsstaatlichkeit und Demokratie aktiv einzusetzen. Politische Bildungsarbeit leistet im Kampf gegen Salafismus wichtige Präventionsarbeit. Ein Kernbereich der Landeszentrale ist dabei die Aufklärung über extremistische Äußerungen speziell im Internet und in den Sozialen Netzwerken. **Rupert Grübl** und **Johannes Uschalt** berichten in ihrem Beitrag über die zahlreichen Angebote der Landeszentrale. Das „Politmobil“, das Programm „Profil zeigen – für eine starke Demokratie“ sowie die Workshop-Reihe „Hass 2.0“ und die Bildungsinitiative „GermanDream“ seien hier nur exemplarisch benannt.

Um die 2012 gegründete „Beratungsstelle Radikalisierung“ des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) habe sich laut Referatsleiter **Florian Endres** ein breites Netzwerk an zivilgesellschaftlichen und behördlichen Strukturen gebildet, das auf inhaltlicher und struktureller Ebene die Interventions- und Deradikalisierungsarbeit im Phänomenbereich Islamismus maßgebend weiterentwickelte. Die gewachsenen Deradikalisierungsstrukturen seien dabei eng verbunden mit den Entwicklungen in der salafistischen Szene. Endres identifiziert in diesem Zusammenhang eine Drei-Phasen-Entwicklung: (1.) 2012-2014: Mobilisierung der Szene und Etablierung der Beratungsstrukturen, (2.) 2015-2018: Anschläge in Europa und weitere Zielgruppen rücken ins Spektrum der Deradikalisierungsarbeit, (3.) ab 2019: weitere Professionalisierung und Institutionalisierung sowie Diffusion der Szene und des Phänomens. Im Umgang mit Koran-Verteilung, Jihad-Ausreisen und Anschlägen habe sich, so Endres, Deradikalisierung in Deutschland als wesentlicher Faktor der ganzheitlichen Terrorismusbekämpfung etabliert.

Die Gefahr durch gewaltorientierte Salafisten in Deutschland ist seit mehreren Jahren anhaltend hoch. Präventionsarbeit und damit die Sensibilisierung und Aufklärung über Strategien, Mittel und Zielgruppen salafistischer Propaganda sind daher von herausragender Bedeutung. Mit dieser Veröffentlichung wollen wir über die Mechanismen religiös begründeter Radikalisierung informieren und bewährte Maßnahmen der Prävention und Deradikalisierung vorstellen.

Wir wünschen eine informative Lektüre!

///



I. SACHSTAND UND HINTERGRUND- INFORMATION



Dr. Burkhard Körner

ist Präsident des Bayerischen Landesamts für
Verfassungsschutz, München.

/// Ein Lagebericht

Aktuelle Entwicklungen und Tendenzen im Jihadismus

Auch nach dem Niedergang des sogenannten Islamischen Staats in seinem Kerngebiet in Syrien und Irak stellt der salafistische Jihadismus weiterhin eine Gefahr für die internationale Sicherheit dar. Auch in Deutschland und Bayern stellt sich vor diesem Hintergrund die Frage nach zukünftigen Entwicklungen und möglichen Gegenstrategien.

Aktuelle jihadistische Dynamiken und Strukturen

International

Im Frühjahr 2019 eroberten die von der PKK-Schwesterorganisation YPG dominierten Syrischen Demokratischen Kräfte (SDF) mit dem Ort Baghuz im mittleren Euphrattal das letzte zuvor vom sogenannten Islamischen Staat (IS) kontrollierte Territorium in dessen Kernregion Syrien und Irak. Während Ableger der jihadistischen Organisation anderenorts, z. B. in Afghanistan, bisweilen noch temporär effektive Gebietskontrolle ausüben können, kann das territoriale Kalifat des IS als besiegt betrachtet werden. Vor diesem Hintergrund wäre es jedoch eine fatale Fehleinschätzung, den IS als Organisation oder gar die dahinterstehende Ideologie für bezwungen zu halten.

Der Islamische Staat (IS) besteht trotz erheblicher Gebietsverluste fort.

Während der IS zwar erheblich an finanziellen Mitteln, Waffen, Personal, Propagandafähigkeiten und Infrastruktur eingebüßt hat, verfügt er nach wie vor insbesondere in Syrien und Irak, aber auch anderenorts in der islamischen und westlichen Welt über eine erhebliche Zahl an Kämpfern, Unterstützern und Sympathisanten. Nachdem die internationale Anti-IS-Koalition der Terrororganisation sukzessive territoriale, personelle, finanzielle und logistische Verluste zufügte, gelang es dem IS zunächst, seine Erfolgsgeschichte fortzuschreiben und sein Territorium vielerorts zu verteidigen und zu erweitern. Während zu Beginn die Errichtung und Ausweitung des territorialen Kalifats im Kerngebiet im Vordergrund stand, verschob sich infolge der Gebietsverluste die Schwerpunktsetzung immer mehr auf die Etablierung neuer Provinzen sowie auf Anschläge sowohl in mehrheitlich muslimisch geprägten als auch in westlichen Staaten. Dies sollte angesichts der zunehmenden militärischen Verluste den Fortbestand des Kalifats und damit einhergehend dessen Attraktivität in Bezug auf die Rekrutierung neuer sowie das Binden bisheriger Kämpfer sichern.

**Der internationale
Jihadismus erfährt eine
zunehmende
Fragmentierung.**

Als der vollständige territoriale Niedergang absehbar war, orientierte sich der IS abermals um und schwor seine Unterstützer auf den Guerillakampf ein. Diesen Kampf aus dem Untergrund bezeichnete der selbsternannte Kalif des IS, Abu Bakr al-Baghdadi, in seiner am 29. April 2019 veröffentlichten Videobotschaft martialisch als Zermübungskrieg. Seit dem Tod al-Baghdadis im Zuge einer US-Militäroperation in der syrischen Provinz Idlib im Oktober 2019 ist der IS unter seinem Nachfolger Muhammad Abdarrahan al-Maula al-Salbi (alias Abu Ibrahim al-Hashimi al-Qurashi) zunehmend zu Guerillataktiken übergegangen.

Schätzungen zufolge verfügt der IS in seinem Kerngebiet trotz seiner Schwächung nach wie vor über mehrere tausend Kämpfer und Sympathisanten. Allein in syrischen Flüchtlings- und Haftlagern befinden sich Medienangaben zufolge etwa 11.000 IS-Kämpfer sowie zehntausende Familienangehörige von IS-Kämpfern. Da weiterhin Flüchtlinge in den Lagern ankommen, sich gleichzeitig aber die Verwaltungs- und Versorgungslage zunehmend verschlechtert, sind die Lagerverwaltungen vereinzelt dazu übergegangen, inhaftierte IS-Anhänger freizulassen.¹ Von besonderer Relevanz ist hier das al-Haul-Flüchtlingslager in der nordostsyrischen Provinz al-Hasaka, welches unter der Kontrolle der SDF steht und fast 70.000 Menschen beherbergt.²

Wenngleich die Etablierung und Ausweitung neuer IS-Provinzen erheblich an Dynamik verloren haben, schlossen sich seit 2019 dennoch weitere Gruppierungen formal dem IS an:

- So rief die jihadistische Miliz neue Provinzen in Aserbaidschan, der Türkei, Indien, Pakistan sowie in Zentralafrika (Dem. Rep. Kongo) aus.
- Darüber hinaus bestehen weiterhin IS-Strukturen insbesondere auf der ägyptischen Sinai-Halbinsel, in Libyen, Somalia, Westafrika (Nigeria und Tschadseebecken), in der „Großen Sahara“ (Niger, Burkina Faso und Mali), in Jemen, Afghanistan sowie auf den Philippinen.
- Zu Anschlägen und weiteren terroristischen Aktivitäten mit IS-Bezug kam es seit 2019 auch in anderen Staaten Subsaharaafrikas sowie Asiens, beispielsweise in Sri Lanka, Bangladesch, Indonesien, Benin und Mozambique.

Obwohl der Schwerpunkt der medialen und politischen Aufmerksamkeit in den vergangenen Jahren stark auf dem IS lag, existieren weitere jihadistische Organisationen auf lokaler, regionaler und internationaler Ebene. Am bedeutendsten sind nach wie vor al-Qaida (AQ) und deren zahlreiche regionale Ableger.

- Hierzu zählt zum einen al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel (AQAH), die es vermochte, im Rahmen des internationalisierten jemenitischen Bürgerkriegs partielle Gebietskontrolle zu erlangen.
- Al-Qaida im Islamischen Maghreb (AQIM) entfaltet nach wie vor in Nordafrika sowie in der Sahel-Zone Aktivitäten.
- Der in der Sahara aktive Teil der AQIM fusionierte im März 2017 mit anderen jihadistischen Gruppierungen und firmiert seither unter dem Namen Jama'at Nusrat al-Islam wal-Muslimin (JNIM).
- Seit Anfang 2019 ist Hai'at Tahrir al-Sham (HTS) die schlagkräftigste und dominante Rebellengruppierung in der nordsyrischen Provinz Idlib. HTS, die aus dem früheren syrischen AQ-Ableger Jabhat al-Nusra (JaN) hervorging, hat sich zwar mittlerweile von der AQ-Führung entfernt und verfolgt eine Syrien-fokussierte Strategie. Dennoch orientiert sich HTS grundsätzlich weiterhin an der jihadistischen Ideologie.
- Mit Tanzim Hurras al-Din (THD) besteht seit Anfang 2018 erneut ein offizieller syrischer AQ-Ableger mit einer global ausgerichteten Agenda.

Mit der Loslösung von HTS aus der al-Qaida-Organisation zeigt sich eine weitere Spaltung und Fragmentierung des internationalen Jihadismus, was zuvor bereits beim Bruch zwischen IS und al-Qaida im Jahre 2014 zu beobachten war.

AQ entfaltet auch anderenorts nach wie vor Aktivitäten, beispielsweise in Afghanistan oder auch auf dem indischen Subkontinent. Mit al-Shabab hat AQ außerdem einen einflussreichen und wirkmächtigen Ableger in Somalia, der auch im benachbarten Kenia sowie in Tansania und Uganda aktiv ist. 2020 hatte die internationale al-Qaida-Organisation herbe Rückschläge zu verzeichnen: Am 7. August wurde Abu Muhammad al-Masri, der als AQ-Vizechef bereits als Nachfolger von AQ-Anführer Aiman al-Zawahiri gehandelt wurde, in Teheran erschossen. Zudem gibt es Gerüchte über den Tod von AQ-Anführer al-Zawahiri selbst, was von der Organisation bislang nicht offiziell bestätigt wurde. Im Falle des Todes von al-Zawahiri dürfte AQ zumindest vorübergehend vor einem großen Führungsproblem stehen.

Deutschland

Jihad-Rückkehrer bergen ein erhebliches Gefahrenpotenzial für Deutschland.

Nach erheblichem Zuwachs des salafistischen Personenpotenzials im letzten Jahrzehnt ist in Deutschland seit der zweiten Jahreshälfte 2017 ein nur noch verlangsamer Anstieg zu verzeichnen. Es liegt nahe, dass die Attraktivität der salafistischen Ideologie im Allgemeinen und der jihadistisch-salafistischen Ideologie im Speziellen in den vergangenen Jahren eng an den Erfolg und Misserfolg des IS geknüpft war. Momentan scheint es, als sei in puncto Rekrutierungspotenzial für den Salafismus ein Sättigungsgrad erreicht. Gleichzeitig erstarken andere Organisationen im legalistisch-islamistischen Bereich wie zum Beispiel „Generation Islam“, „Realität Islam“ oder die „Furkan-Gemeinschaft“. Darüber hinaus sind Ausreisedynamiken seit Frühjahr 2018 nahezu zum Erliegen gekommen.

In Zusammenhang mit Jihad-Rückkehrern muss festgehalten werden:

- Es befindet sich gegenwärtig noch eine niedrige dreistellige Zahl an zuvor aus Deutschland ausgereisten Personen in Syrien, Irak und der Türkei in Haft.
- Es liegen derzeit Erkenntnisse zu mehr als 1.070 deutschen Islamisten bzw. Islamisten aus Deutschland vor, die in Richtung Syrien bzw. Irak gereist sind. Etwa ein Drittel dieser Personen befindet sich momentan wieder in Deutschland. Zu mehr als 260 Personen liegen Hinweise vor, dass sie in Syrien oder Irak ums Leben gekommen sind.

- Von jihadistischen Rückkehrern kann aufgrund ihrer Kampferfahrung und Ideologisierung ein hohes Gefahrenpotenzial ausgehen. Neben Jihad-Rückkehrern und deren Familien bilden auch in Deutschland aufgewachsene Kinder aus jihadistischen Familien (Stichwort „jihadistische Sozialisation“) hinsichtlich ihres Agitations- und Gewaltpotenzials eine gegenwärtig noch schwer abschätzbare Größe.

Bayern

Dem deutschlandweiten Trend entsprechend hat auch das salafistische Personenpotenzial in Bayern nach einem erheblichen Zuwachs im letzten Jahrzehnt mittlerweile ein Plateau bei 760 Personen erreicht. Hiervon ist etwa ein Fünftel dem gewaltbereiten Spektrum zuzuordnen. Ausreisesachverhalte (77 Ausreisen seit 2012) werden mittlerweile nur noch sehr sporadisch festgestellt. 30 von Bayern nach Syrien und Irak ausgereiste Personen sind mittlerweile wieder nach Deutschland zurückgekehrt, davon 21 nach Bayern.³

Seit dem Verbot der „LIES!“-Kampagne und des dahinter stehenden Vereins „Die Wahre Religion“ im November 2016 ist festzustellen, dass sich die salafistische Szene sukzessive aus der Öffentlichkeit zurückgezogen und ihre Aktivitäten vermehrt in den Privat- und den Online-Bereich verlegt hat.

Wie auch anderenorts in Deutschland können innerhalb der bayerischen salafistischen Szene vermehrt Frauennetzwerke festgestellt werden. Der Austausch innerhalb dieser sogenannten Schwesternnetzwerke findet sowohl in der realweltlichen als auch in der virtuellen Welt statt. Hierbei existieren lokale, überregionale und deutschlandweite Netzwerkstrukturen. Während in Frauen-WhatsApp-Gruppen nur selten jihadistische Inhalte geteilt werden, verbreiten Salafistinnen über einzelne Telegramkanäle durchaus auch jihadistisches Material, einschließlich IS-Propaganda. Vor diesem Hintergrund ist auch die Bedeutung, welche die Sicherheitsbehörden weiblichen Protagonisten der salafistischen Szene bislang beigemessen hat, kritisch zu prüfen.

**Das salafistische
Personenpotenzial in
Bayern stagniert auf
hohem Niveau.**

Die Zukunft des Jihadismus

Vor genanntem Hintergrund ist zu erwarten, dass die jihadistisch-salafistische Ideologie auch in Zukunft insbesondere in Kontexten erfolgreich sein wird, die durch sozioökonomische und andere gesellschaftliche Missstände zulasten kulturell, religiös oder sozial vorgeprägter Individuen bzw. Personenverbände⁴ gekennzeichnet sind. Dies gilt beispielsweise auch für westlich sozialisierte Konvertiten mit biografischen Brüchen in ihren Lebensläufen. Mangelnde allgemeine und fehlende bzw. sehr selektive religiöse Bildung sowie eine Beeinflussung durch jihadistische Propaganda sind regelmäßig wesentliche Einflussfaktoren, die eine jihadistisch-salafistische Radikalisierung insbesondere dann begünstigen, wenn sie gemeinsam auftreten.

Das Beispiel der Rekrutierung wohlhabender Personen aus den arabischen Golfstaaten für den Jihadismus zeigt jedoch, dass auch Individuen, die selbst keine sozioökonomischen Missstände erleben oder erlebt haben, von der Ideologie angezogen werden können. In diesen Fällen spielt die nicht-jihadistisch salafistische (wahhabitische⁵) Sozialisation eine erhebliche Rolle, da sie den Zugang zur jihadistisch-salafistischen Ideologie erleichtert.

Staatliche und zivilgesellschaftliche Missstände begünstigen den Aufstieg des Jihadismus.

Die Unfähigkeit autokratischer Regime, sozioökonomische und andere gesellschaftliche Probleme zu lösen, in Verbindung mit mangelnden Partizipationsrechten und der systematischen und gewaltsamen Unterdrückung der Opposition, führte in Staaten des Nahen und Mittleren Ostens ab 2011 zu politischer Instabilität, Revolutionen, Bürgerkriegen und in Einzelfällen zum vollständigen Kollaps staatlicher Strukturen. In dieser Gemengelage gelang es jihadistischen Akteuren, ihre Ideologie zu verbreiten, entsprechende Organisationen zu etablieren bzw. zu stärken und in besonders instabilen Staaten stellenweise sogar (temporär) Gebietskontrolle zu übernehmen. Letzteres gelang dem IS, HTS und anderen jihadistischen Gruppierungen in Syrien, dem IS in Irak und Libyen sowie AQAH in Jemen. In der syrischen Provinz Idlib unterhält HTS quasi-staatliche Strukturen, was den Jihadisten einen größeren territorialen Rückzugsraum und professionellere Organisationsstrukturen ermöglicht und damit jihadistische Ausreisewillige zu einer tatsächlichen Ausreise ermutigen dürfte.

In westlichen Staaten, in denen Muslime eine Bevölkerungsminderheit darstellen, werden auch in Zukunft der Grad der religiösen Bildung, der Integration, der gesellschaftlichen Teilhabe und etwaiger Diskriminierung sowie der Zugang zu salafistischer Propaganda wesentlichen Einfluss auf den Rekrutierungserfolg der jihadistischen Ideologie haben. Grundsätzlich haben subjektiv empfundene Ungerechtigkeiten erhebliche Auswirkungen

auf Radikalisierungsprozesse. Von Bedeutung ist hier auch die Wahrnehmung der Verantwortlichkeit des Heimat- bzw. Gaststaats für das subjektiv wahrgenommene Leid von Muslimen im In- und Ausland. Vor diesem Hintergrund ist zu erwarten, dass auch weiterhin Staaten, die sich militärisch in der muslimischen Welt engagieren, verstärkt als Feindbild wahrgenommen werden.

Nach dem militärischen Sieg über den IS: Die jihadistische Ideologie wird bleiben

Der IS hat mittlerweile nahezu all sein zuvor gehaltenes Territorium verloren und ist als Organisation personell, materiell sowie logistisch stark geschwächt. Dennoch bleibt die Organisation aktiv und zeichnet sich weiterhin für die Orchestrierung und Inspiration terroristischer Anschläge in ihrem Kerngebiet Syrien und Irak sowie anderenorts in der islamischen, westlichen und restlichen Welt verantwortlich. Vor allem in Anbetracht der islamistisch motivierten Anschlagsserie in Europa im Herbst 2020 bleibt die Gefährdungslage unverändert hoch. Auch in Bayern und Deutschland sind weiterhin Anschläge mit direktem oder indirektem IS-Bezug möglich. Der IS ist dabei mehr als nur eine Organisation: Er etablierte eine besonders radikale, popkulturell beeinflusste Form eines jihadistisch-salafistischen „Lifestyles“, der aufgrund seiner unerbittlichen Rohheit und Kompromisslosigkeit verbunden mit einer hochprofessionellen Propaganda weiterhin attraktiv bleibt.

Der jihadistisch-salafistische „Lifestyle“ des IS strahlt weiterhin Attraktivität aus.

Frauen spielen in der salafistischen, einschließlich der jihadistischen Szene, eine bedeutendere Rolle, als dies noch vor einigen Jahren der Fall war bzw. vermutet wurde. Dies wird unter anderem an den Rekrutierungsbemühungen weiblicher IS-Mitglieder in syrischen Flüchtlingslagern deutlich. Darüber hinaus hat sich in der Praxis gezeigt, dass salafistische Frauen oftmals ideologisch gefestigter sind als ihre Ehepartner. Dies entwickelt insbesondere bei der Kindererziehung Relevanz, hat aber auch bisweilen einen katalytischen Effekt auf die Radikalisierung der Partner.

Zuletzt ist noch nicht abschätzbar, welchen Einfluss Jihad-Rückkehrer und jihadistisch sozialisierte Kinder in ihren Heimat- und Aufenthaltsstaaten langfristig auf die salafistische Szene im Speziellen und auf die Gesamtgesellschaft und Sicherheitsarchitektur im Allgemeinen haben werden.

Ausblick: Zukünftige Mobilisierungspotenziale für Jihadisten

Staatliche Instabilität, Regimegewalt gegen Oppositionelle, Bürgerkriege oder gar Staatszerfallsprozesse in Staaten der islamischen Welt erzeugen weiterhin Missstände und gegebenenfalls Machtvakua, die sich jihadistische Akteure zum Zwecke der Rekrutierung sowie der Verfestigung von Strukturen sehr wahrscheinlich auch in Zukunft zunutze machen werden. Die betroffenen Staaten könnten sich hierbei auch zu möglichen Ausreisezielen jihadistischer Kämpfer aus westlichen Staaten entwickeln.

Professionelle und zielgruppenspezifische Online-Propaganda war sehr erfolgreich darin, vor allem junge Menschen in der westlichen Welt, einschließlich Bayern und Deutschland, zur Ausreise in Jihad-Gebiete zu bewegen. Es ist davon auszugehen, dass entsprechende Propaganda auch in Zukunft erfolgreich sein wird, insbesondere dann, wenn zur Ausreise in verhältnismäßig einfache zu erreichende und vermeintlich attraktive Jihad-Schauplätze geworben wird, über die medial intensiv berichtet wird.

Negativ empfundene Integrations- und Diskriminierungserfahrungen können Radikalisierung begünstigen.

Vor dem Hintergrund rasanter Bevölkerungsentwicklung, wirtschaftlicher Schwierigkeiten und innenpolitischer Spannungen sind selbst heute wohlhabende und politisch stabile islamisch geprägte Staaten wie Saudi-Arabien nicht vor Destabilisierungsprozessen gefeit. Aktuell sollte in diesem Zusammenhang neben den seit Jahren bestehenden Brennpunkten Syrien, Irak, Jemen, Libyen und Ägypten das Augenmerk auch auf weiteren Entwicklungen in den sich in jüngster Zeit destabilisierenden Staaten Algerien, Sudan und in der Sahelzone liegen. Auch Afghanistan könnte im Zuge eines weiteren Macht- und Einflusszuwachses der Taliban oder eines Erstarkens des dortigen IS-Ablegers erneut zu einem größeren Hotspot des internationalen Jihadismus werden.

Jihadistische Radikalisierung in westlichen Staaten hängt stark von subjektiven Lebensperspektiven wie auch von Integrations- und Diskriminierungserfahrungen muslimischer, aber auch nicht-muslimischer Bevölkerungsteile ab. Hierbei sind insbesondere auch Bleibe- und Berufsperspektiven muslimischer Geflüchteter zu beachten, da nicht nur die tatsächliche Situation oft prekär, sondern auch die Diskrepanz zwischen Erwartung und Realität erheblich ist. Hier könnte mittelfristig ein signifikantes Radikalisierungspotenzial entstehen.

Schließlich ist festzustellen, dass der Salafismus nur eine Ausgestaltungsform einer im In- und Ausland wahrnehmbaren übergreifenden gesellschaftlichen Zentrifugaldynamik ist. In den letzten Jahren kann in zahlreichen westlichen Staaten, so auch in Deutschland, eine grundsätzlich verstärkte

Radikalisierung und zunehmende Popularisierung der politischen, religiösen und weltanschaulichen Ränder festgestellt werden. Radikale Ansichten bis hin zur gewaltbereiten Ablehnung Andersdenkender und der Normen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung sind nicht mehr nur in gesellschaftlichen Randbereichen festzustellen, sondern nähern sich sukzessive der Gesellschaftsmitte und sind Teil des öffentlichen Diskurses geworden.


Kurzum, die freiheitliche demokratische Grundordnung und das darin begründete Wertesystem drohen von allen Seiten unter Druck zu geraten. Diesem Prozess entgegenzuwirken, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Den Sicherheitsbehörden, insbesondere dem Verfassungsschutz im Rahmen seiner Frühwarnfunktion, kommt hierin die wichtige Rolle zu, die verfassungsfeindlichen und gewaltbefürwortenden Anteile dieser Entwicklung frühzeitig zu identifizieren, transparent zu beschreiben und damit auch an der Abwehr hieraus entstehender Gefahren aktiv mitzuwirken.

Deutsche Sicherheitsbehörden warnen frühzeitig vor verfassungsfeindlichen Gefahren.

///

Anmerkungen

- ¹ Vgl. Steinberg, Guido: Der Lagerkomplex al-Haul in Syrien, SWP-Aktuell Nr. 74, September 2020.
- ² Ebd., S. 1.
- ³ Stand: 14.10.2020. Der aktuelle bayerische Verfassungsschutzbericht wird voraussichtlich im April 2021 erscheinen.
- ⁴ Als sich erzkonservativ präsentierende Strömung innerhalb des sunnitischen Islams entfaltet der Salafismus insbesondere unter Sunniten Attraktivität. Seine dezidiert ablehnende bis feindliche Haltung gegenüber Schiiten und anderen islamischen Konfessionen sorgt für eine erheblich geminderte Anziehungskraft auf entsprechende Individuen und Bevölkerungsgruppen.
- ⁵ Beim Wahhabismus handelt es sich um eine islamistische Ideologie, zurückgehend auf Muhammad ibn Abd al-Wahhab (ca. 1702-1792), die geprägt ist von einem besonders strikten Monotheismus, der Exkommunikation andersdenkender Muslime und der Rechtfertigung von Gewalt gegenüber vermeintlich „Abtrünnigen“ und allem, was als „unerlaubte Neuerung“ (arab. Bid'a) verstanden wird. Salafistische und jihadistische Gruppierungen rezipieren die Lehren Abd al-Wahhabs besonders häufig. Der Wahhabismus ist die Staatsdoktrin Saudi-Arabiens.



Dr. Hazim Fouad

ist promovierter Islamwissenschaftler und beim Senator für Inneres der Freien Hansestadt Bremen in der Abteilung für Verfassungsschutz als wissenschaftlicher Mitarbeiter tätig. Dort beschäftigt er sich mit Themen wie extremistische Ideologien, Radikalisierung, Innere Sicherheit oder Prävention und ist hierzu auch als Referent und Publizist tätig.

/// Gefahr im Verzug?

Der Salafismus als Strömung

Beim Salafismus handelt es sich um eine Form des religiös begründeten Extremismus. Durch sein fundamentalistisches Islamverständnis unterscheidet er sich von anderen islamistischen Strömungen. Auch ist das Verhältnis seiner Anhänger zum Einsatz politischer Gewalt ambivalent. Dieser Beitrag beleuchtet die religiös-politische Verordnung dieser Strömung und erklärt, wieso der Salafismus auch in Zukunft für die Sicherheitsbehörden von Bedeutung bleiben wird.

Einleitung

Trotz zahlreicher Fachpublikationen zum Thema, bleibt der Salafismus Gegenstand kontroverser Diskussionen in Deutschland. Hierbei geht es zum einen um die Frage, ob wir es lediglich mit einer äußerst konservativen Form der Religionsausübung zu tun haben und inwieweit hieraus eine Gefahr für die Innere Sicherheit erwachse, die eine nachrichtendienstliche Beobachtung rechtfertigt. Zum anderen stellt sich im Lichte der jüngsten dschihadistischen Anschläge in Europa die Frage der Eignung des salafistischen Theologieverständnisses zur Rechtfertigung politischer Gewalt.

Basierend auf dem aktuellen Forschungsstand möchte dieser Beitrag aus sicherheitsbehördlicher und wissenschaftlicher Perspektive die zuvor genannten Fragestellungen diskutieren. Hierbei werden zunächst unterschiedliche Sichtweisen auf die Fragen vorgestellt und diese im Anschluss bewertet. Zuletzt erfolgt ein theoretischer Ausblick auf die weitere ideologische Entwicklung des Salafismus und dessen Bedeutung für die sicherheitsbehördliche Bearbeitung des Phänomens.

Ist der Salafismus ein konservatives Religionsverständnis oder die ideologische Grundlage für politische Gewalt?

Salafismus aus religionswissenschaftlicher und extremismustheoretischer Perspektive

Der Salafismus unterteilt sich in ein nicht-militantes und ein militantes Spektrum.

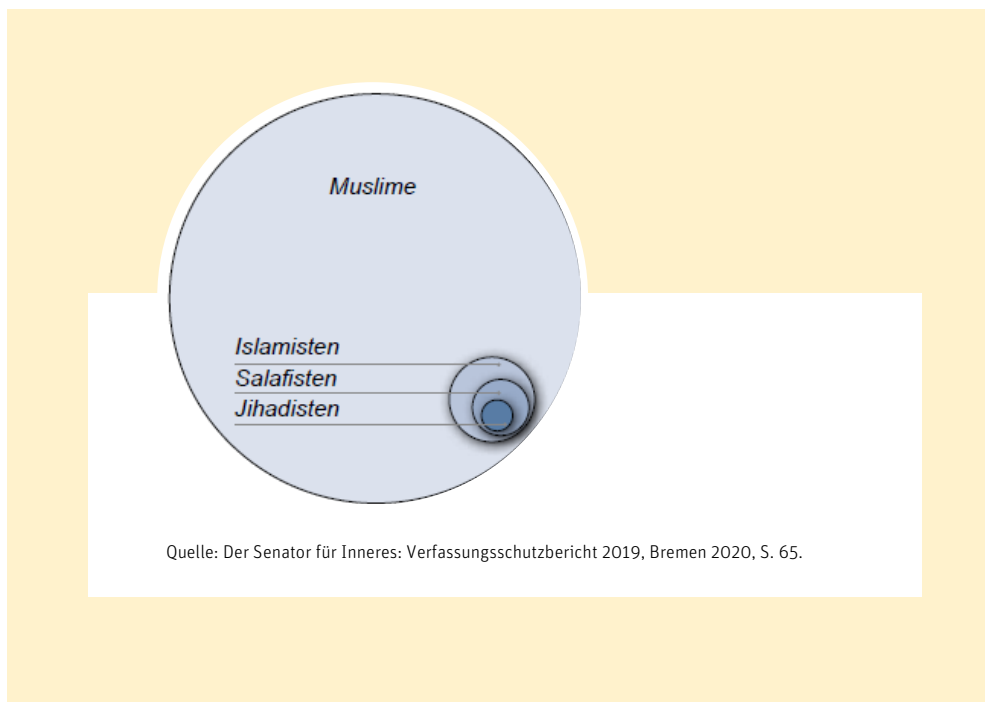
Beim Salafismus handelt es sich um eine fundamentalistische Strömung innerhalb des sunnitischen Islams.¹ Er unterteilt sich in ein nicht-militantes („politischer Salafismus“) und ein militantes Spektrum („Dschihadismus“).² Beide Spektren fußen jedoch auf dem gleichen fundamentalistischen Religionsverständnis. Auch wenn in der Wissenschaft unterschiedliche Definitionen von „Fundamentalismus“ existieren, so werden hierunter in der Regel Strömungen subsumiert, die einen Absolutheitsanspruch für ihre Lesart der Religion in Anspruch nehmen und sich hierfür entweder an einem äußerst eng gehaltenen Textkorpus oder an charismatischen Führungspersonen orientieren. Hinzu kommen ein ausgeprägtes Sendungsbewusstsein und eine Protesthaltung gegen die westlich geprägte Moderne, der eine in der Rückschau kreierte Utopie entgegengestellt wird.³

Diese Aspekte treffen auf den Salafismus zu. Im Gegensatz zum Islamverständnis der meisten Muslime, erachten seine Anhänger nur eine äußerst begrenzte Auswahl religiöser Grundlagenwerke als legitime Bezugsquellen und sehen nur sich selbst im Besitz der absoluten Wahrheit. Sie verfolgen eine weitgehende Abschottung von ihrer als „ungläubig“ definierten gesellschaftlichen Umgebung und versuchen, jede Alltagshandlung gemäß den Vorgaben ihres Religionsverständnisses auszurichten. Diese Abgrenzung gilt nicht nur gegenüber Nichtmuslimen, sondern auch gegenüber der Mehrheit der Muslime, die das salafistische Islamverständnis ablehnen und deshalb von Salafisten als „irregeleitet“ bezeichnet werden.⁴

Diese Haltung mag befremdlich und rückwärtsgewandt wirken, wäre für sich genommen zunächst jedoch nicht zwangsläufig verfassungsfeindlich. Unabhängig von ihrer Religionszugehörigkeit werden fundamentalistische Gruppierungen nicht pauschal durch den Verfassungsschutz beobachtet. Dies geschieht erst, wenn eine Gruppe – in den Worten des Religionssoziologen Heinrich Schäfer – „Strategien zur Kontrolle gesellschaftlicher Machtzentren verfolgt“. ⁵ Im Jargon der deutschen Sicherheitsbehörden spricht man in diesem Fall von so genannten „Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind“. ⁶ Etwas geläufiger sind die anonym zu verstehenden Begriffe der so genannten „extremistischen Bestrebungen“ oder schlicht des „Extremismus“. ⁷

Der Salafismus erfüllt die ideologischen Kriterien, um ihn, gemessen am deutschen Rechtsrahmen, als extremistisch zu charakterisieren. Er ist damit eine Teilströmung innerhalb des Islamismus, der eine Form des religiös begründeten Extremismus darstellt. Islamismus bezeichnet Bestrebungen zur Umgestaltung von Gesellschaft, Kultur, Staat oder Politik anhand von Werten und Normen, die als islamisch angesehen werden und antidemokratisch verfasst sind.⁸ Das islamistische Spektrum ist äußerst heterogen und umfasst unterschiedliche Gruppierungen, wie z. B. die missionarisch und parteipolitisch agierenden Organisationen der Muslimbruderschaft und der Jamaat-e-Islami, die über einen militärischen und einen zivilen Arm verfügende schiitische Hizb Allah oder aber auch dschihadistische Gruppierungen wie al-Qaida oder den IS. Die folgende Grafik stellt diese Kategorisierung vereinfachend dar:⁹

Abbildung 1: Vereinfachte Darstellung der unterschiedlichen Gruppierungen



**Die politischen Ansichten
von Salafisten laufen
Verfassungsgrundsätzen
zuwider.**

Das bedeutet, dass nicht alle Islamisten salafistisch, jedoch Salafisten als islamistisch bezeichnet werden müssen, da ihre politischen Ansichten und Forderungen Verfassungsgrundsätzen zuwiderlaufen. So werden in salafistischen Verlautbarungen die Demokratie und dahinterstehende Werte wie die Allgemeinen Menschenrechte, das Rechtsstaatsprinzip, die Souveränität des Volkes, die Gleichstellung der Geschlechter sowie die Religionsfreiheit eindeutig abgelehnt und ihnen die Vision eines totalitären Gottesstaates entgegengestellt.¹⁰ Entscheidend für die sicherheitsbehördliche Einstufung des Salafismus als Bestrebung ist, dass diese Ablehnung nicht auf einer abstrakt theoretischen Ebene verbleibt, sondern seine Anhänger über ihre weitläufigen Missionierungsbemühungen und Verlautbarungen aktiv die Beseitigung der bestehenden Rechts- und Gesellschaftsordnung bezwecken.¹¹

Zusammenfassend lässt sich somit sagen, dass der Salafismus nicht nur eine, maßgeblich mittels der Religionswissenschaft zu beschreibende, theologische Doktrin, sondern gleichzeitig eine soziale Bewegung darstellt, welche eine politisch-extremistische Zielsetzung verfolgt. Hierbei verfolgt sie unterschiedliche Methoden, die von gewaltloser religiöser Unterweisung bis hin zur Begehung von Attentaten reicht.

Das Verhältnis des Salafismus zu politischer Gewalt

Wie eingangs dargestellt, unterteilt sich das salafistische Spektrum in einen militanten und einen nicht-militanten Arm, mit jeweils weiteren Untergruppierungen. Die Akzeptanz bzw. Ablehnung des Mittels der politischen Gewalt zur Erreichung ideologischer Ziele ist somit das maßgebliche Unterscheidungskriterium zwischen beiden Richtungen. Einige Wissenschaftler sehen diesen Unterschied als dermaßen signifikant an, dass sie dafür plädieren, von zwei getrennten Phänomenen zu sprechen. Zudem verweisen sie darauf, dass viele der Attentäter der letzten Jahre nicht in missionarisch-salafistischen, sondern in kriminellen Milieus sozialisiert wurden und innerhalb kürzester Zeit zum Dschihadismus gefunden haben.¹²

Auch wenn letztere Beobachtung zutreffend ist, verkennt diese Sichtweise jedoch zum einen die gemeinsame theologische Grundlage des Dschihadismus und des politischen Salafismus sowie deren historische Genese. Zum anderen lässt sich in der Arbeit der Sicherheitsbehörden nach wie vor eine Schnittmenge zwischen beiden Szenen feststellen. So existiert ein partieller Austausch zwischen ihren maßgeblichen Akteuren und es radikalisieren sich nach wie vor Personen zunächst im politischen Bereich, bevor einzelne von ihnen den Schritt in die Militanz vollziehen.

Andererseits gibt es Versuche seitens deutscher Sicherheitsbehörden, dem Salafismus in Gänze eine Gewaltorientierung zu attestieren. So sei laut dem Verfassungsschutzbericht des Bundes die „grundsätzliche Bejahung von Gewalt ein immanenter Bestandteil salafistischer Ideologie“.¹³ Mit Blick auf diese Aussage wäre zunächst zu fragen, ob hiermit ausschließlich politische Gewalt gemeint sein soll. Denn mit Blick auf seine Haltung zu Körperstrafen für bestimmte Vergehen sowie der Legitimation der physischen Züchtigung der Ehefrau, rechtfertigt in der Tat auch der politische Salafismus den Einsatz von Gewalt. Ist hiermit jedoch ausschließlich politische Gewalt gemeint, gestaltet sich die Sachlage komplizierter.

Wenn es um die theoretische Rechtfertigung des Dschihad – hier verstanden als militärischen Kampf – unter bestimmten Voraussetzungen, wie z. B. zur Landesverteidigung oder als Ultima Ratio gegen rechtswidrige staatliche Repressalien geht, so lassen sich hierzu durchaus Beispiele aus den Aussagen und Schriften von Vertretern des politischen Salafismus finden.¹⁴ Führt man diesen Gedankengang allerdings zu Ende, so würde dies für nahezu alle islamistischen Gruppierungen gelten, sodass man konsequenterweise Islamismus per se als gewaltorientiert charakterisieren müsste. Dies ist allerdings sowohl wissenschaftlich äußerst fragwürdig als auch aus sicherheitsbehördlicher Perspektive äußerst unpraktikabel, da die Begrenztheit

Das Verhältnis zu Gewalt ist im politischen Salafismus ambivalent.

an Ressourcen eine Priorisierung bei der Beobachtung erfordert, die nicht zuletzt auf der Einteilung in friedlich agierende und gewaltorientierte Milieus basiert.

**In Deutschland erreicht
der größte Teil der
salafistischen Bewegung
seine Ziele ohne Gewalt.**

In Anlehnung an Überlegungen des Islamwissenschaftlers und Dschihadismusexperten Thomas Hegghammer scheint es zielführender, die Bewertung von Gruppierungen anhand ihres aktiven Verhaltens auszurichten.¹⁵ Eine Beachtung der sozio-politischen Umstände, unter denen eine Gruppe operiert, hilft, ihr Verhalten besser nachzuvollziehen. So haben sich zu Beginn des Arabischen Frühlings dschihadistische Gruppen in sozial-karitativen Initiativen engagiert, da sie glaubten, so mehr Anhänger gewinnen zu können.¹⁶ Umgekehrt haben die Bürgerkriege in Syrien und Libyen dazu geführt, dass ehemals rein missionarische islamistische Bewegungen zu den Waffen gegriffen haben.¹⁷

Für Deutschland muss attestiert werden, dass der überwiegende Teil der salafistischen Bewegung versucht, seine Ziele ohne das Mittel der politischen Gewalt zu erreichen. Daher erscheint die Beschreibung als „immanent gewaltorientiert“ nicht hilfreich bei der Einschätzung und Analyse der Strategien und Vorgehensweisen politischer Salafisten in Deutschland. An ihrer anti-demokratischen Ausrichtung und der daraus resultierenden Gefahr für die Innere Sicherheit ändert dieser Umstand freilich nichts.

Ausblick auf die sicherheitsbehördliche Bedeutung ideologischer Entwicklungen im Salafismus

Der Salafismus mag zunächst als starres Ideenkonzept erscheinen, tatsächlich aber haben sich einzelne Positionen über die Jahrzehnte gewandelt und den jeweiligen Umständen angepasst. So schien z. B. die Ablehnung von demokratischen Wahlen als unumstößliches Dogma, bis sich im Zuge des Arabischen Frühlings 2011 diverse salafistische Parteien formierten, um den politischen Prozess in ihrem Sinne zu beeinflussen. Solche Paradigmenwechsel werden intern meist nur in Teilen übernommen und führen so zu einer stetigen Aufspaltung der Szene.

In den letzten Jahren wurde in der Wissenschaft ein Prozess beobachtet, der als „Post-Salafismus“ bezeichnet wird. Dieser Begriff beschreibt eine Haltung von zumeist Einzelakteuren, die sich in der Vergangenheit der salafistischen Bewegung zugehörig fühlten, mittlerweile jedoch einige ihrer früheren Standpunkte hinterfragen. Insbesondere den sektiererischen Charakter des Salafismus sehen sie als hochproblematisch an. Wenngleich sie weiterhin davon ausgehen, dass das salafistische Theologieverständnis das ursprünglichste und wahrhaftigste ist, treten sie für Toleranz gegenüber anderen Glaubensauffassungen ein und äußern keinen politisch-totalitären Machtanspruch.¹⁸

Mit Blick auf Deutschland sind zum jetzigen Zeitpunkt keine derartigen Tendenzen erkennbar. Zwar gibt es sowohl unter ehemaligen Führungspersonen als auch einfachen Mitläufern Personen, die ihre damaligen Ansichten und ihr Verhalten kritisch sehen. Als „Post-Salafisten“ im oben beschriebenen Sinne sind sie jedoch nur schwerlich zu beschreiben, da dies aus ihren jetzigen Aussagen so nicht hervorgeht.¹⁹ Aus sicherheitsbehördlicher Sicht wäre entscheidend, ob potenzielle „Post-Salafisten“ den Grundsätzen der Verfassung befürwortend gegenüberstehen und inwiefern sie diese Überzeugung nach innen und außen glaubwürdig vertreten. Nur dann könnte man von einer nicht-extremistischen Spielart des Salafismus sprechen, der mit Blick auf Glauben und Ritus dennoch fundamentalistisch bleibt.

Da hierfür zentrale Bestandteile der salafistischen Glaubensdoktrin wie z. B. die Notwendigkeit einer gottgewollten Rechtsordnung negiert werden müssten, stellt sich die Frage, inwieweit man in so einem Fall überhaupt noch analytisch sinnvoll von „Salafismus“ sprechen könnte. Da es bisher noch nicht zur Formulierung derartiger Positionen im deutschen Kontext gekommen ist, müssen die hiesigen Erscheinungsformen des Salafismus aus behördlicher Sicht weiterhin als extremistisch charakterisiert werden.

///

Die Beobachtung der weiteren Entwicklungen im Salafismus durch die Sicherheitsbehörden bleibt notwendig.

Anmerkungen

- 1 Für eine detaillierte Einordnung vgl. den Beitrag von Rohe, Mathias in diesem Band.
- 2 Die Kategorie des „apolitischen“ oder „quietistischen“ Salafismus, welche auf Forschungen im muslimischen Kulturraum basiert, ist aus sicherheitsbehördlicher Sicht für den deutschen Kontext nicht relevant. Vgl. Wiedl, Nina: Geschichte des Salafismus in Deutschland, in: Salafismus. Auf der Suche nach dem wahren Islam, hrsg. von Behnam T. Said und Hazim Fouad, Freiburg 2014, S. 411-441.
- 3 Vgl. etwa Kienzler, Klaus: Der religiöse Fundamentalismus. Christentum Judentum Islam, München 1996; Riesebrodt, Martin: Die Rückkehr der Religionen. Fundamentalismus und der „Kampf der Kulturen“, München 2001 sowie Schäfer, Heinrich Wilhelm: Kampf der Fundamentalismen – Radikales Christentum, radikaler Islam und Europas Moderne, Frankfurt am Main 2008.
- 4 Vgl. hierzu ausführlich Fouad, Hazim: Zeitgenössische muslimische Kritik am Salafismus: Eine Untersuchung ausgewählter Dokumente, Würzburg 2019.
- 5 Vgl. <https://www.bpb.de/veranstaltungen/dokumentation/240866/auftaktvortrag>, Stand: 4.12.2020.
- 6 Vgl. <https://www.gesetze-im-internet.de/bverfsgb/BJNRO29700990.html>, Stand: 4.12.2020.
- 7 Vgl. <https://www.verfassungsschutz.bayern.de/ueberuns/service/glossar/bestrebungen-extremistische/index.html>, Stand: 4.12.2020. Hierbei sei jedoch angemerkt, dass dies eine primär staatliche Perspektive darstellt. Weder aus rechtswissenschaftlicher noch aus sozialwissenschaftlicher Sicht gilt der Extremismusbegriff als eindeutig definiert. Vgl. jeweils Ullrich, Norbert: »Extremismus«. Ein Rechtsbegriff und seine Bedeutung, in: Juristen Zeitung 71 (4)/2016, S. 169-176 sowie <https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/200099/kritische-anmerkungen-zur-verwendung-des-extremismuskonzepts-in-den-sozialwissenschaften>, Stand: 4.12.2020.
- 8 Diese Definition ist angelehnt an Seidensticker, Tilman: Islamismus. Geschichte, Vordenker, Organisationen, München 2014 sowie Fouad Hazim / Said, Behnam T.: Islamismus, Salafismus, Dschihadismus. Hintergründe zur Historie und Begriffsbestimmung, in: Politische Bildung im Kontext von Islam und Islamismus, hrsg. von Stefan E. Hößl, Lobna Jamal und Frank Schellenberg, Bonn 2020, S. 74-98.
- 9 Grafik entnommen aus: Der Senator für Inneres: Verfassungsschutzbericht 2019, Bremen 2020. S. 65.
- 10 Vgl. hierzu Farschid, Olaf: Salafismus als politische Ideologie, in: Salafismus. Auf der Suche nach dem wahren Islam, hrsg. von Behnam T. Said und Hazim Fouad, Freiburg 2014, S. 160-192.

- ¹¹ Für entsprechende Beispiele vgl. http://www.innenministerkonferenz.de/IMK/DE/termine/to-beschlusse/11-06-22/anlage14.pdf?_blob=publicationFile&v=2, Stand: 4.12.2020.
- ¹² So zum Beispiel der Islamwissenschaftler Lohlker, Rüdiger: https://salafismus.hsfk.de/fileadmin/HSFK/hsfk_publicationen/report_052016.pdf, Stand: 4.12.2020; der Soziologe Roy, Olivier: <https://www.theguardian.com/news/2017/apr/13/who-are-the-new-jihadis>, Stand: 4.12.2020, und die Politikwissenschaftlerin Bonelli, Laurent: <https://monde-diplomatique.de/artikel/!5668091>, Stand: 4.12.2020.
- ¹³ Bundesamt für Verfassungsschutz: Verfassungsschutzbericht 2019, Berlin 2020, S. 196.
- ¹⁴ Vgl. hierzu ausführlich Said, Behnam T.: Salafismus und politische Gewalt unter deutscher Perspektive, in: Salafismus. Auf der Suche nach dem wahren Islam, hrsg. von Behnam T. Said und Hazim Fouad, Freiburg 2014, S. 193-226.
- ¹⁵ Vgl. Hegghammer, Thomas: Jihadi-Salafis or Revolutionaries? Religion and Politics in the Study of Militant Islamism, in: Global Salafism. Islam's New Religious Movement, hrsg. von Roel Meijer, London 2009, S. 244-266.
- ¹⁶ Vgl. Zelin, Aaron: Your Sons Are at Your Service: Tunisia's Missionaries of Jihad, New York 2020.
- ¹⁷ Für Syrien vgl. <https://mepc.org/journal/role-muslim-brotherhood-syrian-civil-war>, Stand: 4.12.2020; für Libyen vgl. <https://www.crisisgroup.org/middle-east-north-africa/north-africa/libya/addressing-rise-libyas-madkhali-salafis>, Stand: 4.12.2020.
- ¹⁸ Bisher gibt es noch äußerst wenig Literatur zu diesem Thema. Für das detaillierteste mir bekannte Beispiel vgl. <https://themaydan.com/2018/10/emerging-post-salafi-current-west-africa-beyond/>, Stand: 4.12.2020.
- ¹⁹ Als Beispiele genannt werden können an dieser Stelle Sven Lau, Abdul Adhim Kamouss sowie Dominik Musa Schmitz. Alle drei bezeichnen sich nach wie vor als gläubige Muslime, wobei Kamouss und Schmitz nach ihrem Ausstieg aus dem Extremismus über ihren Reflexionsprozess publiziert haben. Vgl. Kamouss, Abdul Adhim: Wem gehört der Islam?, München 2018 sowie Schmitz, Dominic Musa: Ich war Salafist. Meine Zeit in der islamistischen Parallelwelt, Berlin 2016.



Dr. Rudolf van Hüllen

ist Politikwissenschaftler und Extremismusforscher,
Lehrbeauftragter an der Universität Passau und an der
Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung
Nordrhein-Westfalen, Gelsenkirchen.

/// Gemeinsamkeiten und Unterschiede

Extremismusphänomene im Vergleich

Drei sehr komplexe Extremismusphänomene (Rechtsextremismus, Linksextremismus, Islamismus) einem Vergleich zu unterziehen, könnte ein mehrbändiges Forschungsvorhaben sein. Der Beitrag konzentriert sich daher thesenartig auf die essenziellen Ähnlichkeiten. Der nicht sehr erfreuliche Befund: Die Gemeinsamkeiten der drei Phänomene als Gegenparts zu demokratischen Ordnungen sind gravierend. Und sie nehmen zu.

Spätestens mit dem Fanal der Anschläge am 11. September 2001 ist der religiös motivierte, besser gesagt der islamistische, Terrorismus als Bedrohung für freiheitliche Ordnungen offenkundig geworden.¹ Er scheint sich der bisher gängigen europäischen Vorstellung zu entziehen, nach der Extremismus entweder an den „linken“ oder „rechten“ Rändern des politischen Spektrums angesiedelt ist.

Allerdings klärt sich diese Unsicherheit, wenn man berücksichtigt, dass es sich bei der Extremismustheorie um einen normativen Ansatz handelt, der einerseits die Entfernung einer politischen Bestrebung zum Prinzip des demokratischen Verfassungsstaats misst und andererseits bei einer Untersuchung aller vergleichbaren Phänomene bestimmte gemeinsame Elemente ihres Denkens und Handelns herauszufiltern versucht. Der Vergleich liefert dann aufschlussreiche Erkenntnisse über Unterschiede zwischen den verschiedenen Extremismusphänomenen (Rechtsextremismus, Linksextremis-

Seit 2001 ist der islamistische Terrorismus als Bedrohung offenkundig.

mus, Islamismus), andererseits aber auch über Ähnlichkeiten und Berührungspunkte, die sich zu Kooperationen ganzer Spektren oder – auf einer personalen Ebene – zum Wechsel einzelner Akteure von einem zu anderen Phänomenbereichen verdichten können.²

Aus diesen Aspekten werden hier fünf zentrale Elemente extremistischer Phänomene ausgewählt. Zuvor muss allerdings geklärt werden, ob der unterschiedliche Status von Rechts- und Linksextremismus einerseits und Islamismus andererseits überhaupt einen Vergleich zulässt. Danach wird ein knapper Blick auf die Akteure gelenkt, um abschließend noch auf die wechselseitige Perzeption der drei Phänomene eingehen zu können.

Status der Ideologien

Der Islamismus zeichnet sich durch einen transzendenten Bezug aus.

Der Islamismus / Salafismus konfrontiert die Extremismusforschung mit einer neuen Dimension. Rechts- und Linksextremismus sind europäische Phänomene, die ihre Wurzeln in den Auseinandersetzungen um die Französische Revolution und die Aufklärung haben. Der Islamismus hingegen weist keinen ausschließlich säkularen, sondern auch einen transzendenten Bezug auf. Immerhin gibt es auch Deutungen des Rechts- und Linksextremismus als „politische Religionen“. Sie nähmen den Platz der in der Säkularisierung entzauberten christlichen Religion als im Mittelalter primäres Sinndeutungsmuster ein. In ihnen wird der transzendente Bezug durch das Ziel einer endzeitlichen Erlösung im Hier und Jetzt ersetzt. Ihr spiegelbildliches Gegenstück ist die „politisierte Religion“: Die Religion bleibt transzendente Sinndeutung, wird aber in den Dienst eines weltlichen Regimes gestellt oder – wenn man will – missbraucht.

Es ist augenscheinlich, dass für den Islamismus / Salafismus beide Deutungen nicht tragfähig sein können. Er ist keine „politische Religion“, weil er den Islam als Sinndeutung nicht ersetzt. Und er ist auch keine „politisierte Religion“, weil die Nutzung des Islam als Begründung für innerweltliche Ordnungsformen kein Missbrauch ist. Vielmehr ist dem Islam ein Doppelcharakter, zugleich Religion als auch innerweltliches Ordnungsprinzip zu sein, schon in seinen Primärquellen eingeschrieben. Es handelt sich dabei um das Prinzip „din wa daula“ (Glaube und Staat), das sich aus der historischen Abfolge der Offenbarungen an den Propheten Mohammed ergibt.

Bis zu seinem Auszug aus Mekka war Mohammed ein Religionsstifter, der versuchte, Menschen in seinem Umfeld seine Ideen nahezubringen. Von Gewalt und Zwang war keine Rede, und die große Mehrzahl der Muslime

versteht daher den Islam auch im Sinne der mekkanischen Suren des Koran als friedliche Religion. Mit dem Umzug nach Medina 622 n. Chr. ändert sich die Rolle des Propheten von einem Prediger in die eines Staatsmanns und Kriegsherren. Man kann also nicht von vornherein behaupten, die Islamisten / Jihadisten verfälschten „den Islam“, sondern sie wählen nur eine der möglichen Auslegungen des zentralen Dokuments. Und wenn man vom juristischen Prinzip der Abrogation ausginge, nach dem neuere Dokumente ältere sozusagen durch Überschreibung außer Kraft setzten, dann blieben die medinensischen Suren letztlich einschlägig. Verfehlt sind daher alle freundlich gemeinten, aber an der Sache vorbei argumentierenden Einlassungen gegenüber dem Islamismus, er habe nichts mit dem Islam zu tun. Das hat er durchaus, und zwar sehr viel.³

Der Doppelcharakter als politische Bestrebung einerseits und als spezifische Spielart der Weltreligion Islam ist jedenfalls kein Hindernis für einen Vergleich des Islamismus mit Rechts- und Linksextremismus. Das Grundgesetz schützt ohnehin nur die religiöse Überzeugung des Einzelnen und deren Ausübung, nicht aber die Umsetzung darauf vermeintlich oder tatsächlich gestützter antidemokratischer (eben extremistischer) politischer Bestrebungen. Als die Kommunistische Partei Deutschlands in den 1950er-Jahren im Parteienverbotsverfahren argumentierte, der Marxismus-Leninismus sei gar kein politisches Programm, sondern lediglich eine wissenschaftliche Theorie,⁴ judizierte das Bundesverfassungsgericht kühl, die Grenze zwischen wissenschaftlicher Theorie und politischem Ziel lägen eben dort, wo die betrachtend gewonnenen Erkenntnisse zu Bestimmungsgründen politischen Handelns würden.⁵

Der Verweis auf dieses alte, aber wichtige Urteil hat durchaus Gewicht. Das Bundesverfassungsgericht stellte damit klar, dass für die Beurteilung einer ziel- und zweckgerichteten Bewegung nur ihre politische Substanz von Bedeutung sei, nicht aber der Umstand, dass sie auch wissenschaftliche, künstlerische oder religiöse Dimensionen aufweisen kann. Hinsichtlich der religiösen Dimension ist allerdings bei dem nicht europäischen Phänomen des Islamismus von Bedeutung, dass die gnostische Dimension der Ideologie zum Teil ins Jenseits (Heilsversprechen Paradies neben dem innerweltlichen Ziel einer islamischen Gottesherrschaft) verlagert wird, während die traditionellen europäischen Extremisten ihre Utopien durchweg im Diesseits errichten wollen.

Das hat den Klassiker des Islamismus, Said Qutb (1906-1966), allerdings nicht gehindert, aus dem Marxismus-Leninismus außerordentlich viele Techniken zu übernehmen, die der Eroberung der Macht und ihrer finalen Erhaltung dienlich sein können: Qutb sieht den Islam als „dynamisches Sys-

Das Bundesverfassungsgericht beurteilt eine Bewegung nach ihrer politischen Substanz.

tem“, bei dem das Predigen der „Rechtleitung“ durch die Aktionen einer „Bewegung“ ergänzt werden müsste (das Prinzip der „Einheit von Theorie und Praxis“, der „Theorie als Anleitung zum Handeln“ im Marxismus-Leninismus).⁶ Er ermahnt seine Leser, sich „während ihrer fortschreitenden Bewegung“ nicht von deren „grundlegenden Prinzipien und Zielen“ zu entfernen⁷ (marxistisch-leninistische Entsprechung: das Erfordernis taktischer Flexibilität bei gleichzeitiger ideologischer „Prinzipienfestigkeit“).

Qutbs Schrift rekurriert auf Lenin.

Gemeinsam ist diesen beiden Extremismen auch die Vorstellung unterschiedlicher Phasen der Machteroberung (der Übergang von einer „bürgerlichen“ in eine „sozialistische Revolution“ bei Lenin)⁸ und das Endziel einer völligen Vernichtung aller konkurrierenden Gesellschaftssysteme.⁹ Völlig zu Recht ist daher Qutbs „Zeichen auf dem Weg“ als die islamistische Variante der zentralen operativen Schrift Lenins „Was tun? Zentrale Fragen unserer Bewegung“ (1905) bezeichnet worden.¹⁰

Gemeinsame Elemente von Extremismus

Die Extremismusforschung hat in unterschiedlicher Feinakzentuierung die folgenden gemeinsamen fünf Elemente von extremistischen Phänomenen herausgearbeitet.

(1) Holistisches und hermetisch abgeschlossenes Weltbild

- Bei völkisch-rassistischen Rechtsextremisten ist dies in der Regel die Vorstellung, der Mensch funktioniere primär als biologisches Wesen, „sinnvolle“ Verhaltensnormen könnten daher nur aus der Natur gewonnen werden. Natürlich sind dann z. B. tribalistische Vergemeinschaftung durch Abstammung, Kampf um Territorien und Ressourcen sowie Sozialdarwinismus.
- Bei Linksextremisten war die Prämisse eine vermeintlich wissenschaftliche Erkenntnis über angeblich gesetzmäßige Geschichtsverläufe: Das Voranschreiten zum kommunistischen Endzustand war zwangsläufig.
- Und beim Islamismus ist der Schlüssel noch um einiges einfacher: Das Weltgeschehen folgt dem Willen Allahs, alle erlaubten Handlungen sind in Koran und Hadithen als primäre Erkenntnisquellen niedergelegt.

In keinem der drei ideologischen Konstrukte spielt der Mensch als eigenverantwortliche, autonome Persönlichkeit eine konstitutive Rolle. Er hat sich der Alternativlosigkeit der Weltbilder zu fügen.

(2) Wahrheitsanspruch

Alle Extremismusphänomene erheben einen exklusiven und exkludierenden Wahrheitsanspruch für ihre Welterklärungsmodelle. Konkurrierende oder auch nur andere Weltdeutungen sind ebenso wie begrenzte Einsprüche keine anderen, sondern falsche Sichtweisen. Ein Pluralismus von Ansichten und Lebensbildern ist – anders als in westlichen Demokratien – nicht vorgesehen.

(3) Gewalt

Aus dem Wahrheitsanspruch ergibt sich fast zwangsläufig die logische Schlussfolgerung, das „Richtige“ notfalls auch mit Gewalt durchzusetzen. Die extremistische Option denkt immer die Vernichtung des „verkehrten“ Anderen als letzte Konsequenz mit. Die praktische Bereitschaft, dies umzusetzen, mag unter den Akteuren differieren. Nur von daher ist die bei den Sicherheitsbehörden gängige Differenzierung in einen „gewaltgeneigten“ und „nicht-gewaltgeneigten“ Extremismus aus polizeilicher Sicht vertretbar. Aber einen grundsätzlich „friedlichen“ Extremismus kann es nach der Logik der verschiedenen Ideologien heraus nicht geben – er müsste sonst sein Monopol auf „richtige“ Weltdeutung relativieren.¹¹

Einen „friedlichen“ Extremismus kann es nicht geben.

Gleichwohl sind nicht nur Zielgruppen und Modus operandi der politisch motivierten Gewalt in allen drei Extremismusphänomenen unterschiedlich. Aus ihrer Funktion für die Ideologie ergeben sich auch unterschiedliche Intensitäten.

- Beim Linksextremismus findet man die Gewalt als „befreienden Event“ im Anarchismus. Im Marxismus-Leninismus soll sie der „Geburtshelfer einer neuen Gesellschaft“ sein, mit dem vor allem das Kapital als „gesellschaftliches Verhältnis“ zu eliminieren ist. Eine physische Liquidierung des „Klassengegners“ ist dafür jedenfalls theorieimmanent nicht unbedingt erforderlich. Vielmehr kann der Einzelne durch Einsichten in die Theorien von Marx, Engels und Lenin seine soziale Rolle kritisch reflektieren und auf die Seite des „Fortschritts“ wechseln.¹²
- Das funktioniert beim „harten“ Rechtsextremismus, dem völkischen Rassismus nationalsozialistischer Prägung, nicht. Hier ist der Feind als „rassisch minderwertig“ biologisch falsch und mithin nicht umerziehbar. Die Gewalt wird dann exterministisch, sie kann nicht substituiert werden. Sie ist auch kein lediglich strategisch / taktisch einzusetzendes Mittel, sondern essenzieller Bestandteil der Ideologie.

- Und im Islamismus? Der Feind, in der Regel in Gestalt des „Ungläubigen“ oder des Apostaten, also des „falschen“ Muslims, kann theoretisch konvertieren. Er verliert durch Unterwerfung zum Islam zwar seine personale Freiheit, aber nicht notwendig das Leben. Ein Rückweg ist allerdings ausgeschlossen.¹³ Ähnlich wie beim Rechtsextremismus, bei dem die Gewalt „natürlich“ ist, verhält es sich mit islamistischer Gewalt: Sie beruht auf göttlicher Weisung, und auch in diesem Falle gibt es nichts zu reden.

(4) Feindbilder

Freund- und Feindbilder prägen alle drei Extremismusphänomene.

Konstitutiv für alle Extremismusphänomene ist zudem eine dichotomische und bipolare Weltsicht, die zu klaren und kompromisslosen Freund- und vor allem Feindbildern führt. Feindbilder reduzieren Komplexität, minimieren Empathie für „Feinde“ und stabilisieren den inneren Zusammenhalt extremistischer Gruppen. In ihnen wird zugleich deutlich, wo die sehr erheblichen Konvergenzen zwischen allen drei Phänomenbereichen liegen, denn die Feindgruppen sind oft identisch: Abstrakt gesagt handelt es sich um die pluralistischen Gesellschaften der Moderne und ihre individualistische Lebensform,¹⁴ die auf Rechtsstaatlichkeit, Willkürverbot und demokratischen Verfahren beruhen. Fast deckungsgleich trifft die Feinderklärung der drei Extremismusphänomene „den“ Kapitalismus (als Symbol individueller Handlungsfreiheit), die USA (als „Prototyp“ der westlichen Lebensweise) sowie Israel und „die Juden“¹⁵.

(5) Verschwörungsdenken

Ebenfalls konstitutiv und in enger Nachbarschaft zu den Feindbildern steht das Verschwörungsdenken. Wer davon überzeugt ist, die einzig richtige Welterklärung zu besitzen, und dann feststellt, dass die Menschen ihm weder folgen noch das (innerweltliche) Paradies funktioniert, muss diesen Umstand einer geheimen, heimtückischen Verschwörung zuschreiben. Den vernünftigen Ausweg anzuerkennen, dass die Ideologie fehlerhaft ist, kann er nicht akzeptieren.

- Im klassischen Linksextremismus sind die Verschwörer häufig „imperialistische Agenten“ oder Saboteure, bisweilen aber auch interne „Abweichler“.
- Rechtsextremistische Strömungen brachten emblematische Verschwörungstheorien wie die Dolchstoßlegende nach dem Ersten Weltkrieg und die Wahnidee der jüdischen Weltverschwörung in Gestalt der „Protokolle der Weisen von Zion“ hervor.

- Der Islamismus kennt die Verschwörung („mu'amarah“) als geradezu umfassendes Narrativ, mit dem die Inferiorität der muslimischen Zivilisation gegenüber der westlichen Moderne erklärt werden soll. Das beginnt bei der ex-post-Interpretation der Kreuzzüge und zieht sich vom Sykes-Picot-Abkommen 1916 über die Gründung Israels bis hin zu den aktuellen Opfererzählungen, die „den Islam“ stets als Opfer von außen zugefügter Katastrophen sieht, niemals aber auf die Idee kommt, die realen Ursachen in der eigenen Gesellschaftskonstruktion zu suchen.¹⁶

Gewaltakteure

Erfahrungen vieler Präventionspraktiker verweisen darauf, es bei den Akteuren rechtsextremer und islamistischer Gewalt mit recht ähnlichen Täterprofilen zu tun zu haben. Sie stammen vielfach aus sozial prekären, nicht integrierten Schichten, sind überdurchschnittlich jung, meistens männlich, und sie weisen häufig einen sogenannten crime-terror-nexus auf, das heißt, sie sind zusätzlich zur politisch motivierten Kriminalität auch noch im allgemein kriminellen Bereich unterwegs. Linksextremistische Gewalttäter hingegen gelten als formal höher gebildet und reflexionsbereiter, was die Nebenfolgen ihrer Gewaltausübung angeht.

Gegen diese in der Fläche durchaus nachvollziehbaren Eindrücke gibt es gleichwohl Einwände. Alle drei Extremismusformen kennen neben den einfachen – und oft auch „einfach gestrickten“ – Tatusführenden strategisch und reflektiert handelnde und planende „Kader“. Ihre Anzahl dürfte im eher bildungsfernen Rechtsextremismus knapper ausfallen als im Linksextremismus, wo traditionell auf eine ideologische Einordnung und Begründung (z. B. durch Taterklärungen) großer Wert gelegt wird.

Beim Islamismus befinden sich die Planungsspitzen zum Teil im Ausland, in Gestalt der „Apparate“ von Al Quaida und dem Islamischen Staat. Diese Anleitungsstrukturen sind durch die internationale Terrorismusbekämpfung geschwächt. Der französische Islamismus-Experte Gilles Kepel sieht daher heute einen „Jihadismus, der aus einer Atmosphäre entsteht: die Mohammed-Karikaturen, die Demonstrationen in der arabischen Welt und das Internet. Individuen, die gedanklich in dieser Stimmung drin sind, handeln direkt, ohne dass es eine Organisation dahinter gibt.“¹⁷

Etwas Ähnliches ist auch bei den jüngsten Anschlägen von Rechtsterroristen zu beobachten: „lone wolves“, deren „loneliness“ allerdings dadurch relativiert wird, dass eine im Internet abrufbare gemeinsame Ideologie sie wie durch ein unsichtbares Band verbindet.

Das linksextremistische Milieu weist einen höheren Anteil an Intellektuellen auf.

Wechselseitige Perzeption der Extremismen

Die Haltung des Islamismus gegenüber dem europäischen Links- und Rechtsextremismus ist klar und folgt der ausgrenzenden Ablehnung aller „Ungläubigen“: Keines dieser extremistischen laizistischen Angebote ist für ihn auch nur eine gesonderte Feinderklärung wert.

Rechts- und Linksextremismus sind Todfeinde.

Die beiden europäischen Phänomene Rechts- und Linksextremismus sind schon nach ihrem historischen Selbstverständnis traditionell Todfeinde: Der Rechtsextremismus will eine ethnisch-tribalistische, exkludierende Ordnung, der traditionelle Linksextremismus verspricht dagegen universale Gleichheit und Inklusion. Dieses Bild vom Linksextremismus stimmt nicht mehr. Die traditionelle Egalitätslinke ist im eigenen Lager mit einem schnell wachsenden gefährlichen Feind konfrontiert: den aus den USA einwandernden Identitätslinken, deren Konzept der „Wokeness“ sich der bedingungslosen Separation und Privilegierung von immer neuen „Opfergruppen“ verschrieben hat.

Zudem aktiviert sie bei ihrem Kampf gegen die Mehrheitsgesellschaft fortlaufend rassistische Stereotypen wie jene vom angeblich unentrinnbar rassistischen „weißen alten Mann“. ¹⁸ Das beeinflusst die linksextremistische (und in beträchtlichen Teilen auch die „gefühlslinke“) Perzeption des Islamismus: In der Vergangenheit waren nur harte „antiimperialistische“ und einige trotzkistische Gruppen der klassischen Egalitätslinken bereit, in Islamisten „antiimperialistische“ Verbündete zu sehen. Heute nimmt die Identitätslinke Muslime und den Islam insgesamt kulturell relativistisch als „Opfergruppe“ wahr und sitzt damit dem islamistischen Opfernarrativ und seinen „Islamophobie“-Kampagnen voll auf.

Bei Rechtsextremisten ist das Verhältnis zum Islamismus ebenfalls ambivalent: Im eigenen Land wird er als Hindernis für die „ethnische Reinheit“ der Nation abgelehnt, im Ausland dagegen als Kämpfer gegen Juden und „Multikulturalisten“ hofiert.

Alle drei Extremismusformen teilen deshalb nicht nur die erwähnten fünf typisierenden Merkmale. Sie arbeiten überdies auch mit Identitätskonstruktionen, die demokratische Gesellschaften nach voraufklärerischen Standards „tribalisieren“ wollen: Als politische Akteure gelten ihnen nicht mehr autonome und vernunftfähige Individuen, sondern kollektivistische Konstrukte, an die der Einzelne durch angeblich unveränderbare Eigenschaften gefesselt ist. Unabhängig vom Ausmaß politisch motivierter Gewalt ist das der Stoff, mit dem Extremisten die Diskursfähigkeit innerhalb pluralistischer Gesellschaften gefährden und die Polarisierung vorantreiben und mit dem sie häufig weit in die nicht-extremistische Mitte unserer Gesellschaften hineinwirken können.


Extremismusformen gefährden mit ihren Identitätskonstruktionen die Demokratie.

///

Anmerkungen

- 1 Richtig ist, dass auch andere Religionen wie Christentum, Judentum, Hinduismus in unterschiedlicher Ausprägung demokratiefeindliche und sogar terroristische Emanationen entwickeln können. Sie sind allerdings quantitativ gegenüber dem islamistischen Extremismus und Terrorismus für Europa ohne irgendeine Bedeutung.
- 2 Der vorgesehene Umfang zwingt dazu, auf gesonderte Nachweise sozialwissenschaftlich allgemeinkundiger Fakten zu verzichten ebenso auf eine Darstellung weiterführender Literatur.
- 3 Steinberg, Guido: Islamistischer Terrorismus, in: Internationale Politik, Mai/Juni 2017, S. 62-67, hier S. 62.
- 4 Vgl. KPD-Prozess, Dokumentarwerk, Bd. 1., Karlsruhe 1955, S. 515.
- 5 BVerfGE 5, 85 ff., hier S. 146. Wäre es anders, hätte sich die KPD unter Umständen auf die Wissenschaftsfreiheit berufen können, wie es heute Islamisten unter Verweis auf die Religionsfreiheit versuchen.
- 6 Qutb, Said: Zeichen auf dem Weg, hrsg. von Mohammed Massoul, Köln 2005, S. 76.
- 7 Ebd., S. 73.
- 8 Ebd., S. 72, 82 ff.
- 9 Ebd., S. 74, 82.
- 10 Siehe z. B. Kepel, Gilles: Jihad. Expansion et déclin de l'islamisme, Paris 2000, S. 35.
- 11 Das gilt auch für die Differenzierung zwischen „quietistischem“, „politischem“ und „jihadistischem“ Salafismus. Selbst der quietistische Salafismus, der aktuell nicht zu Straf- und Gewalttaten neigt, ist ein ideologischer „breeding ground“ der beiden anderen Varianten. Und an einer Duldung solcher importierter „breeding grounds“ kann vernünftigerweise kein Interesse bestehen.
- 12 Die Praxis war leider nie so menschenfreundlich wie die Theorie: Linke Gewalt forderte in rund 70 Jahren seit 1917 mehr Opfer als rechte in den 12 Jahren des Nationalsozialismus. Und natürlich kam es auch immer wieder zur direkten physischen Vernichtung „feindlicher Klassen“, wenn die Umerziehung zu misslingen drohte. Siehe hierzu plakativ Koenen, Gerd: Utopie der Säuberung. Was war der Kommunismus?, Berlin 1998.
- 13 Mehrere Fundstellen im Koran eignen sich zum Nachweis, z. B. Sure 5:12, aber auch 2:211. „Wer die Gnade Allahs eintauscht, nachdem sie ihm zuteil geworden ist – dann ist Allah streng beim Strafen.“ (Hinweis zur Quelle: Hier wird, da es um Islamismus geht, die von der Aktion „LIES“ verbreitete Koran-Version verwendet, und zwar in der 5. Aufl., Köln 2012).

- ¹⁴ Samuel Salzborn hat die modernen Extremismen als Aufstand gegen Moderne, Individualismus und Aufklärung gedeutet; er bündele sich im Antisemitismus als „negative Leitidee“. Jedenfalls hinsichtlich der Feindbilder ist dieser theoretische Ansatz absolut konsistent. Vgl. hierzu Salzborn, Samuel: Globaler Antisemitismus. Eine Spurensuche in den Abgründen der Moderne, Bonn 2019, S. 29 ff., und Ders.: Antisemitismus als negative Leitidee der Moderne, Frankfurt / New York 2010.
- ¹⁵ Das Ausmaß an Antisemitismus ist ein ausgezeichneter Indikator für Extremismus. Auch wenn die Begründungen für ihn differieren, findet man jahrhundertealte antisemitische Stereotypen in allen drei Phänomenbereichen.
- ¹⁶ Umfassend untersucht vor allem bei Tibi, Bassam: Die Verschwörung. Das Trauma arabischer Politik, Hamburg 1993.
- ¹⁷ Gilles Kepel in Neue Zürcher Zeitung (NZZ), 13.11.2020, S. 5.
- ¹⁸ Die Diskussion über diesen als neue Heilslehre daher kommenden wissenschaftlichen Trash kommt zum Glück allmählich in Gang. Siehe hierzu u. a. Scheu, René: Die zersplitterte Gesellschaft. Menschen werden wieder nach Herkunft und Geschlecht sortiert, in: NZZ, 10.2.2020, oder Schneider, Anna: Nur auf das Gefühl kommt es an. Absurde Thesen greifen um sich, wie etwa, dass nur Weiße Rassisten sein können, in: NZZ, 19.9.2020. Gegen die von Identitätslinken betriebene „Cancel Culture“ wendet sich ein „Netzwerk Wissenschaftsfreiheit“, in: NZZ, 9.2.2021.



II. POLITISCHE BEWERTUNG



Joachim Herrmann, MdL

ist Bayerischer Staatsminister des Innern, für Sport und Integration
und Mitglied des Bayerischen Landtags.

/// Radikalisierung verhindern

Bayern setzt im Kampf gegen Salafismus ein Zeichen

Den Kampf gegen Radikalisierung, Gewalt und Terrorismus müssen wir gemeinsam entschieden mit allen Mitteln führen, die unserem Rechtsstaat und unserer Gesellschaft zur Verfügung stehen. Neben der konsequenten repressiven Verfolgung setzt Bayern verstärkt auf präventive Maßnahmen, um Radikalisierung frühzeitig zu erkennen und möglichst im Keim zu ersticken.

Islamistischer Terror – der gemeinsame Feind in Europa

Europa liegt unverändert im unmittelbaren Zielspektrum des islamistischen Terrorismus. Die Anschläge im zweiten Halbjahr 2020 in Frankreich und Österreich zeigen, dass die Sicherheitslage in Europa von einer anhaltend hohen Gefährdung durch den islamistischen Terrorismus geprägt ist. Auch Deutschland steht weiterhin im Fokus jihadistischer Organisationen und radikalierter Einzelpersonen; eine Entspannung der Gefährdungslage ist nicht in Sicht. Das haben nicht zuletzt der islamistische Anschlag auf zwei Touristen am 4. Oktober 2020 in Dresden sowie die Anschläge auf türkische Einrichtungen im April und Mai 2020 ganz deutlich belegt.

Die zumeist einzeln oder in Kleinstgruppen handelnden Täter setzen dabei vor allem auf die Unberechenbarkeit und Unvorhersehbarkeit ihrer Anschläge und die Vielfalt der Angriffsmöglichkeiten. Besonders gefährdet sind weiterhin „weiche“ Ziele – also Menschen in Alltagssituationen, die

Europa insgesamt wie auch Deutschland sind nach wie vor Ziel des islamistischen Terrorismus.

Die Dezentralisierung des IS ist eine besondere Herausforderung für die Sicherheitsbehörden.

beispielsweise mit Fahrzeugen oder Stichwaffen angegriffen werden. Bei solchen sogenannten Low-Profile-Anschlägen gibt es keinerlei Tabus: weder hinsichtlich Alter, Geschlecht, Ethnie noch anderer Kriterien. Diese Form des Terrorismus wird verstärkt von jihadistischen Organisationen propagiert.

Zugleich gilt es aber auch weiterhin, die Rückkehrer aus den ehemals vom sogenannten Islamischen Staat (IS) kontrollierten Gebieten fest im Fokus zu behalten. Zwar hat die Dynamik der Ausreisen von Salafisten aus Deutschland und Bayern in Richtung Syrien und Irak zuletzt weiter deutlich abgenommen, und auch eine verstärkte Ankunft von Rückkehrern ist bislang nicht feststellbar, doch bleibt der Umgang mit Rückkehrern für die Sicherheitsbehörden eine vielschichtige und herausfordernde Aufgabe. Denn gerade nach dem Verlust seiner territorialen Strukturen in Syrien und im Irak hat sich der Prozess der Dezentralisierung des IS stark beschleunigt. Durch eine fortlaufende Etablierung sogenannter „Provinzen“ außerhalb des Kerngebiets möchte er Stärke sowie seinen weiterhin verfolgten Anspruch auf ein globales Kalifat vermitteln. Das Image seines scheinbar unaufhaltbaren Aufstiegs soll die Rekrutierung neuer Kämpfer aus der ganzen Welt erleichtern.

Jihadistische Propaganda im Netz

Die Islamisten nutzen weiterhin vor allem das Internet intensiv als Propaganda-, Rekrutierungs- und Steuerungsmedium, denn das Kommunikationsmittel ermöglicht den Personen der salafistischen Szene eine unkomplizierte und schnelle Kontaktaufnahme zu Gleichgesinnten. Der Austausch erfolgt hier sowohl über offen zugängliche als auch verschlüsselte Kommunikationsplattformen. So sind Online-Dienste wie Telegram, Hoop oder Instagram gegenwärtig das zentrale Betätigungsfeld für die jihadistischen Online-Aktivisten und zugleich die wichtigsten Verbreitungsplattformen für sowohl offizielle Propagandastellen als auch die inoffizielle Propaganda der Unterstützerszene.

Nach seiner militärischen Niederlage in Nahost zeigt der IS jüngst wieder neues Sendungsbewusstsein und dementsprechend ist auch die Bedeutung der Social-Media-Kanäle deutlich gestiegen. So verbreitet er über diese Kanäle vermehrt martialische Verlautbarungen und versucht, seine vorangegangenen personellen Verluste zu kompensieren. Außerdem wirbt die IS-Unterstützerszene auch für Einzeltäteranschläge in westlichen Staaten. Die Ideologie des IS ist somit insbesondere im Netz weiterhin weltweit präsent.

Bayerns Kampf gegen den Salafismus

Der Salafismus gilt als ideologischer Nährboden für islamistische Terroristen und ist eine der dynamischsten und aktivsten islamistischen Bewegungen in Deutschland – jugendaffin und radikalisiert. Dementsprechend können Staat und Gesellschaft den Kampf gegen die von der salafistischen und jihadistischen Ideologie ausgehenden Gefahr nur gemeinsam mit allen tatsächlich und rechtlich zur Verfügung stehenden Mitteln führen.

Es gilt, sich den Feinden von Demokratie und Freiheit geschlossen in den Weg zu stellen und zu zeigen, dass sie keinen Platz in unserer Gesellschaft haben. Der Freistaat Bayern geht dabei schon seit jeher äußerst entschieden und konsequent gegen Extremismus und Gewalt vor. Neben repressiven Maßnahmen setzen wir vor allem verstärkt auf präventive Maßnahmen, um Radikalisierung möglichst bereits im Keim zu ersticken und dem islamistischen Terrorismus den Nährboden zu entziehen.

In diesem Zusammenhang stellen sich natürlich auch eine Reihe von Fragen, etwa:

- Was macht die Anziehungskraft jener Ideologie aus?
- Wie lässt sich islamistische Radikalisierung erkennen und verhindern?
- Was kann man tun, wenn sich ein junger Mensch bereits radikalisiert hat?

Auf die gestellten Fragen wollen und müssen wir Antworten geben.

So ist der Salafismus für manche junge Menschen wohl deshalb attraktiv, weil er ihnen eine vermeintlich klare Orientierung bietet. Denn er setzt der Komplexität und Unübersichtlichkeit der modernen Welt ein konsequentes Schwarz-Weiß-Denken gegenüber. Durch eine Vielzahl von eindeutigen Geboten und Verboten wird der junge Mensch von seinen individuellen Entscheidungen und seiner persönlichen Verantwortung entlastet. Dadurch stiftet der Salafismus bei vielen orientierungslosen jungen Anhängern eine neue und grenzüberschreitende Identität. Die Jugendlichen fühlen sich anerkannt und als fester Bestandteil einer weltweiten Solidargemeinschaft wahrgenommen.

Es ist allerdings nicht immer einfach, islamistische Radikalisierung zu erkennen. Dementsprechend braucht es auch einen langen Atem, um sie zu verhindern. Denn Radikalisierung ist oft ein Zusammenwirken verschiedenster Faktoren. Das kann die Abgrenzung und Abwertung von Andersdenkenden und Andersgläubigen sein, der Aufbau eines neuen sozialen Umfeldes mit

**Der Salafismus
spricht vor allem junge
Menschen an.**

(islamistischen) Gleichgesinnten, die Beschäftigung mit islamistischen Inhalten oder aber ein aggressives Missionieren und ein Ablehnen der Demokratie. Allein die hier nicht abschließende Aufzählung macht deutlich, wie vielschichtig die Problematik ist und wie viele Faktoren einbezogen werden müssen, um gegenzusteuern. Und wer soll dann gegensteuern und wie? Solche Fragen hat sich die Staatsregierung auch gestellt und vor diesem Hintergrund ein Netzwerk für Prävention und Deradikalisierung gegen Salafismus geknüpft.

Bayerns Netzwerk für Prävention und Deradikalisierung



**ANT
WORTEN
AUF SALAFISMUS**
Bayerns Netzwerk für
Prävention und Deradikalisierung

Das 2015 gegründete ressortübergreifende „Bayerische Netzwerk für Prävention und Deradikalisierung gegen Salafismus“ verfolgt einen ganzheitlichen Ansatz und soll der Radikalisierung junger Menschen speziell aus dem salafistischen / islamistischen Bereich entgegenwirken. Auch zivilgesellschaftliche Träger sind ein wichtiger Partner. Dabei werden die Maßnahmen und Strukturen dieses überaus erfolgreich zusammenarbeitenden Netzwerks stets an aktuelle Entwicklungen sowie neue Zielgruppen und Schwerpunkte angepasst.

Eine zunehmend wichtige Rolle bei Radikalisierungsprozessen spielen weiterhin vor allem das Internet und die sozialen Medien, denn das Internet ist heutzutage vor allem für junge Menschen ein selbstverständlicher Teil ihres Lebens. In ihrem Alltag verschwimmen die Grenzen zwischen digitaler und analoger Welt zunehmend. Und das nutzen, wie bereits dargestellt, auch die salafistischen Organisationen und Akteure ganz gezielt aus, um Anhänger zu rekrutieren und sich weltweit zu vernetzen. Sie verbreiten ihre Botschaften in Online-Zeitschriften und Videos, auf Internetseiten, über Foren und sogar in Online-Spielen. Damit gehen ihre extremistischen Ideologien rasch viral und können so Radikalisierungsprozesse begünstigen.

Diesen Raum dürfen wir den Extremisten auf gar keinen Fall überlassen. Deshalb bieten wir unter www.antworten-auf-salafismus.de ein äußerst informatives und breit gefächertes Internetangebot. Zuletzt haben wir den Auftritt 2019 grundlegend aktualisiert und durch neue, teils interaktive Inhalte ergänzt. So bietet die Website nun unter anderem ein Lexikon, in dem zum Beispiel salafistische Symbole erklärt werden, verschiedene Videos zur Thematik, ein Rollenspiel mit Radikalisierungsverläufen und einer Auswahl an Handlungsoptionen und ein Salafismus-Quiz.



Quelle: Alexander Göttert

Joachim Herrmann präsentiert die Internetplattform „Antworten auf Salafismus“.

Gemeinsam gegen Extremismus und Radikalisierung

„Antworten“ auf Salafismus zu geben, ist die Aufgabe aller demokratischen Kräfte. Staat und Gesellschaft sind hier gemeinsam gefordert, die Entstehung und Ausbreitung von Extremismus zu verhindern und insbesondere junge Menschen in unserer Gesellschaft stark gegen radikale Verheißungen zu machen. Denn extremistische Ideologien wie der Salafismus dürfen keinen Platz in unserer offenen und pluralistischen Gesellschaft haben!

Die Staatsregierung wird daher auch weiterhin alles in ihrer Macht Stehende unternehmen, um Salafismus und Radikalisierung konsequent zu bekämpfen.

///



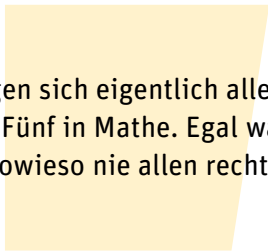
Carolina Trautner, MdL

ist Bayerische Staatsministerin für
Familie, Arbeit und Soziales.

/// Wie sich Salafisten Zugang zur Gedankenwelt junger Menschen verschaffen

Gegen die Kälte

Radikalisierung entfernt Menschen von unserer Gesellschaft. Wenn sich salafistische Ideologie in den Alltag von Kindern und Jugendlichen schleicht, übernimmt sie die Deutungshoheit über ihre Lebenswelt. Es ist unsere Aufgabe, die Jugend so stark zu machen, dass sie den falschen Versprechungen der Extremisten widersteht.



Warum regen sich eigentlich alle so auf?
Ist doch nur 'ne Fünf in Mathe. Egal was ich mache,
ich kann's sowieso nie allen recht machen.

Es ist nicht leicht, jung zu sein. In der Kindheit und Pubertät erleben wir alles zum ersten Mal. Die erste Freundschaft, die erste Liebe. Wir entdecken die eigenen Talente und Interessen. Aber wir erfahren auch Enttäuschungen und lernen, dass nicht immer alles so läuft, wie wir uns das vorstellen.

In unserer Jugend erspüren wir, wer wir sind und wer wir sein wollen. Das ist ein langer, schwieriger Prozess – und nicht immer stoßen wir dabei auf Antworten, die uns zufrieden stellen. Das nutzen extremistische Kräfte aus, die junge Menschen für ihre perfiden Zwecke missbrauchen. Salafistische Ideologie schleicht sich in den Alltag von Kindern und Jugendlichen und greift ihre Probleme heuchlerisch auf. Oft beginnt es ganz unscheinbar.

**Immer weiß Mama alles besser und Papa ist nie da.
Ihr habt doch keinen Plan, wie's mir wirklich geht.
Lasst mich doch einfach mal in Ruhe!**

Das Verhalten eines Menschen verrät viel über seine Gedankenwelt. Erste Anzeichen einer Radikalisierung sehen wir deshalb oft im zwischenmenschlichen Bereich. Warum sich jemand radikalisiert – diese Spurensuche beginnt meist im sozialen Umfeld: in der Familie, in der Schule, im Freundeskreis, bei Internetkontakten.

Die Eltern oder besten Freunde sind dann oft ratlos, wenn die geliebte Person sich zurückzieht und dichtmacht:

- „Seine neuen Kumpel haben ihn nur angestachelt und aggressiver gemacht.“
- „Sie hat mir nichts mehr erzählt, sondern hing nur noch am Handy.“
- „Er hat ständig alles abgesagt, das Training, das Zocken. Selbst aufs Feiern hatte er keine Lust. Dabei dachte ich, wir seien best friends forever.“
- „Auf einmal hat sie uns Vorwürfe gemacht: Wir sollten dies tun und jenes lassen.“

Auch wenn viele Bezugspersonen ähnliche Veränderungen beschreiben: Jede einzelne Radikalisierung ist anders. Es gibt keine Checkliste mit Merkmalen, die erfüllt sein müssen. Das macht es schwer, eine Radikalisierung früh zu erkennen – gerade bei jungen Menschen, die ihre Identität finden und entfalten wollen. Nicht jeder Bruch mit Gewohnheiten führt gleich auf die schiefe Bahn.

**Meine Freundin stresst grad wieder.
Sie will, dass ich's durchziehe. Aber ich hab' echt
keine Lust mehr auf diese Ausbildung.
Was soll ich tun?**

Junge Menschen möchten ihren Weg selbst bestimmen. Sie entscheiden, an welcher Kreuzung sie abbiegen und in welche Richtung sie gehen wollen. Manche Wege stellen sich hinterher als Sackgassen heraus, andere als Abkürzungen. Und manche führen auf einem schmalen Pfad langsam ins Abseits.

Wir können der jungen Generation zwar einen Kompass mit auf den Weg geben. Aber ein Kompass sagt uns nicht, *welches* Ziel wir anstreben sollen. Die Entscheidung bleibt jedem Menschen selbst überlassen. Dieses Privileg schenkt uns Freiheit, verlangt uns aber zugleich viel Verantwortung ab. Manchmal vergessen wir, dass wir uns nicht entscheiden *müssen*, sondern entscheiden *dürfen*. Und dann wünschen wir uns, dass die Welt nicht so kompliziert ist, der Weg nicht so schwer, die Zukunft nicht so ungewiss.

**Es hilft mir schon, wenn ich höre, dass
es nicht nur mir so geht. Gut zu wissen, dass ich
mich auf Dich verlassen kann.**

Wenn es uns schlecht geht und wir zweifeln, sind wir besonders froh, wenn uns jemand zur Seite steht. Wir alle brauchen Menschen, die uns in schweren Zeiten helfen und für uns da sind. Das machen sich Extremisten zunutze. Sie kommen mit einem offenen Ohr für unsere Sorgen, sie hören zu und zeigen Verständnis. Damit verschaffen sie sich Zutritt in unsere Welt – in unseren Alltag, in unseren Freundeskreis und allmählich auch in unser Denken und Tun.

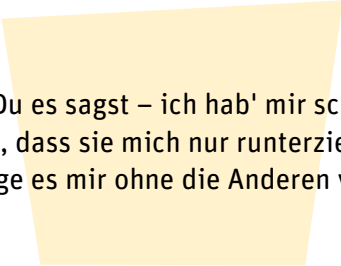
Der Salafismus fesselt die meisten Menschen nicht mit Büchern, sondern mit charismatischen Persönlichkeiten und Kontakten aus ihrem Umfeld. Salafisten nehmen die Menschen nicht rational ein, sondern emotional. Das Vertrauen zu ihnen führt dazu, auch ihren Botschaften Gehör zu schenken. Und damit beginnt das perfide Spiel der Extremisten: Sie kommen als Freunde und Unterstützer, doch sie führen die Menschen an den Abgrund.

**Das Video ist echt gut! Danke für den Link.
So hab' ich das noch nie gesehen.**

Wie schnell Kinder und Jugendliche doch Neues lernen! Gerade für das Digitale entwickeln sie rasant ein Gespür, das die Kenntnisse älterer Generationen weit übertrifft. Sie machen das Internet früh zu ihrem digitalen Abenteuerspielplatz, an dem sie sich austoben – ohne dass ihnen ständig jemand über die Schultern schaut. Und die virtuelle Welt lockt mit vielen Chancen: Endlich die Persönlichkeit sein, die wir auch in der realen Welt gerne wären! Unsere Stimmen erheben, Neues erfahren, Freunde finden.

Leider beherrschen das, was uns am Digitalen so fasziniert, auch Extremisten. Sie tarnen salafistische Webseiten als Informationsportale. Sie nutzen Messenger-Dienste zur direkten Ansprache von jungen Menschen. Sie infiltrieren soziale Netzwerke mit ihrer Propaganda. Dabei lassen sich ihre Absichten nicht auf den ersten Blick erkennen.

Die Indoktrinierung geschieht wie nebenbei. Durch Musik, die uns gefällt, auch wenn wir die Texte nicht verstehen. Durch Videos, die uns ansprechen, obwohl sie Gewalt und Unrecht zeigen. Durch Bilder und Memes, deren klare und einfache Botschaften uns intuitiv einleuchten. Durch Vertrauen zu unserem Chatpartner, der uns scheinbar ernstnimmt. Und irgendwann ergreift ein Schatten unser Leben.



**Jetzt, wo Du es sagst – ich hab' mir schon oft
gedacht, dass sie mich nur runterziehen.
Eigentlich ginge es mir ohne die Anderen viel besser.**

Die Welt wird simpel, wenn wir die Menschen zwei Gruppen zuordnen: Auf der einen Seite stehen wir, dort „die Anderen“. Die Soziologie nennt dieses künstliche Abgrenzen „Othering“. Wer es aktiv betreibt, hat meist nichts Gutes im Sinn – denn „die Bösen“ sind fast immer „die Anderen“.

Jede Ideologie nutzt dieses Schwarz-Weiß-Denken für die eigenen Zwecke. Der Salafismus sammelt seine Kontrahenten unter dem Begriff der „Ungläubigen“ beziehungsweise „Kuffar“. Sie sind das große Feindbild der Salafisten. Wer zu diesen „Ungläubigen“ gehört und warum, das entscheiden die Salafisten selbst. So behalten sie die Deutungshoheit über „die Anderen“. Das schützt sie vor Kritik – die sie sofort der feindlichen Gruppe zuschreiben. Und es stärkt das Gemeinschaftsgefühl in ihrer eigenen Gruppe.

Von Dir lass' ich mir gar nichts sagen. Du trägst nicht mal Kopftuch. Kümmer' Dich lieber um Dein eigenes Leben.

Ein solches Feindbild ist nicht logisch, sondern psychologisch. Wir alle streben nach Halt und Orientierung. Aber die Welt fügt sich nicht unserem Wunsch, sich in Gut und Böse einteilen zu lassen. Wir müssen das Unge- wisse und das Ambivalente aushalten – auch wenn es herausfordernd ist. Wir müssen niemandem zustimmen, wenn wir anderer Meinung sind. Aber wir müssen akzeptieren, dass es andere Meinungen und Lebensentwürfe gibt. Das macht unser Zusammenleben aus.

Wir begeistern junge Menschen für diese befreiende Idee, indem wir sie selbst mit Leben füllen – in der Schule, in der Politik, im Internet und bei öffentlichen Aktionen. Unsere Demokratie lebt von der Auseinandersetzung, die wir manchmal auch hitzig führen. Aber nur im Austausch miteinander erzeugen wir Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Er macht unser Land wärmer und sozialer. Extremismus hingegen kennt nur eine Temperatur: eisige Kälte.

**Immer haben sie auf mich herabgeschaut!
Soll mir nochmal einer von denen blöd kommen.
Die werden sich noch wundern!**

Salafisten geben jedem Mitglied ihrer eigenen Gruppe das Gefühl, etwas ganz Besonderes zu sein. Sie weisen jeder und jedem Einzelnen eine vermeintlich große Rolle zu – im Kampf gegen „die Anderen“. Sie versprechen Ruhm und Ehre, Aufmerksamkeit und Bewunderung, Anschluss und Halt. Als Belohnung für besonders großes Leid stellen sie etwas in Aussicht, das kein Mensch garantieren kann: einen heldenhaften Einzug ins Paradies. So machen Salafisten die Ängste, Sorgen und Entbehrungen im Leben der Menschen zu einem Teil ihres religiösen Heilversprechens.

**Ich kann Dir hier wahrscheinlich nicht mehr schreiben.
Nur zur Sicherheit. Wir sehen uns am Freitag!**

Unsere Sicherheitsbehörden überwachen Extremisten, von denen Gefahr ausgeht. Sie drängen extremistische Angebote zurück, verhindern Anschläge und schützen unsere Bevölkerung. Zugleich ist es die Aufgabe von uns allen, junge Menschen so stark zu machen, dass sie den falschen Verheißungen der Extremisten aus eigener Motivation heraus widerstehen.

Das kann gelingen, wenn wir sie ernst nehmen und unermüdlich in unsere Zivilgesellschaft einbinden. Jeder Mensch hat Stärken, die er für die Gemeinschaft einsetzen kann. Wer früh die sinnstiftende Erfahrung macht, dass der eigene Beitrag etwas zum Besseren verändern kann, wird einen wichtigen Platz in der Gesellschaft finden. Wir können und wollen nicht auf den Einsatz von jungen Menschen verzichten.

Wie viel Energie sie mitbringen, zeigen die Teilnehmenden des Projekts „YouthBridge: Jugend baut Brücken München“ der Europäischen Janusz Korczak Akademie München (EJKA). Ihr Engagement gegen Hass, Ausgrenzung und Radikalisierung macht deutlich, dass spaltende Ideologien keinen Platz in unserer Gesellschaft haben. Dass sich junge Menschen voller Leidenschaft engagieren, macht Hoffnung auf eine Generation, die sich für Toleranz, Vielfalt und Freiheit einsetzt.

**Ich hab' mich entschieden.
Ich werd's machen.**

Viele unserer Entscheidungen haben Auswirkungen auf andere Menschen. Um klug zu handeln, sollten wir uns selbstbewusst mit unseren inneren Zweifeln auseinandersetzen. Unser Gewissen ist unser schärfster Kritiker – und ein wertvoller Schatz, auf den wir gut aufpassen sollten, damit er nicht verlorengeht.

Es erfordert Mut und Kraft, unserer inneren Stimme zuzuhören. Aber es lohnt sich. Wer einmal verinnerlicht hat, kritisch zu denken, wird bei allzu einseitigen Aussagen sofort skeptisch und vorsichtig. Fake-News, Verschwörungsmymen und Extremismus – das Projekt „kampagnenstark!“ des Instituts für Medienpädagogik in Forschung und Praxis (JFF) sensibilisiert Jugendliche für radikale Ansprachen im Netz. So erkennen sie ideologische Trugschlüsse und klären andere Jugendliche über die Gefahr auf, in Parallelwelten abzurutschen. Dieses Engagement macht sie zu den besten Vorbildern, die wir haben können.

Heute Abend. Check die Nachrichten.

Nicht immer mündet Radikalisierung in Gewalt. Aber jede Radikalisierung führt zu einem Abkühlen von Beziehungen. Vor allem Familien spüren diese Veränderung. Aus Liebe zu ihren Kindern besuchen viele Mütter und Väter in Bayern die „MotherSchools“ und „FatherSchools“. Das Projekt des Vereins „Frauen ohne Grenzen“ richtet sich an alle Eltern, die ihre Kinder vor Radikalisierung schützen wollen. Denn sie wissen: Das wertvollste Geschenk, das sie ihren Kindern mit auf den Lebensweg geben können, ist eine liebevolle Familie, ein offenes Ohr bei allen Problemen und das Versprechen, dass Mama und Papa für sie da sind – was auch immer passiert.



Quelle: SIMAS / Björn Friedrich

Aus Liebe zu ihren Kindern besuchen viele Mütter in Bayern die „MotherSchools“. Für ihr Engagement erhalten sie ein Zertifikat von der Sozialministerin, so wie hier in Aschaffenburg 2019.



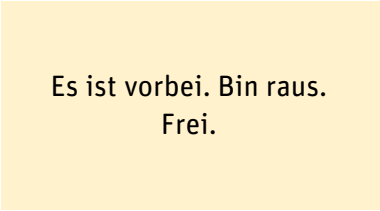
Ich bin bereit.

Wir alle machen Fehler – manchmal unbedeutende, manchmal schwerwiegende. Eine zweite Chance befreit uns nicht von der Last unserer Taten. Sie macht auch nicht den Schmerz vergessen, den wir anderen Menschen zugefügt haben. Aber sie erlaubt uns, den Fehler wiedergutzumachen und ein besseres Leben zu führen.



Ich hab' ihnen alles erzählt. Alles.

Junge Menschen brauchen eine Perspektive. Sie eröffnet sich, wenn wir ihre Talente fördern und ihre Persönlichkeit respektieren. Wenn wir sie einbinden und vor Diskriminierung und Ausgrenzung schützen. Wenn wir ihnen zuhören und miteinander reden. Wir wollen Brücken zwischen den Menschen bauen und keine ideologischen Mauern im Kopf.




**Es ist vorbei. Bin raus.
Frei.**

///

Alle Angebote, Hilfen und Projekte des
**Bayerischen Staatsministeriums für
Familie, Arbeit und Soziales**
finden Sie unter

www.radikalisierungspraevention.bayern.de



Georg Eisenreich, MdL

ist Bayerischer Staatsminister der Justiz und Abgeordneter des Bayerischen Landtags. Davor war er Staatsminister für Digitales, Medien und Europa in der Bayerischen Staatskanzlei.

/// Maßnahmen und Einrichtungen zur Bekämpfung islamistischer Tendenzen

Die bayerische Justiz und die Extremismusbekämpfung

Der Salafismus ist eine Bedrohung für die öffentliche Sicherheit in Deutschland und in Bayern. Salafisten lehnen die Prinzipien und Werte offener Gesellschaften ab. Das Bayerische Staatsministerium der Justiz hat in enger Zusammenarbeit und Abstimmung mit dem Bayerischen Staatsministerium des Innern ein Bündel an Maßnahmen ergriffen, um islamistische Tendenzen aufzudecken und wirksam zu bekämpfen.

Das Thema Extremismus-, Terrorismus- und Islamismusbekämpfung steht auf der sicherheitspolitischen Agenda nach wie vor ganz oben. Die bayerische Justiz geht entschieden und erfolgreich dagegen vor. Durch den erhöhten Verfolgungsdruck der Ermittlungs- und Strafverfolgungsbehörden wurden die Aktivitäten der islamistischen Szene in Deutschland stark eingeschränkt. Die Ereignisse in Frankreich, Österreich und nicht zuletzt in Deutschland, etwa in Dresden, haben gezeigt, dass die Anstrengungen in der Bekämpfung des Islamismus nicht nachlassen dürfen. Extremistische sowie terroristische Bestrebungen und Straftaten bedrohen die Sicherheit jedes Einzelnen, stellen den demokratischen Rechtsstaat in Frage und gefährden auch das Vertrauen der Bevölkerung in die Unerschütterlichkeit des Staates. Die Gefahren, die vom Islamismus bzw. islamistischen Terrorismus ausgehen, stellen die deutsche Sicherheitsarchitektur insgesamt vor neue Herausforderungen. So ist es nicht mehr nur Aufgabe der Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden, sondern vermehrt auch des Justizvollzugs, staatsfeindlichen Bestrebungen entgegenzuwirken.

Extremismus, Terrorismus und Islamismus stellen die Sicherheitsbehörden vor neue Herausforderungen.

Die bayerische Justiz hat ein Bündel von Maßnahmen gegen islamistische Tendenzen ergriffen.

Die bayerische Justiz hat in enger Zusammenarbeit und Abstimmung mit dem Bayerischen Staatsministerium des Innern und der Polizei ein Bündel an Maßnahmen – sowohl bei der Strafverfolgung als auch im Justizvollzug – ergriffen, um islamistische Tendenzen aufzudecken und wirksam zu bekämpfen. Wichtige Schwerpunkte bei der Extremismus- und Terrorismusbekämpfung wurden durch die Gründung der Bayerischen Zentralstelle für die Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus (ZET), die Bestellung eines Beauftragten der bayerischen Justiz zur Bekämpfung von Hate-Speech und die Einrichtung von sogenannten „Präventionsmanagern“ in der Bewährungshilfe gesetzt. Auch im Justizvollzug wurden umfassende Maßnahmen ergriffen wie die Einrichtung der Zentralen Koordinierungsstelle für Maßnahmen gegen Salafismus / Islamismus (seit Mitte 2020: Zentrale Koordinierungsstelle für Maßnahmen gegen Extremismus), die dort seit Mitte des Jahres 2020 eingerichtete Operative Einheit Extremismusbekämpfung im Justizvollzug oder die Bestellung von sogenannten Extremismusbekämpfungsbeauftragten in den Justizvollzugsanstalten.

**Extremismusbekämpfung bei der Strafverfolgung:
Bayerische Zentralstelle für die Bekämpfung von Extremismus
und Terrorismus (ZET)**

Zum 1. Januar 2017 wurde die Bayerische Zentralstelle für die Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus (ZET) bei der Generalstaatsanwaltschaft München errichtet. Sie bearbeitet in diesen Bereichen besonders herausgehobene Ermittlungsverfahren, dient als zentrale Ansprechstelle und wirkt bei regionalen und überregionalen Aus- und Fortbildungsmaßnahmen der Justiz mit. Ihre Zuständigkeit erstreckt sich auf den gesamten Freistaat Bayern.

Die ZET ist insbesondere für Ermittlungsverfahren zuständig, bei denen es um die Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat, um die Ausreise zur Verübung einer solchen Tat oder um Terrorismusfinanzierung geht. Ansonsten kann die ZET Staatsschutzverfahren oder sonstige Verfahren der politisch motivierten Kriminalität von den Staatsanwaltschaften übernehmen, wenn der Tat eine extremistische oder terroristische Motivation zugrunde liegt und ihr besondere Bedeutung zukommt.

Die ZET ist außerdem für Verfahren zuständig, die der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof an sie abgibt. Dies sind vorrangig Verfahren wegen Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung oder wegen deren Unterstützung.

Neben der Bearbeitung eigener Verfahren ist die ZET die wichtigste Ansprechstelle der bayerischen Justiz für die Verfolgung extremistischer und terroristischer Straftaten – sowohl für Staatsanwaltschaften und Gerichte in Bayern als auch für externe Stellen.

Die folgende Übersicht zeigt die Entwicklung der Verfahrenszahlen der ZET wegen islamistisch motivierten Straftaten (Stand: 31.10.2020):

Jahr	Aktenzeichen	Anzahl
2017	OJs	71
2017	Js	109
2017	UJs	1
2018	OJs	52
2018	Js	75
2018	UJs	1
2019	OJs	25
2019	Js	83
2019	UJs	3
2019	AR	93
2020	OJs	12
2020	Js	39
2020	UJs	5
2020	AR	29

Abkürzungen: OJs: vom Generalbundesanwalt übernommene Verfahren, Js: Ermittlungen gegen einen konkreten Tatverdächtigen, UJs: Ermittlungen gegen Unbekannt, AR: Allgemeines Register.

Seit 1. Januar 2020 ist bei der ZET auch der Beauftragte der bayerischen Justiz zur Bekämpfung von Hate-Speech angesiedelt. Zudem wurden bei allen 22 örtlichen bayerischen Staatsanwaltschaften Sonderdezernate eingerichtet. Der Hate-Speech-Beauftragte berät diese Sonderdezernenten, sorgt für einheitliche Maßstäbe bei der Rechtsanwendung und koordiniert die Zusammenarbeit bei überregionalen Phänomenen. Er ermittelt zentral bei besonders bedeutsamen Verfahren wegen strafbarer Hate-Speech. Dabei arbeitet er in komplexen Verfahren auch eng mit der auf Ermittlungen im Internet spezialisierten Zentralstelle Cybercrime Bayern (ZCB) bei der Generalstaatsanwaltschaft Bamberg und dem Bayerischen Landeskriminalamt zusammen.

Extremismusbekämpfung im Justizvollzug

Im bayerischen Justizvollzug kommt der Bekämpfung der verschiedenen Extremismusformen, insbesondere auch der Bekämpfung des Islamismus bzw. islamistischen Terrorismus, besondere Bedeutung zu.

Die Maßnahmen zur Extremismusbekämpfung und Radikalisierungsprävention im Justizvollzug folgen dabei einer 3-Säulen-Strategie, bestehend aus:

- Säule I: Radikalisierung vorbeugen (Prävention),
- Säule II: Extremismus bekämpfen (Repression),
- Säule III: Ausstieg ermöglichen (Deradikalisierung).

Die Koordinierungsstelle im bayerischen Justizvollzug setzt die 3-Säulen-Strategie in der Praxis um.

Diese Strategie wird konsequent umgesetzt. Dazu wurde die Koordinierungsstelle direkt bei der Justizvollzugsanstalt Nürnberg angesiedelt. Diese fördert und unterstützt die operative Arbeit in den Justizvollzugsanstalten vor Ort. Zudem wurde der thematische Fokus der Zentralen Koordinierungsstelle erweitert: Sie fungiert nun als Anlaufstelle für die Justizvollzugsanstalten nicht nur für die Themenbereiche Islamismus und Salafismus, sondern auch für Rechts- und Linksextremismus.

Radikalisierung vorbeugen (Prävention)	Extremismus bekämpfen (Repression)	Ausstieg ermöglichen (Deradikalisierung)
<ul style="list-style-type: none"> • Beobachtung • schulische und berufliche Aus- und Fortbildungsangebote für gefährdete und betroffene Gefangene • diverse Behandlungs- und Betreuungsangebote (u. a. durch „Change: Bildungsprogramm für ideologisch gefährdete Jungen und junge Männer“, „KIM – Kurzintervention zur Motivationsförderung“, „ReStart – Freiheit beginnt im Kopf“) • ggf. religiöse oder seelsorgerische Betreuung 	<ul style="list-style-type: none"> • Einsatz von Extremismusbekämpfungsbeauftragten (EBB) • Einstufung von Gefangenen mittels interner Sicherheitsvermerke • engmaschige Beobachtung und Überwachung (u. a. Briefe, Besucher, Kontakte innerhalb des Justizvollzugs) • Sicherheitsüberprüfungen und Zusammenarbeit mit Sicherheitsbehörden • Umsetzung interner Sicherheitsmaßnahmen (ggf. räumliche Trennung, Einzelhaft, Briefkontrolle, Verlegung in andere JVAen bzw. andere Bundesländer) • ggf. Einberufung einer Task Force Extremismus • ggf. Einberufung von Fallkonferenzen 	<ul style="list-style-type: none"> • Zusammenarbeit mit der Bayerischen Informationsstelle gegen Extremismus (BIGE) im Bereich Rechts- und Linksextremismus • Zusammenarbeit mit dem Kompetenzzentrum für Deradikalisierung (KomZ) des LKA Bayern und dem dortigen zivilgesellschaftlichen Partner Violence Prevention Network (VPN) • ggf. religiöse oder seelsorgerische Betreuung

Ein Schwerpunkt der Koordinierungsstelle ist die neue Operative Einheit Extremismusbekämpfung im Justizvollzug. Diese hat das Ziel, die Arbeit gegen Extremismus vor Ort in den Justizvollzugsanstalten gezielt zu unterstützen und zu fördern, beispielsweise durch zielgerichtete Gespräche zur extremistischen Verortung von Gefangenen, die Bewertung von Fundstücken und Unterlagen von extremistischen Gefangenen (beides u. a. in Absprache mit Sicherheitsbehörden) sowie durch die fachliche Begleitung der Extremismusbekämpfungsbeauftragten und der Task Force Extremismus in den Justizvollzugsanstalten. Auch die Präventions- und Deradikalisierungsarbeit

(in Zusammenarbeit mit dem Kompetenzzentrum für Deradikalisierung im LKA) in den Anstalten wird maßgeblich unterstützt. Die sogenannte Strategische Einheit Extremismusbekämpfung, die sich mit grundsätzlichen Fragestellungen im Zusammenhang mit Extremismusbekämpfung, Radikalisierungsprävention und Deradikalisierung befasst, ist im Bayerischen Justizministerium verblieben. Zwischen diesen Organisationseinheiten besteht ein enger und regelmäßiger Austausch.

Dem bayerischen Justizvollzug steht damit ein Bündel an Maßnahmen zur Verfügung, die fallspezifisch Anwendung finden. Der enge Austausch zwischen dem bayerischen Justizministerium, dem Justizvollzug und den Sicherheitsbehörden hat sich bewährt.

Deradikalisierung in der Bewährungshilfe / Führungsaufsicht

Die Zentrale Koordinierungsstelle Bewährungshilfe hat bereits ab dem Jahr 2017 bis heute insgesamt zehn Bewährungshelfer zu sogenannten „Präventionsmanagern“ weitergebildet. Diese Präventionsmanager stehen ihren Kollegen als Ansprechpartner zur Verfügung und sind vernetzt mit regionalen Ansprechpartnern sowie den zuständigen Einrichtungen vor Ort.

Die Präventionsmanager sind vor allem Multiplikatoren. Sie halten Kontakt und informieren über den aktuellen Sachstand bei den Vernetzungspartnern wie z. B. dem Justizvollzug, dem Landeskriminalamt oder dem Landesamt für Verfassungsschutz. Weitere Aufgabe ist die Konzeption von Fortbildungsveranstaltungen für die Bewährungshilfe.

Auch nach der Haftentlassung bleibt Deradikalisierung eine wichtige Aufgabe.

Zur Vorbereitung der Haftentlassung und zur Ausgestaltung der Führungsaufsicht findet in der Regel ein Informationsaustausch zwischen den Beteiligten wie insbesondere der Staatsanwaltschaft, dem aufsichtführenden Gericht, dem Kompetenzzentrum für Deradikalisierung im Bayerischen Landeskriminalamt, dem Landesamt für Verfassungsschutz, dem Justizvollzug und der Bewährungshilfe statt. Dabei werden Erkenntnisse zur Person und dem Umfeld, zum Haftverlauf und den bereits getroffenen Maßnahmen sowie zur Entwicklung des Probanden ausgetauscht, um geeignete Maßnahmen ergreifen zu können. Im Rahmen von Bewährungs- oder Führungsaufsichtsbeschlüssen kann unter anderem die Weisung erteilt werden, dass sich der Proband bei den Deradikalisierungsangeboten des Kompetenzzentrums für Deradikalisierung im Bayerischen Landeskriminalamt oder dessen zivilgesellschaftlichen Partner Violence Prevention Network e.V. vorstellen muss und – mit seinem Einverständnis – an diesen teilnimmt.

Konsequente Bekämpfung von Hass und Hetze im Netz

Die Gefahren durch extremistische und terroristische Straftaten werden nicht abnehmen. Eine zentrale Herausforderung ist, geltendes Recht auch im Internet durchzusetzen. Das Internet darf kein rechtsfreier und auch kein rechtsverfolgungsfreier Raum sein. Außerdem müssen die rechtlichen Rahmenbedingungen optimiert werden. Die bayerische Justiz fordert deshalb gegenüber dem Bund Ergänzungen des Strafgesetzbuchs und eine Änderung der gerichtlichen Zuständigkeiten.

Die Bekämpfung von Extremismus und von Hass im Netz gehören für mich zusammen. Die große Reichweite von Meinungsäußerungen über die sozialen Netzwerke und die gefühlte Anonymität des Internets führen dazu, dass Extremisten dort ihre Ideologien verbreiten und gegen Andersdenkende und die Demokratie Stimmung machen. Das Internet macht es leicht, Gleichgesinnte mit extremen Haltungen zu finden und sich zu vernetzen. Manche werden dadurch erst radikalisiert. Besonders die gefährdete Personengruppe, nämlich Jugendliche und junge Erwachsene, ist im Netz aktiv. Hate-Speech hat daher ein großes Radikalisierungspotenzial und kann in reale Gewalt umschlagen. Wir müssen eingreifen, bevor aus Worten Taten werden. Deshalb setze ich mich mit Nachdruck dafür ein, dass jede Form von strafbarer Hassrede im Internet konsequent verfolgt wird.

Daneben müssen die Betreiber sozialer Netzwerke noch viel stärker in die Pflicht genommen werden. Die sozialen Medien verdienen sehr viel Geld. Die negativen Folgen müssen Staat und Gesellschaft tragen. Es geht nicht, dass Gewinne privatisiert, aber Probleme und Kosten für Demokratie und Rechtsstaat sozialisiert werden. Die sozialen Medien müssen ihrer Verantwortung endlich gerecht werden. Dazu gehört auch, dass Auskunftersuchen unserer Strafverfolgungsbehörden von den sozialen Netzwerken ohne Wenn und Aber beantwortet werden.

**Die Justiz geht
entschlossen gegen
Hass und Hetze
im Netz vor.**

Ergänzung des Strafgesetzbuchs: Strafbarkeit der Sympathiewerbung

**Es ist notwendig, die
„Sympathiewerbung“
wieder unter Strafe
zu stellen.**

Für eine effektive Terrorismusbekämpfung ist es erforderlich, die sogenannte „Sympathiewerbung“ für kriminelle bzw. terroristische Vereinigungen wieder unter Strafe zu stellen. Der Bund hat den gesamten Bereich der „Sympathiewerbung“ aus dem Anwendungsbereich der §§ 129 ff. StGB herausgenommen. Strafbar ist derzeit nur die Werbung um Mitglieder oder Unterstützer. Es ist aber nicht akzeptabel, dass terroristische und kriminelle Vereinigungen auf unseren Straßen und Plätzen ungestraft für sich und ihre Ziele werben können. Das gilt vor allem für Propaganda, die sich an größere Menschenmengen richtet und darauf abzielt, sich mit den Zielen dieser Vereinigungen zu identifizieren und zu solidarisieren. Ein derartiges Handeln zielt zumindest mittelbar darauf ab, Sympathisanten zu gewinnen und Akzeptanz für die Zielsetzung der Vereinigung sowie ein für Aktionsmöglichkeiten geeignetes Umfeld zu schaffen. Damit wird der Nährboden für terroristische Gewalt bereitet. Bereits im Vorfeld unmittelbar schädigender terroristischer Aktivitäten muss daher – auch unabhängig von Maßnahmen auf dem Gebiet des Vereinsrechts – mit strafrechtlichen Verboten gegen die Anbieter terroristischen Gedankenguts vorgegangen werden können.

Hinzu kommt, dass die Strafverfolgungsbehörden durch die Strafbarkeit der „Sympathiewerbung“ neue Ermittlungsansätze erhalten würden, um in die terroristischen Netzwerke eindringen zu können. Bayern hat deshalb den Bundesgesetzgeber nachdrücklich aufgefordert, die Sympathiewerbung für solche Vereinigungen wieder unter Strafe zu stellen.

Zuständigkeit der Staatsschutzkammern auch für Jugendliche und Heranwachsende

Die derzeitige Regelung der gerichtlichen Zuständigkeit bei Staatsschutzsachen gegen Jugendliche und Heranwachsende ist unbefriedigend. Sofern je nach Konstellation das örtliche Jugendgericht zuständig sein sollte, ist dieses in aller Regel mit der Spezialmaterie der Staatsschutzdelikte nicht vertraut, während die Expertise der Staatsschutzkammern an den Landgerichten in diesen Fällen ungenutzt bleibt. Die Anwendung der einschlägigen Normen setzt regelmäßig Erfahrungen mit den Besonderheiten der jeweiligen extremistischen Szene voraus.

Ferner ist in den Strafverfahren vielfach Erfahrung im Umgang mit Beweismitteln aus dem Bereich der Nachrichtendienste erforderlich. Die aktuellen Entwicklungen im internationalen Terrorismus lassen vermuten, dass in Zukunft Staatsschutzverfahren gegen diese Altersgruppe von Beschuldigten zunehmen werden. Deshalb ist eine Konzentration der gerichtlichen Zuständigkeit bei den Staatsschutzkammern auch bei ausschließlich gegen Jugendliche und Heranwachsende geführten Strafverfahren notwendig. Dadurch könnten die Staatsschutzverfahren effektiver durchgeführt und durch nachhaltigere Strafverfolgung die notwendige Sicherheit gewährleistet werden.

Fazit

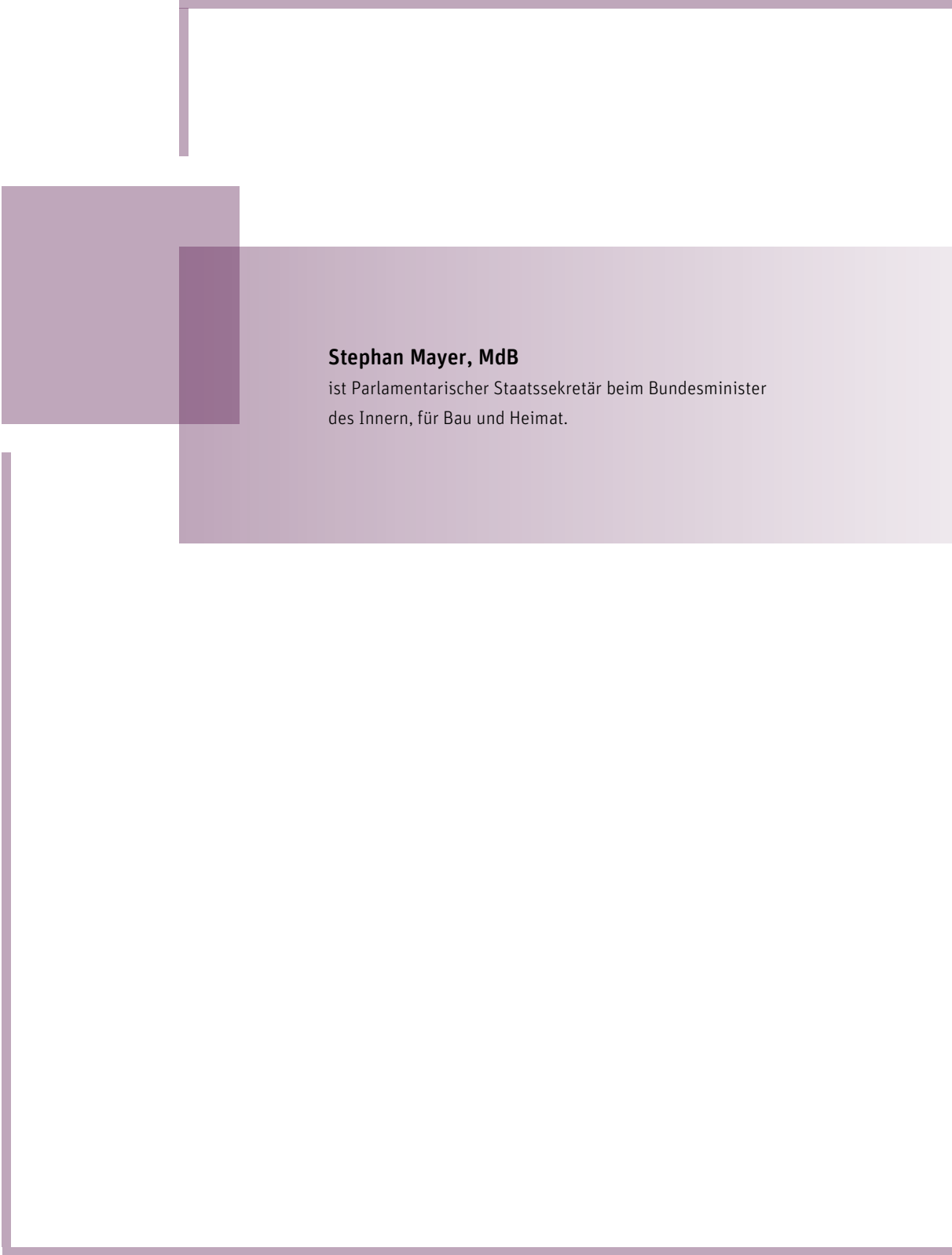
Die bayerische Justiz stellt sich den großen Herausforderungen, die mit Islamismus und Terrorismus verbunden sind. Die Maßnahmen sowohl bei der Strafverfolgung als auch im Justizvollzug zeigen Wirkung. Bei den von Bayern geforderten notwendigen Änderungen des Strafgesetzbuches und der Strafprozessordnung ist der Bundesgesetzgeber gefordert.

Die bayerische Justiz stellt sich erfolgreich den Herausforderungen.

///

Lesehinweis

Lesen Sie hierzu auch das Politische-Studien-Zeitgespräch mit Klaus-Dieter Hartleb, dem Beauftragten der bayerischen Justiz zur strafrechtlichen Bekämpfung von Hate-Speech, in: Politische Studien 493/2020, S. 7 ff.



Stephan Mayer, MdB

ist Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister
des Innern, für Bau und Heimat.

/// Die Grenzen zwischen Ideologie und Radikalisierung sind fließend

Was macht den Salafismus so gefährlich?

Das Thema Salafismus ist der breiten Bevölkerung in Deutschland wohl insbesondere seit dem Jahr 2013 ins Bewusstsein gerückt, als es zu umfänglicher medialer Berichterstattung anlässlich der kostenlosen Verteilung des Koran unter dem Motto „Lies!“ in Berlin, München, Wien und vielen weiteren Großstädten Deutschlands, Österreichs und der Schweiz gekommen ist.

Erstaunlicherweise wurde seinerzeit noch vielfach verharmlosend und in der Rückschau ausgesprochen naiv argumentiert, dass dieses – später gerichtlich verbotene – Werben für eine Religion doch nicht als gefährlich oder gar gemeinschädlich gelten könne. Schließlich würden damit ja noch keine Straftaten begangen und die Religionsfreiheit sei jedermann grundgesetzlich garantiert und als eines der wichtigsten Grundrechte verankert. Missionieren sei schließlich auch im Christentum bis heute nicht fremd und habe über die Jahrhunderte ebenso nicht immer nur zum Positiven geführt.

Werben für eine Religion ist nicht per se verboten.

Von religiöser Romantik auf den Boden der (blutigen) Tatsachen

Derartige, von geradezu erschreckender Weltoffenheits- und Religionsromantik getriebene Stimmen sind in der deutschen Innenpolitik zwischenzeitlich, außer vereinzelt hier und da im linksideologischen Spektrum, gottlob weitestgehend verstummt. Denn selbstverständlich ist es zwar ein immanent wichtiges und unumstößliches Kennzeichen unserer Verfassung, unserer offenen Gesellschaft und unseres Rechtsstaats, allen Mitbürgern die freie Ausübung ihrer Religion zu garantieren, die öffentliche Kommunikation hierüber natürlich eingeschlossen.

Das Dulden fundamentalistischer Ansichten ist falsch verstandene Toleranz.

Aber die sich aufdrängende Frage – und die stellt sich nicht nur aus sicherheitspolitischen Aspekten, sondern aus dem gesamtgesellschaftlichen Konsens unseres Fortbestehens – ist: Wie weit, bei aller Offenheit, darf die Toleranz für fundamentalistische religiöse Ansichten gehen angesichts der Vielzahl von Menschen, die in den vergangenen Jahren in unseren europäischen Nachbarländern und auch in Deutschland Opfer geworden sind von Terroranschlägen sich radikalisierender Islamisten? Denn bereits zeitnah nach der eingangs beschriebenen, scheinbar harmlosen Verteil-Aktion begann eine Verkettung der Anschläge von Nizza, Paris, Würzburg, Brüssel und Berlin, um nur einige zu nennen. Diese Anschlagserien halten bis heute an.

Niemand wird als Terrorist geboren, sondern erst durch Radikalisierung dazu gebracht. In vielen Fällen erfolgte die Radikalisierung der Täter, wie wir feststellen mussten, nicht nur in den Herkunftsländern, sondern auch mitten in Deutschland und Europa.

Was macht den Salafismus so gefährlich?

Es wäre zu eindimensional und Wasser auf die Mühlen von Populisten, eine direkte Kausalität zwischen salafistischem Missionierungseifer, der so genannten „Dawa“, und einzelnen Anschlägen der zurückliegenden Zeit zu ziehen. Ein pauschales Gleichsetzen entweder aus Unkenntnis oder sogar vorsätzlich aus Gründen besserer politischer „Vermarktbarkeit“ am rechten Rand mit dem Ziel, Ängste zu schüren nach dem Motto „Islam = Islamismus = Salafismus = Terrorismus“ ist falsch und gefährlich. Beispielsweise ist laut dem Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) eine Veränderung der salafistischen Szene infolge des verstärkten Zuzugs syrischer und irakischer Migranten seit dem Jahr 2015 trotz festgestellter Einflussnahmever-

suche durch salafistische Akteure nicht feststellbar. Gleichwohl hat die Flüchtlingswelle das subjektive Sicherheitsgefühl hierzulande in dieser Hinsicht negativ beeinflusst. Das Sicherheitsgefühl fragt jedoch nicht nach richtigen oder falschen Kausalitäten, weshalb wir es nicht pauschal ignorieren dürfen.

Der Salafismus ist eine islamistische Ideologie und zugleich eine extremistische Gegenkultur mit einem abgrenzenden Lebensstil. Mit seiner Abschottung zieht er insbesondere Personen an, die sich in unserer Gesellschaft nicht akzeptiert und nicht angekommen fühlen. Die salafistische Doktrin bietet ungefestigten, leicht zu beeinflussenden Personen eine „Bleibe“, indem sie das alltägliche Leben bis ins Kleinste zu bestimmen versucht. Wer sich solchermaßen zum quasi „elitären Kreis“ der moralisch überlegenen Kämpfer für den „wahren Islam“ zählen lassen will, für den ist es nicht mehr allzu weit, nicht nur zu werben (wie es der politische, gemäßigte Salafismus tut), sondern auch Straftaten gegen „Ungläubige“ im Sinne des radikalen, so genannten jihadistischen Salafismus zu begehen. Die Grenzen verlaufen fließend. Die grundsätzliche Bejahung von Gewalt ist immanenter Bestandteil salafistischer Ideologie, was Radikalisierte unberechenbar und Gefährdungsprognosen im Einzelfall trotz hoher Professionalisierung und Vernetzung der Sicherheitsbehörden so schwierig macht.

Die salafistische Szene in Deutschland: Stabilisierung der Zahlen auf hohem Niveau

Der politische Salafismus in seiner extremen, gesellschaftsfeindlichen Ausprägung, die dadurch ganz erheblichen Schaden anrichtet, ist kein Phänomen der letzten Jahre. Er ist schon länger Gegenstand innenpolitischer Betrachtungen und Maßnahmen sowie exekutiven Vollzugs – etwa von Vereinsverboten. Fakt ist, dass die Anzahl der Salafisten laut BfV erheblich angestiegen ist. Wurde das dem Salafismus in Deutschland zuzurechnende Potenzial durch das BfV im Jahr 2011 noch auf 3.800 Personen geschätzt, so weist der Verfassungsschutzbericht des Jahres 2019 insgesamt 12.150 Personen aus. Dies kommt mehr als einer Verdreifachung in wenigen Jahren gleich. Von 2011 bis 2013 gab es einen relativ moderaten Anstieg von insgesamt 1.940 Personen. Zwischen den Jahren 2013 und 2017 – der Hochphase des IS-„Kalifats“ – hingegen stieg die Zahl um insgesamt 5.060 Personen an. Seit 2017 verlangsamt sich das Wachstum der salafistischen Szene in Deutschland deutlich, was sicherlich auf den wachsenden Druck der Sicherheitsbehörden zurückzuführen ist. Wir können aber allenfalls von einer Stabilisierung auf hohem Niveau sprechen.

Die den Salafismus zuzurechnenden Personen haben sich innerhalb weniger Jahre verdreifacht.

Prävention als wichtiger Bekämpfungsbaustein

Ein hartes und unnachgiebiges Vorgehen gegen islamistische Gewalttäter ist wichtig. Gleichfalls von Bedeutung ist es aber, gerade im Bereich des Salafismus als Nährboden für spätere terroristische Gewaltakte, nicht ausschließlich dem Ruf nach Aufklärung und harter Bestrafung der Täter auf der repressiven Seite zu folgen. Das Vorgehen muss deshalb ganz wesentlich vor allem auf der Prävention beruhen.

Die Bundesregierung trägt der außerordentlichen Bedeutung der Extremismusprävention – auch im Bereich Islamismus – seit langem intensiv Rechnung. So finanzieren das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat und das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend mit ihren Förderprogrammen einen bedeutenden Teil der Präventionsarbeit und fungieren damit als wesentliche Impulsgeber auf Landes- und kommunaler Ebene. Im Jahr 2016 hat die Bundesregierung eine Strategie vorgelegt, die vorsieht, die Aktivitäten des Bundes in der Extremismusprävention zu konzentrieren und außerdem weiterhin zu optimieren.

Ebenso führt der Freistaat Bayern im Rahmen eines systematischen ganzheitlichen Ansatzes mit hoher Intensität general- und spezialpräventive sowie deradikalisierende Maßnahmen durch. Beispielhaft ist hier die Präventionsstelle Salafismus des Bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz zu nennen, deren Schwerpunkt im Bereich der spezifischen Prävention mit einer Vielzahl von Schulungs- und Beratungsangeboten liegt.

Integration entzieht der Radikalisierung den Nährboden.

Integration als solche wirkt deradikalisierend. Sie trocknet quasi den Nährboden für Radikalisierungstendenzen aus. Wer in der Gesellschaft „angekommen“ ist, die deutsche Sprache beherrscht und sich dauerhaft in einem gefestigten sozialen- und Arbeitsumfeld bewegt, bietet nur wenig Angriffsfläche, Willen oder Zeit, sich in ein radikales Milieu zu begeben. Das gilt für den Salafismus genauso wie für andere Phänomenbereiche des extremistischen Spektrums.

Politik darf nicht nur an den Symptomen operieren

Wir sind – befördert durch die heute in aller Regel situativ auf Themen einsteigende und diese dann gleich wieder fallen lassende Berichterstattung – auch innenpolitisch mitunter in der Situation, ausschließlich reaktiv zu handeln und auf schnell sichtbare Erfolge zu setzen. Letzteres ist zweifellos ebenfalls wichtig, etwa im Bereich der Clan-Kriminalität. Nicht minder wichtig erscheint es aber, einen langen Atem zu haben, insbesondere im Bereich der Deradikalisierung. Radikalisierung geschieht nicht von heute auf morgen und ist ebenso wenig über Nacht wieder verschwunden.

Wir dürfen zudem nicht den Fehler machen, nur das als gefährlich einzustufen, was wir sehen. Die Koran-Verteilaktion „Lies“ war insoweit als ein sehr seltenes offenes Auftreten zu werten, um Selbstbewusstsein und eigene Stärke öffentlich zu demonstrieren und auszustrahlen. Diese Taktik hat sich wieder geändert. Wie das BfV berichtet, ist die Szene auch aufgrund des sicherheitsbehördlichen Drucks einer Fragmentierung in Splittergruppen unterworfen, Sympathisanten arbeiten heute weitestgehend wieder im Verborgenen. Dies darf uns indes nicht dazu verleiten anzunehmen, das Problem der Radikalisierung durch fundamentalistisch-salafistische Prediger existiere nicht mehr, nur weil man es in der Öffentlichkeit nicht oder kaum mehr wahrnimmt. Denn weiterhin geht man von einer hohen zweistelligen Anzahl an Personen aus, die lokal und regional begrenzt Einfluss auf die salafistische Szene nehmen. Da Verantwortliche von salafistischen Moscheevereinen verstärkt darauf achten, verfassungsfeindliche Aussagen in Predigtinhalten zu vermeiden, finden Radikalisierungen vor allem in kleinen konspirativen privaten Zirkeln und im Internet statt.

Selteneres offenes Auftreten erfordert umso höhere Wachsamkeit.

Fazit und Ausblick

Trotz sehr erfolgreicher Bekämpfung ist leider auch zukünftig mit Anschlägen zu rechnen.

Dass es seit der Serie von Vorfällen des Jahres 2016, gipfelnd im Anschlag auf den Weihnachtsmarkt am Berliner Breitscheidplatz mit 12 Toten und 55 Verletzten, gelungen ist, Terroranschläge mit islamistischen Hintergrund in Deutschland wenn nicht auszuschließen, so doch erheblich einzudämmen, ist erleichternd und ein Beleg für die innenpolitischen Anstrengungen und exzellenten Leistungen der Sicherheitsbehörden des Bundes und insbesondere auch des Freistaates Bayern. Es macht die nach wie vor gegebene Radikalisierung aber deswegen nicht ungefährlicher. Mit terroristischen Anschlägen muss daher immer noch jederzeit gerechnet werden. Das Gefährdungspotenzial des Salafismus ist, obschon zuletzt nicht weiter gewachsen, anhaltend hoch. Sich verändernde modi operandi, die Fragmentierungstaktik, der Rückzug ins Private und vermehrte Onlineaktivitäten erfordern weiterhin Anpassungen und Ertüchtigungen des sicherheitsbehördlichen Instrumentenkastens, will man auch zukünftig in der Lage sein, salafistische Bestrebungen frühzeitig zu erkennen und zu unterbinden.

Die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag hat sich mit ihrem 7-Punkte-Plan ganz klar positioniert. Sie fordert

- eine aktuelle Bewertung aller bekannter Gefährder einschließlich deren engmaschiger Überwachung durch die Länder,
- eine gesetzliche Erlaubnis zur Quellen-Telekommunikationsüberwachung und zu Online-Durchsuchungen für den Verfassungsschutz,
- wo immer möglich eine konsequentere Abschiebung von Gefährdern in ihre Herkunftsländer,
- die Verhinderung der Einreise ausländischer Gefährder nach Deutschland durch verschärfte Kontrollen,
- die strafrechtliche Verfolgung bereits der Sympathiewerbung für terroristische Vereinigungen und nicht nur das Werben um neue Mitglieder und Unterstützer,
- Isolation von Gefährdern im Justizvollzug und
- die deutliche Intensivierung des Kampfes gegen den Terror auch auf europäischer Ebene.

Insofern gibt es für die jetzige und die künftige Bundesregierung genug zu tun. Innen-, migrations- und integrationspolitische Konstellationen und Anschauungen unseres föderalen Systems werden wesentliche Mitbedingungen dafür sein, ob wir dem Salafismus in Deutschland weiterhin mit dem Ziel eines ganzheitlichen Bekämpfungsansatzes auf Augenhöhe entgegentreten werden können.

**Ganzheitlicher
Bekämpfungsansatz
ist entscheidend.**

///



III. AKTUELLE ERKENNTNISSE AUS WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG



Prof. Dr. Dr. h.c. Mathias Rohe

studierte Rechts- und Islamwissenschaften in Tübingen und Damaskus. Er forscht und lehrt seit 1997 an der Universität Erlangen-Nürnberg und ist dort Direktor des Erlanger Zentrums für Islam und Recht in Europa.

/// Abgrenzung gegen Islamismus und Islamfeindlichkeit

Der Islam in Bayern

Für manche eine Überraschung: Muslimisches Leben in Bayern ist weitgehend eine schlichte Normalität. Allerdings herrschen mancherlei Ängste und Vorurteile auf vielen Seiten, die nur zum Teil die Realität spiegeln. Erhebliche Probleme bereiten extremistische Richtungen wie Islamismus und Islamfeindlichkeit – rechtsstaatsfeindliche Geschwister, denen die breite Mehrheit der Gutwilligen und der Rechtsstaat deutlich entgegentreten müssen.

Wie kommt der Islam nach Bayern?

Vom Islam hatte man schon Vorstellungen in Bayern,¹ als hier noch keine Muslime lebten. Sie wurden gespeist aus Berichten von Wallfahrern, Erfahrungen aus den Kreuzzügen und den „Türkenkriegen“, wissenschaftlichem Austausch oder Nachrichten von ehemaligen Kriegsgefangenen wie dem Münchener Johannes Schiltberger und dem Nürnberger Johann Wild im 15. und 17. Jahrhundert. Zu dieser Zeit verstärkte man in Burghausen, Regensburg und Nürnberg die Stadtmauern aus Furcht vor dem osmanischen Heer. Theologisch wurde das Erstarken islamischer Reiche oft als Strafe Gottes für die sündige Christenheit interpretiert. Man hatte also schon Bilder, die nur begrenzt mit der Realität übereinstimmten. Der reiche Kulturaustausch wurde oft übersehen.

Islam und Muslime wurden in Bayern lange Zeit in einer Mischung aus Angst und Faszination wahrgenommen.

Die ersten Muslime kamen in der frühen Neuzeit als bestaunte exotische „Beutetürken“ nach Bayern. Mit der zunehmenden Schwächung des osmanischen Reichs wurden die islamisch geprägte Welt und ihre Kulturen zum Faszinosum – der maurische Saal im Königsschloss Ludwigs II. auf dem Schachen ist ebenso ein Beispiel dafür wie die wissenschaftlichen und literarischen Arbeiten eines Friedrich Rückert in Erlangen. Die Bayerische Staatsbibliothek beherbergt einen seit dem 16. Jahrhundert aufgebauten Schatz an Manuskripten aus der islamischen Welt mit Weltgeltung – nach manchen wurde über viele Jahrhunderte an hiesigen Universitäten studiert. Aus früheren Feinden wurden im 20. Jahrhundert militärische Verbündete. Dennoch blieb die Zahl hier lebender Muslime – auch einige deutsche Konvertiten waren darunter – bis zur zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts gering. Erste Gemeinden und Organisationen entstanden in den 1920er-Jahren, später dann gespeist aus muslimischen Kriegsfreiwilligen, die hierzulande „hängengeblieben“ waren. Der Staat unterstützte manche von ihnen als Verbündete im Kalten Krieg.

Die Zuwanderung vieler muslimischer „Gastarbeiter“ wurde lange als nur vorübergehende Phase eingeschätzt.

Mit der Zuwanderung von „Gastarbeitern“ aus der Türkei und Marokko seit den 1960er-Jahren, ergänzt durch Studenten oder Asylbewerber, änderten sich die Verhältnisse grundlegend. Nun wurden vor allem in den größeren Städten und Industriezentren Menschen muslimischen Glaubens Mitschüler, Arbeitskollegen, Nachbarn – später sogar Freunde. Für viele von ihnen spielten Religionsangelegenheiten eine eher untergeordnete Rolle, anderen war sie von vornherein sehr wichtig. So entstanden seit den 1970er-Jahren vermehrt Moscheen, oft eher improvisiert und als eine Mischung aus Gebetshaus und sozialem Treffpunkt. Von dauerhaftem Verbleib gingen weder der Staat noch die meisten Betroffenen aus. Erst die zunehmende Erkenntnis, dass viele der Einwanderer und ihre Nachkommen dauerhaft verbleiben würden, führte zu einem allmählichen, sehr Streitbeladenen Umdenken in Politik und Gesellschaft. War man Einwanderungsland oder nicht? Und was bedeutet das jeweils? Solche Unsicherheit belastete die Muslime ebenso wie die Gesamtbevölkerung.

Muslime: Ein Teil Bayerns²

Nach jahrzehntelangem breitflächigen Ignorieren der entstandenen Fakten hat man die Notwendigkeit erkannt, die mittlerweile auf ca. 700.000 Personen angewachsene muslimische Bevölkerung als Teil Bayerns und Deutschlands zu betrachten und anzunehmen. Zugleich setzte in den muslimischen Communitys ein langwährender Prozess einer Lockerung der Bindungen an die Herkunftsländer und eine stärker werdende Hinwendung zur neuen Heimat ein, in der nun viele geboren und aufgewachsen sind – ein bisweilen mühsamer Prozess mit mancherlei Brüchen. Religionsfragen spielten dabei lange Zeit nur eine untergeordnete Rolle gegenüber ökonomischen und sozialen Gegebenheiten und Herausforderungen. In der öffentlichen Wahrnehmung waren Menschen muslimischen Glaubens „Ausländer“, „Türken“ oder „Jugoslawen“.

Seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 erfolgte ein weitreichender Perspektivenwechsel mit einer starken Überbewertung der Religion gegenüber individuellen, sozialen, wirtschaftlichen und nichtreligiös-kulturellen bzw. politischen Elementen. Übersehen wird dabei, dass alle Menschen hybride Identitäten aufweisen, die sich aus all diesen Faktoren zusammensetzen und die sich auch wandeln können. Religiöse Organisationen werden zugleich gegenüber Formen des Engagements in säkular-sozialen Kontexten überproportional wahrgenommen.

Zudem wird häufig die Vielfalt der Zugänge zur Religion unter Muslimen in all ihren konfessionellen Schattierungen übersehen. Häufiger als die mehr oder weniger schriftorientierten und ritualpraktisch ausgerichteten Zugänge sind solche der Mystik (Sufismus), der Religionsethik oder einer eher gewohnheitsmäßigen Mitbeachtung einzelner religiöser Überzeugungen. Muslime aller Konfessionen wie Sunniten, Schiiten, Aleviten und Ahmadis sind vertreten, die muslimische Binnenpluralität hierzulande ist größer als in vielen Staaten mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit – eine Chance zur Begegnung ohne politischen Herrschaftsdiskurs. Die übergroße Mehrheit lehnt extremistische Interpretationen des Islam ab, auch wenn die zahlenmäßig geringen Anteile von Extremisten seit Längerem ansteigen.

Die muslimische Bevölkerung Bayerns wird oft nicht in ihrer menschlichen und religiösen Vielfalt wahrgenommen.

Entwicklung muslimischer Infrastruktur

Parallel zur Erkenntnis dauerhaften Verbleibs entwickelte sich eine muslimische und alevitische³ Infrastruktur mit Moschee- und Cemgemeinden, provisorische Moscheen in Billigbauten werden durch repräsentative Gebäude ersetzt wie in Lauingen, Penzberg oder Nürnberg. In anderen Städten wie in München herrscht noch großer Mangel. Mancherorts wurden solche Projekte breit unterstützt, andernorts wurden erhebliche Widerstände angefacht. Manchen sind die verfassungsrechtlichen Grundlagen der Religionsfreiheit unbekannt: Rechtsstaatliche Grundsätze, nicht tatsächliche oder vermeintliche Mehrheiten in der Bevölkerung entscheiden über Reichweite und Grenzen der Religionsfreiheit für die Menschen im Land. Insofern ist kontinuierliche Rechtsstaatsvermittlung eine Aufgabe, welche die Gesamtbevölkerung betrifft. Hilfreich ist eine Fülle von Initiativen zum sehr sachorientierten interreligiösen Dialog (z. B. Islamforum Bayern und lokale Organisationen).

Institution muslimischer Bildung

Zunehmend wird eine ebenso authentische wie pädagogisch, didaktisch und wissenschaftlich hiesigen Standards entsprechende muslimische Bildung im staatlichen Bildungssystem aufgenommen. Nach dem seit 2003 entwickelten „Erlanger Modell“ wird in mittlerweile über 350 Schulen islamischer Unterricht angeboten: islamisch-religiöse Studien zur Ausbildung von Lehrkräften, Theologen und in anderen Bereichen tätigen Muslimen folgten an der FAU Erlangen-Nürnberg seit 2012.

Die rechtsstaatliche Kooperation mit muslimischen Organisatoren steht in einer Übergangsphase.

Die rechtlich geforderte Kooperation zwischen muslimischen Akteuren und dem säkularen Staat, der konfessionell-religiöse Inhalte nicht definieren darf, birgt einige organisatorische und inhaltliche Probleme. In Bayern hat man sich entschlossen, rechtsstaatskonforme Übergangsmodelle zu entwickeln, um die erkennbaren Erfordernisse einer muslimischen Bildung nicht unnötig lange ungedeckt zu lassen. Die Probleme einer bislang heterogenen Organisationsstruktur können durch inhalts- und zielorientierte, vertrauensvolle und faire Zusammenarbeit überwunden werden. Für das organisatorisch homogenere alevitische Spektrum wird an manchen Orten ein eigener Religionsunterricht angeboten. Auch ein erstes muslimisches Bildungswerk ist in Erlangen entstanden.

Teilhabe am sozialen Leben und daraus resultierende Probleme

Nach mühsamen Debatten dürfen Muslime nun auch in Bayern traditionelle Bestattungsriten durchführen. Muslimische Organisationen unterschiedlicher Ausrichtung engagieren sich in vielen Bereichen des sozialen Lebens, Muslime finden sich in allen Feldern beruflicher und ehrenamtlicher Tätigkeiten. Insbesondere auf kommunaler Ebene werden die Potenziale einer Kooperation genutzt, um gemeinsame integrationsförderliche Maßnahmen umzusetzen, wobei die Integrationsanliegen in aller Regel Fragen der Sprache, des Zugangs zu Bildung, Arbeit, staatlichen Institutionen und zivilgesellschaftlichen Einrichtungen betreffen – typische Handlungsfelder im Zusammenhang mit Migration, nicht mit Religion. Dennoch besteht hier noch viel Potenzial für stabilere Kooperationsstrukturen und selbstverständlichere Teilhabe.

Probleme bereiten im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung überproportional anzutreffende patriarchalische Erziehungs- und Verhaltensmuster, wie sie in vielen Regionen und Religionen der Welt anzutreffen sind; teilweise werden sie mittels traditionalistischer religiöser Auffassungen zusätzlich gerechtfertigt. Allerdings nehmen auch innermuslimische Debatten zu solchen Fragen zu. Außerdem ist ein Generationenwandel mit zahlenmäßiger Annäherung an die Mainstream-Überzeugungen zu beobachten.

Zudem sei darauf hingewiesen, dass eine kulturalistische Ausgrenzung von Muslimen aufgrund bestimmter vergleichbarer Religionspraktiken auch orthodoxe Juden treffen kann, etwa im Hinblick auf das Schlachten von Tieren, die Beschneidung männlicher Kinder oder den Handschlag zwischen den Geschlechtern. Weitgehend migrationsbedingt sind „importierte“ politische Konflikte zwischen unterschiedlichen ethnischen Gruppen, z. B. Türken und Kurden oder neuerdings zwischen Arabern und Afghanen.

Bei alledem ist zu beachten, dass auch durch erneute Einwanderung weiterhin eine erhebliche Dynamik im Leben der Muslime in Bayern zu beobachten ist. Die Einwanderergeneration wurde und wird zusehends von hier geborenen und sozialisierten Menschen abgelöst, zunehmend deutsche Staatsangehörige. Damit geht ein migrationstypischer, aber nicht einheitlicher Wandel einher. Das Herkunftsland der Familie, dessen Sprache und kulturelle Spezifika nehmen tendenziell an Bedeutung ab, aus ethnischer Sortierung (die albanische, türkische, arabische Moschee etc. wird zusehends zur deutschen) werden deutsche Einrichtungen mit mehr oder weniger intensiver Rückbindung an die religiös-kulturellen Wurzeln. Das betrifft auch Organisationen mit noch starker institutioneller Anbindung an ausländische Institutionen.

Politische, kulturelle und religiöse Prägungen können Konflikte auslösen, die mit rechtsstaatlichem Maß zu bewältigen sind.

Gegenläufige Entwicklungen werden teils durch Einflussnahme aus den Herkunftsländern oder extremistische Propaganda ausgelöst, teils durch Selbstisolation als Reaktion auf erfahrene oder empfundene Ablehnung. Ein illustratives Beispiel ist die breite Debatte über die Wahlerfolge der gegenwärtigen türkischen Regierung mit ihrem zunehmend nationalistisch-islamistischen Kurs unter den hier lebenden wahlberechtigten Türken – die AKP findet hier prozentual mehr Unterstützung als in der Türkei selbst. Übersehen wird allerdings schon die Wahlbeteiligungsraten unter 50 % der Berechtigten.

Zudem gibt es vielerlei Anhaltspunkte dafür, dass die Motivation für die Wahlentscheidung häufig keine inhaltliche Solidarisierung mit rechtsstaatswidrigen Maßnahmen oder islamistischen Tendenzen in der Türkei ist, sondern der trotzige Ausdruck eines Gefühls der verbreiteten kulturellen Abwertung und von Diskriminierungserfahrungen, die zumindest in erheblichen Teilen auch belegbar sind. Die kulturelle Abwertung sozial niedriger gestellter Bevölkerungsgruppen ist fast ubiquitär – in Preußen traf es einst die katholischen polnischen Bergarbeiter.

Diskriminierung und Propaganda belasten das Zusammenleben.

Im Übrigen stilisieren viele türkische Medien und Politiker Türken im Ausland generell zu Opfern und schüren Misstrauen. Zum Beispiel wurde fakenwidrig behauptet, türkisch-muslimische Kinder würden im Rahmen von Fürsorgemaßnahmen systematisch in deutsche christliche Pflegefamilien untergebracht, um sie ihrem Glauben und ihrer Kultur zu entfremden. Tatsache ist, dass die Behörden dem Gesetz entsprechend versuchen, Kinder in ihrer religiösen Sozialisation zu halten, es gibt aber zu wenige passende Pflegefamilien. Auch hieran wird deutlich, wie wichtig es ist, die Ursachen real existierender Probleme faktenorientiert und treffsicher zu bestimmen; andernfalls müssen Lösungsversuche scheitern.

Ebenfalls wenig überraschend sind die stärker werdenden Reaktionen auf Diskriminierung unter Muslimen, die hier geboren und sozialisiert sind: Unterprivilegierte Einwanderer der ersten Generation verlangen nur selten das ihnen zustehende Maß an gleichberechtigter Teilhabe. Die kopftuchtragende Reinigungskraft wird eher akzeptiert als die kopftuchtragende Frau in akademischer Position. Nur potenzielle Aufsteiger spüren die „gläserne Decke“ in wichtigen Lebensbereichen. Sehr problematisch sind zudem verbreitete Vorbehalte gegen „den Islam“ schlechthin, die teilweise auch politisch instrumentalisiert werden. Umso wichtiger ist die klare Trennung zwischen Islam als Religion und Islamismus als extremistische Ideologie.

Extremistische Herausforderungen: Islamismus und Islamfeindlichkeit

Islamismus

Damit sind wir beim evidenten Problemkreis des Islamismus angelangt, wobei Diskriminierungserfahrungen nur eine mögliche Ursache darstellen. Mit dem mittlerweile etablierten Begriff des Islamismus wird eine neuzeitliche politisch-extremistische Ideologie mit allumfassendem politischen und sozialen Herrschaftsanspruch beschrieben. Der zu schaffende islamistische Staat muss aus solcher Sicht gänzlich vom islamischen Normensystem durchdrungen sein, über das die Islamisten selbst eine alleinige Interpretationshoheit beanspruchen – im Gegensatz zur hohen Akzeptanz von Meinungspluralität im Islam und der breiten Anerkennung, dass auch religiös begründete Normen dem Wechsel von Ort und Zeit unterliegen. In der Konsequenz wird die Gleichberechtigung der Geschlechter und Religionen abgelehnt – wiederum im Gegensatz zur deutlichen Mehrheitsmeinung unter Muslimen in Deutschland. Daneben werden das freiheitliche gesellschaftliche Leben in Deutschland und in westlichen Staaten verworfen, die nicht-muslimische Mehrheitsgesellschaft pauschal abgewertet.

Der Islamismus betrifft nur eine geringe Zahl von Muslimen, ist aber gefährlich auch schon unterhalb der Schwelle von Gewaltanwendung.

Die Durchsetzungsstrategien unterscheiden sich:

- Es gibt kleine gewaltbereite Gruppen, die oft sehr abgeschottet agieren und schwer zu fassen sind.
- Es existieren größere Gruppen, die Gewalt zwar mehr oder weniger glaubhaft ablehnen, aber eine Überlegenheits- und Abgrenzungsideologie pflegen, die ihrerseits schon problematisch ist und die Gewaltbereitschaft jedenfalls fördern kann.
- Manche Gruppen verfolgen primär eine Umgestaltung der staatlichen Institutionen.
- Andere wollen über Bildung in ihrem Sinne und sozialen Druck eine nach ihren Vorstellungen geformte Gesellschaft etablieren. Besonders wirksam wurde seit den 1970er-Jahren weltweit der extrem intolerante saudi-arabische Wahhabismus, der sowohl andere muslimische Richtungen wie Schiiten oder Mystiker als auch säkulare Richtungen und andere Religionen und Weltanschauungen verachtet und bekämpft, mit reichlichem Ressourceneinsatz. Der IS-Terrorstaat in Syrien und Irak baute auf dieser Ideologie auf, in Saudi-Arabien ausgebildete „Richter“ sind für Massenmorde verantwortlich.

In Bayern finden sich salafistisch orientierte Moscheen, in denen solche ideologischen Einflüsse erkennbar sind. Weniger Einfluss hat die iranisch-schiitische Herrschaftsideologie des gegenwärtigen dortigen Regimes. Nicht zu vernachlässigen sind auch Mischungen aus extremen Nationalismus und politisiertem Islam wie bei den „grauen Wölfen“ (Ülkücü-Bewegung).

Insgesamt ist die islamistische Szene in Bayern vergleichsweise wenig organisiert; vieles spielt sich in kleinen Gruppen oder Chatforen ab. Die Anhängerschaft scheint allerdings noch zuzunehmen, und sie ist trotz ihrer geringen Zahl unzweifelhaft ein erheblicher Bedrohungsfaktor für die Gesamtbevölkerung. Auch manche Organisationen bieten Anlass zu näherer Beobachtung. Rechtsstaatlich und wissenschaftlich unhaltbar sind jedoch nicht mit Fakten untermauerte pauschale Behauptungen, „die Moscheen“ oder „die Verbände“ schlechthin, die angeblich von Politik und Kirchen „hofiert“ werden, seien die Wurzel des Übels. Genaue Suche nach Ursachen von Gewalt und Hetze tun Not.

Islamfeindlichkeit

Islamfeindlichkeit – jenseits berechtigter Sachkritik im Einzelnen – ist so gefährlich wie Islamismus.

Nicht minder bedrohlich sind Gruppierungen und Personen, die weit über angemessene Sachkritik hinaus pauschale Hetze gegen Muslime und Desinformation über ihre Religion verbreiten. In Bayern hat der Verfassungsschutz dafür zu Recht die Kategorie der verfassungsschutzrelevanten Islamfeindlichkeit entwickelt, die sich nicht auf typisch Rechtsradikale beschränkt. Mit den teils verfassungswidrigen Forderungen der AfD hat diese Ideologie auch Einzug in die Parlamente gefunden. Islamismus und Islamfeindlichkeit sind ideologische Geschwister, denen die breite rechtsstaatlich orientierte Mehrheit gleichermaßen entgegentreten muss; oft verbinden sich zudem Islamfeindlichkeit und Antisemitismus. Das Gefahrenpotenzial aller Extremismen haben Anschläge in Ansbach und Würzburg, aber auch in München deutlich gezeigt.

Der Begriff des „politischen Islam“

In neuerer Zeit taucht der problematische Begriff des „politischen Islam“ auf. Er ist unpräziser als der des Islamismus und birgt die Gefahr einer inhaltlichen Überdehnung. Sinnvoll gefüllt wird er nur durch eine problemorientierte Herangehensweise. Der wesentliche Unterschied zur grundrechtlich geschützten privaten Lebensführung liegt im politischen oder sozialen Herrschaftsanspruch, der damit den säkularen demokratischen Rechtsstaat und seine Gesellschaft zentral angreift.

Wichtig ist eine Abgrenzung zu traditionellen Formen der privaten Lebensführung, auch wenn sie nicht dem Mainstream entsprechen und gesellschaftliche Debatten auslösen können. Grundrechte, darunter auch die Religionsfreiheit, gelten gerade auch in unruhigen Zeiten. Die Überdehnungsgefahr wird deutlich, wenn z. B. das Tragen eines Kopftuchs undifferenziert und faktenfern als generelles „Symbol des politischen Islam“ bewertet wird. Gerade die religionsoffene säkulare Verfassungslage ermöglicht persönliche Entfaltung, Kooperation, ein friedvolles Zusammenleben mit sachorientierten Debatten in gegenseitigem Respekt und vermeidet Spannungen, wie sie ein obsessiver religionsfeindlicher Laizismus fördern kann. Gut begründete und gezielte Einzelmaßnahmen gegen alle Formen des rechtsstaatsgefährdenden Extremismus können effizient wirken und breite Akzeptanz in der Gesamtbevölkerung finden – ressourcenschonende Überwachung von Gefährdern oder Korrekturen überzogener Datenschutzbestimmungen mögen als Beispiele genügen.

Der Begriff des „politischen Islam“ ist noch sehr ungenau und muss von unproblematischer religiöser Betätigung abgegrenzt werden.

Das Zusammenleben von Muslimen und Nichtmuslimen in Bayern wird zusehends „normaler“ und ist besser als gedacht. Wichtig ist der Zusammenhalt gegen Extremismus jeder Art.

Fazit

Ebenso wichtig wie Maßnahmen der Repression und der Deradikalisierung sind solche der Prävention. Auch insoweit wurde in Bayern und Deutschland in den letzten Jahren eine Fülle hilfreicher Maßnahmen ins Werk gesetzt. Neben dem Ausbau einer Gefangenenseelsorge ist wiederum das Bildungswesen zu nennen. Auch viele muslimische Organisationen und Einzelpersonen engagieren sich hier. Defizite bestehen noch insbesondere bei der adäquaten Verbreitung einer islamisch-theologisch fundierten Argumentation gegen die Interpretationen der Islamisten, nicht zuletzt im Internet.

Abschließend ist festzuhalten, dass in Bayern ein erheblicher Teil des Zusammenlebens zwischen Muslimen und anderen im Alltag in aller menschlichen Vielfalt gut gelingt. Weiterhin hinderlich sind verbreitete Vorurteile in alle Richtungen, aber auch extremistische Bedrohungen durch Islamismus und Islamfeindlichkeit. Dagegen helfen Aufklärung, klare rechtsstaatliche Maßnahmen gegen Extremisten aller Couleur und wirksame Prävention, aber auch faire Teilhabe aller Gutwilligen. Nur mit offenen Augen und Augenmaß wird man die breite Mitte der Bevölkerung aller Religionen und Weltanschauungen zusammenhalten und stärken können – mit gemeinsamer Bewahrung rechtsstaatlicher Einigkeit in menschlicher Vielfalt.

///

Weiterführende Literatur


Rohe, Mathias: Der Islam in Deutschland: Eine Bestandsaufnahme, München, 2. Aufl., 2018, mit zahlreichen weiteren Literaturnachweisen.

Rohe, Mathias / Jaraba, Mahmoud u. a.: Islam in Bayern. Policy Paper für die Bayerische Staatsregierung im Auftrag der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Erlangen / München 2018, abrufbar unter https://badw.de/fileadmin/user_upload/Files/BADW/pressemitteilung/2018/pm-27-18/2018_07_18_BAdW_EZIRE_Islam_in_Bayern_policy_paper.pdf, Stand: 22.11.2020.

Jaraba, Mahmoud: Salafismus. Die Wurzeln des islamistischen Extremismus am Beispiel der Freitagspredigten in einer salafistischen Moschee in Bayern, Wien 2020.

Anmerkungen

- ¹ Mit „Bayern“ soll das Territorium des heutigen Freistaats Bayern erfasst werden, auch im Hinblick auf Ereignisse außerhalb seiner historischen Grenzen.
- ² Der heutige bayerische Ministerpräsident hat bei einem Empfang im Nürnberger Rathaus einmal formuliert, der Islam gehöre nun auch zu Franken.
- ³ Das Alevitentum ist eine religiöse Richtung, die sich seit dem 13./14. Jahrhundert vorwiegend in der heutigen Türkei herausgebildet hat. Sie vereint schiitisch-islamische Elemente mit spezifischen Eigenheiten. Unter Aleviten herrscht Uneinigkeit, ob man sich als Muslime einer speziellen Konfession oder als eigenständige, aus dem Islam heraus entwickelte Religion versteht. Im Herkunftsland wurden die Aleviten über lange Zeit und teils bis heute unterdrückt.



Dr. Andreas Rieck

war Mitarbeiter an Orient-Instituten in Beirut (1984-1987) und Hamburg (1989-2001); Auslandsmitarbeiter der Hanns-Seidel-Stiftung in Pakistan und Afghanistan (2002-2006) und ist seit 2007 Mitarbeiter im Bundeskriminalamt in Berlin.

/// Die kleine Minderheit unter den Muslimen

Die aktuelle Entwicklung des Salafismus

Mit dem Untergang des „Islamischen Staates“ im Irak und Syrien 2017 hat auch die in den frühen 2000er-Jahren in Deutschland begonnene Welle salafistischer Radikalisierung ihren Zenit überschritten. Die Nachwirkungen dieser Phase, während der Konflikte in der islamischen Welt einen wesentlichen Einfluss auf die hiesige salafistische Szene genommen haben, werden uns jedoch noch längere Zeit beschäftigen.

Einleitung

Wie in anderen europäischen Staaten auch, war und ist die Entwicklung einer salafistischen Szene innerhalb der muslimischen Bevölkerung in Deutschland ein Phänomen, das in hohem Maße von Entwicklungen in einigen Kernländern der islamischen Welt beeinflusst wurde und noch wird. Zwar hat der Salafismus in Deutschland durchaus sein Eigenleben entwickelt, aber seine Entstehung und Expansion in den letzten 15 bis 20 Jahren waren Teil eines weltweiten Trends und bleiben abhängig von Ereignissen weit jenseits der deutschen Landesgrenzen.

Als Initialzündung können die Anschläge vom 11. September 2001 angesehen werden, die einerseits zu bis dahin beispiellosen militärischen Interventionen der USA in der islamischen Welt führten („Regime change“ und Besetzung von Afghanistan und Irak), und andererseits auch in der europäischen und amerikanischen muslimischen Diaspora Reaktionen auslösten.

Das Auftreten des Salafismus in Europa war eine der Folgen der Anschläge vom 11. September 2001.

Das Argument von Al-Qā'ida und deren Sympathisanten, der vom US-Präsidenten George W. Bush ausgerufenen „Krieg gegen den Terrorismus“ sei in Wahrheit ein „Krieg gegen den Islam“, fand auch unter Muslimen in Europa wachsende Zustimmung, besonders seit der Irak-Invasion 2003. Gleichzeitig förderten sowohl das Medienecho auf die Anschläge in den USA 2001 als auch die verstärkte Aufmerksamkeit westlicher Sicherheitsbehörden für islamistische Radikalisierung ein Gefühl von Muslimen, unter „Generalverdacht“ zu stehen, was seinerseits dazu führte, dass sich gerade junge Muslime der zweiten oder dritten Einwanderergeneration stärker ihrer muslimischen Identität bewusst wurden und diese oft offensiv herausstellten. Der Salafismus, der sich in Deutschland erst ab ca. 2004 öffentlich bemerkbar machte, bot eine besonders starke Möglichkeit, das eigene „Muslimsein“ herauszustellen, und schuf mit seiner Betonung der Umma, d. h. der Gemeinschaft aller Muslime weltweit, gleichzeitig eine neue gemeinsame Identität für Muslime in der Diaspora unterschiedlichster Herkunft.

Salafismus und Jihad-Salafismus

Die moderne Ideologie des „globalen Jihad“ entstand im Afghanistankrieg der 1980er-Jahre.

Die ideologischen Wurzeln des Salafismus liegen in der streng konservativen, „wahhabitischen“ Islamauslegung Saudi-Arabiens,¹ an der sich bis heute einige bekannte deutschsprachige Prediger orientieren. Aber schon seit den 1980er-Jahren war auch im saudischen Wahhabitentum eine radikalere Tendenz entstanden, die später als „Jihad-Salafismus“ bekannt wurde, und für die auch solche Salafisten empfänglich waren und blieben, die sich als scheinbar unpolitische religiöse Eiferer auf die strenge Befolgung islamischer Regeln und die Mission (da'wa)² für ihre fundamentalistische Version des Islam konzentrieren. Der „Jihad-Salafismus“ verbreitete sich in den 1980er-Jahren zunächst in Afghanistan – dort speziell unter arabischen Unterstützern der afghanischen Mujāhidīn³ – und fand in den 1990er-Jahren Anhänger in vielen islamischen Ländern, gefördert durch neue Konflikte in Algerien, Bosnien, Tschetschenien, Zentralasien und Kaschmir. In Afghanistan war es nach dem Sieg der Mujāhidīn 1992 deren andauernder Machtkampf untereinander, der dem „Jihad-Salafismus“ nach dem Siegeszug der fundamentalistischen Taliban eine starke Basis bot. Usama Bin Laden, der sich seit 1996 erneut in Afghanistan aufhielt, konnte seine bereits 1988 dort gegründete Gruppe Al-Qā'ida unter dem Schutz der Taliban zu einer schlagkräftigen Truppe arabischer und internationaler Jihadisten ausbauen und 2001 die bis heute schwersten terroristischen Anschläge organisieren. Selbst nach der amerikanischen Invasion Ende 2001 und Tötung oder Gefangennahme tausender Kämpfer der Al-Qā'ida in Afghanistan wuchs der weltweite ideologische Einfluss von Bin Laden und anderen untergetauch-

ten Führern der Gruppe, durch das Internet als neues Medium für jihadistische Propaganda, aber auch wegen der Überreaktion der US-Regierung, die 2003 auch noch den Irak angriff, dessen Regime mit den Anschlägen vom September 2001 nichts zu tun hatte.

Auch solche Salafisten in Deutschland und Europa, die sich nie offen mit Bin Laden und Al-Qā'ida solidarisiert haben, konnten in ihren Predigten, Islamseminaren und öffentlichen Kundgebungen auf ein weitverbreitetes Gefühl anspielen, dass sich die gesamte islamische Umma in einer kritischen Situation der Selbstverteidigung gegen übermächtige „ungläubige“ Staaten befinde, und dass Muslime, die in diesen Staaten leben, Opfer einer wachsenden Islamfeindlichkeit seien. Hier gibt es eine klare Überschneidung mit der jihadistischen Ideologie: Auch der auf Missionierung und religiöse Vorschriften fokussierte nicht-militante Salafismus predigt die Selbstbehauptung in und die Absonderung von der „ungläubigen“ Gesellschaft gemäß dem Prinzip „al-walā wal-barā'a („Loyalität und Meidung“).⁴ Gemäß diesem in der salafistischen Propaganda – auch in der nicht-militanten – immer wieder beschworenen Prinzip sollen Muslime nur ihre Glaubensbrüder und -schwestern „lieben“, die „Ungläubigen“ jedoch „hassen“, bzw. sich zumindest von ihnen fernhalten, und sie dürfen keinerlei Loyalität zu deren „menschengemachten“ Gesetzen zeigen.

Die Übergänge zwischen dem verbalen Extremismus der nicht-militanten Salafisten und dem tätigen Extremismus der Jihadisten waren und sind daher fließend, was sich auch in den „Karrieren“ vieler Einzelpersonen aus Deutschland widerspiegelt hat, die sich dem „Jihad“ im pakistanisch-afghanischen Grenzgebiet (bis 2010) oder in Syrien und im Irak (ab 2012) angeschlossen haben. Fast alle dieser „Deutsch-Jihadisten“ begannen mit der Teilnahme an Islamseminaren und / oder der sogenannten „street da'wa“ salafistischer Gruppen, bevor sie sich weiter radikalisierten. In der ersten Phase, als noch das Stammesgebiet Waziristan in Pakistan das bevorzugte Zielgebiet für jihadistisch motivierte „Auswanderer“ (Muhājirūn)⁵ aus Deutschland und anderen westlichen Staaten war, handelte es sich nur um weniger als 100 Personen (darunter auch Frauen und Kinder), unter denen sich allerdings auch markante Fälle, wie die Mitglieder der 2007 verhafteten „Sauerlandgruppe“⁶ und Propagandisten wie die Chouka-Brüder⁷ und Bakkay Harrach⁸ befanden. Zur selben Zeit hatten extremistische Gruppen im Irak, besonders der 2006 proklamierte „Islamische Staat Irak“, bereits Tausende von Jihad-Kämpfern aus allen arabischen Staaten angezogen.

Die Übergänge vom Salafismus zum „Jihad-Salafismus“ waren oft fließend, auch in Deutschland.

Aufstieg und Fall des „Islamischen Staates“

Der Aufstand in Syrien und Aufstieg des IS wurden machtvolle Schubfaktoren der Jihad-Ideologie.

Als der bewaffnete Aufstand gegen das Regime Syriens 2012 Fahrt aufnahm, wurde das Land zu einem Magneten für Jihad-Salafisten weltweit, neben arabischen Ländern besonders aus Zentralasien und dem Kaukasus, aber auch aus Westeuropa. Ein wichtiger Grund war die leichte Verfügbarkeit von Propaganda und vor Ort aufgenommenen Kriegsberichten im Zeitalter von Smartphone-Kameras und sozialen Medien, was die tragischen Ereignisse in Syrien fast in Echtzeit weltweit erlebbar machte. Ein anderer Faktor war die in den ersten Jahren des Aufstands leichte Zugänglichkeit der von Aufständischen kontrollierten Gebiete im Norden Syriens über die Türkei. Der amerikanische Truppenabzug aus dem Irak bis Ende 2011 schuf auch dort ein Machtvakuum, das der „Islamische Staat Irak“ für sich nutzen konnte. Im April 2013 proklamierte dessen Führer Abu Bakr al-Baghdadi einen „Islamischen Staat Irak und Syrien“ (ISIS), der noch im selben Jahr viele tausend neue internationale Jihadisten anzog. 2014 trat ISIS in offenen Konflikt mit rivalisierenden jihadistischen Gruppen in Syrien, von denen viele Kämpfer zum ISIS überliefen, und nach einem sensationellen Siegeszug im Osten Syriens (Euphrat-Tal) und im Irak (Eroberung von Mosul und anderen Städten) wurde Ende Juni 2014 ein „Islamischer Staat“ (IS) mit Abu Bakr al-Baghdadi als „Kalif“ proklamiert, der Muslime in der ganzen Welt aufrief, ihm Treue zu schwören und seinen Befehlen zu folgen.

So anachronistisch und anmaßend der Anspruch des IS-„Kalifen“ auf die große Mehrheit der Muslime weltweit – und erst recht auf Nichtmuslime – auch wirken mochte: In den Jahren 2014 zog der IS Zehntausende von religiösen Fanatikern aus der ganzen Welt an, die sich von dessen anfänglichen Siegeszügen und von Assoziationen an die glorreiche Frühzeit des historischen Kalifats, als ganz Nordafrika und der Nahe Osten innerhalb weniger Jahrzehnte von arabischen Muslimen erobert wurden, mitreißen ließen. Eine intensive Internet-Propaganda mit hochprofessionell „komponierten“ Videos stellte den Mut, die militärische Schlagkraft und den religiösen Eifer der IS-Kämpfer heraus, wobei auch die zur Schau gestellte Brutalität gegenüber besiegten Gegnern (zahllose Nahaufnahmen von Gefangenenexekutionen, oft durch Enthauptung) auf IS-Fans keinesfalls abschreckend wirkte.⁹

Eine vergleichbare weltweite Mobilisierung muslimischer Extremisten für ein gemeinsames Ziel, wie sie der ISIS / IS in den Jahren 2013-2015 bewirken konnte, ist in absehbarer Zukunft kaum vorstellbar. Sie wurde ermöglicht durch das gleichzeitige (relative) Machtvakuum in Syrien und im Irak, durch die Haltung der türkischen Regierung, die den Aufstand in Syrien für eigene außenpolitische Ziele nutzen wollte und selbst noch mit dem IS-„Kalifat“

bis Mitte 2016 „gute Nachbarschaft“ pflegte, und durch den Nimbus der „Unbesiegbarekeit“ der den ISIS / IS in seiner Anfangsphase umgab.¹⁰ Dieser Nimbus ist in den Jahren 2016 und 2017 gründlich zerstört worden, als das Territorium des IS zuerst im Irak und dann in Syrien durch eine übermächtige internationale Koalition, angeführt von den USA, Stück für Stück zurückerobert wurde, um den Preis der weitgehenden Zerstörung von Mosul und der syrischen Stadt Raqqa durch Luftangriffe. (Der IS, der 2014 fast der ganzen Welt den Krieg erklärt und den Westen zusätzlich provoziert hatte – mit dem Genozid an den nordirakischen Jesiden und in Videos zelebrierten Enthauptungen westlicher Geiseln – konnte sich zu keinem Zeitpunkt gegen Luftangriffe verteidigen.) Zwar hielt sich eine kleine IS-Enklave im syrischen Grenzgebiet zu Irak noch bis März 2019, aber auch die letzten 10.000 IS-Kämpfer wurden dort systematisch aufgerieben oder gefangen genommen. Am 27. Oktober 2019 wurde auch Al-Baghdadi, der sich 1.000 km vom Schauplatz des letzten IS-Gefechts (Baghouz) entfernt im Nordwesten Syriens versteckt hatte, von amerikanischen Truppen aufgespürt und getötet.

Die Ideologie des „Islamischen Staates“ wirkt weiter

Im Nachhinein wirkt der IS, der eine Zeit lang die Welt in Schrecken versetzt hatte, wie ein böser Spuk aus einer fernen Zeit, eine Art religiös-politische Kollektivneurose, die mit irrationalen, völlig überzogenen Feindbildern junge Muslime (auch Frauen) auf verbrecherische Irrwege geleitet hat. Der Konflikt in Syrien hat auch die salafistische Szene in Deutschland jahrelang stark beeinflusst, von harmlosen Spendensammlungen für zivile Kriegsoffer bis hin zur „Auswanderung“ junger Männer und ganzer Familien zwecks Teilnahme am „Jihad“, am häufigsten in den Reihen des ISIS / IS. Schon 2017 tendierte solche „Auswanderung“, die überdies durch Passentziehungen und verschärfte Grenzkontrollen (seit 2016 auch in der Türkei) erschwert wurde, gegen Null, während in Deutschland selbst salafistische Vereine wie „Millatu Ibrahim“, „Die wahre Religion“ und die Kampagne „Lies!“ zur kostenlosen Verteilung von Koranübersetzungen einer nach dem anderen verboten wurden. Einerseits verlor das „Leitbild“ IS mit seiner fast totalen Niederlage im Irak und Syrien seine Anziehungskraft, und andererseits befanden sich hiesige Salafisten unter einer immer engmaschigeren Beobachtung durch die Sicherheitsbehörden.

Erstaunlicherweise hat die Ideologie des IS – einschließlich der Parole „Der Islamische Staat bleibt bestehen!“ – trotzdem immer noch viele Anhänger in Deutschland und anderen westlichen Staaten, deren Aktivitäten sich zwar größtenteils nur im Internet abspielen, aus deren Kreis sich aber gelegent-

Der IS und auch der deutsche Salafismus haben schon 2016 ihren Zenit überschritten.

lich Personen finden, die als sogenannte „Soldaten des IS“ Terroranschläge verüben. Die schwersten solcher Anschläge (2015 in Frankreich) waren noch professionell vorbereitete „Operationen“ mit Anleitung durch die damals noch intakte Zentrale des IS im Irak und Syrien, aber seit 2016 waren es nur noch durch die IS-Ideologie und -Propaganda inspirierte Einzeltäter und Kleingruppen, die solche Anschläge in Europa planten oder ausführten, darunter Dutzende Migranten aus muslimischen Ländern, von denen einige erst mit der Flüchtlingswelle von 2015 oder später eingereist sind.

Die Nachfolger der deutschen Jihadisten sind fast nur noch „Internet-Helden“.

Ihre „Inspiration“ beziehen solche Nachzügler der 2013 bis 2015 vom IS ausgelösten jihadistischen Welle zum Teil von Videos aus jener Zeit der großen Siege und Machtentfaltung des IS, aber auch durch die Illusion von weiteren „Erfolgen“ des IS weltweit. Tatsächlich melden nicht nur Restgruppen des IS, die sich in syrischen und irakischen Wüstengebieten reorganisieren konnten, immer noch erfolgreiche Anschläge oder Überfälle, sondern auch „Provinzen“ des IS in einer Reihe weiterer Staaten, darunter so entfernte wie Nigeria, Mali, Niger, Tschad, Kongo und Mosambik in Afrika und Afghanistan, Pakistan, Indien, Sri Lanka, Indonesien und die Philippinen in Asien, und oft genug können solche Anschläge auch mit Videoaufnahmen belegt werden. Hinzu kommen noch regionale „Zweige“ der Al-Qā'ida, die einige Jahre lang ganz im Schatten des IS gestanden hatte, nach dessen Untergang jedoch zu neuem Leben erwacht ist, vor allem im Jemen, in Somalia (Al-Shabāb), in Mali und Burkina Faso, in Afghanistan und in Syrien. Von den Al-Qā'ida nahen Gruppen im Nordwesten Syriens, die zwar 2017 bis 2020 viel Territorium verloren haben, aber dank eines indirekten Schutzschildes der Türkei bisher dort überlebt haben,¹¹ wird bis heute Propaganda produziert, mit der ausländische Kämpfer zur Beteiligung an ihrem „Jihad“ aufgerufen werden, gelegentlich sogar in deutscher Sprache.

Kaum noch Ausreisen aus Deutschland zum „Jihad“

Allerdings hat sich selbst nach Nordwest-Syrien seit Jahren kaum noch ein Jihad-Freiwilliger aus europäischen Staaten verirrt, und erst recht nicht an die sonstigen o. g. Schauplätze des „globalen Jihad“. Zwar gibt es in diesen Staaten (und einigen weiteren) mehr oder weniger schlagkräftige extremistische Gruppen, die weiterhin zahlreiche Anschläge verüben, aber Deutschland und Europa sind davon kaum noch tangiert. War es in den Jahren 2014 bis 2016 noch ein zentrales Anliegen westlicher Sicherheitsbehörden, die Ausreise weiterer Muslime (einschließlich Konvertiten) in „Jihad-Gebiete“ zu verhindern, so hat sich dieses Problem in den letzten Jahren nahezu von selbst erledigt. Schon der Fall von Mali, wo seit 2013 die Präsenz europäi-

scher Truppen eine zusätzliche Motivation darstellen könnte, hat gezeigt, dass nicht jeder Schauplatz geeignet ist, um Jihad-Kämpfer aus entfernten Ländern anzuziehen.

Dies wird vermutlich auch noch in den kommenden Jahren für Afghanistan gelten, das Geburtsland des zeitgenössischen „globalen Jihads“, wo die Taliban inzwischen an der Schwelle zu einem erneuten Sieg im ganzen Land zu stehen scheinen. Das wäre zwar eine Katastrophe für alle diejenigen Afghanen, die von den neuen Freiheiten und Chancen seit 2002 profitieren konnten (besonders Frauen), aber ein neues „Islamisches Emirat“ der Taliban würde wohl kaum nochmals wie in den 1990er-Jahren ausländischen Kämpfern Freiräume bieten, da es auf solche Unterstützung gar nicht angewiesen wäre. Außerdem sind die Taliban zwar Fundamentalisten, aber keine Salafisten, sondern sie folgen der hanafitischen Rechtsschule des sunnitischen Islam, die seit 1.000 Jahren von Anatolien bis Indien und Zentralasien verbreitet ist. Ihre Ideologie ist zudem stark afghanisch-national geprägt, und das für Salafisten so wichtige Konzept der „islamischen Umma“ spielt für sie eine geringere Rolle. In Afghanistan bekämpfen die Taliban nicht nur die gewählte Regierung, sondern seit Jahren auch örtliche Anhänger des IS, die dort zahlreiche schwere Anschläge verübt haben.

Eine etwaige Rückkehr der Taliban an die Macht würde zwar auch Salafisten weltweit und in Europa einen gewissen „moralischen Auftrieb“ geben, aber eine neue Ausreisewelle von Jihad-Freiwilligen wäre deswegen nicht zu befürchten. Generell sind derzeit keine „Jihad-Schauplätze“ in Sicht, die das Potenzial haben, freiwillige Kämpfer aus weit entfernten Ländern anzuziehen, sondern allenfalls aus den jeweiligen Nachbarstaaten. In Deutschland liegen daher die Schwerpunkte bei der Bekämpfung des militanten Salafismus seit Jahren erstens in Ermittlungs- und Strafverfahren gegen Personen, die bis 2017 nach Syrien oder in andere „Jihad-Gebiete“ ausgereist und zum Teil zurückgekehrt sind, und zweitens in der Beobachtung der salafistischen Szene vor Ort, aus der heraus sich auch nach dem Niedergang des IS noch Einzelpersonen oder kleine Gruppen so stark radikalisieren, dass man ihnen die Vorbereitung terroristischer Anschläge zutraut, bzw. dass Anschlagsvorbereitungen tatsächlich stattfinden. Die Ideologie des IS wirkt insofern noch weiter und wird gelegentlich auch von Einzeltätern verinnerlicht, die sich „im Stillen“ über jihadistische Internet-Propaganda und Chatgruppen in sozialen Medien radikalisieren, ohne den Sicherheitsbehörden aufzufallen. Die von Polizeibehörden als islamistische „Gefährder“ eingestufteten Personen (derzeit ca. 700) bewegen sich jedoch meist in einem sozialen Umfeld von Gleichgesinnten, die jeweils eine salafistische Haltung mehr oder weniger offen vertreten (auch sichtbar durch ihr äußeres Erscheinungsbild), und die sich gegenseitig in ihren Ansichten bestärken.

Die Freiräume und Optionen für radikale deutsche Salafisten werden immer begrenzter.

Lohnt es sich heute noch, ein Salafist in Deutschland zu sein?

Auch wenn die Verfassungsschutzberichte weiterhin einen jährlichen Anstieg der Salafisten in Deutschland verzeichnen, dürfte der Zenit der Anziehungskraft des Salafismus hierzulande seit Jahren überschritten worden sein.¹² Es fehlt einerseits ein überzeugendes Narrativ in Form eines Konflikts in der islamischen Welt, in dem sich zu engagieren auch für Muslime in Deutschland attraktiv wäre. Andererseits stehen Salafisten in Deutschland inzwischen unter starker Beobachtung und Einschränkung ihrer öffentlichen Aktivitäten und sie bleiben eine kleine Minderheit unter den hiesigen Muslimen, von denen sie mehrheitlich abgelehnt und ausgegrenzt werden. Weder international noch in Deutschland sind derzeit Faktoren erkennbar, die für eine neue Welle salafistischer Mobilisierung in naher Zukunft sprechen.

///

Anmerkungen

- 1 Genauer: In den Schriften von Muhammad Ibn Abd al-Wahhāb (1702-1792), besonders dessen „Kitāb al-Tauhīd“ [„Buch des Monotheismus“], das bis heute als wichtigste Referenz für die Implikationen einer strengen Auslegung des islamischen Glaubensbekenntnisses [„Es gibt keine Gottheit außer Allah ...“] herangezogen wird. Eine noch ältere Referenz, an der sich Salafisten (besonders „Jihad-Salafisten“) häufig orientieren, sind die Schriften des syrischen Gelehrten Ibn Taimiya (1263-1328).
- 2 Das arabische Wort „da‘wa“ bedeutet wörtlich „Aufruf“, nämlich den Aufruf, sich zum Islam zu bekehren.
- 3 Mujāhidīn bzw. Mujāhidūn bedeutet „Kämpfer im Jihad“. Im Kontext des afghanischen Widerstands gegen die sowjetische Besatzung (1979-1989) wurde der Begriff in Westeuropa und den USA als „Freiheitskämpfer“ verstanden. Militante Islamisten weltweit bezeichnen sich selbst noch heute vorzugsweise als Mujāhidūn.
- 4 Dies geht zurück auf einen Koranvers, Sure 9:1.
- 5 Muhājirūn wurden diejenigen frühen Muslime genannt, die dem Propheten Muhammad 622 AD bei dessen Auswanderung bzw. Flucht (hijra) von Mekka nach Medina folgten, unter Zurücklassung ihres Besitzes. Das Wort hat daher eine positive religiöse Konnotation, im Sinne von „Auswanderer um der Religion willen“.
- 6 Zwei deutsche Konvertiten und ein Deutsch-Türke, die sich 2006 zwecks militärischer Ausbildung der Islamischen Jihad-Union in Waziristan (Pakistan) anschlossen und 2007 in deren Auftrag einen größeren Anschlag auf eine amerikanische Einrichtung in Deutschland vorbereitet haben.

- 7 Die Deutsch-Marokkaner Mounir und Yassin Chouka schlossen sich 2007 in Waziristan der jihadistischen Islamischen Bewegung Usbekistans an und forderten in Propagandavideos andere deutsche Muslime auf, ihnen zum „Boden der Ehre“ zu folgen.
- 8 Der Deutsch-Marokkaner Bekkay Harrach trat 2009 in mehreren Propagandavideos der Al-Qā'ida auf, in denen er Drohungen und Forderungen an die Bundesregierung richtete.
- 9 Ein weiteres Element, das in fast keinem Propagandavideo fehlen durfte, war die Darstellung der Grausamkeiten der Gegenseite, gegen die sich die „Mujāhidun“ des IS „zur Wehr setzten“, vorzugsweise Bilder oder Filmausschnitte von durch Luftangriffe getöteten und schwerverletzten Zivilisten (besonders Frauen und Kindern) und zerstörten Häusern.
- 10 Von diesem Nimbus ließ sich selbst Jürgen Todenhöfer beeindrucken, der es Ende 2014 als einziger westlicher Journalist gewagt hatte, mit schriftlicher Zusage eines freien Geleits in das Gebiet der IS einzureisen; siehe Todenhöfer, Jürgen: Inside IS – 10 Tage im ‚Islamischen Staat‘, München 2015.
- 11 An erster Stelle sind das die Hai'at Tahrir al-Shām [“Komitee zur Befreiung Syriens”], eine Anfang 2017 proklamierte Nachfolgeorganisation der früheren Jabhat al-Nusra, und deren Abspaltung Tanzīm Hurrās al-Dīn [„Organisation der Wächter der Religion“]. Die Türkei hat diese beiden Gruppen nie direkt unterstützt, sondern will sie durch islamistische Klientelmilizen ersetzen, die bereits gegen syrische Kurden und in Drittländern (Libyen; Berg Karabach) zum Einsatz gekommen sind. Türkische Kontrollposten in der Provinz Idlib dienen jedoch dem Zweck, ein weiteres Vorrücken syrischer Regimetryruppen ebendort zu verhindern, was im März 2020 erstmals zu größeren Kampfhandlungen zwischen türkischen und regulären syrischen Truppen führte.
- 12 Ein Grund für die auch in den letzten Jahren weiterhin angestiegenen Zahlen dürfte die kontinuierlich ausgeweitete Beobachtung der Szene durch die Sicherheitsbehörden sein.



Dr. Friedhelm Hartwig

arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter für modus | zad mit dem Schwerpunkt religiös begründeter Extremismus Online. Er studierte Islamwissenschaft, Arabistik und evangelische Theologie an der Ruhr-Universität Bochum.

/// Verbreitung von radikalen Botschaften

Der Islam auf YouTube

Akteure mit sunnitisch-fundamentalistischen Glaubensüberzeugungen dominieren das Informationsangebot zum Islam in deutschsprachigen YouTube-Kanälen. Ihre Erfolgsrezepte sind vielfältig, flexibel und kreativ. Die zentralen Merkmale dieser Informationsblase mit ihren zumeist salafistischen Predigern lassen sich im Rahmen von Monitoring-Projekten gut erschließen.

Eine islamische Peripherie des Extremismus

Wer verbreitet Informationen zum Islam auf YouTube? Mit dieser grundlegenden Frage beginnt im Jahre 2019 das modus|zad Monitoring Projekt ABAT seine Recherchen und Analysen zum Angebot deutschsprachiger YouTube Kanäle.¹ Die Resultate der Kombination aus Netzwerkanalysen, quantitativen und qualitativen Methoden sind eindeutig: Auf YouTube dominieren Kanäle mit sunnitisch-fundamentalistischen, salafistischen oder islamistischen Botschaften das deutschsprachige Informationsangebot zum Islam. Wer auf dieser Plattform nach Antworten auf Fragen zum Islam sucht, gerät nahezu automatisch in eine extremistische Informationsblase. Differenziertere theologische Ansätze oder moderatere Glaubenshaltungen sind dagegen kaum zu finden. Die Effekte einer Filterblase sind deutlich erkennbar; Wirkungen einer Echokammer auf das Publikum sind somit sehr wahrscheinlich.²

Wer auf YouTube zum Thema Islam recherchiert, gerät schnell in eine extremistische Informationsblase.

Die PrE bildet eine Mischzone aus fundamentalistisch-sunnitischen Bekenntnissen.

Alle recherchierten Kanäle dieser YouTube-Blase distanzieren sich von Gewalt als Mittel zur Durchsetzung ihrer Überzeugungen und lehnen häufig auch ausdrücklich aktuell agierende dschihadistische Bewegungen ab. Mit ihren radikalen Botschaften bewegen sie sich jedoch am Rande der Meinungs- und Glaubensfreiheit. Im Projekt ABAT wurde daraufhin der Arbeitsbegriff „Peripherie des religiös begründeten Extremismus“ (PrE) geprägt. Die PrE bezeichnet seitdem diese YouTube-Blase als eine Mischzone aus fundamentalistisch-sunnitischen Glaubensvorstellungen, die sich aus salafistischen, islamistischen und inhaltlich hybriden Diskursen zusammensetzt. „Hybride“ umfasst dabei sunnitisch-fundamentalistische Diskurse, die bislang nicht eindeutig salafistischen oder islamistischen Strömungen zugeordnet werden können.³

Aus der ABAT-Kanal-Datenbank konnte eine Liste der wichtigsten YouTube-Kanäle der PrE zusammengestellt werden, die zur Basis tiefergehender Analysen diene. Tabelle 1 zeigt eine aktualisierte Rangliste der erfolgreichsten deutschsprachigen Kanäle sowie eine Klassifizierung nach Kanal-typen⁴ und eine vorläufige inhaltliche Einschätzung der Kanäle.

Geografisch sind die Kanäle mehrheitlich auf Deutschland verteilt. Zwei Kanäle, „IMAN TV“ und „Fitrah Dawah“, haben ihre Basis in Österreich. Zwei weitere Kanäle geben als Land die Schweiz an: „IZRS Islamrat TV“ und „Einladung zum Erfolg CH (EZE)“, wobei im letztgenannten Kanal überwiegend salafistische Prediger aus Deutschland vertreten sind und inhaltlich besondere Bezüge zur Schweiz kaum erkennbar sind. Die Akteure der PrE-Kanäle stammen aus Bundesländern, in denen es salafistische Hotspots gibt: Hamburg, Niedersachsen, Berlin, NRW, Hessen und Sachsen.⁵

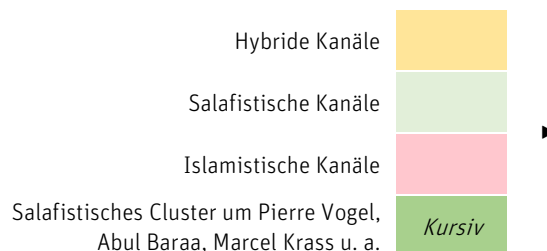


Tabelle 1: Top-PrE-Kanäle (Stand: 19.11.2020)

	Kanal: Rangfolge nach Abonnements	Kanaltyp:	Abonnenten
1	Botschaft des Islam	Anonymer-Geschichten-Erzähler Spiegelkanal	185.000
2	Macht's Klick	Predigerkanal	132.000
3	Lorans Yusuf	Anonymer-Geschichten-Erzähler Spiegelkanal	81.700
4	<i>Hindenburgstrasse</i>	Spiegelkanal	68.500
5	<i>PierreVogelDE</i>	Predigerkanal	53.500
6	IMAN TV	Journalkanal, TV-Kanal	46.600
7	Generation Islam	Journalkanal, Predigerkanal (Team)	43.400
8	<i>Pierre Vogel (pierrevogelDE1)</i>	Predigerkanal	41.100
9	<i>Abul Baraa Tube</i>	Predigerkanal	35.900
10	Fitrah Dawah	Predigerkanal (Team), Journalkanal	35.800
11	Der Islam verbindet	Predigerkanal	34.500
12	STARMOON Islam	Anonymer-Geschichten-Erzähler Spiegelkanal	33.900
13	Young Muslim	Predigerkanal (Team)	33.000
14	Muslim Media	Journalkanal, Humor, Kurzfilm	26.100
15	Wissen für alle	Predigerkanal	24.800
16	<i>DMG e.V.⁶</i>	Predigerportal, Spiegelkanal	21.800
17	<i>Habibflo Dawah Produktion</i>	Predigerportal, Spiegelkanal	21.700
18	Abu Mikail Islamstudent	Predigerkanal	21.100
19	Khalid Musawwir	Spiegelkanal, Journalkanal	18.500
20	<i>Islamrat TV (IZRS)</i>	Journalkanal, TV-Kanal	15.400
21	Realität Islam	Journalkanal, Predigerkanal (Team)	13.300
22	<i>Marcel Krass</i>	Predigerkanal	12.900
23	Warum Islam?	Spiegelkanal	12.600
24	Islamic Tutors	Predigerportal, Instituts-Kanal	11.500
25	<i>Einladung zum Erfolg CH</i>	Predigerportal	10.700
26	HAQQ Analytics	Journalkanal, Haram-Hallal-Check	10.600
27	Im Auftrag des Islam TV	Journalkanal, Predigerkanal (Team), TV-Kanal	10.400
28	<i>Stimme der Gelehrten (arab./dt.)</i>	Predigerportal, Spiegelkanal	9.750
29	<i>FlaggeDerSunna</i>	Predigerkanal	9.040
30	<i>Luqman - Kraftvolle Ermahnung</i>	Spiegelkanal	7.750
31	Muslim Mindset	Predigerkanal	6.430

Quelle: ABAT-Kanal-Datenbank

Dominanz der salafistischen Kanäle

Etwa zwei Drittel der Kanäle zeigen eine deutliche Orientierung an salafistischen Überzeugungen (grün). Sechs Kanäle verbreiten zumindest sunnitisch-fundamentalistische Botschaften (gelb), wobei einige dieser Kanäle mit ihren Akteuren sehr wahrscheinlich auch dem salafistischen Spektrum zuzuordnen sind und drei Kanäle (rot) zeigen eine so deutliche Ausrichtung hin zu politischen und gesellschaftlichen Themen, dass sie eher als islamistisch einzustufen sind.⁷

Ein Cluster aus mindestens zwölf salafistischen Kanälen bildet den Kern der PrE.

Untersucht man die Kanäle auf mögliche Verbindungen zueinander, so wird die Dominanz salafistischer Kanäle deutlich.⁸ Es entsteht ein weit reichendes Cluster von mindestens zwölf Kanälen (dunkelgrün, *kursiv*) um die sehr aktiven salafistischen Prediger Pierre Vogel, Marcel Krass und Abul Baraa. Allein Pierre Vogel ist mit zwei bedeutenden YouTube Kanälen in der PrE-Liste vertreten. Neben den Prediger-Kanälen sind auch die salafistischen Predigerportale „Habibiflo Dawah Produktion“ und „Einladung zum Erfolg CH (EZE)“ als gemeinsame Foren und Archive von großer Bedeutung.

Ein weiterer zentraler YouTube-Kanal dieses salafistischen Clusters ist der seit 2019 immer populärer werdende Kanal „Deutschsprachige Muslimische Gemeinschaft Braunschweig e.V. (DMG e.V.)“. Auf diesem Kanal sind, neben den bisher genannten salafistischen Predigern, auch zahlreiche weitere Akteure aus dem erweiterten deutschsprachigen Netzwerk, sowie Gastredner aus dem Ausland, wie z. B. Dr. Stef Keris (Birmingham) zu sehen.

Im Monitoring-Zeitraum 2019 bis 2020 blieb die Popularität der führenden Kanäle der PrE-Rangliste konstant hoch und die Rangfolge der meisten Kanäle veränderte sich kaum. Insbesondere die drei führenden Kanäle zeigten hohe Zuwächse an Abonnenten in absoluten Zahlen. Erst im Oktober 2019 veränderte ein deutlicher Aufwärtstrend der salafistischen Kanäle „Hindenburgstrasse“, „Abul Baraa Tube“ und „DMG e.V.“ die Abfolge der Kanäle. Dieser Trend setzte sich auch im Jahr 2020 weiter fort (Tabelle 2).

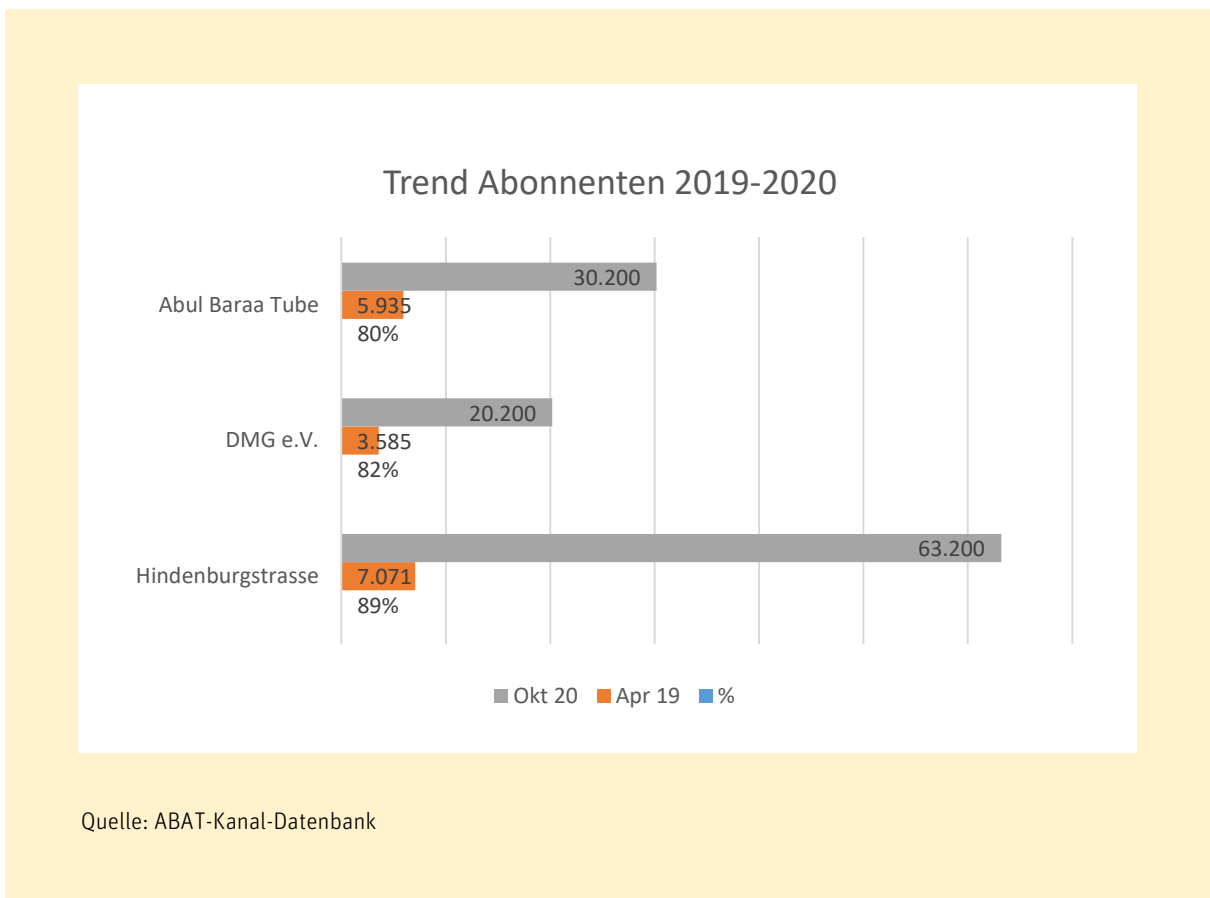
Alle drei Kanäle steigerten ihre Abonnentenzahlen um 80-89 %. Das sind, mit großem Abstand, die höchsten prozentualen Zuwachsraten, die für Kanäle der PrE überhaupt beobachtet werden konnten (Tabelle 3).

Tabelle 2: Die erfolgreichsten salafistischen Kanäle (2019-20), Aufstieg im Rang

Kanal	Rang (April 2019)	Rang (November 2020)	Verbesserung Rang
DMG e.V.	29	16	+ 13
Abul Baraa Tube	19	9	+ 10
Hindenburgstrasse	9	4	+ 5

Quelle: ABAT-Kanal-Datenbank

Tabelle 3: Salafistische Kanäle mit den höchsten Zuwachsraten (2019-20)



Zum außergewöhnlich hohen Anstieg dieser drei salafistischen Kanäle führen mehrere Faktoren. Allen gemeinsam ist eine hohe Aktivität im Hochladen von Videos. Ansonsten repräsentieren sie drei unterschiedliche Kanaltypen, mit unterschiedlichen Content-Strategien und Erfolgsrezepten.

Der Kanal „DMG e.V.“ zeigt als Predigerportal eine große Zahl von bekannten salafistischen Predigern, die als Gastredner auf Veranstaltungen in Braunschweig auftreten. Ein Alleinstellungsmerkmal der PrE, denn die übrigen Predigerportale dienen eher als Spiegelkanal mit Schwerpunkt Prediger und laden Videos hoch, die auch auf den persönlichen Kanälen der jeweiligen Prediger zu sehen sind. Braunschweig hat sich zu einem aktuellen dynamischen Zentrum und Forum für salafistische Prediger aus dem deutschsprachigen Raum entwickelt.⁹

Tiefergehende Analysen sind notwendig, um den Aufstieg der drei salafistischen Kanäle zu erklären.

„Hindenburgstrasse“ zeigt als Spiegelkanal ein breites Spektrum von sehr unterschiedlichen Videos und Themen. In der Zusammenstellung ist kaum System erkennbar und die Playlisten sind wenig ausdifferenziert und gepflegt. Auch die Aufrufzahlen der einzelnen Videos zeigen eher mäßige als außergewöhnlich hohe Werte. Ungewöhnlich hoch ist zumindest die Zahl der Videos, die phasenweise hochgeladen wurden. Warum der Kanal aktuell mittlerweile Platz 4 der PrE erreicht hat und sogar auf Platz 2 liegt, wenn man die mehr als 15 Millionen Aufrufe als Basis nimmt, müssen tiefergehende Analysen erschließen, als sie im Rahmen der Monitoring Projekte vorgesehen waren.

„Abul Baraa Tube“ ist ein reiner Predigerkanal des in Berlin wirkenden Salafisten Abul Baraa (Ahmad Armih).¹⁰ Ihm ist es gelungen, zahlreiche Videos mit Themen zu platzieren, die außergewöhnlich hohe Aufrufzahlen erreichen. Durchschnittlich sind die Videos nur etwa zwei bis sechs Minuten lang. In der Regel lädt der Kanal vier bis fünf Videos in der Woche hoch – eine außergewöhnlich hohe Taktung innerhalb der PrE. Häufig sind es einfache Mitschnitte aus Veranstaltungen mit Vorträgen und Fragerunden. Zu den populärsten Videos des Jahres 2019 gehören z. B. Titel, wie (Stand: 14.12.2020): „Ein Shiite fragt Abul Baraa eine Frage“ (6:46, 09.07.2019, 142.510 views) oder „Ich liebe eine Christin_Darf ich sie heiraten?“ (4:07, 122.541 views).

Besonders erfolgreich waren Videos aus dem Themenspektrum:

- Begegnungen und Beziehungen Mann/Frau: Sexualität, Freundschaft, Heirat
- Paradies und Ereignisse der Apokalypse: Strafgericht und Belohnung
- Sünde: Vergebung von Sünden und Versuchungen
- Alltagsfragen: Essen, Gebet, Musik, Aussehen (Bart)

Dieses Spektrum an Themen ist auch in anderen Kanälen erkennbar. Für eine weitergehende Analyse der zentralen Narrative bietet sich daher eine systematische Gliederung in drei zentrale Krisen- und Konfliktszenarien an, wie sie zumeist in den PrE-Kanälen entfaltet werden:

- Allgemeine politische und gesellschaftliche Konflikte
- Persönliche individuelle Konflikte
- Innermuslimische Konflikte

Erfolgsrezepte: Kanaltypen und Social Media Orchester

Zur Strukturierung der Content-Strategien, Formate und Stile der Kanäle hat sich die in den Projekten ABAT und KorRex entwickelte Typologie von Kanaltypen bewährt.¹¹ Einige Kanäle erfüllen die Kriterien der konzipierten Idealtypen nahezu vollständig. Etwa die Hälfte der PrE-Kanäle sind dagegen Kombinationen aus verschiedenen Kanaltypen. Tabelle 4 gibt einen ungefähren Überblick über die Verteilung der Kanaltypen in der PrE.

Tabelle 4: Übersicht der Kanaltypen der PrE

Kanaltyp	Kanäle	Merkmale / Variante
Predigerkanal	15	Ein dominanter Vortragender, bzw. Team
Spiegelkanal	10	Hochgeladene Videos aus externen Quellen
Journalkanal	9	Journalistische Formate (Interviews, TV-Stil, Kurzfilm, Unterhaltung, Dokumentationen, Reportagen etc.)
Predigerportal	5	Zusammenschluss von Predigern mit eigenen Kanälen, Präsentation verschiedener Prediger
Anonyme-Geschichten-Erzähler	3	Anonymität, übersetztes Material aus englischsprachigen Kanälen
TV-Kanal	3	Anspruch auf TV-Kanal Niveau, ähnlich Journalkanal
Instituts-Kanal	1	Selbstdarstellung als Institut, Lehre
Haram-Halal-Check	1	Spezialisierung auf Erlaubt-Verboten

Quelle: ABAT-Kanal-Datenbank

Kanäle vom Typ Predigerkanal, in denen zumeist ein markanter Prediger mit seiner Botschaft im Zentrum steht, prägen mehrheitlich die Kanalsammensetzung der PrE. Beispiele dafür sind der bereits besprochene Kanal „Abul Baraa Tube“ oder Turgay Altıngeyik bei „Machts Klick“. Hinzu kommen Kanäle, in denen ein festes bekanntes Team von Persönlichkeiten die Botschaften verbreiten. Zu ihnen gehören „Young Muslim“ und „Generation Islam“. Die Vortragenden zeigen sich, teils als mondän gekleidete Dozenten mit Businesshemd und Jackett, teils eher konservativ traditionell als islamischer Prediger. Variantenreich ist hier Pierre Vogel. Die Persönlichkeit des Vortragenden scheint offensichtlich ein wichtiger Erfolgsfaktor dieses am weitesten verbreiteten Kanaltyps in der PrE zu sein. Es scheint für jeden Geschmack ein passender Stil dabei zu sein.

Eine markante Persönlichkeit ist jedoch nicht zwingend für den Erfolg eines Kanals notwendig. Bei einigen Kanälen, wie „Botschaft des Islam“, „Lorans Yusuf“ oder „Star Moon Islam“ fällt das Prinzip Anonymität auf. Weder weisen sie auf Quellen für ihr Material, noch gibt es Anhaltspunkte zur Identität der Sprecher. Nur die immer wiederkehrenden Sprecherstimmen entwickeln eine gewisse persönliche Vertrautheit. Besonders erfolgreich und ein Kennzeichen dieser Kanäle sind Themen aus Koran und Sunna, die zu epischen Geschichten entwickelt werden. Neben Geschichten über das Leben des Propheten und das vorbildhafte Verhalten der Prophetengefährten gehören zu diesem Repertoire auch heroische Erzählungen über islamische Eroberungen, die Bedeutung koranischer Wesen (Engel, Dschinn) und die islamische Heilsgeschichte (Schöpfung, Propheten und Apokalypse). Diese Erzählungen werden durch ansprechende Naturaufnahmen und aufwändige Videos unterstützt, die an die Bilderwelten der Fantasy und Science-Fiction erinnern. Dabei nutzen die Verantwortlichen für die inhaltliche Gestaltung auch das vielfältige Angebot von englischsprachigen YouTube Kanälen mit vergleichbarer inhaltlicher Ausrichtung.¹²

Die Verantwortlichen für die Inhalte des Kanals „Haqq Analytics“ bleiben ebenfalls anonym. In der Beschreibung zum Kanal findet man nur ein: „Ihr wisst schon.“ (Stand: 11.12.2020). Im Gegensatz zu den oben genannten Kanälen, mit einem breiten Spektrum an inhaltlichen Themen, ist „Haqq Analytics“ geradezu ein Spezialist. Die Videos konzentrieren sich auf die Frage nach Verbotenem und Erlaubtem im Islam mit dem zwingenden Aufruf an das Publikum, soziale Kontrolle auszuüben.

Das Prinzip „Anonymität“ der Botschafter kennzeichnet drei der erfolgreichsten Kanäle.

Muslimische Frauen konnten im bisherigen Monitoring nur mit einer Ausnahme als Akteurinnen oder Gestalterinnen von Inhalten identifiziert werden, bei dem Kanal „Islamrat TV“. In den übrigen Kanälen der PrE werden selbst Themen, die sich ausdrücklich an Frauen richten, oder Frauen betreffen, ausschließlich von Männern vorgetragen. Die Präsentation von Botschaften in der PrE scheint somit eine Männerdomäne zu sein.

Die erfolgreichsten Kanäle sind auf weiteren Social Media Plattformen oder Messenger Diensten aktiv.

Ein weiteres Erfolgsrezept ist deutlich im Banner von „Botschaft des Islam“ erkennbar. Nahezu alle erfolgreichen Kanäle der PrE haben auf diversen Plattformen der Sozialen Medien weitere Kanäle oder auch Zweit- und Drittkanäle etabliert. Die typischen Tafeln von Instagram dienen zur prägnanten Wiederholung zentraler Aussagen aus YouTube-Videos, wobei diese mittlerweile auch auf Instagram durch Kurzvideos unterstützt werden können. Ein breit gestreutes Angebot auf diversen Social Media Plattformen eröffnet zudem einen niedrighwelligen Zugang zu einem größeren Publikum.

Ein weiteres wichtiges Merkmal der YouTube PrE-Blase sind die zahlreichen Hinweise auf Webseiten. Ihre Analyse sollte ebenfalls in ein weiteres Monitoring mit einbezogen werden. Diese, zumeist mehrsprachigen Webseiten, bieten ein umfangreiches und vielfältiges Medienangebot sowie Chat-Optionen, die ein spontanes direktes Gespräch ermöglichen. Über diese Webseiten erhalten Interessierte auch schnell Zugänge zu den noch umfangreicheren englischsprachigen Ressourcen im World Wide Web, als sie die deutschsprachige Informationsblase bietet.¹³

Fazit und Ausblick

Das Internet und Soziale Medien sind mittlerweile wichtige Informationsquellen geworden, die besonders von den jüngeren Generationen selbstverständlich genutzt werden.¹⁴ Sunnitisch-fundamentalistischen, zumeist salafistischen Akteuren, ist es gelungen, im deutschsprachigen Raum eine Informationsblase zum Islam auf YouTube zu etablieren, deren Inhalte auch in zahlreichen weiteren populären Plattformen der Sozialen Medien und auf Webseiten verbreitet werden. Die Vielfalt im Islam oder moderatere Überzeugungen, die muslimische Gläubige vertreten und leben, sind in diesen Medien kaum sichtbar. Vielmehr werden zahlreiche Feindbilder und die Abgrenzung von der Gesellschaft, wie auch von andersgläubigen Muslimen im Kontext eines vermeintlich einzig richtigen Islams, nach ihrem Verständnis propagiert. Daraus resultieren zahlreiche Aufgaben und Herausforderungen, von denen hier nur einige genannt werden können:

Plattformbetreiber müssen sich verstärkt damit auseinandersetzen, welche gesellschaftliche Verantwortung sie übernehmen, wenn ihre Algorithmen zu polarisierenden, einseitig informierenden Informationsblasen führen.

Kritische Medienkompetenz, Ambiguitätstoleranz und die Auseinandersetzung mit radikalen politischen und religiösen Strömungen werden in der zukünftigen Erziehungs- und Bildungsarbeit weiter an Bedeutung gewinnen müssen.

Im Bereich Forschung, Bildung und in der Präventionsarbeit ist eine weitere dichtere Vernetzung der Projekte notwendig. Dazu gehören beispielsweise ein schnellerer Wissenstransfer sowie eine engere Zusammenarbeit zwischen den diversen Projekten, die Entwicklungen in den Sozialen Medien und die Auswirkungen auf Radikalisierungsprozesse analysieren.

Zudem sind Soziale Medien und das Internet eine flüchtige und sehr dynamische Materialbasis. Kanäle oder Inhalte verschwinden oder werden verändert. Nur ein kontinuierliches Monitoring ermöglicht eine Analyse von wichtigen Trends, neuen Entwicklungen oder Vernetzungen.

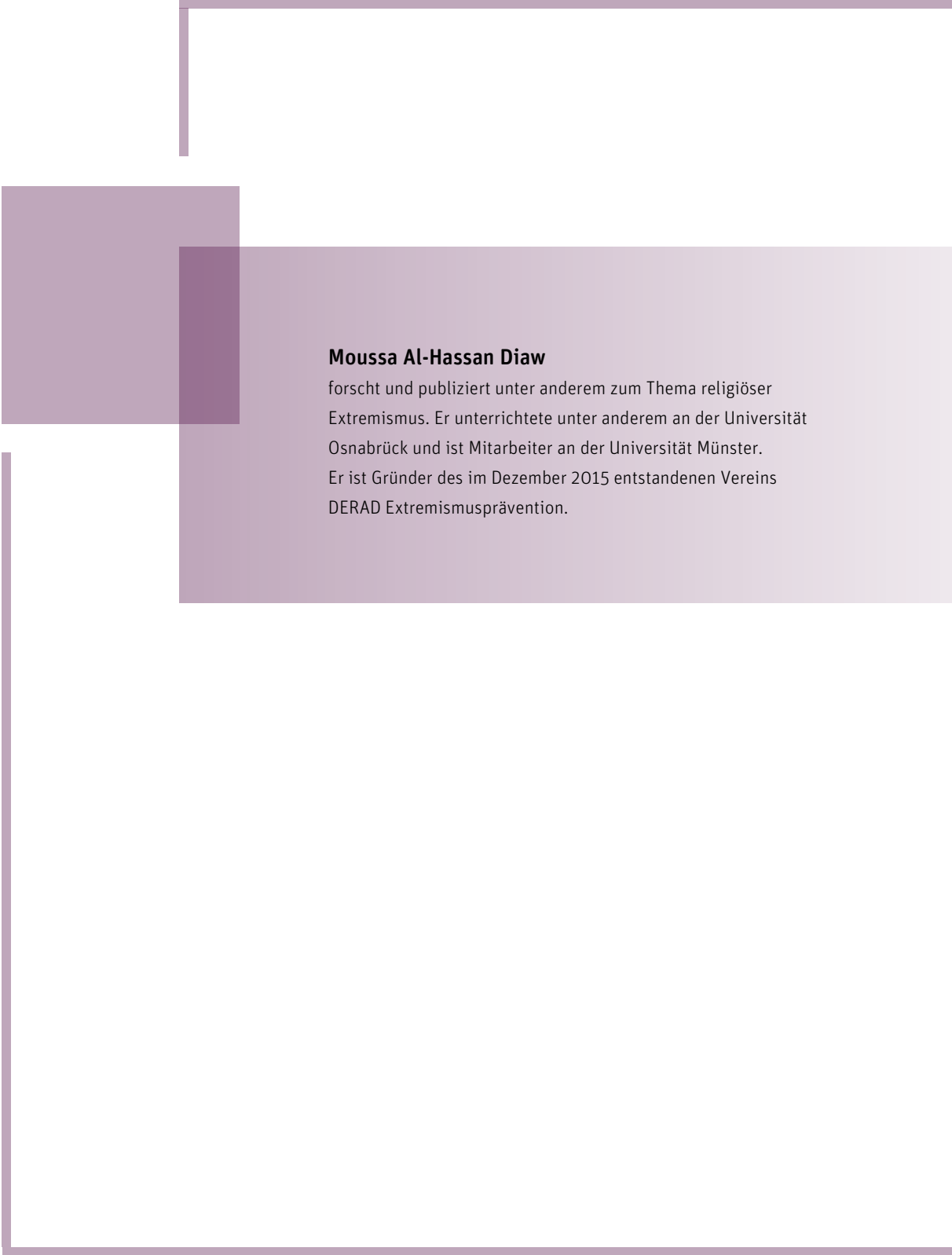
Eine umfangreichere Vernetzung ist notwendig, um extremistische Informationsblasen zu verhindern.

///

Anmerkungen

- 1 Siehe dazu den Report zum Projekt ABAT: modus|insight report: Die Peripherie des Extremismus auf YouTube (modus-zad.de), Stand: 30.11.2020. Das Projekt ABAT wurde im Jahr 2019 mit Mitteln des Bundesministeriums des Inneren, für Bau und Heimat (BMI) finanziert. Im Fokus des Projektes standen, neben einem beschleunigten Wissenstransfer für die Präventionspraxis, auch drei von sechs offenen Forschungslücken, die Maura Conway in ihrem weiterhin aktuellen Artikel formulierte: „(1) widening the range of types of violent online extremism being studied beyond violent jihadist“ und „(4) up-scaling or improving our capacity to undertake „big data“ collection and analysis“ sowie „(5) outreaching beyond terrorism studies to become acquainted with, for example, the Internet Studies literature and engaging in interdisciplinary research...“. Siehe Conway, Maura: Determining the Role of the Internet in Violent Extremism and Terrorism: Six Suggestions for Progressing Research, in: *Studies in Conflict & Terrorism*, 40, 1/2017, S. 77-98.
- 2 Zur Informationsblase und den möglichen Effekten des YouTube Algorithmus: <https://modus-zad.de/blog/die-blase-der-peripherie/> und <https://modus-zad.de/blog/youtube-empfehlungsalgorithmus/>, Stand: 30.11.2020.
- 3 Zur inhaltlichen Einschätzung und einer ersten Top-25 PrE-Rangliste (2019) siehe modus|zad Blog: <https://modus-zad.de/blog/das-peripheriecluster-eine-digitale-islamistisch-salafistische-ummah/>, Stand: 30.11.2020; Rüdiger Lohlkers Verständnis von Salafismus dient als Arbeitsgrundlage für die Projekte, siehe Lohlker, Rüdiger: *Die Salafisten*, München 2017.
- 4 Zur Definition der PrE-Kanaltypen siehe Tabelle 4: Übersicht der Kanaltypen der PrE.
- 5 Die ABAT-Datenbank erfasst ca. 200 relevante Kanäle für den deutschsprachigen Raum. In die Auswahlliste wurden die populärsten Kanäle, gemessen an den Abonnenten, aufgenommen. Ein weiteres Kriterium war ihre „Aktivität“ im Hochladen von Videos. Kanäle, die seit mehreren Jahren keine Videos mehr veröffentlichten, wurden daher, trotz weiterhin hoher Abonnentenzahlen, nicht in die Liste aufgenommen. Dieses Kriterium betrifft besonders die Zusammensetzung des unteren Drittels der Rangliste.
- 6 DMG e.V.: „Deutschsprachige Muslimische Gemeinschaft Braunschweig e.V. (DMG e.V.)“
- 7 Zwei der islamistischen Kanäle stehen der in Deutschland verbotenen Hizb ut-Tahrir nahe: „Generation Islam“ und „Realität Islam“; siehe BfV-Newsletter 1/2020 – Thema 14, <https://www.verfassungsschutz.de/de/oeffentlichkeitsarbeit/newsletter/newsletter-archiv/bfv-newsletter-archiv/bfv-newsletter-2020-01-archiv/bfv-newsletter-2020-01-thema-14>, Stand: 4.12.2020. Zu dem Kanal „Im Auftrag des Islam TV“ siehe Hoxhaj, Zhaklina / Klevesath, Lino: Amtsenthebung per YouTube „Im Auftrag des Islam“ rechnet mit Metin Kaplan ab, in: *Demokratie-Dialog*, 7/2020, S. 40-46, <https://www.fodex-online.de/demokratie-dialog-artikel/amtenthebung-per-youtube/>, Stand: 12.12.2020.

- ⁸ Hinweise auf Verbindungen der Kanäle untereinander resultieren aus: Gemeinsames Auftreten der Akteure auf Veranstaltungen, Kanalempfehlungen, gespiegelte Videos, Referenzen in Vorträgen, gemeinsames Erscheinen auf Predigerportalen.
- ⁹ Wirken des überregionalen Predigers Abul Baraa; Aktivitäten zunehmend nach Niedersachsen verlagert; erstellt am 30.9.2020: https://www.verfassungsschutz.niedersachsen.de/startseite/aktuelles_service/aktuelle_meldungen/wirken-des-uberregionalen-predigers-abul-baraa-193038.html, Stand: 12.12.2020.
- ¹⁰ Zu Abul Baraa siehe auch Munderloh, Annemieke: „Unterwerfung ist von dir verlangt, nicht überlegen. Wer ist Ahmad Abul Baraa? Ein Porträt“, in: Demokratie Dialog 5/19. Werkstattbericht der Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen (FoDEx), S. 48-57; Demokratie-Dialog „Unterwerfung ist von dir verlangt, nicht überlegen“ · FoDEx (fodex-online.de), Stand: 12.12.2020.
- ¹¹ Siehe dazu die modus|zad Blogbeiträge: <https://modus-zad.de/blog/youtuber-erfolgsrezepte-die-content-strategien-der-populaersten-salafistischen-kanaltypen/> und <https://modus-zad.de/blog/youtuber-erfolgsrezepte-unique-selling-points-und-neue-trends-salafistischer-kanaltypen/>, Stand: 30.11.2020. Das explorative modus|zad Monitoring Projekt KorRex wurde mit Mitteln des BMI im Jahre 2020 realisiert, um die Einflüsse englischsprachiger YouTube Kanäle auf die deutschsprachige PrE zu untersuchen. Auch hier konnten, wie im Projekt ABAT, Antworten auf eine weitere zentrale Forschungslücke erarbeitet werden, die von Conway erwähnt wird: „(2) engaging in more comparative research, not just across ideologies, but also groups, countries, languages, and social media platforms“, siehe Conway: Determining the Role of the Internet, S. 1 ff.
- ¹² <https://modus-zad.de/blog/youtuber-erfolgsrezepte-die-content-strategien-der-populaersten-salafistischen-kanaltypen/> und <https://modus-zad.de/blog/youtuber-erfolgsrezepte-unique-selling-points-und-neue-trends-salafistischer-kanaltypen/>, Stand: 14.12.2020. Weitere Blog-Beiträge des Projektes KorRex und ein modus|insight Report sind im Januar 2021 erschienen.
- ¹³ „PierreVogelDE“ bietet beispielsweise einen Link zur umfangreichen Webseite „The Religion of Islam (IR)“ mit Chat-Angebot.
- ¹⁴ Deutsches Institut für Vertrauen und Sicherheit im Internet: DIVSI U25-Studie. Euphorie war gestern – Die ‚Generation Internet‘ zwischen Glück und Abhängigkeit, Hamburg 2018, S. 12., <https://www.divsi.de/wp-content/uploads/2018/11/DIVSI-U25-Studie-euphorie.pdf>, Stand: 14.12.2020; Medienpädagogischer Forschungsbund Südwest: „JIM-Studie 2019. Jugend, Information, Medien – Basisuntersuchung zum Medienumgang 12-19-Jähriger.“ S. 27; abrufbar auf: https://www.mpfs.de/fileadmin/files/Studien/JIM/2019/JIM_2019.pdf, Stand: 14.12.2020.



Moussa Al-Hassan Diaw

forscht und publiziert unter anderem zum Thema religiöser Extremismus. Er unterrichtete unter anderem an der Universität Osnabrück und ist Mitarbeiter an der Universität Münster. Er ist Gründer des im Dezember 2015 entstandenen Vereins DERAD Extremismusprävention.

/// Beispiele aus der Praxis

Wege in und aus der Radikalität

Welche Rolle spielt die Ideologie für die Radikalisierung und wie kann der Prozess der Radikalisierung rückgängig gemacht werden? Im nachfolgenden Beitrag widmet sich der Autor der Theorie und Praxis der Distanzierungs- und Deradikalisierungsarbeit mit verurteilten Straftätern aus dem Deliktfeld „Terroristische Vereinigung“ in Österreich. Beispiele aus der Praxis mit ehemaligen Anhängern des IS sollen diese Vorgänge den Lesern näherbringen.

Einführung

Der Autor warnte in einem Interview 2019 vor potenziellen Attentätern auf freiem Fuß, die zu einer Terrorattacke in der Lage sind.¹ In der Vergangenheit hatten die Landesämter für Verfassungsschutz Terroristen rechtzeitig stoppen können. Nach dem Terrorattentat am 2. Dezember 2020 in Wien bestätigte sich: Eine weiterhin als radikalisiert geltende Person, bei der der Prozess der Deradikalisierung nicht abgeschlossen ist,² bleibt eine potenzielle Gefahr. Sein Versuch, Munition zu kaufen, war durch die Sicherheitsbehörden noch nicht an die Justizbehörde gemeldet worden, welche die bedingte Strafnachsicht aufgehoben und zu seiner Inhaftierung geführt hätte³. Ebenso wurde klar, welche Wirkung eine extremistische Ideologie entfalten kann und warum der Prozess der Deradikalisierung als flankierende Maßnahme ein Gebot der Stunde bleibt.

Die Rolle der extremistischen Ideologie darf nicht unterschätzt werden.

Im nachfolgenden Beitrag widmet sich der Autor der Theorie und Praxis der Distanzierungs- und Deradikalisierungsarbeit mit verurteilten Straftätern aus dem Deliktfeld „Terroristische Vereinigung“ in Österreich. Die Bedeutung der extremistischen Ideologie, der Radikalisierungsprozess und die Deradikalisierung wird anhand von zwei Beispielen dargestellt.

Extremisten im justiziellen Kontext

Nicht deradikalisierte Extremisten bleiben eine Gefahr, das Attentatsrisiko muss verringert werden.

In der Arbeit mit radikalisierten Personen im österreichischen Strafvollzug und nach deren Entlassung hat der Autor zum großen Teil mit Verurteilten wegen „Terroristischer Vereinigung“ zu tun. Neben Abklärungsgesprächen mit Insassen im Auftrag der Vollzugsleitung in den Gefängnissen sind die Verurteilten bekennende Anhänger extremistischer Ideologien, welche auf der Religion Islam fußen.

In ihrem Verständnis sind sie eine exklusive Gemeinschaft von Rechtgläubigen. Sie erheben sich moralisch und geistig über alle Nichtmuslime (Kuffar) sowie über die Mehrheit der aus ihrer Sicht fehlgeleiteten und ungläubig gewordenen Muslime, die vom Islam abgefallen seien. Zu Beginn der Maßnahmen gegen Ausreisende zum „Islamischen Staat“, darunter eine Mehrzahl von unter 25jährigen Menschen – hauptsächlich Männer – entbrannte in Österreich die Diskussion, wie mit diesen Personen umzugehen sei. Neben den üblichen und notwendigen strafrechtlichen Sanktionen wurde auch die Bedeutung und Notwendigkeit sozialer Maßnahmen und der psychologischen Betreuung thematisiert. Ziel ist dabei, die Sicherheit der Gesellschaft zu garantieren und das von den Radikalisierten ausgehende Gefahrenpotenzial zu minimieren.

In den Justizanstalten Österreichs gibt es erfahrene Sozialarbeiter und Psychologen. Auch die Bewährungshilfe und die Jugendarbeiter, die präventiv arbeiten oder helfen, die soziale Reintegration möglich zu machen, waren gefragt. Der Verein DERAD, welcher Ende Dezember 2015 in Österreich gegründet wurde, fokussierte sich im Bereich der Extremismusprävention auf die extremistische Ideologie, Pädagogik, Geschichte, Politische Bildung und islamwissenschaftliche Inhalte. Ein Auslöser war dabei das große Interesse der vorhergenannten Berufsgruppen sowie der Justiz für dieses für sie neue Phänomen.

In einem Gespräch im Jahre 2014 bat die Anstalts- und Vollzugsleitung einer niederösterreichischen Justizanstalt gemeinsam mit dem Sozialen und Psychologischen Dienst um eine Beratung, da sie den Insassen, verurteilt

wegen seiner Ausreise nach Syrien, auf der ideologisch-weltanschaulichen Ebene nicht erreichen konnten. Daraus entwickelte sich eine per Vertrag geregelte Zusammenarbeit zwischen DERAD und dem Bundesjustizministerium. Der zu dieser Zeit entstandene Konsens war: Freiheitsentzug allein, ohne präventive Maßnahmen wider Radikalisierungstendenzen in Haft und ohne Distanzierungs- und Deradikalisierungsarbeit stellen für die Sicherheit in Österreich ein vergrößertes Gefahrenpotenzial dar. Wenn auch ein Rückfall nicht hundertprozentig verhindert werden könne – siehe hier auch die Beispiele aus dem europäischen Ausland – so soll dieses Risiko jedoch durch aktives Arbeiten mit diesen Personen minimiert oder gar reduziert werden. Dazu eignet sich nach der Haft auch die bedingte Strafnachsicht mit entsprechenden Bewährungsaufgaben.

Erfahrungen mit radikalisierten Straftätern

Gründe für die Radikalisierung

In zwei Studien hat sich DERAD mit strafrechtlich verurteilten Personen beschäftigt, darunter auch Frauen. Dabei muss jeder Radikalisierungsverlauf individuell betrachtet werden. Allen gemeinsam war bei der untersuchten Gruppe – damals immerhin 50 % aller Straftäter aus dieser Deliktgruppe – das Gefühl von Marginalisierung.

Zunächst auf einer vereinzelt individuellen Ebene, aber je größer die räumliche Distanz wurde, wuchs das Gefühl, von der Gesellschaft abgelehnt, gemieden und gehasst zu werden.⁴ Diese teilweise subjektiv verstärkte wahrgenommenen Einzelerfahrungen standen im Gegensatz zu den positiven Erfahrungen. Dazu kamen außenpolitische Konflikte, die von der Propaganda der extremistischen Gruppierungen stark vereinfacht dargestellt wurden. Die Verknüpfung von persönlichen negativen Erfahrungen – oder den Personen durch Erzählung von außerhalb zugetragenen – beschleunigte den Radikalisierungsprozess.

Dazu kamen die Onlineaktivitäten in den Echokammern des Internets, die ein einseitiges und radikales Weltbild verstärkten.⁵ Es waren dann bestimmte kleine, unabhängige Gebetsräume jenseits des Mainstreams und ab 2012 das Internet. Hier verhalf die Nutzung von Smartphones dazu, die Kommunikation noch einmal zu vereinfachen. Bei der von uns untersuchten Deliktgruppe, die gleichzeitig auch unsere Klienten waren, zeigte sich, dass die Nutzung herkömmlicher Medien wie Zeitung, Radio und TV in den Hintergrund getreten war oder gar keine Rolle mehr spielte. Man lebte in seiner „Parallelwirklichkeit“.⁶

Radikalisierung passiert offline und online, Extremisten leben in einer „Parallelwirklichkeit“.

Ideologie – von der radikalisierten Muslimbruderschaft zum Terrorismus

**Islamistische Ideologie:
Gott ist der Souverän,
nicht das Volk: Demokratie
ist Götzendienst.**

Ein weiterer Faktor der Radikalisierung war – freilich in unterschiedlicher Intensität – die ideologische Grundüberzeugung. Es werden Personen in Österreich angeklagt und verurteilt, weil sie sich einer terroristischen Vereinigung oder Person anschließen bzw. diese öffentlich gutheißen oder finanzieren und auf Grundlage dieser Gruppenideologie auch terroristische Straftaten begehen. Die auf dem Monotheismus basierende politische Grundüberzeugung besagt, dass von Menschen gemachte Systeme und Gesetze gegen den Monotheismus gerichtet seien und zum Abfall vom Islam führen würden. Daher sehen diverse Strömungen aus dem Umfeld der politischen Salafiyya in andersdenkenden Muslimen und allen Nichtmuslimen abzulehnende Gegner, die in letzter Konsequenz bekämpft werden müssen. Ziel ist die Schaffung eines Khalifates, eines islamischen Staates, welcher auf den göttlichen Gesetzen basiert und diesen nicht widersprechen darf.

Historisch gesehen kann die Muslimbruderschaft, 1928 von Hassan al-Banna gegründet, als „Mutterorganisation“ gesehen werden. Ziel war ein allumfassendes islamisches Staatssystem und eine revitalisierte kulturelle und religiöse islamische Identität. Sayyid Qutb, einer ihrer bekanntesten Vertreter, verfasste in der Haft ein für islamistische Extremisten bedeutendes Buch: „Meilensteine“. Dort betont er die Unvereinbarkeit von Gottes Souveränität mit auf Menschen basierenden Systemen. Es würde der Souveränität Gottes widersprechen, wenn Menschen sich an seine Stelle setzen, sich zu Göttern machen. Dies sei Schirk (Götzendienst). Basierend auf diesen Ideen entwickelten sich in Ägypten Gruppen wie die al-Ġamāʿa al-islāmiyya, at-Takfīr wa-l-Hiġra und al-Ġihād. Aus Letzterer entwickelte sich später die transnationale Terrororganisation al-Qāʿida. Ziel aller dieser Gruppierungen war ein globaler, länderübergreifender islamischer Staat, den es so historisch nie gegeben hat.

Der „Islamische Staat“ war die erste Organisation, die in der jüngsten Geschichte behauptete, sie hätten diese politische Utopie verwirklicht. Daher verlangten sie den Treueeid (baiʿa) auf ihren Khalifen Al-Baghdadi. Jeder, der sich in deren Einflussbereich verweigerte, hatte die Möglichkeit zu bereuen und den Eid zu schwören oder sich als Nichtmuslime als Schutzbefohlener (ḍimmī) unterzuordnen. Dieses totalitäre, auch auf Terrorismus im Ausland setzende, Regime verlangte von den „wahren Muslimen“ auszuwandern, um in ihr Territorium zu immigrieren oder dort, wo man sei, Anschläge zu begehen.

Die Ideologie wurde je nach Publikum entsprechend aufbereitet. Die Bildsprache auf Propagandaseiten oder Videos für in Europa sozialisierte junge Menschen wirkte attraktiv und verband teilweise popkulturelle Elemente mit ideologischen. Das Leben wurde als Abenteuer verkauft, Bruderschaft und Kameradschaft versprochen, eine Wohnung und die Heirat mit Frauen aus den Frauenhäusern. Geteilt wurden die Botschaften später über Chatgruppen auf Smartphone-Apps wie Telegram und WhatsApp.

Die Realität und der Distanzierungs- und Deradikalisierungsprozess

Aus der Praxis der Deradikalisierung in Österreich

Die von uns betreuten Personen, die es über die Landesgrenzen schafften, landeten in europäischen Gefängnissen oder in türkischen und überlebten. Andere überlebten ihre Ausreise zur Terrororganisation IS nicht, andere schafften auch schwer verletzt die Rückkehr.

Von Österreich aus sind 320 Personen (Stand 2020) in das Kriegsgebiet Syrien und Irak aufgebrochen. Rund 90 Personen kehrten zurück. Wo der Nachweis gemäß dem Paragraphen 278 „Terroristische Vereinigung“⁷ gelang, wurden diese Personen strafrechtlich belangt und beim Nachweis der Schuld verurteilt. Somit wurden sie zu Klienten des Vereines DERAD. Einhellig beschrieben sie, wie groß der Unterschied zwischen der Propaganda und der Realität vor Ort war.

Diese negativen Erfahrungen garantieren jedoch nicht automatisch, dass sich diese Personen geistig von den extremistischen Anschauungen und Personen lösen. Im Gegenteil, viele galten als Helden, die nicht nur reden, sondern auch handeln. Diesen Status genossen sie und es bestärkte sie in ihrer Überzeugung. In günstigen Fällen führte es zu einer Distanzierung von der terroristischen Vereinigung, der man sich anschließen wollte und auch zur Ablehnung von Gewalt, was als Disengagement bezeichnet wird. Es garantiert aber nicht den nächsten Schritt, nämlich die geistige Abwendung von der Ideologie, ein Prozess der Deradikalisierung.

Die geistige Abwendung von der islamistischen Ideologie ist notwendig.

Eine erfolgreiche Deradikalisierung kann möglich sein, wie Beispiele zeigen.

Beispiel – Ein Rückkehrer vom „Islamischen Staat“

Eine der Personen, Oliver N., ist heute zeitweise als Supporter gegen diese Ideologie im Einsatz.⁸ Seine Radikalisierung als autochthoner Österreicher geschah im Teenageralter innerhalb weniger Wochen. Den Radikalisierungsprozess schilderte er so: Geboten wurde ihm eine Bruderschaft, eine Ersatzfamilie, Zugehörigkeit und das Gefühl, einer weltweiten Gemeinschaft anzugehören, die eine feste Weltanschauung verband. Die charismatischen Verführer appellierten an ihre Gefühle und die Brüderlichkeit und forderten die jungen Leute auf, nach Syrien zu gehen. Als er 2014 zum IS auswanderte, hatte er die Religion nicht kennengelernt, dafür eine islamistische Terrorideologie, wie er bei seiner Rückkehr berichtete. Nach der Reise zum IS stellte er fest, dass die Realität vor Ort nun kein Video- oder Computerspiel mehr mit ihm als Helden war, sondern blutige, schreckliche Wirklichkeit. Auch war ihm bewusst, zu welchen Gewalttaten der IS bereit war, was er dann bitterlich bereute. Trotzdem wurde er gleich am Anfang als Propagandist eingesetzt und kehrte schwer verwundet zurück.

Distanzierung und Deradikalisierung

Der Deradikalisierungsprozess begann in der Strafhaft. Neben der Interaktion mit dem sozialen und psychologischen Dienst in der Justizanstalt fanden regelmäßig Gespräche mit der NGO DERAD⁹ statt. Oliver N. hatte sich vom IS bereits distanziert. Präsent waren Teile des politisch-ideologischen Verständnisses der politischen Salafiyya, die ihm als Religion, insbesondere in Syrien selber, vermittelt wurden.

Hilfreich waren in diesem Fall alternative Erzählungen und Gegenerzählungen in den Gesprächen. Hierbei werden die Ideologie, das vermittelte Feindbild, antidemokratische Vorstellung oder die Gewaltrechtfertigung widerlegt, beziehungsweise im Dialog zur Debatte gestellt. Während alternative Narrative aus positiven Gegensätzen und Beispielen bestehen, sind Gegenerzählungen konfrontativ und rücken extremistische Prediger und deren Ideologie in ein negatives Licht.

Wie bei ihm oder anderen Personen müssen die gewählten Maßnahmen „tailor made“ sein, sprich: zugeschnitten auf den jeweiligen Fall. Es gibt kein immer gleiches Programm, das man über jede Person für eine bestimmte Zeit überstülpt, um nach unendlich vielen Sitzungen zu unzähligen Stunden eine garantiert deradikalisierte Person vor sich zu haben. Diese Annahme wäre absurd.

Wie Oliver N. selbst angab und bei Erwachsenenbildungsseminaren vermittelt, erscheint die sinnstiftende Ideologie samt dem dazugehörigen System einleuchtend zu sein. Für ihn war es keine extremistische Ideologie, sondern der „wahre Islam“: „Ich habe mich damals natürlich nicht für einen Extremisten gehalten“, wie er sagte. Seine Distanzierung vom IS begann mit der schweren Verwundung und dem dann erfolgreichen Ansinnen zu fliehen.

Beim ersten Gespräch mit ihm in einer Jugendstrafanstalt war es ihm wichtig, seine religiösen Überzeugungen zu diskutieren, die doch zu einem politischen System anleiten. Personen wie der Österreicher und verurteilte Führer der GIMF – einer Al-Qaida Organisation im Web – Mohammed Mahmoud¹⁰, galten beim IS als gelehrte Personen. Dieser war in Wien in Haft und hat nach seiner Entlassung Vorträge gehalten, Videos von sich aufnehmen lassen und in Deutschland die Organisation Millatu-Ibrahim¹¹ gegründet, die im Internet ihre Propaganda verbreitete¹². Er reiste schlussendlich zum IS aus und trat dort als Propagandist des IS auf. Oliver N. sah in ihm und Personen, die er dort getroffen hatte, Vorbilder, zu denen noch eine emotionale Bindung bestand. Trotz der Distanzierung von der Bewegung gelang ihm der Bruch mit der Ideologie noch nicht, da er sie noch als eine der Weltreligionen betrachtete. Ebenso sah er in den IS-Terroristen noch immer – wenn auch falsch und sündhaft handelnde – Glaubensbrüder. In den stattfindenden Gesprächen, die am Ende einen Zustand wie vor der Radikalisierung herstellen sollten, wurde mittels der Themen, die N. wichtig waren, die extremistische Weltanschauung hinterfragt. Dazu gehört insbesondere die Überzeugung der Überhöhung der Muslime und der Abwertung von Nichtmuslimen. Da er sich auf Beispiele aus den Primärquellen des Islams berief, wurden dementsprechend die alternativen Erzählungen aus eben diesen Primärquellen der extremistischen Ideologie gegenübergestellt. Dazu gehörte beispielsweise die Anerkennung des Christen- und Judentums, oder dass antike Götterstatuen nicht zerstört wurden. In der ersten Reaktion wollte er deren Authentizität nicht glauben, da sie im Widerspruch zur Feindschaft gegenüber Nichtmuslimen stand.

Ein weiterer Themenschwerpunkt in den Gesprächen war die Konfliktgeschichte in Syrien und im Irak, die in der Propaganda auf einen Kampf des Guten gegen das Böse reduziert wurde. Böse waren alle, die nicht auf der Seite des IS waren. Der historische Blick auf die Hintergründe des Konflikts entlarvten aber den IS und andere Terrorvereinigungen in diesem Gebiet als chauvinistische Terrororganisationen, die gegen und nicht für die Bevölkerung kämpften.

Die Dekonstruktion der extremistischen Anschauung und von Feinbildern ist notwendig und möglich.

Auch der Vergleich zwischen dem Umgang mit Nichtmuslimen beim IS zum Umgang mit religiösen Minderheiten in Österreich, deren Rechte garantiert sind, waren ihm so nicht bewusst, da ihm in der Propaganda vermittelt wurde, dass die Muslime auf der ganzen Welt unter „Beschuss“ stehen würden und in Österreich angeblich ihrer religiösen Freiheit beraubt werden. Die Propaganda vermittelte, ein Leben in Würde und Ehre wäre für einen „wahren Muslim“ nur im Khalifat möglich. Am Ende seines Prozesses der Deradikalisierung fing er an im Rahmen von Vorträgen mit DERAD sowie bei der OSCE in Wien 2017 in Workshops und Seminaren vor Polizeibeamten oder Lehrern¹³ die Prozesse der Radikalisierung, des Disengagements und der Deradikalisierung zu beschreiben. Die Schattenseiten sind die Anfeindungen und Todesdrohungen, die Oliver N. dafür bekam und er deshalb eine neue Identität erhielt.¹⁴

Beispiel – Die radikalisierte Teenagergruppe

Extremisten kämpfen gegen andersdenkende Muslime und gegen Nichtmuslime.

Eine Gruppe von fünf 14- bis 15-Jährigen haben sich im Jahr 2016 radikalisiert. Sie versuchten nach Syrien auszureisen, um sich dem IS anzuschließen. Nur einer schaffte es bis nach Südosteuropa und wurde dort inhaftiert. Sie hatten afghanische, türkische, mazedonische, tunesische und tschetschenische Wurzeln. Zwei waren österreichische Staatsbürger. Was sie verband, war eine Radikalisierung innerhalb von circa sechs Monaten, die deutsche Sprache und die Überzeugung, man müsse takfir (das Muslimsein absprechen) auf Muslime machen, die Demokratie oder Wahlen nicht ablehnen. Andersdenkende Muslime waren für sie vom Islam abgefallen. Einer nannte seine schiitischen Eltern Kuffar (Ungläubige). Sie lehnten das Gebet in allen Moscheen ab, mit Ausnahme der wenigen, wo ihre Ideologie geteilt wurde, da andersdenkende Muslime für sie Kuffar waren.

In der intensiven Beschäftigung mit diesen Personen in Haft und nach der Haft berichteten sie, dass sie sich in Parks, innerhalb ihrer existierenden Clique, radikalisiert hätten. Sie besuchten zudem zwei weitere Gebetsräume in Wien, die von anderen Extremisten frequentiert wurden. Genauso wichtig wie die persönlichen Kontakte waren die Online-Aktivitäten. Als einen bevorzugten ausländischen Scheikh nannten sie Sulaimān al-‘Ulwān, welcher eine andauernde jahrelange Gefängnisstrafe in Saudi-Arabien absitzt. Hintergrund sind seine Unterstützung der Al-Qaida und der Aufruf zu Gewalt im Ausland. Seine Videos kursieren in Kurzfassungen, so wie die der anderen ausländischen oder deutschsprachigen Prediger.¹⁵

Diverse YouTube-Kanäle diverser Strömungen der politischen Salafiyya werden teilweise auch wahllos konsumiert. Die Botschaften sind fast immer gleichlautend. So war dies auch bei diesem Personenkreis junger radikalisierten Personen. Sie beinhaltet die Ablehnung der nahen Feinde, z. B. der „Palastgelehrten“, gemeint sind die Religionsgelehrten, welche die vom Islam abgefallenen Herrscher in muslimischen Staaten, allen voran in Saudi-Arabien, unterstützen, ebenso wie die Ablehnung der von Menschen gemachten Gesetze. Jedes demokratische und nicht auf der Scharia (islamisches Recht) basierende System ist für sie kufr¹⁶ (Unglaube) und wer das nicht bezeugt, wird selbst zum Kafir (Nichtmuslim). Dementsprechend seien Wahlen kufr (Unglauben). Es beinhaltet auch die Ablehnung von Gerichten, Rechtsanwälten oder Gerichtsurteilen, da sie auf von Menschen gemachten Gesetzen basieren. Herrscher, die göttliche Gesetze nicht anwenden, diese abschaffen oder verändern, werden Taghut (ṭāġūt) genannt¹⁷. Taghut ist der Widersacher Gottes, sei es der Teufel, ein Pharao oder eben die politischen Machthaber in muslimischen Ländern oder demokratische Staatssysteme und deren Repräsentanten.

Auch bei dieser Gruppe war das ideologische Bekenntnis: Kufr bit-Taghut: die Ablehnung des Taghut in seinen verschiedenen Formen.¹⁸ Auf dieser ideologischen Basis betrachteten sie Andersdenkende als zu hassende oder zu bekämpfende Menschen. Das Heil kann nur in einem islamischen Staatssystem liegen, in dem nicht von Menschen gemachte Gesetze, sondern die Gottesgesetze ausnahmslos zur Anwendung kommen. Das Versprechen sollte im Islamischen Staat (IS) eingelöst werden, berichteten sie.

Zwei aus dieser Gruppe waren zudem „gewöhnlich“ kriminell, hatten Raubüberfälle begangen und Bestellbetrug als weiteres Delikt auf dem Kerbholz. Doch selbst diese Taten wurden von ihnen als islamisch gerechtfertigt dargestellt: „Wir befinden uns in einem Krieg mit den Kuffar (Ungläubigen) und das ist unsere Kriegsbeute, die uns zusteht.“

Der wahre Muslim müsse für einen panislamischen Staat eintreten und alle anderen Systeme bekämpfen.

Deradikalisierung ist kein linearer und kalkulierbarer Prozess.

Distanzierung und Deradikalisierung:

Von den fünf Personen ist heute einer immer noch radikalisiert. Insbesondere die andauernden Kontakte zu seinem alten Umfeld nach der Haft und der Besuch von einschlägig bekannten Orten, wo sich extremistische Personen aufhalten, behindern den Prozess einer Distanzierung, geschweige einer Deradikalisierung. Zusätzlich bedingt seine soziale Situation, das Verhältnis zu seiner Familie, die Schwierigkeiten einen Ausbildungsplatz und eine sinnstiftende ausfüllende Beschäftigung zu finden. Der Bezug zu seinen „Brüdern“ und die bedingungslose Akzeptanz bei ihnen vermittelt ein Gefühl von Geborgenheit, das er alternativ anderswo noch nicht gefunden hat. Die extremistische Überzeugung ist und bleibt dort Teil der „Gruppenkultur“.

Eine der weiteren Personen hat keinerlei religiöse Interessen oder strebt ein religiöses, geschweige denn eine ideologisch-radikalisierte Lebensform an. „Hilfreich“ war ein Streit mit den Personen in dieser Tätergruppe. In den dreijährigen regelmäßigen Gesprächen mit DERAD war er alternativen Sichtweisen zugänglich. Besonders die Abwertung von Nichtmuslimen und Schiiten konnten ihm gedanklich nachvollziehbar durch seinen DERAD-Betreuer widerlegt werden.

Das Gleiche gilt für eine weitere Person, die dafür die Delikte Körperverletzung und Raub wiederholt begangen hat. In den Gesprächen zur Distanzierung und Deradikalisierung mit einer weiteren Person aus dieser Gruppe wurde klar, die Person war wegen der Cliques-Zugehörigkeit dem Benehmen nach radikalisiert, teilte aber die ideologische Überzeugung nur nach außen als Teil der Gruppenzugehörigkeit. Die Trennung von diesem Täterkreis nach der Haft führte automatisch zur Distanzierung. Eine geistige Abwendung von der Ideologie war nicht notwendig, da sie nicht gegeben war.

In diesem Beitrag wurden die individuell unterschiedlichen Zugänge bezüglich Radikalisierung, Distanzierung und Deradikalisierung, für die es auch immer individuell auf die Personen zugeschnittene Maßnahmen braucht, herausgearbeitet. Es handelt sich zudem um Prozesse, deren Ausgang ungewiss ist.

Schlussbetrachtung

Die Erfahrungen des Autors im Bereich der Distanzierungs- und Deradikalisierungsarbeit mit verurteilten Straftätern in Österreich legten vor allem eines offen: Neben den Predigern, die online und offline ihre Propaganda verbreiten, ist der Zugang zu Propagandamaterial via Smartphones und diversen Plattformen der Sozialen Medien ein Problem. Es scheint schwer möglich zu sein, diese Verbreitung gänzlich auszuschließen. Die Kontrolle in privaten Chatgruppen ist fast unmöglich. Erst durch die von der Polizei konfiszierten Handys werden diese Chatgruppen nachträglich bekannt. Die Wirkung der Ideologie, den propagierten Welt- und Feindbildern, wird oft unterschätzt. Die Gedanken, nur durch Beziehungsarbeit die Ideologie zu „neutralisieren“, erweist sich als falsch. Ideologisierte Extremisten können eine positive Beziehung zu Sozialarbeitern aufbauen, ohne ihre Ideologie aufzugeben, oder wie ein Straftäter sich über seinen Sozialarbeiter und Jobcoach gegenüber dem Autor äußerte: „Dieser Kafir (Ungläubige) hilft mir bei der Wohnungssuche, trotzdem muss ich ihn hassen und bekämpfen, wenn das Khalifat nach Österreich kommt.“ Es bedarf daher weiterhin der gezielten Deradikalisierungsarbeit als zusätzliches Angebot und flankierende Maßnahme, neben strafrechtlichen Sanktionen, sozialer Arbeit und vereinzelt psychotherapeutischen Sitzungen, die in Einzelfällen benötigt werden können. Den auf Religion basierten extremistischen Ideologien muss begegnet werden, genauso wie diese beständig über diverse Kanäle auf potenzielle „Empfänger“ einwirken.

Kenntnis der islamischen Weltanschauung und Terminologie ist für Praktiker notwendig.

///

Anmerkungen

- ¹ „In Österreich leben mögliche Angreifer in Freiheit“, in: Kurier, 3.12.2019, <https://kurier.at/chronik/oesterreich/oesterreich-hat-kleines-potenzial-an-moeglichen-attentaetern/400691942> Stand: 7.11.2020.
- ² „UNRICHTIGE AUSSAGEN. Deradikalisierungsverein kontert Nehammer-Kritik“, in: Kronen Zeitung, 4.11.2020, <https://www.krone.at/2268355>, Stand: 10.11.2020.
- ³ „Zadic: Justiz erfuhr von versuchtem Munitionskauf des Täters erst nach dem Terrorakt“, in: Kurier, 4.11.2020, <https://kurier.at/politik/inland/zadic-justiz-erfuhr-von-versuchtem-munitionskauf-des-attentaeters-erst-nach-dem-terrorakt/401087475> Stand: 10.11.2020.
- ⁴ Vgl. Diaw, Moussa Al-Hassan: Lebenswelten und Radikalisierungsverläufe von inhaftierten sogenannten Dschihadisten in Österreich, Wien 2017, S. 19-21, https://www.bmeia.gv.at/fileadmin/usr_upload/Zentrale/Integration/Publikationen/Studie_Lebenswelten_und_Radikalisierungsverlaeufe_von_Dschihadisten_in_Oesterreich.pdf
- ⁵ Ebd., S. 16.
- ⁶ Ebd., S. 25-27.
- ⁷ Vgl. Jus Online: <https://www.jusline.at/gesetz/stgb/paragraf/278b>, Stand: 2.11.2020.
- ⁸ Siehe https://ssc-lehrerinnenbildung.univie.ac.at/aktuelles/detailansicht-archiv/news/wiener-bildungsgespraech/?tx_news_pi1%5Bcontroller%5D=News&tx_news_pi1%5Baction%5D=detail&cHash=d5912f2616e3a80c5a55fd334f9f9de8, Stand: 2.11.2020.
- ⁹ Vgl. www.derad.at, Stand: 3.12.2020.
- ¹⁰ Steinberg, Guido: Al-Qaidas deutsche Kämpfer: Die Globalisierung des islamistischen Terrorismus, Hamburg 2014.
- ¹¹ Zeit online: Salafismus: „Der Staat hat zu lange gezögert“, 17.11.2016, <https://www.zeit.de/politik/2016-11/salafismus-experte-die-wahre-religion-moussa-al-hassan-diaw>, Stand: 27.11.2020.
- ¹² Landesamt für Verfassungsschutz Hessen: <https://lfv.hessen.de/millatu-ibrahim>, Stand: 27.11.2020.
- ¹³ https://ssc-lehrerinnenbildung.univie.ac.at/aktuelles/detailansicht-archiv/news/wiener-bildungsgespraech/?tx_news_pi1%5Bcontroller%5D=News&tx_news_pi1%5Baction%5D=detail&cHash=d5912f2616e3a80c5a55fd334f9f9de8, Stand: 1.12.2020.

- ¹⁴ Vgl. Profil online: Dschihad-Rückkehrer sind längst unter uns – wie gefährlich sind sie?, 25.2.2019, <https://www.profil.at/oesterreich/wie-gefaehrlich-sind-dschihad-rueckkehrer-10662522>, Stand: 3.12.2020.
- ¹⁵ Vgl. Shaykh Al-Alwan, Sulayman: Wer nicht nach dem richtet was Allah herabgesandt hat, <https://www.youtube.com/watch?v=OgU2U0xM6V4>, Stand: 28.11.2020.
- ¹⁶ „Im Auftrag des Islam“, https://www.imauftragdesislam.com/islam-und-demokratie_d494.html, Stand: 28.11.2020.
- ¹⁷ Akhi Talk: Marokkanischer König Mohamed VI Taghut – „Und wer nicht mit dem richtet, was Allah herabgesandt hat“, <https://www.youtube.com/watch?v=gzCVWzpZ77E>, Stand: 22.11.2020.
- ¹⁸ „Im Auftrag des Islam“, https://www.imauftragdesislam.com/kufr-bit-taghut-und-das-tiefere-verstndnis-der-schahada_d1302.html, Stand: 26.11.2020.



IV. MASSNAHMEN DER PRÄVENTION UND DERADIKALISIERUNG



Ulrike Fischer

ist Leiterin der interministeriellen Arbeitsgruppe (IMAG) „Bayerisches Netzwerk für Prävention und Deradikalisierung gegen Salafismus“, Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration.

Dr. Christiane Nischler-Leibl

ist Leiterin der Abteilung VI – Frauenpolitik, Gleichstellung und Prävention, Bayerisches Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales.

/// Das Bayerische Netzwerk für Prävention und Deradikalisierung

Antworten auf Salafismus

Salafismus ist ein Phänomen, das nicht erst dann eine Rolle spielt, wenn Probleme bereits manifest sind oder es gar zu extremistischer Gewaltanwendung gekommen ist. Das „Bayerische Netzwerk für Prävention und Deradikalisierung gegen Salafismus“ setzt bereits weit im Vorfeld der Anwendung von Gewalt an und gibt ressortübergreifende Antworten auf Salafismus. In Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Partnern bietet das Netzwerk bayernweit vielfältige Maßnahmen an und fördert die lokale Vernetzung.

Der Salafismus gehört zu den am schnellsten wachsenden ideologischen Strömungen im islamistischen Spektrum.¹ Die Mehrheit islamistischer Anschläge in Europa während der vergangenen Jahre lässt sich salafistischen Milieus zurechnen. Der Salafismus liefert mit dualistischen, anti-demokratischen und abwertenden Positionen den Nährboden für eine islamistische Radikalisierung bis hin zur Rekrutierung für den militanten Jihad.

Auch wenn Radikalisierungsprozesse nicht zwangsläufig in Gewalt münden, gefährdet der Salafismus die Prinzipien des demokratischen Zusammenlebens und damit den Zusammenhalt unserer Gesellschaft: Die Vielfalt der Lebensstile, Pluralismus und freie Meinungsbildung sind mit dem Salafismus unvereinbar. Salafismusprävention ist somit unabhängig von der Verhinderung von Gewalt nötig, um junge Menschen nicht für das demokratische Gemeinwesen zu verlieren.

Die Ideologie des Salafismus bildet den Nährboden für Radikalisierung, Gewalt und Terrorismus.



**ANT
WORTEN
AUF SALAFISMUS**
Bayerns Netzwerk für
Prävention und Deradikalisierung

Copyright für sämtliche Logos im Artikel: StMI

Bayerns Antworten auf Salafismus

Das Bayerische Netzwerk für Prävention und Deradikalisierung gegen Salafismus folgt dem Gedanken, dass Staat und Gesellschaft gemeinsam gegen Salafismus gefordert sind. Neben dem sicherheitspolitisch notwendigen repressiven Bekämpfungsansatz ist ein ganzheitlicher präventiver Ansatz notwendig, der insbesondere auch vorbeugende Maßnahmen anbietet. Umfassende Präventionsarbeit bietet einen vielversprechenden Ansatz, um Radikalisierungsprozesse möglichst zu verhindern und unsere Gesellschaft immun zu machen gegen den Einfluss von Extremisten. Dies schließt die Sicherheitsbehörden ebenso mit ein wie Bereiche der Bildungsarbeit, Maßnahmen aus dem Bereich der Integrations- und Sozialpolitik sowie der Kinder- und Jugendhilfe oder den Strafvollzug.

In Bayern arbeiten deswegen seit Sommer 2015 Innen-, Justiz-, Kultus- und Sozialministerium verstärkt ressortübergreifend in einem Netzwerk zusammen, um dem Salafismus zu begegnen. Auch zwei zivilgesellschaftliche Träger – die Fachstelle zur Prävention von religiös begründeter Radikalisierung in Bayern in Trägerschaft von ufuq.de sowie die Beratungsstelle Bayern des Violence Prevention Network (VPN) – sind feste Partner des Netzwerks. Während ufuq.de Ansprechpartner für die Prävention von religiös begründeter Radikalisierung und im pädagogischen Umgang mit demokratie- und freiheitsfeindlichen Einstellungen im Themenfeld Islam, Islamismus und Islamfeindlichkeit ist, dient VPN als Ansprechpartner für die Deradikalisierung bei konkreten Radikalisierungsfällen.

Seit seiner Gründung hat sich das Netzwerk stetig weiterentwickelt. Dabei wurde auch den Veränderungen sowohl innerhalb der salafistischen Szene als auch in der Präventionslandschaft Rechnung getragen. Anfangs standen vor allem die Vernetzung und gegenseitige Abstimmung der beteiligten Akteure im Vordergrund. Heute gilt es, zielgruppenspezifische Maßnahmen mit jeweils aktuellen thematischen Schwerpunkten möglichst flächendeckend in Bayern anzubieten und zu verstetigen sowie bedarfsgerecht auf neue Entwicklungen zu reagieren. So liegt der Fokus derzeit u. a. auf der Bereitstellung von digitalen und jugendaffinen Angeboten im Bereich der Salafismusprävention, die auch künftig entsprechend ausgebaut werden sollen.

Auf einer eigens eingerichteten Internetplattform² finden sich umfangreiche Informationen zum Netzwerk und zu seinen Partnern, verlässliche Informationen über das Phänomen Salafismus sowie zahlreiche Links und Kontaktdaten zu Beratungsstellen, Projekten und wichtigen Ansprechpartnern. Auf der Website steht außerdem umfangreiches Download-Material zur Verfü-

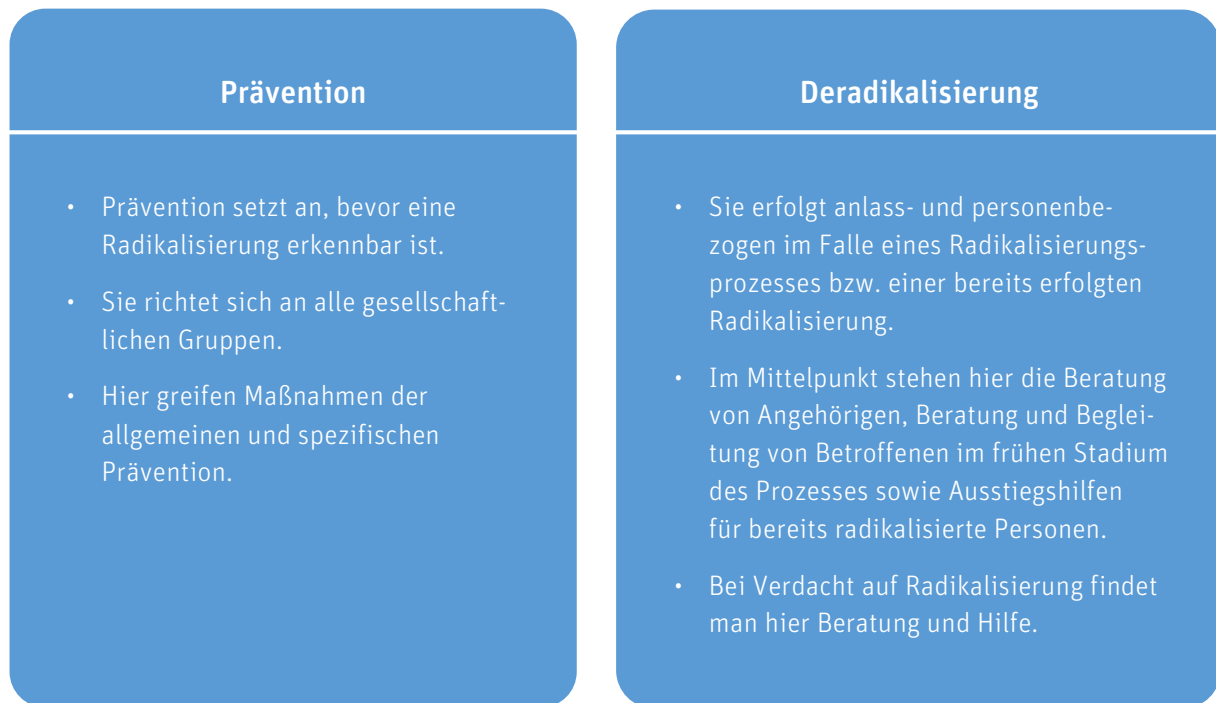
gung. Die wichtigsten Informationen der Website sind auch in den Sprachen Englisch, Französisch, Türkisch, Arabisch und Russisch abrufbar. Im März 2020 wurde die Website um neue, teils interaktive Inhalte erweitert. Mit dem Quiz „Salafismus-Checker“ können Jugendliche, aber auch Fachkräfte ihr Wissen rund um das Thema Salafismus testen. Außerdem können zwei Radikalisierungsverläufe in Comic-Videos verfolgt werden, an deren Ende man sich entscheiden kann, wie am besten auf Anzeichen einer Radikalisierung reagiert werden soll. Ein umfangreiches Salafismus-Lexikon bietet zudem eine Erklärung von salafistischen Begriffen und Symbolen sowie eine Übersicht der bekanntesten Personen und Organisationen aus der Szene.

Am 5. März 2020 veranstaltete das Netzwerk den Fachtag „Antworten auf Salafismus 2.0“ zur Rolle des Internets und sozialer Medien für Radikalisierungsprozesse und Präventionsmaßnahmen.

Konzept des Netzwerks

Das Bayerische Netzwerk für Prävention und Deradikalisierung gegen Salafismus verbindet bestehende Präventionsmaßnahmen in den verschiedenen Ressorts miteinander, stimmt sie aufeinander ab und baut sie aus.

Das bayerische Beratungsangebot gegen Salafismus besteht aus zwei Säulen:





Salafismusprävention im schulischen Bereich

Die Prävention gegen extremistische Bestrebungen wie dem Salafismus ist auch Bestandteil des Konzepts des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus (StMUK) zur Gewalt- und Extremismusprävention, das eine fundierte Werteerziehung, die fächerübergreifende Vermittlung politischer Bildung in allen Schularten, die Stärkung der Kinder und Jugendlichen in ihrer Selbst- und Sozialkompetenz und die Entwicklung von Kompetenzen für gewaltlose Konfliktbewältigung, aber auch eine Reflexion der jeweiligen kulturellen Prägungen umfasst.

Für die gesamte bayerische Schulfamilie sind die 18 „Regionalbeauftragten für Demokratie und Toleranz“ kompetente Ansprechpartner, wenn es um eine anlassbezogene, passgenaue und individuelle Prävention und Intervention von politisch motiviertem Extremismus, Salafismus und Antisemitismus geht. Sie begleiten und beraten Erziehungsberechtigte, Schüler, Lehrkräfte und Schulleitungen. Die Regionalbeauftragten sind dienstlich an die neun Staatlichen Schulberatungsstellen in Bayern angebunden und können u. a. über deren Webseite kontaktiert werden.³

Die Regionalbeauftragten für Demokratie und Toleranz beraten und unterstützen in bayerischen Schulen.

Seit dem Schuljahr 2015/16 finden regelmäßig bayernweit Lehrerfortbildungen im Bereich der Salafismusprävention statt. Diese Fortbildungen richten sich sowohl an die Lehrkräfte aller Schularten als auch an Referendare sowie Lehramtsstudierende.

Einen Beitrag zur inhaltlichen Auseinandersetzung mit den Grundlagen der Weltreligion des Islam leistet der seit dem Schuljahr 2009/2010 eingerichtete und bis 2021 verlängerte Modellversuch „Islamischer Unterricht“ (IU). Der Modellversuch ist ein Angebot zur Persönlichkeitsbildung und hilft muslimischen Kindern und Jugendlichen, sich bewusst mit dem Thema Religion zu beschäftigen. Eine zuletzt im Schuljahr 2019/2020 durchgeführte Evaluation hat die signifikante Wirksamkeit und die hohe Akzeptanz des Islamischen Unterrichts sowohl bei den Schülern und ihren Eltern als auch den Lehrkräften bescheinigt.

Im Rahmen des Projekts „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ (SOR-SMC) setzen sich Kinder und Jugendliche entschlossen gegen jede Form von Diskriminierung, Mobbing und Gewalt ein. An den SOR-SMC-Schulen organisieren Schüler kleinere, aber auch zwei bis drei größere Aktionen gegen Diskriminierung und Rassismus, beispielsweise durch Impulse für Diskussionen oder durch die Organisation von Ausstellungen. Mit solchen Initiativen wird die gesamte Schulfamilie erreicht und ein wichtiger Beitrag gegen Rassismus sowie zum offenen und respektvollen Umgang miteinander geleistet.⁴

Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit

Politische Bildungsarbeit ist wichtig, um insbesondere junge Menschen stark zu machen gegen radikale Verheißungen.

Die Landeszentrale für politische Bildungsarbeit erzieht insbesondere junge Menschen zur Bereitschaft, empathisch und couragiert am staatsbürgerlichen und gesellschaftlichen Miteinander teilzunehmen, extremistischen Anschauungen in jeder Form argumentativ entgegenzutreten und sich für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit aktiv einzusetzen. Ein Kernbereich der Landeszentrale im Hinblick auf die Präventionsarbeit ist dabei die Aufklärung über extremistische Äußerungen gerade im Internet und in den sozialen Netzwerken.

So produziert sie im Rahmen ihres Videoformats „ganz konkret“ Videos, die über themenspezifische Phänomene wie etwa Extremismus in den sozialen Medien aufklären und sich v. a. direkt an Jugendliche richten. Zudem erstellt die Landeszentrale begleitende Unterrichtsmaterialien für Lehrkräfte, die einen Einsatz der Videos im Unterricht ermöglichen und zudem relevante Hintergrundinformationen liefern.⁵

Eine Workshop-Reihe mit dem Titel „Hass 2.0“ richtet sich sowohl an Lehrkräfte als auch an Schüler und klärt über extremistische Aktivitäten im Netz auf.⁶ Ab dem Schuljahr 2020/21 wird bayernweit ein Argumentationstraining etabliert, das Schülern Strategien an die Hand geben will, auch extremistischen und salafistischen Positionen gezielt zu begegnen.

Mit digitalen und analogen Publikationen macht die Landeszentrale zudem spielerisch auf Methoden der Beeinflussung im Internet aufmerksam („Check das Netz“-App), bietet Unterrichtsmaterialien an, um etwa auch die Themenfelder Salafismus und Populismus zu behandeln, und informiert in thematisch entwickelten Publikationen über v. a. auch phänomenübergreifende Probleme.⁷

Prävention im Sozialministerium

Im Rahmen der Radikalisierungsprävention sind im Bayerischen Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales (StMAS) unterschiedlichste, zielgruppenspezifische Angebote vorzufinden, die kontinuierlich fortentwickelt werden.

So ist im Juni 2020 für den Bereich der Kinder- und Jugendhilfe bei der Radikalisierungsprävention die „Koordinierungsstelle Radikalisierung“ geschaffen worden. Hinsichtlich einer zunehmenden Zahl von Kindern, die den Einflüssen ihrer radikalisierten Eltern ausgesetzt sind, übernimmt die Koordinierungsstelle eine wichtige Aufgabe als Schnittstelle zwischen der Kinder- und Jugendhilfe und den Sicherheitsbehörden, um den Schutz der Kinder zu gewährleisten. Die Koordinierungsstelle soll den Fachkräften der Kinder- und Jugendhilfe Handlungssicherheit vermitteln und sowohl die Sicherheits- als auch die Sozialbehörden in einem frühestmöglichen Umkehrprozess bei erkennbaren Radikalisierungstendenzen unterstützen.

Zudem soll eine gegenseitige Vermittlung und Sensibilisierung der jeweiligen Funktionen und Arbeitsansätze der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Sicherheitsbehörden erfolgen. Die vielfältigen Kompetenzen der Kinder- und Jugendhilfe werden auf Landesebene unter Berücksichtigung bestehender Strukturen in diesem Bereich gebündelt und weiterentwickelt. Dabei agiert die Koordinierungsstelle im StMAS als Informations-, Anlauf- und Beratungsstelle sowohl für die Träger der öffentlichen und freien Jugendhilfe als auch als Ansprechpartner für die Deradikalisierungsarbeit, welche federführend im Bayerischen Landeskriminalamt im Kompetenzzentrum für Deradikalisierung verortet ist.

Des Weiteren fördert das StMAS zur Radikalisierungsprävention bayernweit eine Reihe von zielgruppenspezifischen Maßnahmen und Projekten.

Mit Präventionsmaßnahmen und Projekten werden Jugendliche gegen extremistische Ansprachen gestärkt.



ufuq.de – Fachstelle zur Prävention religiös begründeter Radikalisierung

Im Bereich der Prävention hat das StMAS im Herbst 2015 die landesweite Fachstelle zur Prävention religiös begründeter Radikalisierung eingerichtet. Sie ist in Trägerschaft des Vereins ufuq.de. Sie setzt im Vorfeld einer Radikalisierung an und bietet pädagogische Hilfestellungen zum Umgang mit salafistischer Rhetorik, von der sich junge Menschen oft angezogen fühlen. Sie bietet pädagogischen Fachkräften, Einrichtungen und weiteren Multiplikatoren Beratung und Fortbildungen im Themenfeld Islam, Islamismus, Salafismus und Islamfeindlichkeit sowie zu Ansätzen der präventiven pädagogischen Arbeit an.

Neben Jugendeinrichtungen oder -verbänden können sich auch Schulen, religiöse Einrichtungen oder das Jobcenter mit Beratungs- und Fortbildungsanliegen an die Fachstelle wenden. Die Fachstelle setzt zudem an verschiedenen Standorten in Bayern auch junge Menschen als Teamende ein, die gezielt geschult werden, um mit Jugendlichen in Jugendeinrichtungen oder an Schulen zu arbeiten. Themenfelder der Workshops sind unter anderem: Islam und Demokratie, Salafismus, Islamfeindlichkeit, Geschlechterrollen und Digitale Medien.



W O M E N
W I T H O U T
B O R D E R S
CHANGE THE WORLD

Projekt „MotherSchools: Parenting for Peace“

Mit dem Projekt „MotherSchools: Parenting for Peace“ wird der Fokus auf das wichtigste familiäre Umfeld von jungen Menschen gelegt. Mütter sind wichtige Anker, um der Gefährdung von jungen Menschen entgegenzutreten zu können. Im familiären Umfeld wird eine Veränderung des jungen Menschen oft als erstes erkannt. Daher müssen Mütter besonders sensibilisiert und befähigt werden, ihr Wissen über Radikalisierung und die Gefahren durch Salafisten an andere Mütter weiterzugeben.

Hier setzen die sogenannten MotherSchools von Frauen ohne Grenzen (Wien) an. In 10-wöchigen Workshops der MotherSchools lernen Mütter, in ihren Familien und Gemeinschaften aufmerksam zu sein und gemeinsam Schritte gegen Radikalisierung zu setzen. Die Mütter erarbeiten sich mit Hilfe ausgebildeter Lehrerinnen Strategien, um mit ihrem Nachwuchs in der Pubertät im Gespräch zu bleiben, lernen Fakten über die psychosoziale Entwicklung von Kindern, Kommunikations- und Konfliktarbeit, erarbeiten sich push- und pull-Faktoren, aber auch den Wert von Netzwerkarbeit.

Um den Fokus auf das familiäre Umfeld weiter zu verstärken, werden nun auch zunehmend die Väter in das Projektkonzept integriert. In Aschaffenburg und Erlenbach am Main starteten daher 2019 die „FatherSchools: Men included in Parenting for Peace“.



Projekt „MUSA – Muslimische Seelsorge Augsburg“

Das Projekt „MUSA – Muslimische Seelsorge Augsburg“ möchte Muslimen in schwierigen Lebenssituationen den Rückhalt geben, der durch den Wandel traditioneller Strukturen häufig verloren geht – unabhängig von Geschlecht, Alter oder Herkunft. Qualifizierte und flächendeckende Angebote sollen außerdem salafistischer Propaganda und Agitation vorbeugen.

Bei MUSA handelt es sich nicht um klassische Seelsorge, wie sie beispielsweise im Auftrag der christlichen Kirchen auf der Grundlage des christlichen Welt- und Menschenbilds angeboten wird. Der Schwerpunkt von MUSA liegt vielmehr in der Begleitung und Betreuung von Menschen in existenziellen Krisen und Umbruchphasen, insbesondere dort, wo Menschen entsprechenden Beistand benötigen wie z. B. in der Krisenintervention, Flüchtlingshilfe oder in Justizvollzugsanstalten.

MUSA ist bayernweit in Aschaffenburg, Würzburg, Nürnberg, Weißenburg, Regensburg, Ingolstadt und München tätig.



Projekt „kampagnenstark“

Das Projekt „kampagnenstark“ des Instituts für Medienpädagogik in Forschung und Praxis – JFF stärkt demokratische Werthaltungen und setzt sich mit Radikalisierungsfaktoren auseinander. Die Jugendlichen reflektieren ihr eigenes Online-Handeln im Kontext von Filterblasen und Fake News. Zudem setzen sie sich mit Online-Anwerbestrategien extremistischer Gruppierungen auseinander. Ihr Blick wird auf das gelingende Zusammenleben in einer vielfältigen Gesellschaft geweitet.

In unterschiedlichen Medienformaten verleihen Jugendliche zwischen 13 und 22 Jahren ihren Anliegen Ausdruck. Dabei stehen die Medienprodukte nicht für sich alleine, sondern werden in Konzepte und Kampagnen mit Anregungscharakter eingebettet. Jährlich werden 14 medienpädagogische Projekte realisiert, die durch entsprechende On- und Offline-Aktionen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Der Fokus liegt auf den Kampagnenprodukten und auf der Entwicklung neuer medienpädagogischer Ansätze im Bereich der Radikalisierungsprävention.

Projekt „YouthBridge: Jugend baut Brücken München“

Im Projekt „YouthBridge: Jugend baut Brücken München“⁸ werden Jugendliche aus verschiedenen Communitys (z. B. jüdische, muslimische, christliche Jugendliche aus unterschiedlichen sozialen und kulturellen Kontexten) zu Multiplikatoren ausgebildet, die anschließend in ihren Communitys als Vorbilder wirken sollen.



Im Rahmen des Projektes beschäftigen sich die Jugendlichen mit der Frage: Wie wollen wir gemeinsam in dieser Stadt leben und ihre Zukunft gestalten? Junge Menschen, die Brücken bauen möchten und sich damit gleichzeitig gegen Rassismus, Radikalisierung und Antisemitismus einsetzen, durchlaufen das Ausbildungsprogramm der Europäischen Janusz Korczak Akademie in München.

Antisemitismus und Verschwörungsmythen

Das StMAS fördert nicht nur phänomenspezifische Projekte, sondern setzt sich auch phänomenübergreifend insbesondere mit Antisemitismus und Verschwörungsmythen auseinander. Auf der Homepage des StMAS findet sich dazu eine breite Sammlung entsprechender Projekte und Initiativen.⁹

Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus – RIAS Bayern

Im Bereich Antisemitismus fördert das StMAS zudem die „Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus – RIAS Bayern“. Auf Grundlage der dort gemeldeten Vorfälle und eigener Recherchen verfasst RIAS Bayern anonymisierte Berichte, betreibt Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit und trägt so durch ein Sichtbarmachen des tatsächlichen Ausmaßes von Antisemitismus in Bayern zu einer Sensibilisierung der Öffentlichkeit bei. Auf Wunsch von Betroffenen oder Meldenden vermittelt RIAS Bayern Angebote der Beratung.

Prävention in Kommunen

Die kommunale Ebene spielt eine zentrale Rolle in der Präventionsarbeit. Mit Hilfe von kommunalen präventiven Netzwerken, die sich mit dem Phänomen des Salafismus auseinandersetzen, können Gesamtkonzepte für die spezifische Situation vor Ort (weiter-)entwickelt werden. In solche kommunalen Präventionsnetzwerke sollen alle eingebunden werden, die einen direkten Zugang zu gefährdeten Gruppen haben. Polizei, Jugend- und Sozialarbeit sind in ständigem Austausch und bilden damit vor Ort eine wichtige Schnittstelle zwischen Prävention und Sicherheit.

Im Bayerischen Netzwerk für Prävention und Deradikalisierung gegen Salafismus fördert das StMAS den Aufbau präventiver kommunaler Netzwerke. Derzeit existieren drei kommunale Modellprojekte: Augsburg, Würzburg und Nürnberg. Mit bereits bestehenden Netzwerkstrukturen – wie jenen der Landeshauptstadt München – erfolgt, losgelöst von der Errichtung neuer Strukturen, eine Zusammenarbeit mit den landesweiten Beratungsangeboten wie der beim StMAS angesiedelten Fachstelle zur Prävention von religiös begründeter Radikalisierung in Bayern – ufuq.de, die Einrichtungen der Bildungs- und Jugendarbeit, kommunale Verwaltungen und zivilgesellschaftliche Akteure im pädagogischen Umgang mit demokratie- und freiheitsfeindlichen Einstellungen informiert und berät.



Prävention in der Integrations- und Flüchtlingsarbeit

Flüchtlinge sind eine wichtige Zielgruppe in der Präventionsarbeit. Sie haben oft Schreckliches erlebt, sind unsicher und orientierungslos, wenn sie in Deutschland ankommen. Deshalb können sie für salafistische Propaganda unter Umständen empfänglich sein. Andererseits sind viele Flüchtlinge selbst vor jihadistischem Terror geflohen. An diese Menschen und an jene, die sie betreuen, richtet sich die Präventionsarbeit.

Die Präventionsarbeit richtet sich auch an traumatisierte Flüchtlinge.

Hilfe für Fachkräfte und Ehrenamtliche

Was ist Kultur? Was ist noch „normale“ Religionsausübung und wo beginnt der Salafismus? Solche Fragen sind leicht gestellt, aber schwer zu beantworten. Viele Fachkräfte, die in der Flüchtlingsunterbringung und -betreuung arbeiten, sowie ehrenamtliche Helfer sind damit überfordert.

Das Netzwerk für Prävention und Deradikalisierung gegen Salafismus bietet Fortbildungs- und Informationsmaßnahmen zu folgenden Themen:

- Islam,
- Umgang mit patriarchalen Strukturen,
- Salafismus und
- Radikalisierung.

Projekt „ReThink – Freiheit beginnt im Kopf“



Das von der „Mansour-Initiative für Demokratieförderung und Extremismusprävention (MIND Prevention)“ entwickelte und von der Bayerischen Staatsregierung geförderte Projekt „ReThink“ wird in bayerischen Bildungseinrichtungen (schulisch und außerschulisch) angeboten und richtet sich speziell an Jugendliche mit eigener Migrations- und/oder Fluchterfahrung. Ziel des Projektes ist es, mit Hilfe theaterpädagogischer Rollenspiele die Teilnehmer zu kritischem Denken und zur Reflexion der eigenen kulturellen, gesellschaftlichen und sozialen Prägung anzuregen. Zusätzlich zu den Workshops werden auch Lehrkräfte hinsichtlich der Themen Islamismus und Extremismus sensibilisiert und fortgebildet.

Projekt HEROES

Das präventiv wirkende Integrationsprojekt HEROES macht sich gegen eine Unterdrückung von Frauen und Mädchen „im Namen der Ehre“ stark, die bisweilen sogar in Gewalt mündet. Junge Männer mit Migrationshintergrund setzen sich im Rahmen des Erfolgsprojekts gezielt mit ihren Geschlechterrollen, Ehrvorstellungen, Gleichberechtigung und Menschenrechten auseinander. Neben den drei bewährten HEROES Projekten an den Standorten Augsburg, Nürnberg und Schweinfurt werden 2020 zusätzlich auch zwei neue Projekte gefördert: Das Projekt „W3 – Wissen, Werte, Wir“ in Rosenheim und das Regensburger Projekt „habadEHRE“.

Präventionsangebote des Verfassungsschutzes

Das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz (BayLfV) ist aktiv in der spezifischen Prävention. Hierzu zählen Beratungsgespräche, Vorträge, Workshops und die Schulung von Multiplikatoren wie Polizeibeamte, Lehrer, Ausbildungsträger, Mitarbeiter im sozialen Bereich, Arbeitgeber und Leitungsangestellte aus der Privatwirtschaft, Beamte im Justiz- und Maßregelvollzug, der Bewährungshilfe sowie Mitarbeiter in Flüchtlingseinrichtungen, von Landratsämtern und Jugendämtern. Die Maßnahmen des BayLfV zielen darauf ab, durch eine gezielte Sensibilisierung von spezifischen (Berufs-)Gruppen, diese zur Unterscheidung zwischen Islamismus und religiösen Erscheinungsformen des Islam zu befähigen und angemessene Reaktionen auf eine mögliche islamistische Radikalisierung zu ermöglichen.

Neben der sicherheitsbehördlichen Beobachtung und Auswertung verfassungsfeindlicher Aktivitäten im Internet ist das BayLfV auch im Bereich der Aufklärung und Sensibilisierung bezüglich extremistischer Gefahren im Netz aktiv. Seit 2017 klären kurze Videos in der Reihe „10 Tipps, wie du dich nicht verarschen lässt“ über die Gefahren von Manipulation und Radikalisierung im Internet und in sozialen Medien auf. Mit dem Kurzfilm „Lass dich nicht verarschen – Dieses Mal von Salafisten“ will das BayLfV dazu beitragen, den aus salafistischer Propaganda erwachsenden Gefahren für den Einzelnen entgegenzuwirken, und Nutzern 10 Tipps an die Hand geben, wie sie durch umsichtiges Verhalten vermeiden können, selbst in die Fänge von Salafisten zu geraten. Insbesondere junge Menschen sollen gegen salafistische Anwerbestrategien sensibilisiert werden. Denn junge Menschen bilden die Hauptzielgruppe salafistischer Propaganda und Rekrutierungsaktivitäten.

Das seit 2001 eingerichtete Hinweistelefon für eine zentrale und vertrauliche Aufnahme von Hinweisen zu radikalisierten bzw. sich radikalisierenden Personen wurde ab Herbst 2014 auf das Thema Prävention und ab Anfang 2016 für Beratungsangebote und Hinweisaufnahmen im Bereich der Flüchtlingsarbeit erweitert.¹⁰

Die Präventionsstelle beim Verfassungsschutz vermittelt Informationen zum Erkennen islamistischer Radikalisierung.

Radikalisierungsprävention und Extremismusbekämpfung im Justizvollzug

Islamisten bzw. Salafisten versuchen gezielt, im Gefängnis potenzielle Kandidaten für ihre extremistische Ideologie und den Jihad anzuwerben. Dieses Phänomen ist nicht neu. Der bayerische Justizvollzug stellt sich seit jeher entschlossen den Herausforderungen bei der Bekämpfung von Extremismus und Verhinderung von extremistischen Radikalisierungsversuchen gleich welcher Art. Innerhalb der Anstalten leisten sämtliche Berufsgruppen wertvolle Beiträge im Sinne eines vernetzten Zusammenwirkens gegen islamistische bzw. salafistische Strukturen.

Radikalisierungstendenzen im Justizvollzug begegnet Bayern mit umfangreichen Maßnahmen.

Die bayerischen Justizvollzugsanstalten begegnen etwaigen Rekrutierungs- und Radikalisierungstendenzen bei Gefangenen mit einem breiten Bündel an repressiven, aber auch präventiven Maßnahmen und Vorkehrungen. Zu nennen sind unter anderem eine enge Zusammenarbeit mit anderen Sicherheitsbehörden, eine engmaschige Überwachung der Kontakte extremistischer Gefangener, der Einsatz von sog. Extremismusbekämpfungsbeauftragten, regelmäßige Aus- und Fortbildungen der Bediensteten in diesem Themenfeld, das Implementieren spezieller Behandlungs- und Betreuungsangebote für extremistische Gefangene zur Bekämpfung von Radikalisierungstendenzen, der Ausbau der muslimischen Gefangenseelsorge und ein strukturiertes Übergangsmanagement im Vorfeld einer Entlassung.

Die im Jahr 2015 eingerichtete „Zentrale Koordinierungsstelle für Maßnahmen gegen Salafismus/Islamismus“ hat einen wichtigen Beitrag zum Ausbau und zur Stärkung der Extremismusbekämpfung im bayerischen Justizvollzug geleistet. Der Schwerpunkt der Koordinierungsstelle wird künftig auf der operativen Arbeit liegen, d. h. die Koordinierungsstelle soll die operative Arbeit in den Justizvollzugsanstalten gezielt unterstützen und fördern. Zudem wurde sie zu einer „Zentralen Koordinierungsstelle für Maßnahmen gegen Extremismus“ (ZKE) erweitert. Sie fungiert nun als Anlaufstelle für die Justizvollzugsanstalten nicht nur für die Themenbereiche Islamismus und Salafismus, sondern auch für Rechts- und Linksextremismus.

Durch die Zentrale Koordinierungsstelle Bewährungshilfe wurden im Jahr 2017 fünf Bewährungshelfer zu „Präventionsmanagern“ weitergebildet – ein Angebot, das inzwischen um weitere fünf Personen erweitert wurde. Diese Personen stehen als Ansprechpartner für ihre Kollegen aus den Dienststellen der Bewährungshilfe mit Informationen und Kontakten im Rahmen von Radikalisierung bzw. Deradikalisierung zur Verfügung. Sie kennen die Ansprechpartner zur Einschätzung von Verhalten und vermitteln an die zuständigen bzw. regionalen Einrichtungen vor Ort.

Angebote zur Deradikalisierung

Im Bayerischen Landeskriminalamt (BLKA) wurde zum 1. September 2015 das „Kompetenzzentrum für Deradikalisierung“ eingerichtet. Das Kompetenzzentrum arbeitet mit dem zivilgesellschaftlichen Vertragspartner „Violence Prevention Network (VPN)“, einem bundesweit renommierten zivilgesellschaftlichen Träger, zusammen. Grundsätzliches Ziel ist es, Gefahren, welche durch radikalisierte Personen für andere oder sich selbst ausgehen, abzuwenden. In Zusammenarbeit mit VPN werden Hilfestellungen und Beratungsangebote für das Umfeld, also etwa für Eltern, Angehörige und weitere Bezugspersonen, formuliert. Dabei sollen Distanzierungsprozesse vom Extremismus ausgelöst werden.

Das Kompetenzzentrum im BLKA ist in Fragen der Deradikalisierung vor allem Ansprechpartner für Behörden in Bayern und arbeitet eng mit anderen Sicherheitsbehörden, der Justiz sowie zahlreichen weiteren Akteuren zusammen. Es betreibt hierbei eine eigene Hotline (089 12 12 19 99), die inzwischen zunehmend genutzt wird. Darüber hinaus nimmt es strukturierte Analysen und Bewertungen von gemeldeten Sachverhalten zur Prüfung von sicherheitsrelevanten Aspekten sowie fallbezogene Beratungen von thematisch betroffenen Personenkreisen, z. B. Flüchtlingshelfern, vor.

In Deradikalisierungsfällen mit Sicherheitsrelevanz (Vorliegen einer Eigen- oder Fremdgefährdung) nimmt das Kompetenzzentrum außerdem die koordinierende Funktion wahr und ist verantwortlich für das abgestimmte Vorgehen zwischen staatlichen Akteuren und VPN. Durch die multiprofessionelle und interdisziplinäre Aufstellung können für den jeweiligen Einzelfall passgenaue Deradikalisierungsansätze sowie Betreuungskonzepte entwickelt werden. Hierbei werden vor allem die Vorteile eines kombinierten Ansatzes von polizeilichem Fachwissen, ergänzt durch die Expertise aus den Bereichen Psychologie, Islamwissenschaften und sozialpädagogischen Erfahrungen, deutlich.

Angesichts der besonderen Herausforderungen, wie beispielsweise die Radikalisierung von jungen Mädchen, Flüchtlingen, Radikalisierung in Haft und dem Umgang mit rückkehrenden Personen aus dem Krisengebiet Syrien/Irak, hat das Kompetenzzentrum sich seit seinem Bestehen konsequent fachlich und konzeptionell weiterentwickelt. Insbesondere für die zuvor genannten Gruppen wurden spezielle Handlungsstrategien und Kompetenzen entwickelt. Besonderes Augenmerk legt das Arbeitsteam des Kompetenzzentrums auf die frühzeitige Einbindung von vorhandenen Regelstrukturen und die abgestimmte Koordination der eingeleiteten Maßnahmen in sicherheitsrelevanten Fällen.

Zielgruppenspezifische Handlungsstrategien sind maßgebend für den Deradikalisierungserfolg.

Das Kompetenzzentrum trägt u. a. Verantwortung für polizeiinterne Aus- und Fortbildung.

Die Koordinierung der Deradikalisierungsmaßnahmen der im Justizvollzug identifizierten Radikalisierungssachverhalte übernimmt ebenfalls das Kompetenzzentrum für Deradikalisierung.

Neben der Öffentlichkeitsarbeit, die im Rahmen von Bayerns Netzwerk für Prävention und Deradikalisierung gegen Salafismus umgesetzt wird, ist das Kompetenzzentrum für die polizeiinterne Aus- und Fortbildung zur Thematik verantwortlich. Weiterhin werden durch das Kompetenzzentrum anlassbezogen vertrauensbildende Maßnahmen mit muslimischen Einrichtungen im Zusammenhang mit Deradikalisierung koordiniert und im Einzelfall unterstützt.

VPN unterhält in Bayern eine Beratungsstelle mit Sitz in München. Die „Beratungsstelle Bayern“ bietet neben der Beratung von Angehörigen auch Beratungsmaßnahmen und Ausstiegsprogramme für radikalierungsgefährdete und bereits radikalisierte Personen an. Zu den Angeboten gehören:

- Beratung für Angehörige,
- Beratung, Begleitung und Training für radikalierungsgefährdete junge Menschen, bevor sie straffällig werden,
- schlichtende Maßnahmen in Fällen einer beginnenden Radikalisierung (intervenierende Maßnahmen),
- Ausstiegsbegleitung: Beratung und Dialog mit Radikalisierten, Ausreisewilligen und Rückkehrern (z. B. aus Syrien) und
- Anti-Gewalt- und Kompetenztraining AKT® und Angebote zur Ausstiegsbegleitung für radikalisierte bzw. gefährdete Insassen.

Die Mitarbeiter der „Beratungsstelle Bayern“ suchen den direkten Zugang zu jungen Menschen und sprechen Gefährdete im Umfeld des extremistischen Salafismus schnell vor Ort an, um Ausstiegsprozesse aus einem bereits stattgefundenen Radikalisierungsprozess zu initiieren.

///

Informationsmaterial zum Netzwerk und zum Thema Salafismus

www.antworten-auf-salafismus.de

Broschüre „Antworten auf Salafismus – Das Netzwerk stellt sich vor“


Broschüre „Salafismus – Prävention durch Information“

Broschüre „Islamismus erkennen“

**Broschürenportal der Bayerischen Staatsregierung:
www.bestellen.bayern.de**

Anmerkungen

- ¹ Das Manuskript zu diesem Artikel wurde im Dezember 2020 abgeschlossen.
- ² Vgl. www.antworten-auf-salafismus.de
- ³ Vgl. www.km.bayern.de/ministerium/institutionen/schulberatung.html
- ⁴ Vgl. www.schule-ohne-rassismus.org/netzwerk
- ⁵ Vgl. www.blz.bayern.de/zeit-fuer-politik-archiv.html
- ⁶ Vgl. www.profilzeigen.de
- ⁷ Weitere Informationen und Bestellmöglichkeiten unter www.blz.bayern.de
- ⁸ Vgl. www.youthbridge.eu
- ⁹ Vgl. www.radikalisierungspraevention.bayern.de/AktiongegenVerschwoerungsmythen
- ¹⁰ Das Hinweistelefon ist erreichbar unter der Telefonnummer: 089 31 20 14 80 oder per E-Mail: salafismuspraevention@lfv.bayern.de



Gülden Hennemann

ist seit Mai 2020 als Leiterin der Zentralen Koordinierungsstelle für Maßnahmen gegen Extremismus (ZKE) und der deutschlandweit ersten Operativen Einheit Extremismusbekämpfung im Justizvollzug (OpEEEx) von der JVA-Nürnberg aus im bayerischen Justizvollzug tätig.

/// Lösungsansätze in der Praxis

Extremismusbekämpfung und Radikalisierungsprävention im bayerischen Justizvollzug

Dass es in deutschen Gefängnissen zu extremistischen Radikalisierungen kommen könnte, ist für viele unvorstellbar. Ausgehend von meinen Erfahrungen seit 2013 kann ich jedoch bestätigen: Ja, auch hierzulande versuchen islamistische Gefangene auf verschiedenste Art und Weise, Mitgefangene zu radikalieren. Können wir etwas dagegen unternehmen? Ja, und wir handeln bereits.

Die Frage, die mir fast immer als Erstes gestellt wird, ist, was der bayerische Justizvollzug denn gegen Extremismus bzw. Islamismus unternimmt. Die meisten sind über meine Antwort erstaunt, denn der Bekämpfung des Extremismus gleich welcher Art kommt im bayerischen Justizvollzug bereits seit geraumer Zeit besondere Bedeutung zu. Im Bereich Islamismus und Ausländerextremismus kam es in Bayern schon nach den Anschlägen in Madrid (März 2004) zu einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen Justizvollzugsanstalten und Sicherheitsbehörden, insbesondere mit dem Bayerischen Verfassungsschutz. Somit besteht seit 2005 ein enger Austausch hinsichtlich des Umgangs mit islamistischen Gefangenen.

Schon seit 2005 befasst sich der bayerische Justizvollzug verstärkt mit der Islamismusbekämpfung.

Die durch den Salafismus ausgelöste Gefährdungslage in Deutschland bzw. Bayern und Berichte über nachweisliche Radikalisierungsprozesse in Gefängnissen stellte jedoch zunehmend auch den Justizvollzug vor neue Herausforderungen. Entsprechend galt es im bayerischen Justizvollzug, bestehende Maßnahmen fortzuentwickeln und neue Bekämpfungsansätze einzuführen.

Bekämpfungsansätze im bayerischen Justizvollzug – ein Überblick

Ziel ist es, den Nährboden für extremistische Ideologien zu entziehen.

Um diesen neuen Entwicklungen effektiv begegnen zu können, entschied das Bayerische Staatsministerium der Justiz, den bayerischen Justizvollzug durch die Schaffung eines eigenen Referats „Extremismusbekämpfung im Justizvollzug“ fachlich zu stärken. Die Referatsleitung bewusst einer Politik- und Islamwissenschaftlerin zu übertragen, war nicht nur ein einmaliger Vorgang im deutschen Justizvollzug und somit mutig, sondern machte Extremismusbekämpfung und Radikalisierungsprävention im Justizvollzug nunmehr fachlich, organisatorisch und politisch sichtbar.

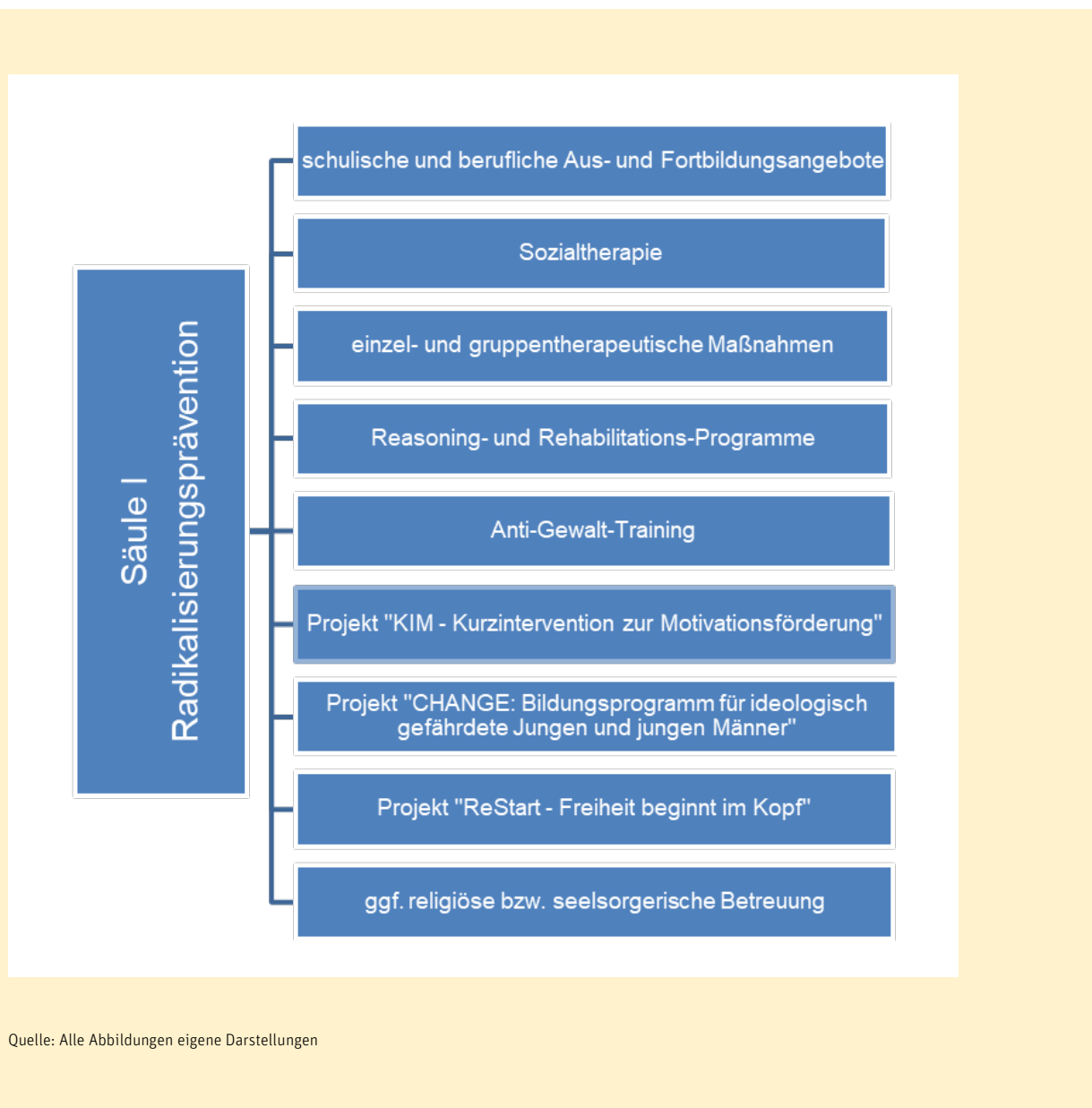
Seitdem ist viel geschehen. Allen voran wurde eine Strategie erarbeitet, um bestehende und neue Maßnahmen zu ordnen und somit effektiver einzusetzen. Entsprechend orientiert sich der Bekämpfungsansatz im bayerischen Justizvollzug seitdem an einer Drei-Säulen-Strategie, bestehend aus:

- Säule I: Radikalisierungsprävention
- Säule II: Extremismusbekämpfung
- Säule III: Deradikalisierung

Seit Dezember 2015 wurden in den jeweiligen Säulen verschiedene Maßnahmen fortentwickelt oder teils neu eingeführt. Dabei liegt der Fokus auf einem engen Austausch mit der justizvollzuglichen Praxis, um die Bekämpfungsansätze und die damit verbundenen Maßnahmen auf ihre Wirksamkeit zu prüfen. Auf diese Weise können Entwicklungen im Bereich Extremismus und die damit verbundenen Herausforderungen frühzeitig erkannt und die eigenen Bekämpfungsansätze entsprechend angepasst werden.

Die Maßnahmen im Bereich der Radikalisierungsprävention (Säule I) zielen darauf ab, den Nährboden für extremistische Ideologien möglichst zu entziehen. Dabei geht es primär um die pädagogische, psychologische und therapeutische Betrachtung eines Gefangenen, um anschließend den Gefangenen durch gezielte individuelle Maßnahmen gegenüber extremistischen Ideologien weitgehend zu stärken.

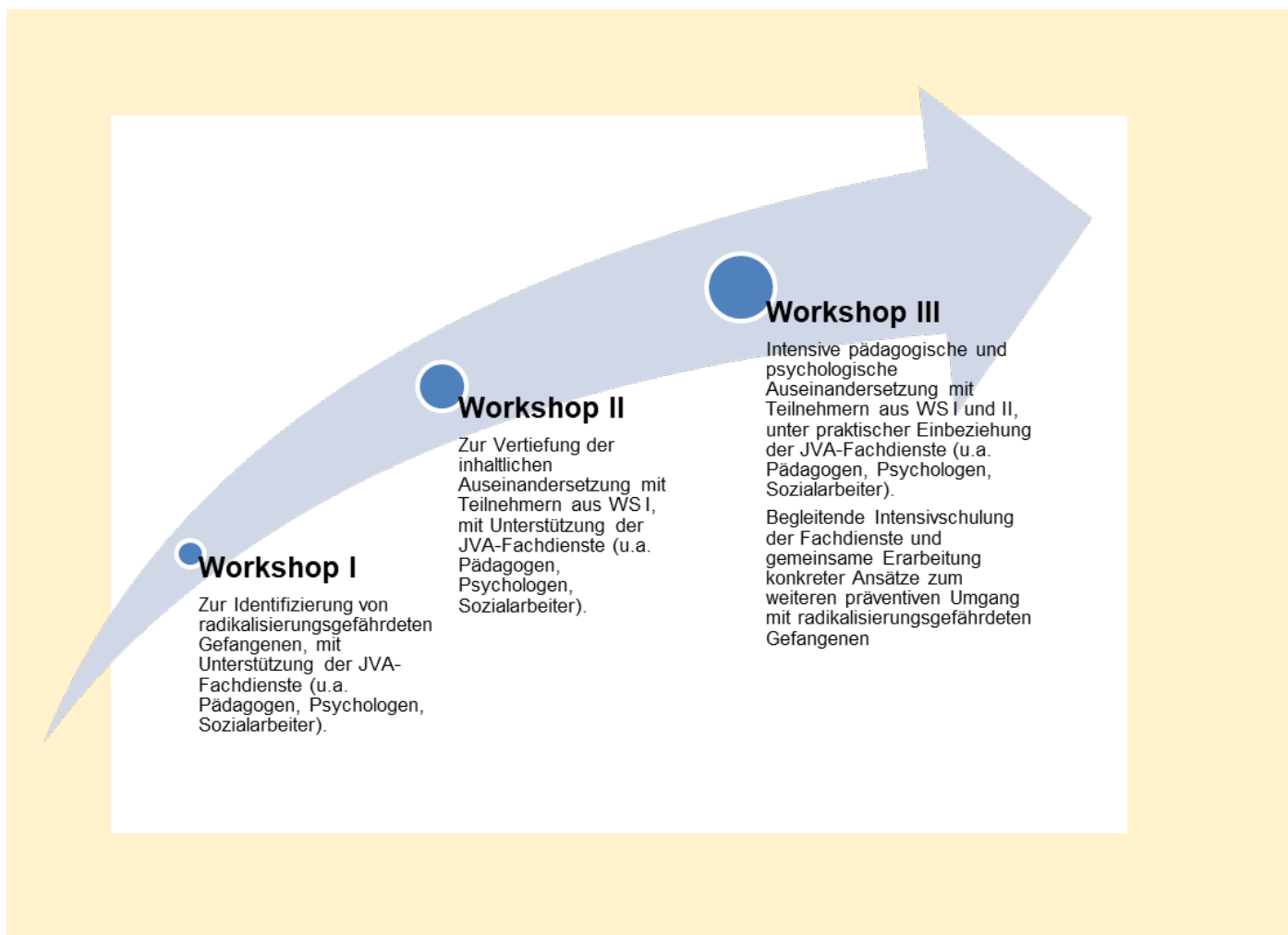
Abbildung 1: Radikalisierungsprävention



Quelle: Alle Abbildungen eigene Darstellungen

Neben den hier dargestellten Maßnahmen hat sich in den letzten Jahren im Bereich der Radikalisierungsprävention (Säule I) insbesondere das Präventionsprojekt „ReStart – Freiheit beginnt im Kopf“ bewährt. Während sich bisherige Programme bzw. Projekte auf Personen konzentrieren, die bereits mit Extremismus in Berührung gekommen sind, liegt der Schwerpunkt bei „ReStart“ auf sog. radikalierungsgefährdeten Gefangenen. Entsprechend wurde dieses Projekt im Jahr 2017 gemeinsam mit der Mansour-Initiative für Demokratieförderung und Extremismusprävention (MIND prevention) eigens für den Justizvollzug konzipiert und entwickelt. Dabei werden Gefangene durch Rollenspiele und die damit verbundene emotionale und interaktive Erfahrung angeregt, sich offen und persönlich mit bestimmten Themen auseinanderzusetzen.

Abbildung 2: Workshops in der MIND prevention



In insgesamt drei aufeinander aufbauenden Workshops werden unter Leitung von erfahrenen Pädagogen und Psychologen von MIND prevention und mit Unterstützung der Fachdienste der jeweiligen Justizvollzugsanstalt inhaltlich Themen erörtert, die den Nährboden für Radikalisierungen bilden.

Hierzu zählen insbesondere Fragen zu bestehenden Geschlechterrollen und religiösen Geschlechterverhältnissen, Erfahrungen mit patriarchalischen Strukturen und entsprechend geprägten Erziehungsmustern, Fragen der eigenen Identität und damit verbunden die Identifizierung bestimmter Feindbilder sowie die Auseinandersetzung mit diesen (u. a. Antisemitismus, Homophobie) und insbesondere auch das Aufbrechen bestimmter radikalierungsfördernder Denkmuster (z. B. dualistisches Weltbild). All dies wird im gemeinsamen Diskurs mit den Gefangenen erörtert. Somit liegt der Fokus des Projekts „ReStart“ – anders als bei der Ausstiegsbegleitung oder ideologischen Abkehr im Zuge einer Deradikalisierung – im frühzeitigen Erkennen von radikalierungsgefährdeten Gefangenen, um diese mit gezielten justizvollzuglichen Maßnahmen von einer Radikalisierung möglichst wirksam abzubringen.

In Fällen, in denen präventive Ansätze beispielsweise aufgrund einer bereits vorliegenden extremistischen Ideologisierung nicht mehr wirksam sein können, greifen verstärkt repressive Maßnahmen, die im Bereich der Extremismusbekämpfung (Säule II) zu verorten sind.

Besonders bewährt hat sich hierbei der Einsatz von speziell geschulten JVA-Mitarbeitern als sog. Extremismusbekämpfungsbeauftragte (EBB), die auf operativer Fachebene als zentrale Ansprechpartner für Gefangene mit extremistischen Bezügen – gleich welcher Art – fungieren. So zählt nicht nur das Erkennen und Beobachten von extremistischen Rekrutierungs- und Radikalisierungstendenzen zu den Kernaufgaben eines EBB, sondern auch die Koordinierung der Informationen und Erkenntnisse zu radikalierungsgefährdeten bzw. bereits radikalisierten extremistischen Gefangenen, die Koordinierung der Umsetzung entsprechender Gegenmaßnahmen vor Ort (in Absprache mit der Anstaltsleitung und ggf. weiteren zuständigen Stellen in der jeweiligen Justizvollzugsanstalt) sowie das Wissensmanagement innerhalb der jeweiligen Justizvollzugsanstalt (u. a. im Rahmen von anstaltsinternen Fortbildungen).

Präventionsmaßnahmen unterstützen das Aufbrechen radikalierungsfördernder Denkmuster.

Abbildung 3: Extremismusbekämpfung



Zusätzlich zu den EBB wurden im bayerischen Justizvollzug die internen Sicherheitsvermerke für den Bereich Extremismus aktualisiert und fortentwickelt. Um mögliche Radikalisierungsverläufe besser erkennen und insbesondere nachverfolgen zu können, wurde ein sog. Verdachtsvermerk eingeführt. Somit stehen für den Bereich Extremismus statt zwei nunmehr drei Sicherheitsvermerke zur Verfügung:¹

- Verdacht (Stufe 1)
- Szene (Stufe 2)
- Terrorismus (Stufe 3)

Insbesondere der sog. Verdachtsvermerk dient dazu, mögliche Radikalisierungsprozesse während einer Haftzeit darzustellen. Darunter fallen Gefangene, die während der Haft auffallen und zu denen seitens der Sicherheitsbehörden keine Erkenntnisse vorliegen. Somit liegt die Zuständigkeit zunächst im bayerischen Justizvollzug.

Sobald sich jedoch Verdachtsmomente erhärten, erfolgt in Absprache u. a. mit den Sicherheitsbehörden eine entsprechende Höherstufung. Hierdurch verlagert sich die Zuständigkeit in Teilen auf die Sicherheitsbehörden. Bei diesen sog. sicherheitsrelevanten Fällen erfolgt eine sehr enge Zusammenarbeit zwischen den jeweiligen Justizvollzugsanstalten und den zuständigen Sicherheitsbehörden.

Basierend auf diesen internen Sicherheitsvermerken wurde des Weiteren die justizvollzugliche Dokumentation im Bereich Extremismus ausgebaut. So hat man einheitliche Kriterien eingeführt, um Informationen und Erkenntnisse zu einem radikalierungsgefährdeten bzw. extremistisch beeinflussten Gefangenen während einer Untersuchungs- oder Strafhaft einheitlich abzulegen und bei Bedarf zuständigen Behörden zur Verfügung zu stellen. Zudem können auf diese Weise Informationsverluste (insb. bei Verlegungen) wesentlich reduziert werden.

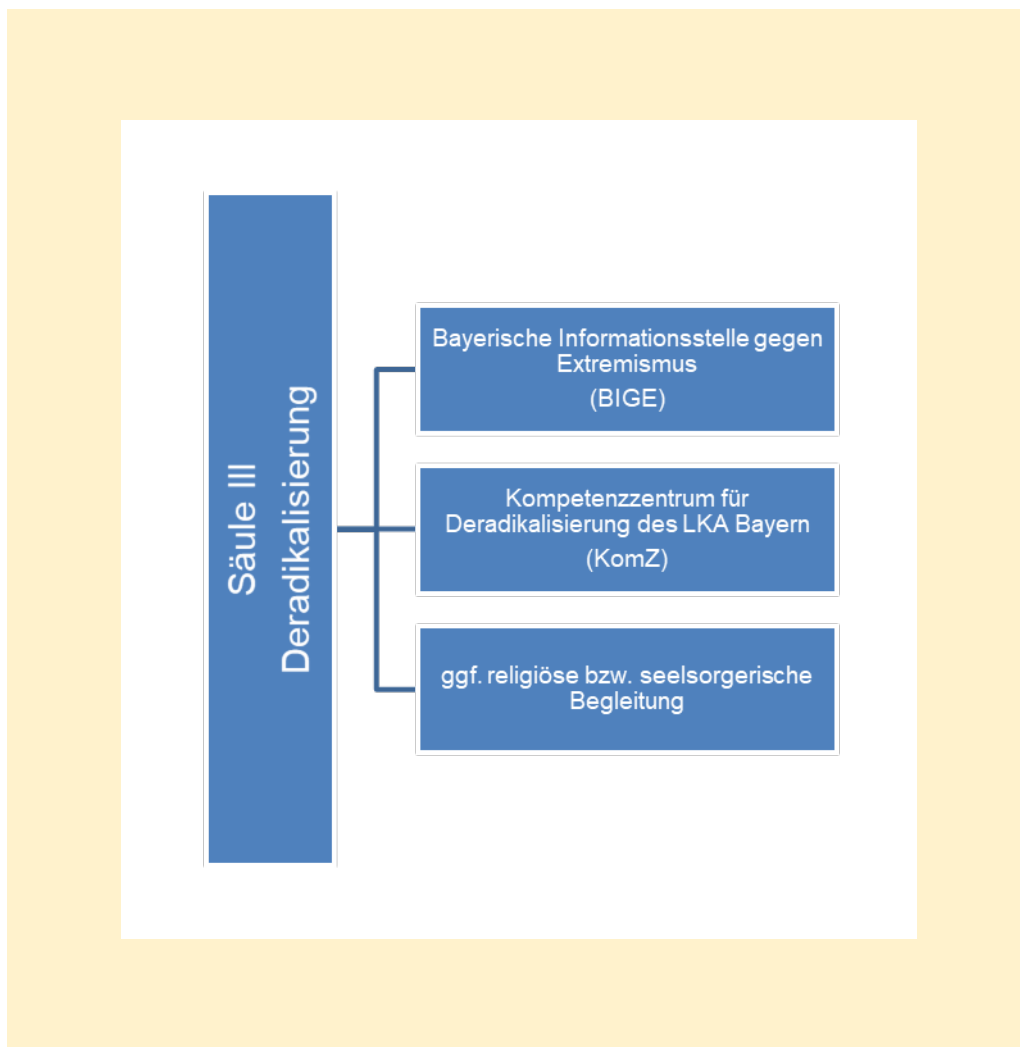
Darüber hinaus haben die Justizvollzugsanstalten auch die Möglichkeit, eine sog. Task Force Extremismus (TFE) einzurichten, bestehend aus EBB, Jurist (bspw. stellv. Anstaltsleiter, Abteilungsleiter, juristischen Mitarbeiter) und einem Vertreter der Fachdienste (bspw. Psychologe, Sozialpädagoge, Pädagoge). Ziel ist es, in der Anstalt als sog. single point of contact intern und extern als Ansprechpartner zu fungieren und in eindeutigen Fällen den Informationsaustausch zu koordinieren sowie konkrete Maßnahmen umzusetzen.

Einheitliche Kriterien zur internen Dokumentation reduzieren Informationsverluste.

Auch wenn der Fokus im Bereich der Extremismusbekämpfung (Säule II) auf repressiven Maßnahmen liegt, werden seitens der Justizvollzugsanstalten in diesen Fällen immer wieder mögliche zusätzliche Behandlungs- und Betreuungsmaßnahmen geprüft, die ggf. einen Ausstiegsprozess und somit im Optimalfall eine Deradikalisierung einleiten könnten.

Sobald derartige Ansätze bei einem Gefangenen festgestellt werden, greifen schließlich Maßnahmen im Bereich der Ausstiegsbegleitung bzw. Deradikalisierung (Säule III), um Gefangene, die sich während ihrer Haftzeit von einer extremistischen Szene ideologisch und persönlich glaubwürdig abwenden wollen, aktiv zu unterstützen.

Abbildung 4: Deradikalisierung



Dabei arbeiten die Justizvollzugsanstalten bei rechts- und linksextremistischen Gefangenen mit der Bayerischen Informationsstelle gegen Extremismus (BIGE) und bei islamistischen Gefangenen mit dem Kompetenzzentrum für Deradikalisierung (KomZ) des Bayerischen Landeskriminalamtes zusammen. In manchen Fällen, insbesondere bei islamistischen Gefangenen, ist eine religiöse bzw. seelsorgerische Begleitung notwendig.

Insgesamt stehen dem bayerischen Justizvollzug somit verschiedene Maßnahmen zur Verfügung, die im Umgang mit radikalisierten Gefangenen je nach Fallkonstellation unterschiedlich angewendet werden. Entscheidend ist dabei stets der enge Austausch mit der justizvollzuglichen Praxis, aber auch mit Sicherheitsbehörden, um ggf. Maßnahmen in den Justizvollzugsanstalten anzupassen bzw. fortzuentwickeln.

Islamismus im bayerischen Justizvollzug

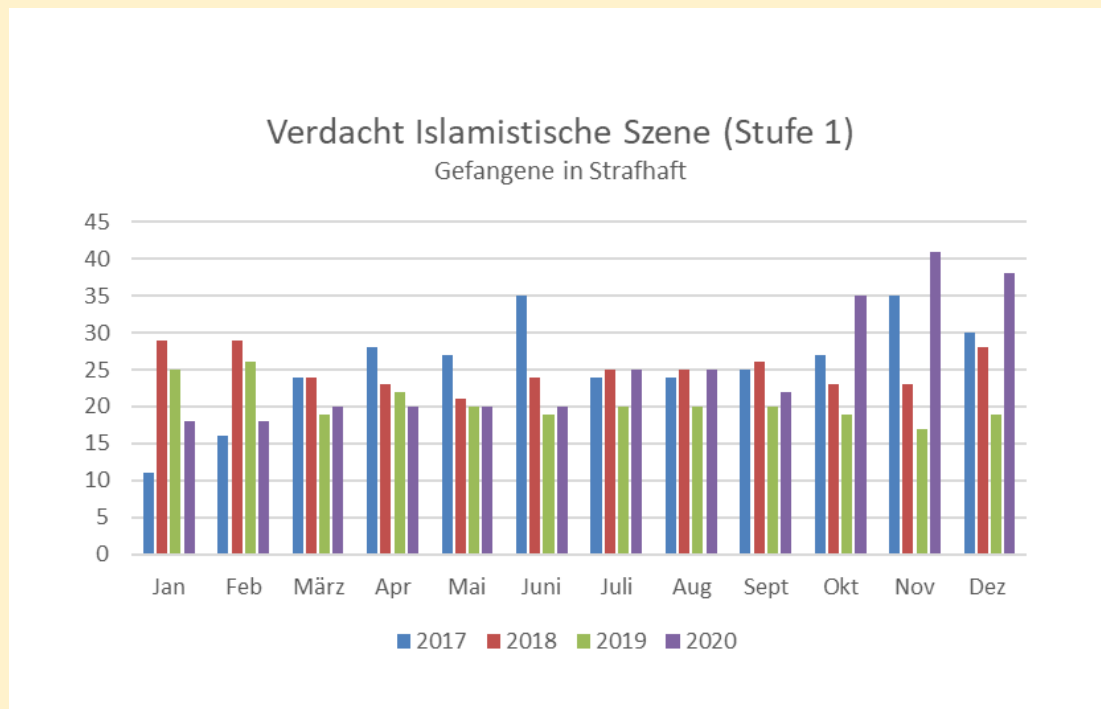
Die breite Öffentlichkeit nahm islamistische Radikalisierungen in Gefängnissen erst im Zuge der islamistisch motivierten Angriffe und Anschläge in Frankreich im Jahr 2015 wahr. Fachkreisen ist jedoch schon seit längerer Zeit bekannt, dass Gefängnisse ein Ort für Radikalisierungen sein können.

Entsprechend ist seitdem die zweithäufigste Frage, die mir regelmäßig gestellt wird, wie viele Extremisten bzw. Islamisten in Bayern inhaftiert sind. Durch die Fortentwicklung der internen Sicherheitsvermerke für den Bereich Islamismus ist es im bayerischen Justizvollzug seit 2017 möglich, die Zahl der inhaftierten Islamisten zu erheben und dabei sogar zwischen Gefangenen mit Verdachtsmomenten, mit Szenebezügen oder terroristischen Bezügen zu unterscheiden. Die Kriterien zur Vergabe der internen Sicherheitsvermerke wurden mit den Sicherheitsbehörden, insbesondere mit dem Bayerischen Verfassungsschutz, abgestimmt.

Ziel dieser Fortentwicklung war es, mögliche Radikalisierungsprozesse in Gefängnissen sichtbar zu machen. Dies ist insbesondere durch den Sicherheitsvermerk „Verdacht Islamistische Szene (Stufe 1)“ möglich, der im Herbst 2016 zunächst pilotiert wurde und sich inzwischen bewährt hat. Seit Januar 2017 können Justizvollzugsanstalten bei Gefangenen, die durch ihr Verhalten, ihre Äußerungen, ihr Kontaktspektrum oder diverse Unterlagen (u. a. Notizen, Bilder, Bücher) aufgefallen und den Sicherheitsbehörden nicht bekannt sind, einen sog. Verdachtsvermerk vergeben (siehe Abb. 5). In der Folge werden durch die jeweiligen Justizvollzugsanstalten über einen bestimmten Zeitraum mögliche Radikalisierungshinweise geprüft und entsprechend dokumentiert.

Extremistische Gefangene werden nach Verdachtsmomenten, Szene- und Terrorismusbezügen unterschieden.

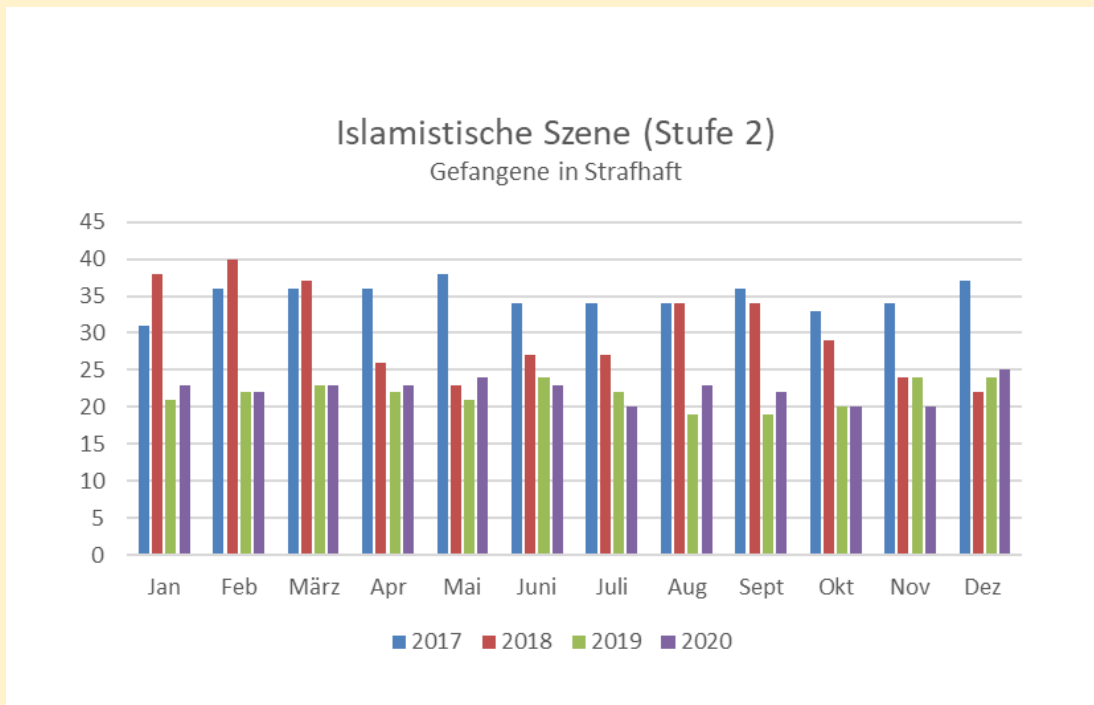
Abbildung 5: Anzahl der Gefangenen mit der Einstufung „Verdacht Islamistische Szene“



Wenn sich die Verdachtsmomente nicht erhärten, wird der Vermerk durch die jeweilige Justizvollzugsanstalt gelöscht. Andernfalls wird in Absprache mit den Sicherheitsbehörden eine Höherstufung vorgenommen.

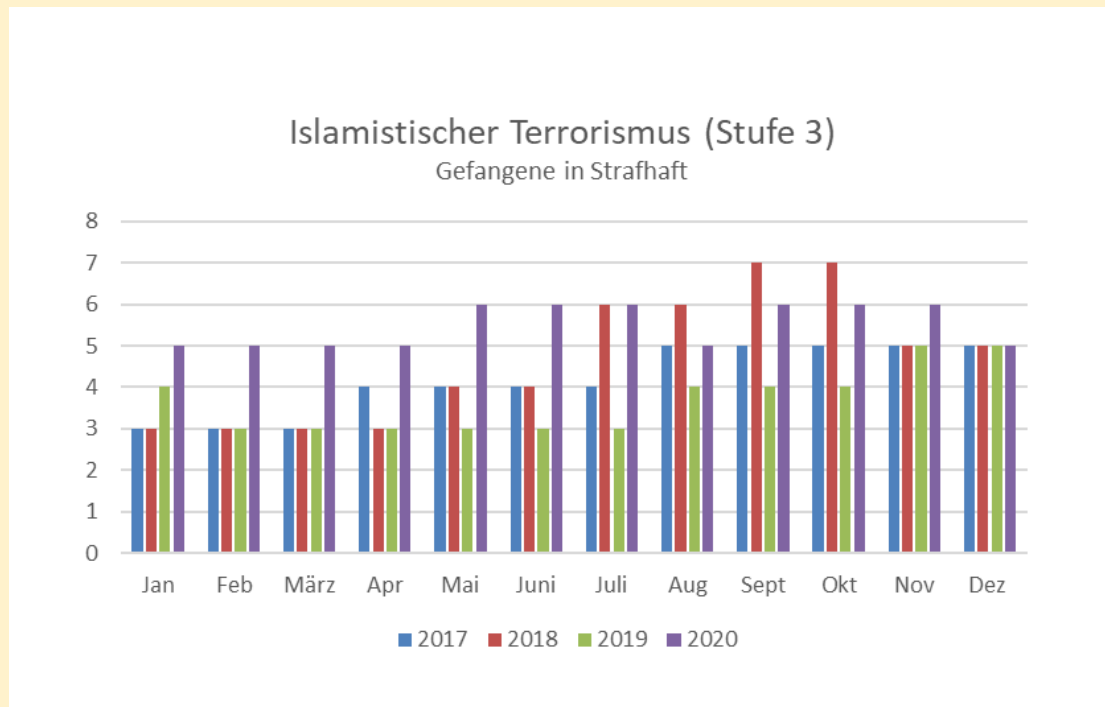
Der Sicherheitsvermerk „Islamistische Szene (Stufe 2)“ wird in sog. sicherheitsrelevanten Fällen vergeben. Dabei handelt es sich um Gefangene, die entweder den Sicherheitsbehörden einschlägig bekannt sind oder die aus Sicht der Sicherheitsbehörden als sicherheitsrelevant bewertet werden. Auffällig ist hierbei, dass in den Jahren 2017 und 2018 überdurchschnittlich viele Gefangene mit islamistischen Szenebezügen inhaftiert waren (siehe Abb. 6). Dies ist auch auf den Verfolgungsdruck zurückzuführen, der auf Islamisten in diesem Zeitraum besonders hoch war.

Abbildung 6: Anzahl der Gefangenen mit der Einstufung „Islamistische Szene“



Darüber hinaus fiel in den letzten Jahren auf, dass Gefangene mit der Einstufung „Islamistische Szene“ in der Regel wegen allgemeinkrimineller Straftaten (u. a. Drogendelikte, Körperverletzungen, Raub, Diebstahl) in Haft sind. In solchen Fällen entfällt die Möglichkeit für Justizvollzugsanstalten, aufgrund eines Haftbefehls oder Urteils über mögliche islamistische Bezüge eines Gefangenen Kenntnis zu erlangen. Es sind daher diese Fälle, die eine besondere Aufmerksamkeit sowohl seitens der Justizvollzugsanstalten als auch seitens der Sicherheitsbehörden verlangen.

Abbildung 7: Anzahl der Gefangenen mit der Einstufung „Islamistischer Terrorismus“



Schließlich steht den Justizvollzugsanstalten noch der dritte Sicherheitsvermerk „Islamistischer Terrorismus (Stufe 3)“ zur Verfügung. Dabei handelt es sich um Gefangene, die den Sicherheitsbehörden durch ihre Gewaltbezüge einschlägig bekannt sind oder die nach §89a,b StGB bzw. §129a,b StGB verurteilt wurden. Überraschend ist hierbei die geringe Zahl an tatsächlich rechtskräftig verurteilten Terroristen in bayerischer Haft (siehe Abb. 7). Zudem zeigt sich bei genauerer Betrachtung, dass es sich in den meisten Fällen um Gefangene mit Bezügen zu Al-Qaida bzw. Al-Qaida-nahen Ablegern handelt.

Um die Informations- und Erkenntnislage in der justizvollzuglichen Praxis zu verdichten, steht der bayerische Justizvollzug in engem Austausch mit den Sicherheitsbehörden, insbesondere mit dem Bayerischen Verfassungsschutz. Entsprechend können sich die Zahlen zu inhaftierten Gefangenen teils in kurzer Zeit verändern.

Selbst wenn die Zahlen inhaftierter Islamisten im Vergleich zu anderen Ländern und gemessen an der gesamten Gefangenenpopulation über die letzten Jahre stets niedrig waren, darf der damit verbundene tatsächliche Aufwand für die justizvollzugliche Praxis nicht unterschätzt werden. Denn es gilt nicht nur, als Islamisten bzw. islamistische Terroristen bekannte Gefangene engmaschig zu beobachten, sondern eben auch jene, die noch nicht im sicherheitsbehördlichen Fokus stehen.

Neue Bekämpfungsansätze im bayerischen Justizvollzug

Extremisten sind in ihren Bestrebungen äußerst lern- und anpassungsfähig, insbesondere in Gefängnissen. Es ist immer wieder erstaunlich, wie schnell sie sich an rechtliche oder strukturelle Umstände anpassen, ohne dabei ihre Ziele aus den Augen zu verlieren. Entsprechend ist es wichtig, Bekämpfungsansätze regelmäßig auf ihre Wirksamkeit zu prüfen und ggf. fortzuentwickeln.

Bekämpfungsansätze müssen regelmäßig auf ihre Wirksamkeit geprüft und fortentwickelt werden.

Die zuvor dargestellten Maßnahmen haben sich im bayerischen Justizvollzug bewährt, ebenso die Arbeit des Referats „Extremismusbekämpfung im Justizvollzug“ im Bayerischen Staatsministerium. Doch da die Justizvollzugsanstalten künftig noch stärker mit Extremisten bzw. Islamisten befasst sein werden, wurde entschieden, den Fokus verstärkt auf die operative Arbeit vor Ort zu legen. Entsprechend wurde der Bekämpfungsansatz im bayerischen Justizvollzug organisatorisch und strukturell angepasst, um auf die mit Extremismus und insbesondere mit Islamismus verbundenen Herausforderungen vorbereitet zu sein.

Seit Mai 2020 wirkt somit die Zentrale Koordinierungsstelle für Maßnahmen gegen Extremismus (ZKE) von der JVA Nürnberg aus. Wie schon aus der Bezeichnung hervorgeht, stehen nicht nur Maßnahmen gegen Islamismus bzw. Salafismus im Fokus, sondern jegliche Formen des Extremismus (Rechts-, Linksextremismus, Ausländerextremismus). Die ZKE unterstützt die Justizvollzugsanstalten u. a. bei der Verstetigung bisheriger Bekämpfungsansätze, Fortentwicklung bestehender Präventionsprojekte (v. a. „ReStart“), Erarbeitung neuer Betreuungsansätze zur Radikalisierungsprävention (u. a.

zu den Themen Antisemitismus, Rassismus, Wertevermittlung) sowie durch praxisnahe Schulungen und Wissensmanagement für Justizvollzugsanstalten (z. B. durch spezielle Aus- und Fortbildungsmodule, Hilfsmaterial). Auch der Ausbau der muslimischen Seelsorge, der professionelle Austausch in Fachkreisen sowie die Unterstützung der wissenschaftlichen Arbeit des Kriminologischen Dienstes des bayerischen Justizvollzugs in Erlangen zählen zu den Aufgaben der ZKE.

Durch OpEEx wird die Praxis im Umgang mit extremistischen Gefangenen noch stärker unterstützt.

Ein besonderer Schwerpunkt der ZKE bildet die neue Operative Einheit Extremismusbekämpfung im Justizvollzug (OpEEx), die sich mit den praktischen Herausforderungen im Zusammenhang mit Extremismusbekämpfung und Radikalisierungsprävention befasst und den bayerischen Justizvollzug in konkreten Fällen hinsichtlich des Umgangs mit extremistischen bzw. terroristischen Gefangenen unterstützt. Dies erfolgt insbesondere durch zielgerichtete Gesprächsführungen zur extremistischen Verortung von Gefangenen und zur Bewertung von Fundstücken und Unterlagen von extremistischen Gefangenen (u. a. in Absprache mit Sicherheitsbehörden), als auch durch die fachliche Begleitung der Extremismusbekämpfungsbeauftragten (EBB) und der Task Force Extremismus (TFE).

Ergänzend hierzu wurde im Bayerischen Justizministerium eine sog. Strategische Einheit Extremismusbekämpfung (StEEx) behalten, die sich mit grundsätzlichen Fragestellungen im Zusammenhang mit Extremismusbekämpfung, Radikalisierungsprävention und Deradikalisierung befasst. Zwischen diesen Organisationseinheiten besteht ein enger und regelmäßiger Austausch.

Mit der neuen Aufgabenteilung und Umstrukturierung zeigt der bayerische Justizvollzug erneut, dass er Entwicklungen im Bereich Extremismus bzw. Terrorismus frühzeitig erkennt und den eigenen Bekämpfungsansatz entsprechend wirksam anpasst.

Fazit

Islamistischer Terrorismus, wie wir es zuletzt in Paris, Nizza, Dresden und kürzlich in Wien erneut erlebt haben, ist der tragische Höhepunkt und das traurige Ergebnis einer Entwicklung, die nicht bei der Gewaltanwendung, sondern mit der grundsätzlichen Ablehnung einer freiheitlich demokratischen Grundordnung beginnt. Entsprechend braucht es einen ganzheitlichen Bekämpfungsansatz, der nicht erst reaktiv bei einer politisch motivierten Straftat ansetzt, sondern sich proaktiv mit dem ideologischen Nährboden befasst. Zudem darf Extremismus- bzw. Islamismusbekämpfung nicht als Verwaltungsakt verstanden werden, sondern muss sich an den Lösungsansätzen der praktischen Gegebenheiten vor Ort orientieren.

Die gesellschaftliche Polarisierung und damit einhergehend die Stärkung der politischen Ränder nimmt jedoch auch in Deutschland stetig zu. Zudem ist die Zeitspanne bei Radikalisierungsprozessen insbesondere im Bereich Islamismus kürzer geworden, so dass die Zeit, um Radikalisierungsprozesse erfolgreich umkehren zu können, immer knapper wird.

Der bayerische Justizvollzug hat in den letzten fünf Jahren seinen ganzheitlichen Bekämpfungsansatz, bestehend aus präventiven und repressiven Maßnahmen, proaktiv und erfolgreich fortentwickelt. Die langjährigen Erfahrungen und die vorhandene Expertise verschiedener Berufsgruppen waren in diesem Prozess von entscheidender Bedeutung, um so eine möglichst hohe Wirksamkeit von Maßnahmen zu gewährleisten.

Es ist genau dieser enge Austausch zwischen operativer und strategischer Ebene, der frühzeitige Anpassungen im Bekämpfungsansatz ermöglicht und somit einen wichtigen Beitrag zur Extremismusbekämpfung und Radikalisierungsprävention leistet.

///

Extremismus- bzw. Islamismusbekämpfung darf kein Verwaltungsakt sein.

Anmerkung

- ¹ Diese Einteilung wird in den Phänomenbereichen Rechts- und Linksextremismus sowie Islamismus vorgenommen. Für den Bereich Ausländerextremismus wird aus fachlichen Gründen keine Dreiteilung vorgenommen.



Bernd Willeuthner

ist Kriminalhauptkommissar im Bayerischen Landeskriminalamt und dort im Kompetenzzentrum für Deradikalisierung (KomZ) für die Koordination geeigneter Deradikalisierungsfälle, insbesondere bei Rückkehrern aus den Krisengebieten Syrien und Irak, zuständig.

/// Maßnahmen des Bayerischen Landeskriminalamtes

Das Kompetenzzentrum für Deradikalisierung

Wie erreichen wir Menschen, die unsere demokratischen Grundwerte ablehnen und sich der gefährlichen Ideologie des Salafismus zugewandt haben, um ihnen eine neue Chance in unserer Gesellschaft zu geben? Diesen Fragen stellt sich das Kompetenzzentrum für Deradikalisierung des Bayerischen Landeskriminalamtes (kurz: KomZ) und versteht sich damit als zusätzlicher Baustein bei der Bekämpfung des islamistischen Terrorismus und als Teil der Kriminalprävention.

Die Entstehungsgeschichte des Kompetenzzentrums für Deradikalisierung

Islamistischer Terrorismus ist einerseits ein importiertes Phänomen – begangen von Personen, die sich in ihren Heimatländern politisiert und radikalisiert haben und in Deutschland im Namen internationaler Terrororganisationen agieren.

Mit Beginn des neuen Jahrtausends verbreiterte sich jedoch das Potenzial des islamistischen Terrorismus. So ist seitdem unter anderem auch das Phänomen des „Homegrown-Terrorism“, also hier sozialisierter Personen, relevanter geworden. Darüber hinaus änderte sich seit den 2010er-Jahren auch die öffentliche Wahrnehmung: Junge Männer mit langen Bärten stehen in der Innenstadt, verteilen Broschüren oder Koranübersetzungen und laden Passanten „ins Paradies“ ein. Junge Mädchen streiten mit ihren Vätern nicht wegen zu kurzen Röcken oder zu engen Jeans, sondern weil sie sich komplett verhüllen und keine Musik mehr hören wollen.

Islamistische Radikalisierung entsteht auch innerhalb unserer Gesellschaft.

Zu Hunderten reisen sie in den nächsten Jahren aus Deutschland aus, um sich in einem fremden Land an einem Krieg gegen fremde Menschen zu beteiligen – ein 13-jähriger Junge, 16-jährige Mädchen, also junge Menschen, die ihre Ideen und Vorstellungen nicht aus arabischen Heimatländern oder fundamentalistischen Elternhäusern mitgenommen haben, sondern Menschen, die zum überwiegenden Teil hier geboren und sozialisiert wurden. Sie stammen aus allen Gesellschaftsschichten, mit und ohne Migrationsgeschichte, und sind alle offensichtlich beeinflusst von einer vermeintlich neuen ideologischen Bewegung, dem Salafismus.

Das KomZ ist Teil des „Bayerischen Netzwerkes für Prävention und Deradikalisierung gegen Salafismus“.

Wenn sich junge Menschen aus unserer Gesellschaft heraus radikalieren, dann können und müssen auch aus unserer Gesellschaft heraus Lösungen gefunden werden, dem gegenzusteuern. Aus dieser Überzeugung heraus wurde im Sommer 2015 von der Bayerischen Staatsregierung das „Bayerische Netzwerk für Prävention und Deradikalisierung gegen Salafismus“ ins Leben gerufen. Mit einem ganzheitlichen Ansatz werden dort ressortübergreifend Maßnahmen koordiniert und umgesetzt, um der Radikalisierung junger Menschen entgegenzuwirken. Im Bayerischen Landeskriminalamt wurde als Teil dieses Netzwerkes das „Kompetenzzentrum für Deradikalisierung“ im Sachgebiet 515 angesiedelt.

Wer sind die Akteure bei der Deradikalisierung?

Das KomZ hat von Beginn an das Ziel verfolgt, mit einem multiprofessionellen und multiperspektivischen Ansatz dem Phänomen Salafismus zu begegnen. Erfahrene Kriminalbeamte aus dem Bereich des polizeilichen Staatsschutzes arbeiten eng mit Experten aus den Bereichen Islam-, Politik- und Sozialwissenschaft sowie Psychologie zusammen. Den besonderen Herausforderungen im Flächenland Bayern wurde mit der Einrichtung von sogenannten dezentralen Sachbearbeitern „Prävention“ begegnet, deren Aufgabe es ist, vor Ort geeignete Sachverhalte frühzeitig zu erkennen.

Ein wesentlicher Baustein der Deradikalisierungsarbeit des KomZ ist die vertragliche Einbindung eines Trägers aus der Zivilgesellschaft, Violence Prevention Network gGmbH (VPN). Diese betreibt eine Beratungsstelle in Bayern, die mit dem KomZ zusammenarbeitet und allen Bürgern als Ansprechpartner für Fragen der Deradikalisierung zur Verfügung steht. VPN bietet neben der Beratung von Angehörigen auch Beratungsmaßnahmen und Ausstiegsprogramme für radikalierungsgefährdete und bereits radikalisierte Personen an.

VPN baute nach und nach, finanziert mit Haushaltsmitteln des Freistaats Bayern, die „Beratungsstelle Bayern“ mit insgesamt acht Beratern auf. Dort bündeln sich verschiedene Kompetenzen, teils mit sozialpädagogischem Fachwissen, aber auch mit speziell ausgebildeten Beratern mit theologischem Hintergrund.

Das KomZ verfolgt einen multiprofessionellen Ansatz und bindet einen zivilgesellschaftlichen Träger ein.

Wenn Radikalisierung die (falsche) Antwort ist, wie lautet dann die Frage?

Nur wer Radikalisierung versteht, kann bei der Deradikalisierung erfolgreich sein. Radikalisierung ist ein individueller Prozess. Salafistische Propaganda bietet unter dem Deckmantel der „wahren Religion“ für unterschiedliche Zielgruppen auch verschiedene Verlockungen. Schnell wird bei näherer Befassung mit dem Phänomen Salafismus deutlich, dass die missbräuchliche Interpretation religiös-islamischer Aussagen nur einen Teil des Spektrums abbildet. Faktoren, die in der Persönlichkeit verankert sind, das Umfeld oder die aktuelle Lebenssituation können bedeutende, oft sogar stärkere Rollen bei einer Radikalisierung spielen.

Und wenn Radikalisierung individuell ist, dann müssen auch bei der Deradikalisierung individuelle Lösungen gefunden werden:

- Was hat zur Radikalisierung geführt?
- Welchen „Nutzen“ zieht die Person aus der Radikalisierung?
- Und was hält die Radikalisierung aufrecht?

In aufwändigen Fallanalysen versucht das KomZ jeden Radikalisierungsprozess nachzuvollziehen und beschäftigt sich vorrangig mit diesen Kernfragen.

Radikalisierung beginnt oft in einer frühen Entwicklungsphase junger Menschen.

In einer Frühphase können oft entwicklungstypische Faktoren eine Rolle spielen. Aus unterschiedlichen, oft zufälligen Gründen kommt ein junger Mensch in einer „suchenden“ Entwicklungsphase mit dem Islam in Berührung – leider allzu oft mit der salafistischen Ausprägung, da diese gerade im Internet und in sozialen Netzwerken überrepräsentiert ist. Wenn dort propagierte, vermeintlich religiöse Vorschriften angenommen oder ausprobiert werden wie beispielsweise verändertes Aussehen (Bart, Verhüllung) oder vermeintlich religiös gebotenes Verhalten (Musikverbot, Essensvorschriften etc.), kommt es schnell zu Konflikten mit dem Umfeld, den Eltern, den Freunden oder den Lehrern.

Aber Verbote und Eskalation werden diesen Prozess in der Regel nicht stoppen können. Denn Abgrenzung vom Elternhaus, Provokation, plötzliche und zuvor nicht erhaltene Aufmerksamkeit und Beachtung sind oft Triebfedern, diesen Weg weiter zu gehen. Gerade die Ausgrenzung spielt der salafistischen Propaganda in die Hände – ist sie doch ein vermeintlicher Beweis für eine der Kernaussagen, dass „wahre“ Muslime wegen ihrer Einzigartigkeit verfolgt und gehasst werden. All das, was vom vorherigen Umfeld nun ent-

zogen wird (oder vielleicht auch nie geboten wurde), wird nun von der „neuen“ Gruppe besetzt, z. B. die Aufnahme in eine (der Propaganda nach „elitäre“) Gruppe, gleichberechtigte Akzeptanz unabhängig von Herkunft, Bildung, Aussehen. Antworten auf jede Frage, ja auf den Sinn des Lebens werden gegeben.

Auch im weiteren Verlauf wird „für jeden etwas“ geboten, beispielsweise Entkommen aus einem konfliktbelasteten Umfeld, und das sind mitunter dankbare Ausreden, sich manchen Herausforderungen des realen Lebens nicht stellen zu müssen. Der Mitläufer findet Gruppen und Leute, die er bewundert und denen er folgen kann. Andere genießen vielleicht eine vorher nicht gekannte Aufmerksamkeit und Bewunderung. Auch der Abenteurer findet schnell die Szene, die Gewalt und Macht bietet – und dies alles unter dem Deckmantel einer „höheren“, vermeintlich religiösen Idee.

Aber auch der wirklich religiös, spirituell Sinnsuchende kann weiter verführt werden. Zu extrem spielt die salafistische Propaganda mit dem Leben im Diesseits als fortwährende göttliche Prüfung: Die Propaganda verheißt einerseits das Paradies (dem „wahren“ Muslim vorbehalten), aber andererseits droht sie auch mit unvorstellbaren, in unzähligen Videos und „Predigten“ andauernd und prominent dargestellten Qualen in der prophezeiten Hölle bei „unislamischem“ Fehlverhalten.

Für die Deradikalisierung heißt dies, bei jedem Einzelnen in der jeweiligen Phase die „Knackpunkte“, seine Motivation, die „innere Logik“ herauszufinden und geeignete Gegenstrategien zu entwickeln:

- Auf welchem Weg kann man überhaupt Zugang zur Person finden?
- Welche persönlichen Kompetenzen, welche Schutzfaktoren kann man stärken?
- Welche Defizite, welche Risikofaktoren gilt es zu beachten?
- Kann ich Angehörige, das Umfeld, Institutionen und staatliche Regelstrukturen beraten und mit einbeziehen?
- Sind theologische Gegennarrative notwendig, wie und welche Lebensalternativen können geboten werden?

Das sind Fragestellungen, mit denen man sich im Deradikalisierungsprozess befassen muss. Und all das bedeutet Deradikalisierung.

Die salafistische Ideologie bietet individuelle Reize für unterschiedliche Personen.

Wann wird das Kompetenzzentrum für Deradikalisierung tätig?

Das KomZ ist immer dann zuständiger Ansprechpartner, wenn bei einer Person bereits Hinweise auf eine Radikalisierung und eine potenzielle Gefahr durch die Person vorliegen. Idealerweise wird ein entsprechender Sachverhalt in einer Frühphase bekannt, um mit in der Regel niederschweligen Maßnahmen eingreifen und eine weitere Radikalisierung unterbrechen und verhindern zu können.

Das KomZ betreut Personen unterschiedlichsten Radikalisierungsgrads und mit verschiedensten Biographien.

Aber auch Personen, die bereits einen (kompletten) Radikalisierungsprozess durchlaufen haben, werden Angebote zum Ausstieg bzw. der Deradikalisierung unterbreitet. Dementsprechend groß ist die Bandbreite des bearbeiteten Personenkreises. Sie umfasst den jugendlichen Schüler, der beeinflusst von radikaler Propaganda in Konflikt mit seiner Umwelt gerät, bis zum sogenannten IS-Rückkehrer aus Krisengebieten, der dort Mitglied in einer terroristischen Vereinigung war. Auch wenn die Ideologie das vermeintlich einende Element ist, könnten die Lebensläufe unterschiedlicher kaum sein: junge Mädchen, erwachsene Familienväter, schlechte Schulausbildungen, erfolgreiche Studienabschlüsse, mit und ohne Migrationshintergrund, Elternhäuser der oberen Mittelschicht bis hin zu alleine geflüchteten Minderjährigen – die Aufzählung könnte noch vielfach fortgesetzt werden.

Menschen aus den unterschiedlichsten Personengruppen begegnen den Mitarbeitern des KomZ und VPN tagtäglich. Und für jeden gilt es, individuelle Lösungen zu finden.

Rückkehrer aus Krisengebieten

Ein besonderer Fokus richtet sich auf die Rückkehrer aus den Krisengebieten Syrien und Irak. Auch wenn diese gemeinsam haben, dass sie bereit waren, ihr bisheriges Leben zugunsten einer Utopie aufzugeben, ist die Gruppe darüber hinaus heterogen zusammengesetzt. Motivation bei der Ausreise, Aktivitäten und Erfahrungen im Ausland und auch Gründe der Rückkehr sind meist verschieden und müssen für jeden Einzelfall beleuchtet werden.

Inhaftierte Rückkehrer aus Krisengebieten werden in der Regel mit der beginnenden Strafhaft angesprochen. In enger Abstimmung mit der Justizvollzugsanstalt beginnt im Idealfall eine durchgängige Betreuung, die auch nach Haftentlassung fortgesetzt wird. Wird während der Haft die Dekonstruktion des salafistischen Weltbildes noch im Vordergrund stehen, wird nach einer Haftentlassung eher klassische Resozialisierungsarbeit geleistet, um einen Neustart in ein straffreies Leben zu ermöglichen. Um einen Rückfall in alte Muster zu verhindern, gilt es, ein besonderes Augenmerk auf Gründe für die Radikalisierung zu legen. Gerade bei jungen Frauen entstehen dabei besondere Herausforderungen. Zu den zurückliegenden Ursachen, oft in Verbindung mit psychischen Problematiken, kommt häufig hinzu, dass sie im Kriegsgebiet Kinder geboren haben und damit vor neuen Herausforderungen und potenziellen Überforderungen stehen.

Die Bearbeitung von „Rückkehrern“ und „Geflüchteten“ stellt eine besondere Herausforderung dar.

Geflüchtete

Eine Radikalisierung von Personen, die in Deutschland sozialisiert wurden, kann in den meisten Fällen gut nachvollzogen werden. Das Umfeld, der Bildungsgrad oder die gesellschaftlichen Strukturen sind nicht fremd, früher gezeigte Verhaltensweisen können meist ermittelt werden.

Anders verhält es sich insbesondere bei Menschen aus anderen Kulturkreisen. Und spätestens mit der großen „Flüchtlingswelle“ ab 2015 wurden auch diese Personen aus vielfältigen Gründen für einen Radikalisierungsprozess relevant. Belastbare Informationen zu der Vergangenheit von Flüchtlingen aus Krisengebieten liegen kaum vor. Aus traumatischen Erfahrungen, sei es bei der Flucht oder Verfolgung in ihren Heimatländern, anderen Wertvorstellungen, Enttäuschungen und mangelnden Perspektiven kann eine besondere Vulnerabilität für Radikalisierung entstehen. Um auch hier geeignete Gegenstrategien zu entwickeln, ist das KomZ an einem EU-geförderten Forschungsprojekt „Gegen Radikalisierung bei Flüchtlingen“ beteiligt.

Deradikalisierung ist sowohl Teil der Kriminalprävention als auch Baustein der Terrorismusbekämpfung.

Deradikalisierung oder Repression? Oder beides?

Radikalisierung kann und darf nur unter Berücksichtigung der Sicherheitsrelevanz betrachtet werden. Zu dramatisch wurde uns in den vergangenen Jahren vor Augen geführt, welche schrecklichen Verbrechen unter dem Deckmantel einer pseudoreligiösen Weltanschauung begangen wurden. Deradikalisierung hat dabei in keiner Weise den Anspruch, das Problem (alleine) lösen zu können. Sie ist als Teil der Kriminalprävention zu verstehen und keine Ad-hoc-Lösung. Die Maßnahmen entfalten im besten Fall mittel- und langfristige Wirkung. Und es gibt keine Erfolgsgarantien.

An erster Stelle muss daher immer die Gefahrenabwehr stehen. Den Gefahren ist mit allen rechtsstaatlichen Mitteln, die gegen den „Gefahrenverursacher“ gerichtet sind, zu begegnen. Straftaten sind konsequent zu verfolgen und zu bestrafen. Jedem muss klar sein, dass die Beteiligung an Aktivitäten terroristischer Organisationen schwerste Rechtsverstöße darstellt.

Jedoch ist zu berücksichtigen, dass repressive Maßnahmen in der Regel das Symptom, selten aber die Ursache bekämpfen können. Natürlich gibt es Fälle, bei denen die Wirkung repressiver Maßnahmen Personen zu einem Umdenken bewegt. Oft besteht aber auch die Gefahr, dass sich eine radikale Haltung dadurch bestätigt oder verfestigt – gerade weil sie so schön in Einklang zu bringen ist mit der Feindbildpropaganda und Opferinszenierung salafistischer Protagonisten. Wenn eine radikalisierte Person den Staat ausschließlich als Repressionsapparat wahrnimmt und erlebt, wenn Hilfe und moralische Unterstützung ausschließlich von „Glaubensbrüdern“ geleistet werden, gestaltet sich eine Abkehr schwieriger.

Warum sollte ein Syrienrückkehrer, der in Haft ausschließlich aufbauende Briefe aus dem Umfeld von salafistischen „Gefangenenhilfsorganisationen“ erhält, der sich von seinem „unreligiösen“ Umfeld schon längst gelöst hat, einen Weg zurück in die Gesellschaft für möglich erachten, wenn ihn diese Gesellschaft vermeintlich ablehnt und gar nicht „zurück möchte“. Hier soll die Deradikalisierung die Lücke schließen: Dazu gehören u. a. Angebote, Perspektiven zu entwickeln und die Widersprüche, Menschenfeindlichkeit und Pseudoreligiosität der salafistischen Ideologie aufzuzeigen.

Letztlich wird Deradikalisierung zu einem wichtigen Baustein der polizeilichen Terrorismusbekämpfung, wenn auch das Risiko mitgedacht wird. Denn wie Radikalisierung ist auch die tatsächliche Gewaltbereitschaft innerhalb einer extremistischen Einstellung individuell und nicht (ausschließlich) vom Grad der Ideologisierung abhängig. Auch hier spielen Persönlichkeitsfacetten und situative Faktoren eine entscheidende Rolle.

So leistet das KomZ gemeinsam mit dem zivilgesellschaftlichen Träger VPN einen wichtigen Baustein im Rahmen der Terrorbekämpfung durch die Deradikalisierung mit einem präventiven, multiprofessionellen Ansatz. Allerdings ist die Bekämpfung des Extremismus und damit einhergehend des Salafismus auch eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Eine beobachtete (mögliche) Radikalisierung muss den zuständigen Behörden gemeldet werden.

///

KONTAKT

Beobachtungen und Hinweise aus der Bevölkerung nehmen das

Kompetenzzentrum für Deradikalisierung (KomZ)
unter der **Hotline 089/1212-1999**

sowie die

Beratungsstelle Bayern des Vereins
Violence Prevention Network (VPN)

entgegen.



Mustafa Ayanöđlu

ist wissenschaftlicher Mitarbeiter und Referent in der ufuq.de-Fachstelle Bayern. Er studierte Islamwissenschaften und setzt sich mit theologischen, rechtlichen und sozialen Fragen des Islams auseinander.

/// Workshops und Fortbildungen

Der universelle Präventionsansatz von ufuq.de

Islam und Muslime sind ein selbstverständlicher Teil unserer Gesellschaft, dies gilt insbesondere für in Deutschland geborene / sozialisierte Jugendliche. Zugleich haben viele Lehrkräfte¹ Fragen zum Islam, wenn sich ihre Schüler im Unterricht zu unterschiedlichen Fragen religiös positionieren. Hier bieten wir Schulen pädagogische Unterstützung an.

Der zivilgesellschaftliche Träger ufuq.de in Bayern

Die ufuq.de-Fachstelle zur Prävention religiös begründeter Radikalisierung in Bayern wurde im Herbst 2015 gegründet und ist seit ihrer Gründung Mitglied im „Bayerischen Netzwerk für Prävention und Deradikalisierung gegen Salafismus“. ² In diesem Netzwerk ist die Fachstelle an das Bayerische Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales angebunden. Die Fachstelle ist einer von zwei zivilgesellschaftlichen Akteuren in diesem Netzwerk und arbeitet in der universellen Prävention bzw. Demokratieförderung zu den Themenfeldern Islam, antimuslimischer Rassismus und Prävention religiös begründeter Radikalisierung.

In unserer Präventionsarbeit gehen wir davon aus, dass Angebote extremistischer Strömungen für Jugendliche attraktiv sein können, wenn ihre Bedarfe in Politik, Medien, Gesellschaft (und Schule) nicht genügend angesprochen werden. Vor diesem Hintergrund wollen wir Jugendliche stärken und schützen, indem wir ihnen Raum für ihre Fragen und Themen geben.

Jugendliche ernst zu nehmen und ihren Themen einen Raum zu geben, schützt sie vor Extremisten.

Gleichzeitig sollen Lehrkräfte für die Biografien, Lebenswelten und Themen „ihrer“ Jugendlichen sensibilisiert werden. Hieraus leiten wir zwei Angebote für die universelle Präventionsarbeit ab:

- „Wie wollen wir leben?“-Workshops für Jugendliche sowie
- Fortbildungen für Multiplikatoren (insbesondere Lehrkräfte).³

Workshops für Jugendliche

Unser Ansatz schafft authentische Räume des Austauschs, um Reflexionsprozesse einzuleiten.

Im Mittelpunkt des pädagogischen Ansatzes in der Arbeit von ufuq.de stehen die Lebenswelten der Jugendlichen, ihre Erfahrungen und ihre Vorstellungen von einem guten Leben. „Wie wollen wir leben?“ ist daher die Leitfrage, mittels derer Jugendliche (einer Klasse) ins Gespräch über Fragen zu „ihren“ Themen gebracht werden sollen. Das können u. a. Fragen zu Glauben, Identität, Geschlechterrollen, unterschiedlichen Mobbing- und Diskriminierungserfahrungen oder zu aktuellen tagespolitischen Geschehnissen sein. Wichtig ist dabei ein anerkennender und respektvoller Umgang mit den Aussagen und Positionen der Jugendlichen, die über ihre (auch sehr persönlichen) Erfahrungen und Meinungen sprechen. Dies stärkt sie nicht nur in ihrer Selbstreflexion und in Meinungsbildungsprozessen, sondern sensibilisiert sie zugleich für unterschiedliche Formen demokratiefeindlicher Ansprachen und Ideologien.

Um dies zu gewährleisten, muss der Workshop einen Rahmen bieten, in dem sich Jugendliche gut aufgehoben fühlen und bereit sind, auch über schwierige Themen offen zu sprechen. Deshalb verfolgen wir einen peer-orientierten Ansatz: Unsere Teamer sind junge Erwachsene zwischen 18 und 27 Jahren, sie können niedrigschwellig und lebensweltnah mit Jugendlichen arbeiten und (in manchen Fällen) auch als Vorbild wahrgenommen werden. Die Workshops werden stets von zwei Teamern geleitet, die weitgehend gesellschaftliche Diversität (z. B. hinsichtlich Gender, religiöser Überzeugung, Einwanderungsgeschichte, Studiengang etc.) abbilden sollen. In der Regel werden die jeweiligen Lehrkräfte in die Vor- und Nachbereitung der Workshops eingebunden, sind aber während des Workshops nicht zugegen. Unsere Erfahrung zeigt, dass Jugendliche meist erst dann wirklich offen ihre Meinungen und Positionen zu den unterschiedlichsten Themen äußern, wenn sie „unter sich“ und mit den Teamern sind.

Auf Wunsch können Lehrkräfte zu Beginn und gegen Ende eines Workshops teilnehmen, um zu verfolgen, was im jeweiligen Workshop mit den Schülern umgesetzt werden soll, wie es der Klasse mit der ungewohnten Situation geht und wie die Schüler den Workshop am Ende bewerten. Im Anschluss an den Workshop stehen die Teamer für Fragen der Lehrkraft und auch der Schüler zur Verfügung.

Um die Workshops in den Schulalltag zu integrieren, setzt sich ein Workshop-Modul aus einer 3x90-minütigen Einheit zusammen. Das jeweilige Modul kann so entweder auf drei Doppelstunden an unterschiedlichen Tagen verteilt oder im Rahmen eines Projekttags umgesetzt werden. Aktuell bieten wir fünf Workshop-Module für Jahrgangsstufen ab der 5. Klasse in Bayern an, die stets aktualisiert werden:

- Glauben, Islam und Ich,
- Geschlechterrollen und Islam,
- Diskriminierung und Empowerment,
- „Alle Muslim*innen sind ...“ sowie
- Salafismus.

Zwei weitere Workshop-Module, die sich mit Verschwörungsmythologien und mit der Konstruktion von Identitäten auseinandersetzen, können im Frühjahr 2021 ebenfalls dazu gebucht werden.

Die Workshops werden laufend evaluiert und weiterentwickelt. Dazu erhalten Schüler und Lehrer Feedback- bzw. Evaluationsbögen. Eine von vielen Lehrkräften geteilte Rückmeldung ist, dass der den Jugendlichen im Workshop eröffnete Gesprächsraum das allgemeine Klima in der Klasse nachhaltig verbessert habe.

Religiosität wird unterschiedlich gelebt und stellt nur eine von vielen Facetten der Identität dar.

Fortbildungen für Multiplikatoren

Idealerweise wird parallel zu einem „Wie wollen wir leben?“-Workshop eine Fortbildung für das Lehrerkollegium gebucht. Oft sind es aber besondere Ereignisse, die von Schulen zum Anlass genommen werden, eine Fortbildung für Lehrkräfte anzubieten. Das können Fragen zur Rolle von Religion und Religiosität von Jugendlichen im Allgemeinen sein, aber auch spezifische Fragen und Konflikte etwa zu Geschlechterrollen, in denen sich Jugendliche auf ihre Religion beziehen.

Vielfalt muslimischer Religiositäten

Im Rahmen unserer Fortbildungen geht es zunächst um ein Kennenlernen der Vielfalt muslimischer Religiositäten. Anhand der Frage „Gibt es *den* einen Islam?“ werden verschiedene Zugänge (auch zu den beiden religiösen Hauptquellen Koran und Sunna) und Religionsverständnisse aufgezeigt sowie deren Bedeutung für die Lebenswelt von Jugendlichen dargestellt.

Ziel ist es hierbei deutlich zu machen, dass Religiosität ganz unterschiedlich gelebt wird und immer nur *eine* Facette der Identität von Jugendlichen darstellt.

Lebenswelten von Jugendlichen

Diskriminierung und Rassismus sind zu wichtige Themen, als sie Extremisten zu überlassen.

Des Weiteren stehen die Lebenswelten von Jugendlichen im Mittelpunkt. Hierbei geht es hauptsächlich um Jugendliche mit Einwanderungshintergrund: Mit welchen Herausforderungen sind sie und ihre Familien konfrontiert, die herkunftsdeutsche Jugendliche bzw. Familien nicht kennen? So ist etwa die Sensibilisierung der Fachkräfte für Diskriminierungs- und Ausgrenzungserfahrungen auch im Sinne der universellen Prävention von Bedeutung, weil salafistische⁴ Ansprachen solche Erfahrungen gezielt aufgreifen, um Jugendliche für ihre Ideologie zu gewinnen.

Wer über Islamismus reden will, darf über Islamfeindlichkeit nicht schweigen. Diskriminierungserfahrungen und Erfahrungen von Rassismus – das ist unsere Erfahrung – sollten ernstgenommen und nicht extremistischen Gruppierungen überlassen bleiben.

„Protest, Provokation oder Propaganda?“

Jugendliche drücken sich nicht immer in „angemessenen“ und erwartungsgemäßen Formen aus. Unter dem Motto „Protest, Provokation oder Propaganda?“ wird die Auseinandersetzung mit Positionen, Aussagen und Verhaltensformen von Jugendlichen, die im ersten Moment schwer einzuordnen sind, thematisiert. Welche Aussagen und Positionen sind legitimer Ausdruck von Protest? Welche dienen der Provokation? Und wann werden Aussagen und Verhaltensweisen im pädagogischen Kontext „problematisch“, weil sie abwertend, anti-pluralistisch oder demokratiefeindlich gemeint sind?

In dieser Einheit geht es uns darum, für herausfordernde Verhaltensweisen von Jugendlichen zu sensibilisieren, zu differenzieren und die eigenen pädagogischen Handlungskompetenzen zu stärken. Schließlich verfügen die meisten Lehrkräfte bereits über das notwendige Handwerkszeug, fühlen sich jedoch beim Thema „Religion“ zuweilen verunsichert. So wird von Lehrkräften auch nicht selten der Wunsch nach einer „Checkliste“ geäußert, anhand derer man „radikalisierte“ Jugendliche erkennen könne. Unsere Erfahrung zeigt allerdings, dass sich hinter vordergründig „extremistischen“ Aussagen häufig jugendtypische Phänomene von Protesthaltungen oder Provokationen verbergen, die als Gesprächsangebote verstanden und im Unterricht aufgegriffen werden können.

Migrationsgesellschaft gelingt, wenn Jugendliche mit ihren Identitäten und Themen Akzeptanz finden.

Formel „WWWGGG“

Es stellt sich die Frage, warum salafistische Ansprachen für einige Jugendliche attraktiv erscheinen. Oder anders ausgedrückt: Welche Interessen und Bedürfnisse, die Jugendliche insbesondere im Rahmen von Sinn- und Orientierungssuche haben, können von ideologischen Angeboten aufgegriffen werden?

Zur Beantwortung dieser Frage arbeiten wir mit Lehrkräften entlang der dazu ausgearbeiteten Formel WWWGGG:

- Salafisten (und andere Strömungen) bieten **Wissen** zum Islam an. Viele Jugendliche suchen nach Informationen zu ihrer Religion, die ihnen im Rahmen von Orientierungsprozessen wichtig erscheinen können. Im Internet können Jugendliche schnell auf problematische Webseiten stoßen, deren ideologisches Islamverständnis ihnen nicht auf den ersten Blick ersichtlich ist. Für die pädagogische Arbeit heißt dies:

Auch Fragen zu Religion und Religiosität sollten im Rahmen von Unterricht oder in einem persönlichen Gespräch Raum und Bedeutung beigemessen werden. Denn wenn sich Lehrkräfte (oder andere Stellen in Politik und Gesellschaft) dieser Fragen und Anliegen nicht annehmen, kommen andere und geben ihre Antworten.


- Salafisten behaupten, dass ihr Islamverständnis das einzig richtige sei. Dieser Anspruch auf eine (absolute) **Wahrheit** und
- der Anspruch auf „die“ islamischen **Werte** können für Jugendliche attraktiv und verlockend erscheinen, bieten sie doch eine klare Orientierung und die Unterscheidung in „richtig“ und falsch“.
- Damit einher geht die Erwartung an Sinnsuchende auf **Gefolgschaft** und Gehorsam. Für Jugendliche kann es entlastend sein, die Verantwortung für schwierige Entscheidungen an eine Person oder eine „wahre“ Lehre abgeben zu können.
- Das vielleicht stärkste Attraktivitätsmoment stellt das **Gemeinschaftsangebot** dar. Für Jugendliche, die dazugehören wollen, aber Erfahrungen von Ausgrenzung und / oder Rassismus machen, bieten Salafisten Erklärungen für diese Erfahrungen sowie einen Raum und eine Gemeinschaft an, in denen sie Anerkennung und Zugehörigkeit erleben können – so wie sie sind und mit dem, was ihnen wichtig erscheint. Nicht nur das: Mit dem Anschluss an die Gruppe können sie ihrer Ohnmachtsposition entkommen, handlungsfähig werden und Selbstwirksamkeit erfahren.⁵
- Nicht zuletzt sprechen salafistische (und andere extremistische) Bewegungen das besonders bei Jugendlichen ausgeprägte **Gerechtigkeitsempfinden** an. Neben Ausgrenzungserfahrungen greifen sie Hunger und Armut in der Welt oder die Kritik an Konsum und ungerechten Kriegen auf. Hier muss auch pädagogische (Präventions-)Arbeit ansetzen und die Empathie von Jugendlichen stärken sowie alternative bzw. andere Antworten geben, als es z. B. nationalistische oder religiös begründete extremistische Ideologien tun.

Auf diese Weise kann die Formel WWWGGG in Fortbildungen von Lehrkräften in zwei Richtungen wirken: Sie verdeutlicht, dass es ganz legitime und jugendtypische Bedürfnisse sind, die extreme Angebote für Jugendliche attraktiv machen können. Und sie zeigt, wie wichtig es ist, den Lebenswelten, Biografien, Erfahrungen und damit oft verbundenen „Themen“ und Interessen von Jugendlichen Raum und Zeit zu widmen. Auf diese Weise gelingt nicht nur Extremismusprävention, sondern auch Migrationsgesellschaft.

///


Anmerkungen

- ¹ Mit Lehrkräften sind in diesem Text pädagogische Fachkräfte im schulischen und außerschulischen Bereich gemeint.
- ² Ausführliche Informationen zum Netzwerk unter <https://www.antworten-auf-salafismus.de/>, Stand: 18.12.2020.
- ³ „Workshops“ beziehen sich in diesem Text auf Workshops mit Jugendlichen, „Fortbildungen“ dagegen bezeichnen ausschließlich Angebote für Multiplikatoren.
- ⁴ „Salaf“ bedeutet wörtlich „Altvorderer“. Im islamischen Kontext meint man mit „Salaf“ die „Salaf as-salih“, also die „ehrwürdigen Altvorderen“. Damit sind die ersten drei Generationen von Muslimen gemeint. Diese Personen haben einen großen Stellenwert für viele Muslime, weil sie dem Propheten Muhammad beigestanden, religiöse Quellen sichergestellt und an nachfolgende Generationen tradiert haben. Daher plädiert der Autor dafür, von religiös begründeter Radikalisierung zu sprechen.
- ⁵ Vgl. El-Mafaalani, Aladin: Wenn Konformität zur Rebellion wird – Der Salafismus als jugendkulturelle Provokation, in: Jugendliche im Fokus salafistischer Propaganda, Teilband 1, hrsg. von Landesinstitut für Schulentwicklung und Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg sowie Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg, Stuttgart 2016, S. 82-85.



Rupert Grübl

ist Direktor der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit in München.



Johannes Uschalt

leitet das Referat Demokratiestärkung & Wertebildung der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit in München.

/// Informieren und diskutieren in digitalen und analogen Formaten

Die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit

In der Auseinandersetzung mit Salafismus bildet die allgemeine Prävention das Fundament: Ihr Ziel ist es, das Vertrauen in demokratische Werte zu stärken und Toleranz und Offenheit gegenüber anderen Einstellungen und Ansichten zu fördern. Hier kann politische Bildung einen Beitrag leisten. Die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit stellt dazu zahlreiche Angebote bereit.

Politische Bildungsarbeit ist Grundlagenarbeit

In Zeiten, in denen die Corona-Pandemie die Welt in Atem hält und in denen sich seltsame Koalitionen aus Corona-Leugnern, Impfgegnern, Verschwörungstheoretikern und Rechtsradikalen bilden, läuft man Gefahr, andere Bedrohungen aus den Augen zu verlieren, Bedrohungen, die jedoch real sind und die unsere Sicherheit, unsere Werte und unser Gemeinwesen gefährden. Neben Rechtsterrorismus, allen Formen von Rassismus und Antisemitismus ist dies vor allem der Salafismus.

Selbst wenn der IS in Syrien besiegt scheint, nach wie vor sind seine Vertreter in Deutschland aktiv und versuchen junge Menschen zu indoktrinieren und zum bewaffneten Kampf gegen alles „Westliche“ zu rekrutieren – sei es analog oder digital. Dass beim Kampf hiergegen die Strafverfolgungsbehörden eine herausgehobene Rolle spielen und spielen müssen, sei unbenommen. Nur mit deren Hilfe und deren Aufmerksamkeit gelang und gelingt es immer wieder, terroristische Anschläge in Deutschland zu verhindern.

Ziel der politischen Bildungsarbeit ist es, das Vertrauen in unsere demokratischen Werte zu stärken.

Politische Bildungsarbeit setzt hingegen wesentlich früher an, sie will Grundlagenarbeit leisten: Salafismus basiert – wie andere Extremismen auch – auf einer strikten Trennung nach einem „Wir-gegen-Die“-Prinzip, das Lebensweisen und politisch-religiöse Ansichten als „richtig“ oder „falsch“ kategorisiert. Dieses Prinzip von Anfang an zu entzaubern, indem die Bedeutung von Pluralismus und Vielfalt in unserer Gesellschaft betont wird, ist Ziel und Aufgabe politischer Bildung.

Eine Offenheit gegenüber gesellschaftlicher Vielfalt zu fördern, scheint mit Blick auf den Salafismus auch deshalb von Bedeutung, weil festzustellen ist, dass gerade Salafisten in ihren Biografien eigene Deprivationserfahrungen aufweisen:¹ Der Blick auf Anhänger des Salafismus zeigt also, dass viele von ihnen persönliche Enttäuschungen erlebt haben und sich in ihrer Religion, in ihren Ansichten und Einstellungen gesellschaftlich nicht akzeptiert oder ausgegrenzt fühlten. Deshalb muss politische Bildung darauf ausgerichtet sein, zur gegenseitigen Toleranz und Offenheit zu „erziehen“, ohne dabei das Fundament unserer gemeinsamen Werte und der Demokratie aus dem Blick zu verlieren.

In diesem Feld bietet es sich an, gerade sehr junge Menschen in den Blick zu nehmen. Dass über gemeinsame Werte und demokratische Grundregeln bereits in der Grundschule gesprochen werden sollte, ist inzwischen Konsens: „Empirische Befunde zeigen, dass Demokratie- und Menschenrechtsbildung dann gelingt, wenn Schülerinnen und Schüler bereits in der Grundschule partizipative Beteiligung, Selbstwirksamkeit und Gestaltungsmöglichkeiten erfahren und lernen.“² Im Gespräch mit Kindern können so gemeinsame Werte besprochen und politische Problemstellungen erörtert werden, um schon frühestmöglich in den gemeinsamen Wertediskurs einbezogen zu werden.

Copyright für sämtliche Logos / Abb.
im Artikel: Bayerische Landeszentrale
für politische Bildungsarbeit



Mit dem „Politmobil“ bietet die Landeszentrale hier beispielsweise Workshops für Grundschulen an, in deren Rahmen Kinder politische Probleme spielerisch kennenlernen und über Umweltpolitik, faire Produktionsbedingungen oder kulturelle Diversität diskutieren. Das Politmobil besucht die Grundschulen vor Ort und will deshalb auch dort auf Veranstaltungen hinweisen, wo Angebote der politischen Bildung infrastrukturbedingt vielleicht nicht regelmäßig stattfinden können.

Präventionsarbeit sollte möglichst früh einsetzen

Ein „Wertekoffer“ für Grundschulen soll ab nächstem Jahr ein didaktisches Angebot im Primarbereich sein, um mit den enthaltenen Materialien über unterschiedliche Vorstellungen, Toleranz und Werte sowie Formen des Zusammenlebens zu sprechen.

Für junge Erwachsene verfolgt das Programm „Profil zeigen – für eine starke Demokratie“ einen ähnlichen Ansatz: In Workshop-Einheiten mit geschulten Trainern lernen Jugendliche nicht nur, extremistischen Positionen zu widersprechen, sondern das Programm zielt ebenso darauf, den Gegenüber zurück in einen produktiven und demokratischen Diskurs zu holen und nicht nur nach Unterschieden, sondern auch nach Gemeinsamkeiten zwischen den Diskursbeteiligten zu suchen.

Dass, wie hier skizziert, im Sprechen über gemeinsame Werte und demokratische Grundregeln auch ein Schwerpunkt der politischen Bildung liegt, hat viel mit der Anerkennung ihrer Grenzen zu tun: Politische Bildung kann beispielsweise nicht das (Haupt-)Instrument der Deradikalisierung sein, hier sind andere Akteure gefragt. Sie ist in der allgemeinen Prävention angesiedelt und muss daher v. a. bei jungen Menschen ansetzen, um die Identifikation mit den Werten des Grundgesetzes zu erreichen. Deshalb macht es Sinn, hier v. a. Präventionsarbeit mit Werterziehung und Grundlagenarbeit zu verknüpfen.

In Zeiten einer zunehmenden Differenzierung und Fragmentierung der Gesellschaft, in der herkömmliche Mittel der Beschreibung der sozialen Gliederung nicht mehr ausreichen scheinen und vor allem in Zeiten der Digitalisierung mit vielfältigen Kommunikationskanälen muss sich politische Bildung gerade an diejenigen richten, die in der Vergangenheit nicht primäres Zielpublikum waren. Hier hat die sog. aufsuchende politische Bildung eine besondere Aufgabe. Um dem Salafismus aber letztendlich erfolgreich entgegenzutreten, bedarf es hier der Zusammenarbeit sowohl staatlicher wie zivilgesellschaftlicher Akteure. Die Landeszentrale ist hier ein Partner für die Zivilgesellschaft und versteht sich als Ansprechpartner, wenn es darum geht, innovative Formate zu entwickeln oder zu realisieren. Zudem ist es wichtig, im Bereich der politischen Bildung zunehmend jenen Stimmen zuzuhören, die im politischen Diskurs in den letzten Jahrzehnten zu wenig zu Wort gekommen sind – und diese Stimmen als Vorbilder wahrzunehmen und anzuerkennen.

In Workshops lernen Jugendliche, zuzuhören, andere Meinungen zu akzeptieren, aber auch rote Linien zu setzen.

Diesem Konzept folgt beispielsweise die Bildungsinitiative GermanDream, mit der die Landeszentrale kooperiert: Dass im Rahmen der Initiative bewusst Botschafter zu Wort kommen, die zum einen für Diversität stehen, zum anderen aber hier als „deutsche Vorbilder“ wahrgenommen werden, führt nicht nur dazu, dass ein Erfahrungsaustausch zu Pluralismus und Werten hier konstruktiv und produktiv geführt werden kann, sondern auch, dass Menschen zu Wort kommen, die in den vergangenen Jahrzehnten oft zu wenig Gehör in der politischen Debatte fanden. Hier anzusetzen, wie dieses Beispiel verdeutlicht, kann dem Salafismus eines der wichtigsten Narrative seiner Propaganda aus der Hand nehmen: der Behauptung und Konstruktion, dass z. B. Muslime in Deutschland kein Gehör fänden, bewusst ausgeschlossen und diskriminiert würden. Hier deshalb dafür zu sorgen, dass derartige Debatten stattfinden und Menschen mit allen Biografien und Religionen in der politischen Debatte und in der politischen Bildungsarbeit präsent sind, ist eine Aufgabe der politischen Bildungsarbeit.

Auf der anderen Seite muss diese aber auch versuchen, die Instrumente der Manipulation in den Blick zu nehmen, mit denen Salafisten für ihre Weltanschauung werben. Hier spielt die Aufklärung über Manipulationsmechanismen des Internets eine besondere Rolle. Die sozialen Medien ermöglichen auf der einen Seite eine gezielte individuelle Ansprache an bestimmte Gruppen – also an potenziell Gefährdete – als auch eine oft ungefilterte Weitergabe von Fake News, Lügen und Propaganda. Hier muss politische Bildung heute eng mit Medienbildung verzahnt sein und gerade junge Menschen müssen dazu befähigt werden, Propaganda und manipulierte Meldungen zu erkennen und in Bezug auf deren Wirkungsabsicht eigenständig zu bewerten. Selbst wenn Inhalte der politischen Bildung dabei z. B. auf YouTube wohl nicht mit Let's-Play-Videos und diversen Tutorials konkurrieren können, gilt es, dementsprechende Aufklärungs- und Gegenangebote im Netz zu schaffen.

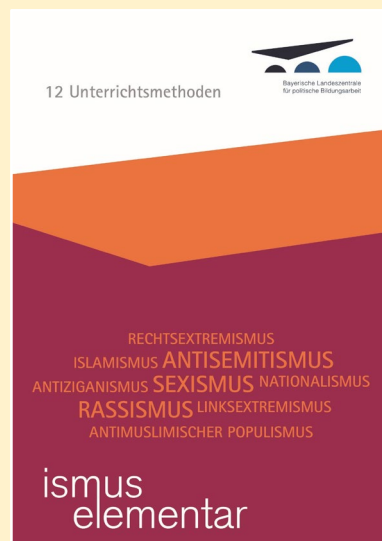
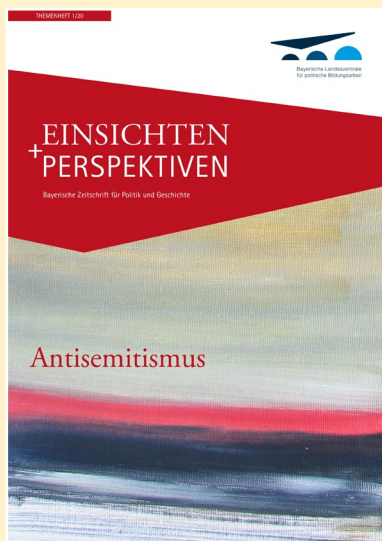


Ein Ansatz der Landeszentrale ist hier zum Beispiel ihre Video-Reihe „ganz konkret“, die auf YouTube und Instagram versucht, über Mechanismen der Manipulation genauso zu informieren wie über die Funktionsweise des Internets.

Denn dass es eine gezielte Strategie des Salafismus ist, potenziell Gefährdete zunächst im Netz und dann in der analogen Welt in „Filterblasen“ zu ziehen,³ kann man besser erläutern und vermitteln, wenn man über die Funktionsweisen von Algorithmen Bescheid weiß.

Deshalb ist es von großer Wichtigkeit, dass Lehrkräfte und andere Multiplikatoren die sich stetig ändernden Strategien kennen und erkennen, um diese im Unterricht oder in der außerschulischen Bildungsarbeit erläutern und darstellen zu können. Dies ist umso mehr eine große Herausforderung, als in den letzten Jahren die Aufgabenfelder und Herausforderungen in diesen Berufsfeldern massiv zugenommen haben. Hier kann politische Bildung unterstützen, etwa indem Informationen gebündelt im Rahmen entsprechender Fortbildungsangebote und Publikationen an Multiplikatoren weitergetragen werden. Vor diesem Hintergrund informiert die Landeszentrale in ihrem Format „Hass 2.0“ in Workshops und Informationsveranstaltungen über aktuelle Entwicklungen. In unseren Publikationen, etwa der Zeitschrift „Einsichten und Perspektiven“, liefern Fachartikel entsprechende Hintergrundinformationen zu einzelnen Themen und geben durch Verlagsankäufe (etwa zu Themen wie künstlicher Intelligenz oder dem DarkNet) der breiten Öffentlichkeit Fakten an die Hand.

Die elementar-Reihe bietet pädagogischen Fachkräften zudem Unterrichtsvorschläge an, wie z. B. im Unterricht mit Schülern über Salafismus gesprochen werden kann.



Im Zusammenspiel der einzelnen Institutionen liegt der Erfolg

Die Bekämpfung extremistischer Positionen ist eine gemeinsame und gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Derartige Bemühungen einzelner Institutionen (wie auch der Landeszentrale) können aber nur im Zusammenspiel aller Wirkung zeigen. Deshalb gibt es bereits Zusammenschlüsse wie beispielsweise die Interministerielle Arbeitsgruppe „Antworten auf Salafismus“ (mit etlichen Netzwerkpartnern kooperierend), die sich gemeinsam bemühen, sich undemokratischen Kräften und ganz speziell dem Salafismus entgegenzustellen. Denn eine Identifikation mit unseren Grundwerten und den Regeln unserer Demokratie kann nur durch ein Zusammenspiel aller Institutionen und gemeinsamer Anstrengung der Bürger erreicht werden.

Wie zu Beginn dargestellt, sind die aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen enorm und dazu noch ungeheuer komplex. Auch deshalb scheinen Ideologien und Anschauungen so attraktiv, die einfache Lösungen und klare Zuschreibungen bieten, seien es Verschwörungsmymthen oder politisch bzw. religiös motivierte Extremismen.

Dass diese einfachen Antworten aber nie eine Lösung auf die komplexen Fragestellungen sein können, dass ein gemeinsames Zusammenleben unter Berücksichtigung der Grund- und Menschenrechte in unserer Demokratie nicht nur die bessere, sondern auch die richtige Alternative zu allen extremistischen Ansichten ist, das gilt es darzustellen und zu vermitteln. Dieser nicht einfachen Herausforderung können wir uns mit Angeboten und Erläuterungen, mit unterschiedlichsten Formaten – und ggf. mit der Konsequenz staatlicher Strafverfolgung – nur gemeinsam stellen.

///

Weiterführende Literatur

Jekta, Maral: Gesellschaftskritik zwischen Legitimität und Demokratiefeindlichkeit – Handlungsempfehlungen für Pädagog*innen, <https://rise-jugendkultur.de/gesellschaftskritik/>, Stand: 19.10.20.

Jößl, Stefan / Jamal, Lobna / Schellenberg, Frank: Politische Bildung im Kontext von Islam und Islamismus, Bonn 2020.


Materna, Georg: Ist das noch kritisch oder schon extrem? Meinungsbildung Jugendlicher in Sozialen Medien im Kontext von islamistischen Ansprachen und Islamfeindlichkeit, in: merz Wissenschaft 63/2019, S. 53-64.

Otten, Michael: Menschenfeindlichkeit und Extremismus. Herausforderungen für die (Grund-)Schule, in: Die Grundschulzeitschrift 315/2019, S. 4-11.

Reinemann, Carsten / Nienierza, Angela / Fawzi, Nayla / Riesmeyer, Claudia / Neumann, Katharina: Jugend – Medien – Extremismus, Wiesbaden 2019.

Anmerkungen

- ¹ Vgl. dazu Kron, Thomas / Reddig, Melanie: Analysen des transnationalen Terrorismus. Soziologische Perspektiven, Wiesbaden 2007, S. 295 ff.
- ² Hafenegger, Benno: Menschenrechte, Demokratie und Partizipation. Ausgangspunkte für die Gestaltung von Schule, in: Die Grundschulzeitschrift 315/2019, S. 6-7, hier S. 7.
- ³ Vgl. dazu Rieger, Diana / Frischlich, Lena / Rack, Stefanie / Bente, Gary: Digitaler Wandel: Radikalisierungsprozesse und Extremismusprävention im Internet, in: Handbuch Extremismusprävention, hrsg. von Brahim Ben Slama und Uwe Kemmesies, Wiesbaden 2020, S. 351-388, hier S. 357 ff.



Florian Endres

leitet das Referat „Beratungsstelle Radikalisierung, Prävention“
im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge; Studium
der Politikwissenschaft, Geschichte und Kriminologie mit
Schwerpunkt auf islamistischen Terrorismus.

/// Beratungsstelle des BAMF im Kampf gegen religiös begründeten Extremismus

Netzwerke mit Netzwerken bekämpfen

Die gewachsenen Deradikalisierungsstrukturen im Phänomenbereich Islamismus sind eng verbunden mit den Entwicklungen in der salafistischen Szene. Im Umgang mit Koran-Verteilung, Jihad-Ausreisen und Anschlägen hat sich Deradikalisierung in Deutschland in drei Phasen als wesentlicher Faktor der ganzheitlichen Terrorismusbekämpfung etabliert.

Einführung

Bereits seit 9/11 sieht sich die Bundesrepublik Deutschland einer erhöhten Bedrohungslage durch den internationalen islamistischen Terrorismus ausgesetzt. Mitte der 2000er-Jahre wurde aufgrund konkreter Anschlagspannungen durch die sogenannten „Kofferbomber“ oder die „Sauerland-Zelle“ deutlich, dass Deutschland in den Fokus jihadistischer Akteure geraten ist. Dies stand auch in Verbindung mit Ausreisen deutscher gewaltbereiter Islamisten in Richtung Afghanistan und Pakistan, die sich dort nicht nur jihadistischen Organisationen anschlossen, sondern nun auch explizite Terrordrohungen gegen Deutschland aussprachen¹.

Neben den dynamischen Entwicklungen im jihadistischen Salafismus ist die salafistische Szene in Deutschland auch insgesamt seit 2006/7 stetig angewachsen. Medienwirksame Aktivitäten, wie z. B. öffentliche Kundgebungen, Koran-Verteilungen in Innenstädten und die wachsende Präsenz der

Deutschland befindet sich im Zielspektrum des islamistischen Terrorismus.

Akteure im Internet, aber auch bundesweit stattfindende „Islam-Seminare“ für Anhänger und Interessierte, bescherten der Szene mehr und mehr Zulauf. Die Zahl der salafistischen Personen im Fokus der Verfassungsschutzbehörden stieg in den vergangenen Jahren konstant. Das Bundesamt für Verfassungsschutz weist für 2019 ein entsprechendes Personenpotenzial von 12.150 aus. 2017 wurde dies noch auf 10.800 und 2011 auf 3.800 beziffert.² Die fortbestehende Wechselwirkung zwischen internationalen Entwicklungen im salafistischen Kontext und den wachsenden Strukturen des Phänomens in Deutschland hat dazu geführt, dass Politik, Behörden und Wissenschaft dem Themenfeld im sicherheitspolitischen Diskurs bis heute große Aufmerksamkeit beimessen.

Vor diesem Hintergrund erkannten die Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern neben der Weiterentwicklung und Implementierung von repressiven Maßnahmen die Notwendigkeit, im Bereich der Islamismus-Prävention und Deradikalisierung aktiv zu werden. Hierfür wurde u. a. 2009 im Rahmen des Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrums (GTAZ) die Arbeitsgruppe (AG) Deradikalisierung ins Leben gerufen, die sich wiederum in verschiedene Unterarbeitsgruppen aufteilt. In dieser behördenübergreifenden Struktur wird eine Vielfalt relevanter Themenfelder zum Komplex Deradikalisierung bearbeitet. Die AG im GTAZ konzipiert – inzwischen unter Federführung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) – wesentliche Inhalte und Standards der Deradikalisierungsarbeit.

Die bundesweite Erstanlaufstelle für soziale Umfeldberatung entsteht im BAMF.

In einer ersten Phase der Arbeitsgruppe widmeten sich u. a. die Experten der Behörden beispielsweise der Dekonstruktion jihadistischer Ideologie (kognitive / ideologische Komponente) sowie der Früherkennung von Radikalisierungsverläufen. Auch Methoden, wie mit radikalisierten Personen durch direkte Ansprache im Sinne einer Deradikalisierung in Kontakt getreten werden kann, war Thema. Darüber hinaus wurden Konzepte für eine bundesweite Erstanlauf- und Beratungsstelle für Ratsuchende aus dem sozialen Umfeld von Radikalisierten entwickelt. Im Jahr 2011 entschied das Bundesministerium des Innern nach dem ersten islamistisch motivierten Anschlag in Deutschland in Frankfurt, dass das BAMF mit der Aufgabe betraut wird, eine solche Beratungsstelle sowie ein Netzwerk an Akteuren zur konkreten Interventions- und Beratungsarbeit aufzubauen. Das BAMF verfügt durch die langjährige Bearbeitung der Themenfelder Asyl, Integration und Migration und seine Vernetzung in die Sicherheitsarchitektur über eine Vielzahl von Zugängen, die zur erfolgreichen Anbindung der Beratungsstelle an Partnerbehörden und Zivilgesellschaft beitragen.³ Die Weiterentwicklung der Beratungsangebote und Implementierung von behördlichen Strukturen in den folgenden Phasen sind immer auch im Spiegel von Szene-Entwicklungen zu betrachten, die wie folgt beschrieben werden können.

Phase 1: Mobilisierung der Szene und Etablierung der Beratungsstrukturen

Zum Jahresbeginn 2012 nahm die Beratungsstelle mit bundesweiter Hotline offiziell die Arbeit auf und hatte mit den Trägern IFAK e.V. und ZDK gGmbH (Projekt HAYAT) zwei zivilgesellschaftliche Beratungsakteure mit Sitz in Nordrhein-Westfalen und Berlin im Feld. Bereits im Frühsommer 2012 zeigte sich mit den gewalttätigen Ausschreitungen von salafistischen Akteuren in Solingen und Bonn, dass das Beratungsangebot des BAMF anlassbezogen erhöhte Nachfrage erfährt. Die in NRW gezeigte offene Gewaltbereitschaft einiger Szeneangehöriger im Rahmen von Demonstrationen gegen rechts-populistische Strukturen stellte eine Neuerung dar, die auch in der Öffentlichkeit aufmerksam mitverfolgt wurde. Mit dem gewachsenen medialen Interesse am Thema Salafismus / Radikalisierung und in Verbindung mit der geplanten, aber nicht umgesetzten Plakat-Kampagne „Vermisst“ des BMI⁴, stiegen auch die Anrufer- und Fallzahlen an der Beratungshotline und bei den Partnern.

Beratungsangebote sind stetig auf sich verändernde extremistische Herausforderungen auszurichten.

Mit dem stetig wachsenden Einfluss jihadistischer Organisationen auf den in Syrien tobenden Bürgerkrieg und der damit verbundenen Polarisierung, die auch in der salafistischen Community in Deutschland feststellbar war, kam es bereits seit 2012/13 zu ersten jihadistisch motivierten Ausreisen nach Syrien und in den weiteren Jahren in den Irak. Schon im Zuge der ersten Ausreisen hatten die Beratungsstellen Fälle mit direkten Bezügen zu Ausreisesachverhalten. Die Zahl von Fällen in diesem Bereich stieg bundesweit in den nächsten Jahren stetig an – ebenfalls wie die Zahl von Szene-Angehörigen aus Deutschland, die sich auf den Weg in den vermeintlichen Jihad machten. Mit Stand November 2020 liegen derzeit Erkenntnisse zu mehr als 1.070 deutschen Islamisten bzw. Islamisten aus Deutschland vor, die in Richtung Syrien / Irak gereist sind. Etwa ein Viertel der gereisten Personen ist weiblich. Der überwiegende Teil der insgesamt gereisten Personen war zum Zeitpunkt der Ausreise jünger als 30 Jahre. Etwa ein Drittel dieser Personen befindet sich momentan wieder in Deutschland. Zu über 100 der bislang Zurückgekehrten liegen den Sicherheitsbehörden Erkenntnisse vor, wonach sie sich aktiv an Kämpfen in Syrien oder im Irak beteiligt oder hierfür eine Ausbildung absolviert haben.⁵

Neben der Thematisierung des Syrien-Konflikts in der Szene entwickelten die Protagonisten des politischen Salafismus ebenfalls durch die Koran-Verteilungs-Aktion „Lies!“ eine Präsenz in den Fußgängerzonen Deutschlands und anderen europäischen Ländern. Fallbezüge zu diesen Strukturen zeigten sich immer wieder bei den vier vom BAMF finanzierten Beratungseinrichtungen zum Jahresende 2012. Das Anrufer- und Fallaufkommen hatte

sich in den Jahren 2014/15 bundesweit stetig erhöht. Im Zuge der aufgezeigten Entwicklungen haben insbesondere die Bundesländer Nordrhein-Westfalen mit dem dezentralen Beratungsangebot „Wegweiser“ seit 2012 und Hessen mit der Schaffung eines „Präventionsnetzwerkes gegen Salafismus“ im Jahre 2014 Schritte unternommen, um u. a. auf die durch das BAMF implementierten Angebote weitere landesweite Strukturen aufzubauen. Hierdurch wurden insbesondere bei den Beratungsstellen vor Ort wichtige personelle Ressourcen geschaffen, um dem wachsenden Aufkommen begegnen zu können.

Zielführend ist, staatliche Koordinierung und zivilgesellschaftliche Angebote zu verbinden.

Das auf dem hessischen Modell basierende „Netzwerk gegen Salafismus“ wurde mit Beschluss der Innenministerkonferenz nach landesspezifischen Anpassungen in weiteren Ländern umgesetzt. Gerade die Verbindung aus einer staatlichen Koordinierungsstelle und eines zivilgesellschaftlichen weiterführenden Beratungs- und Aussteigerangebotes wurde als zielführende Struktur gesehen. Daneben wurde in den entstehenden Strukturen die Primärprävention weiter gestärkt und der Arbeitsbereich Justiz in den Fokus genommen, um in Haftanstalten sowohl Sensibilisierungsangebote für Bedienstete als auch Deradikalisierungsangebote für Inhaftierte vorzuhalten.

Phase 2: Anschläge in Europa und weitere Zielgruppen rücken ins Spektrum der Deradikalisierungsarbeit

Mit den Anschlägen in Paris 2015 und Brüssel hat insbesondere der sogenannte Islamische Staat gezeigt, dass neben den lokalen politischen Interessen im direkten Einflussbereich in Syrien und Irak auch westliche Staaten im Fokus stehen. Die beteiligten Jihadisten kamen zum Großteil aus den Szene-Hotspots in Frankreich und Belgien. Die Debatte in den europäischen Ländern im Kontext der Terrorismusbekämpfung drehte sich im Anschluss schnell um die Aspekte der Strafverfolgung, die Arbeit der Sicherheitsbehörden sowie Deradikalisierungsangebote. Bei den Ermittlungen rund um das Anschlagsgeschehen wurde zudem deutlich, dass die Operateure des „IS“ ebenfalls Attentäter über die Flüchtlingsrouten nach Europa einschleusten. Dies entfachte in der öffentlichen Debatte über die Flüchtlingspolitik kontroverse Diskussionen.

Spätestens mit den Anschlägen in Würzburg und Ansbach im Jahr 2016 erfuhr die Thematik in Deutschland eine noch breitere Aufmerksamkeit. Im Nachgang dieser Taten in Bayern waren die Beratungseinrichtungen hinsichtlich möglicher Radikalisierungstendenzen von Geflüchteten sehr stark nachgefragt. Der Anschlag auf den Weihnachtsmarkt 2016 am Berliner

Breitscheidplatz stellte auch für Deutschland einen weiteren Einschnitt dar. Im Spiegel der Ereignisse hat das BAMF im Zusammenwirken mit den Ländern die Beratungskapazitäten speziell für den Bereich der „Geflüchteten“ ausgebaut. In der Deradikalisierungs- und Interventionsarbeit hat sich über die Jahre zuvor gezeigt, dass Maßnahmen über das enge soziale Umfeld der Radikalisierten oftmals die größten Erfolgsaussichten haben. Im Kontext der Geflüchteten erscheint dies einerseits aufgrund teils fehlender sozialer Umfeldler und andererseits aufgrund sprachlicher Barrieren herausfordernder und bedarf weiterer Ansätze, die in diversen Projekten auf Landesebene weiterentwickelt werden.

Im Rahmen der jihadistischen und salafistischen Propaganda hat sich die Zielgruppe über die Jahre auch auf Frauen und Mädchen erweitert. So entstanden teils über Grenzen hinweg sogenannte „Schwestern“-Netzwerke, die zum einen den salafistischen Lifestyle insbesondere im Social-Media-Bereich propagieren und zum anderen teils konkrete gewaltverherrlichende Inhalte teilen. Mit dem Attentat auf einen Bundespolizisten in Hannover 2016 wurde diese Entwicklung auf dramatische Weise sichtbar. Die Zahl der Frauen und Mädchen innerhalb der Szene ist deutlich gestiegen.

In den Beratungskonstellationen zeigte sich auch seit 2014/15 ein deutlicher Anstieg der Fälle mit Mädchen, die sich in salafistischen Strukturen bewegen. Von den mehr als 2.700 bearbeiteten Fallkonstellationen sind knapp ein Drittel der Indexpersonen weiblich. In der Beratungspraxis wird erkennbar, dass es teilweise Konstellationen mit (jungen) Frauen bis hin zu ganzen Familienverbänden vermehrt zu betreuen gilt und es daher auch hier zielgruppenspezifischer Instrumente besonders in Verbindung mit Kinder- und Jugendhilfesystemen bedarf. Das BAMF fördert seit 2019 beispielsweise die Fachstelle „Liberi“, die zur Aufgabe hat, Deradikalisierungsansätze in diesem Bereich zu entwickeln. Das BAMF-geförderte Projekt „Clearingnetzwerk Radikalisierungsprävention an den Schnittstellen des SGB VIII“ stellt hingegen die Vernetzung und Sensibilisierung von Jugendamtsstrukturen in den Mittelpunkt.

Beratungskonstellationen mit Mädchen und jungen Frauen aus der salafistischen Szene nehmen zu.

Phase 3: Weitere Professionalisierung und Institutionalisierung

Mit dem territorialen Niedergang des „IS“ und der Rücktransformation in eine rein terroristische Organisation rückt die Thematik der vor Ort zurückgebliebenen Kämpfer und deren Angehörigen besonders in den Fokus des sicherheitspolitischen Interesses. Gerade die mehr als 450 Personen in

Nordsyrien und Irak⁶ – unter ihnen viele Frauen und Kinder – sind bei einer möglichen Rückkehr nach Deutschland Zielgruppen für Betreuungs- und Deradikalisierungsangebote, aber auch im Blick der Strafverfolgung. In diesen Fällen sind eine enge Vernetzung der Sicherheitsbehörden auf Bundes- und Landesebene und weiterer Akteure wie Jugendämter und Schulen vonnöten. Um Rückkehrsverhalte mittel- und langfristig möglichst ganzheitlich zu bearbeiten, wurde 2019 das Projekt „Rückkehrkoordination“ gestartet. In den Bundesländern Bayern, Bremen, Berlin, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Hamburg und Hessen wurden Rückkehrkoordinationsstellen durch das BAMF in (Sicherheits-)Behörden implementiert, um neben der Koordination behördlichen Handelns auch die Umsetzung von Deradikalisierungsangeboten zu initiieren.

Mit dem im Jahr 2016 erwirkten Verbot der Strukturen, in die die Aktion „LIES!“ eingebettet war, und den internationalen Entwicklungen⁷ haben sich salafistische Strukturen weiter diffundiert. Das Potenzial der Szene mit 12.150 Personen (Stand 2019) stieg kontinuierlich an, aber nicht in der Dynamik der Vorjahre. Bei den versuchten und durchgeführten Anschlägen in Europa und Deutschland hat sich gezeigt, dass es insbesondere Einzelattentäter sind, die sich im Sinne des „Leaderless Jihad“ z. B. auf Akteure wie den „IS“ berufen, aber wenige bis gar keine direkte Verbindung zur Organisation haben.

Instrumente für Risikomanagement, Interventionsplanung und Verlaufsevaluation werden entwickelt.

Daneben spielen in den Radikalisierungsverläufen zunehmend Faktoren wie sogenannte psychische Auffälligkeiten eine Rolle, die in der Risikobewertung durch die Sicherheitsbehörden auf der einen aber auch in der Deradikalisierungsarbeit auf der anderen Seite in den Fokus rücken. Das Themenfeld Risikomanagement im GTAZ wurde im Rahmen der Entwicklung von RADAR-iTE bei Sicherheitsbehörden vereinheitlicht und strukturiert. Im Bereich der Deradikalisierungsarbeit werden teilweise ebenfalls Instrumente wie VERA II R oder andere Tools genutzt, die allerdings einen eingeschränkten Nutzen für die tägliche Arbeit mit sich bringen.⁸

Daher lässt das BAMF durch die Universitätskliniken Hamburg und Ulm in Kooperation mit den staatlichen und zivilgesellschaftlichen Partnern ein Instrument zur „Einschätzung des Handlungs- und Interventionsbedarfs bei islamistisch begründeter Radikalisierung in der Beratungspraxis – ZiVI“ entwickeln. Dies beinhaltet die Entwicklung eines modularisierten Instruments zur systematischen und strukturierten Begleitung und Reflektion einzelfallbezogener Beratungsprozesse. Die wesentlichen Bausteine sind zum einen eine grundlegende Interventionsplanung wie die Verlaufsevaluation von Beratungsprozessen und zum anderen die operationalisierte Darstellung von Hinweisen auf mögliche extremistische Gewalttaten.⁹

Eine wissenschaftliche Begleitung von Deradikalisierungs- und Interventionsmaßnahmen ist ebenfalls in den vergangenen Jahren zunehmend sowohl im universitären als auch im behördlichen Sektor ausgebaut worden. Die Forschungsbereiche des BAMF und des BKA auf bundesbehördlicher und seitens der Länderstrukturen wie z. B. KONEX in Baden-Württemberg zeigen, dass das Themenfeld wissenschaftlich vielfältig und praxisorientiert bearbeitet wird. Besonders der Bereich Evaluation ist hier immer wieder im Blickfeld. Hat das BKA 2017 in einer bundesweiten Erhebung noch attestiert, dass es an Evaluationen im Kontext von Präventions- und Deradikalisierungsprogrammen fehlt¹⁰, so sind mit den Veröffentlichungen z. B. von Uhlmann (2017), Schumacher (2018) und Möller (2018) erste Ausarbeitungen verfügbar.

Die Frage nach wirksamkeitsbasierten Evaluationen wird inzwischen von vielen Initiativen bearbeitet. Daneben hat das BAMF Forschungszentrum im Rahmen der Begleitforschung der Beratungsstelle „Radikalisierung“ umfassende Projekte gestartet. Neben dem Verbund von wissenschaftlichen Mitarbeitenden bei zivilgesellschaftlichen und staatlichen Strukturen, die praxisnahe Forschung betreiben, ist beispielsweise mit dem Projekt PRADERA (Praxisorientierte Analyse von Deradikalisierungsverläufen) in Zusammenarbeit mit der TU Berlin und dem Bayerischen Landeskriminalamt ein wichtiges Projekt in der abschließenden Phase. In diesem Projekt wurden 19 Personen bundesweit interviewt und deren Ausstiegsprozesse analysiert. Ziel der Studie ist es, herauszufinden, welche Gründe Personen dazu bewegt haben, sich mit Hilfe von Deradikalisierungsangeboten von salafistischen Bewegungen abzuwenden oder umgekehrt in diesen zu verbleiben. Die Ergebnisse werden Anfang 2021 veröffentlicht.

Im Rahmen der Professionalisierung und Standardisierung der Arbeit wurde mit der BAMF-netzwerkgemeinsamen Handreichung „Standards in der Beratung des sozialen Umfelds von (mutmaßlich) islamistisch radikalisierten Personen“ 2019 und 2020 die Arbeitsweise der zivilgesellschaftlichen Beratungs- und Deradikalisierungsakteure untersucht und Standards weiterentwickelt.¹¹ Daneben wurde bereits in den Jahren 2016/17 deutlich, dass Fachkräfte für die Beratungs- und Ausstiegsarbeit auf dem Arbeitsmarkt schwerer zu rekrutieren sind und vor allem die Aus- und Fortbildung ein wesentlicher Faktor ist. Daher lässt das BAMF seit 2018 in Zusammenarbeit mit dem bundesweiten Netzwerk sowie in konkreter Umsetzung mit Partnern aus der Hochschulbildung einen berufsbegleitenden zertifizierten Lehrgang für Fachkräfte konzipieren und umsetzen.

Die praxisorientierte Forschung zu Deradikalisierung und Intervention wird systematisch ausgebaut.

Im Sinne der ganzheitlichen Terrorismusbekämpfung müssen Repression und Prävention ineinandergreifen.

Fazit

Die aufgezeigten drei Phasen zeigen die Entwicklungen des Phänomenbereichs und der Deradikalisierungsstrukturen seit 2012. Rund um die „Beratungsstelle Radikalisierung“ des BAMF hat sich ein breites Netzwerk an zivilgesellschaftlichen und behördlichen Strukturen gebildet, das auf inhaltlicher und struktureller Ebene die Interventions- und Deradikalisierungsarbeit im Phänomenbereich Islamismus maßgebend ausbaut und weiterentwickelt. Dies trägt wesentlich zur ganzheitlich organisierten Terrorismusbekämpfung bei. Repression und Deradikalisierung greifen in Deutschland somit Hand in Hand. Hierbei profitieren (Sicherheits-)Behörden und Zivilgesellschaft gleichermaßen, wodurch eine einzelfallorientierte, zielgerichtete Arbeit möglich wird.

Besonders die in den Bundesländern entstandenen Strukturen haben gezeigt, dass ressortübergreifende Ansätze und klare Aufgabenverteilungen in der konkreten Umsetzung von Maßnahmen bis auf die lokale Ebene den Erfolg von Deradikalisierungsmaßnahmen wesentlich beeinflussen. Auch wenn seit den rechtsextremistisch motivierten Anschlägen 2019 in Halle, Hanau und Kassel die öffentliche Wahrnehmung zwischenzeitlich weniger auf den Bereich des Salafismus gerichtet scheint, zeigen die Ereignisse in Berlin und Dresden 2020, dass der islamistische Terrorismus und die salafistische/jihadistische Ideologie nach wie vor in Deutschland präsent sind.

///

Nähere Informationen

www.beratungsstelle-radikalisierung.de

Anmerkungen

- 1 <https://www.swr.de/report/presse/-/id=1197424/nid=1197424/did=5339916/vmhsay/>, Stand: 4.11.2020.
- 2 <https://www.tagesspiegel.de/politik/salafisten-in-deutschland-szene-waechst-auf-mehr-als-12-000-menschen/25430962.html>, Stand: 27.10.2020.
- 3 Uhlmann, Milena: Evaluation der Beratungsstelle „Radikalisierung“, Abschlussbericht, Nürnberg 2017, S. 5 ff.
- 4 <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/innenministerium-stoppt-vermisst-kampagne-wegen-gefaehrungslage-a-857056.html>, Stand: 9.11.2020.
- 5 <https://www.verfassungsschutz.de/de/arbeitsfelder/af-islamismus-und-islamistischer-terrorismus/zahlen-und-fakten-islamismus/zuf-is-reisebewegungen-in-richtung-syrien-irak>, Stand: 2.11.2020.
- 6 <https://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/211/1921164.pdf>, Stand: 3.11.2020.
- 7 Der „IS“ wurde durch die zunehmende militärische Intervention der internationalen Anti-„IS“-Koalition sehr stark unter Druck gesetzt und verlor an Herrschaftsgebiet in Syrien und im Irak. Damit verbunden war ein erkennbares Nachlassen der Ausreisebewegungen.
- 8 Bei RADAR-iTE (Regelbasierte Analyse potentiell destruktiver Täter zur Einschätzung des akuten Risikos - islamistischer Terrorismus) handelt es sich um ein Risiko-Analyse-Tool, das durch das BKA entwickelt wurde, um die Gefährlichkeit islamistischer Gefährder zu beurteilen. VERA II R (Violent Extremism Risk Assessment Version 2 Revised) ist eine Skala zur Beurteilung des Risikos extremistischer Gewalt, die durch ein Institut in den Niederlanden entwickelt wurde.
- 9 <https://www.uniklinik-ulm.de/kinder-und-jugendpsychiatriepsychotherapie/forschung-und-arbeitsgruppen/arbeitsgruppe-gewalt-entwicklungspsychopathologie-und-forensik/einschaetzung-des-handlungs-und-interventionsbedarfs-bei-islamistisch-begruendet-deter-radikalisierung-in-der-beratungspraxis-entwicklung-eines-zielerreichungs-und-verlaufsbewertungsinstruments-zivi-extremismus.html>, Stand: 2.11.2020.
- 10 Lützing, Saskia / Gruber, Florian: Extremismusprävention in Deutschland – Herausforderungen und Optimierungspotenzial, Wiesbaden 2017, S. 36 f.
- 11 <https://violence-prevention-network.de/wp-content/uploads/2019/08/Standards-Handreichung-Beratungsstellen-Netzwerk.pdf>, Stand: 3.11.2020.

Aktuelle Analysen

Die „Aktuellen Analysen“ werden ab Nr. 9 parallel zur Druckfassung auch als PDF-Datei auf der Homepage der Hanns-Seidel-Stiftung angeboten: <https://www.hss.de/publikationen/>. Ausgaben, die noch nicht vergriffen sind, können dort kostenfrei bestellt werden.

- Nr. 1 Problemstrukturen schwarz-grüner Zusammenarbeit
- Nr. 2 Wertewandel in Bayern und Deutschland –
Klassische Ansätze – Aktuelle Diskussion – Perspektiven
- Nr. 3 Die Osterweiterung der NATO – Die Positionen der USA und Russlands
- Nr. 4 Umweltzertifikate – ein geeigneter Weg in der Umweltpolitik?
- Nr. 5 Das Verhältnis von SPD, PDS und Bündnis 90/Die Grünen nach den
Landtagswahlen vom 24. März 1996
- Nr. 6 Informationszeitalter – Informationsgesellschaft – Wissensgesellschaft
- Nr. 7 Ausländerpolitik in Deutschland
- Nr. 8 Kooperationsformen der Oppositionsparteien
- Nr. 9 Transnationale Organisierte Kriminalität (TOK) –
Aspekte ihrer Entwicklung und Voraussetzungen erfolgreicher Bekämpfung
- Nr. 10 Beschäftigung und Sozialstaat
- Nr. 11 Neue Formen des Terrorismus
- Nr. 12 Die DVU – Gefahr von Rechtsaußen
- Nr. 13 Die PDS vor den Europawahlen
- Nr. 14 Der Kosovo-Konflikt: Aspekte und Hintergründe
- Nr. 15 Die PDS im Wahljahr 1999: „Politik von links, von unten und von Osten“
- Nr. 16 Staatsbürgerschaftsrecht und Einbürgerung in Kanada und Australien
- Nr. 17 Die heutige Spionage Russlands
- Nr. 18 Krieg in Tschetschenien
- Nr. 19 Populisten auf dem Vormarsch?
Analyse der Wahlsieger in Österreich und der Schweiz
- Nr. 20 Neo-nazistische Propaganda aus dem Ausland nach Deutschland
- Nr. 21 Die Relevanz amerikanischer Macht:
anglo-amerikanische Vergangenheit und euro-atlantische Zukunft
- Nr. 22 Global Warming, nationale Sicherheit und internationale politische
Ökonomie – Überlegungen zu den Konsequenzen der weltweiten
Klimaveränderung für Deutschland und Europa

- Nr. 23 Die Tories und der „Dritte Weg“ – Oppositionsstrategien der britischen Konservativen gegen Tony Blair und New Labour
- Nr. 24 Die Rolle der nationalen Parlamente bei der Rechtssetzung der Europäischen Union – Zur Sicherung und zum Ausbau der Mitwirkungsrechte des Deutschen Bundestages
- Nr. 25 Jenseits der „Neuen Mitte“: Die Annäherung der PDS an die SPD seit der Bundestagswahl 1998
- Nr. 26 Die islamische Herausforderung – eine kritische Bestandsaufnahme von Konfliktpotenzialen
- Nr. 27 Nach der Berliner Wahl: Zustand und Perspektiven der PDS
- Nr. 28 Zwischen Konflikt und Koexistenz: Christentum und Islam im Libanon
- Nr. 29 Die Dynamik der Desintegration –
Zum Zustand der Ausländerintegration in deutschen Großstädten
- Nr. 30 Terrorismus – Bedrohungsszenarien und Abwehrstrategien
- Nr. 31 Mehr Sicherheit oder Einschränkung von Bürgerrechten –
Die Innenpolitik westlicher Regierungen nach dem 11. September 2001
- Nr. 32 Nationale Identität und Außenpolitik in Mittel- und Osteuropa
- Nr. 33 Die Beziehungen zwischen der Türkei und der EU –
eine „Privilegierte Partnerschaft“
- Nr. 34 Die Transformation der NATO. Zukunftsrelevanz, Entwicklungsperspektiven
und Reformstrategien
- Nr. 35 Die wissenschaftliche Untersuchung Internationaler Politik –
Struktureller Neorealismus, die „Münchener Schule“ und das Verfahren der
„Internationalen Konstellationsanalyse“
- Nr. 36 Zum Zustand des deutschen Parteiensystems – eine Bilanz des Jahres 2004
- Nr. 37 Reformzwänge bei den geheimen Nachrichtendiensten?
Überlegungen angesichts neuer Bedrohungen
- Nr. 38 „Eine andere Welt ist möglich“:
Identitäten und Strategien der globalisierungskritischen Bewegung
- Nr. 39 Krise und Ende des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes
- Nr. 40 Bedeutungswandel der Arbeit – Versuch einer historischen Rekonstruktion
- Nr. 41 Die Bundestagswahl 2005 –
Neue Machtkonstellation trotz Stabilität der politischen Lager
- Nr. 42 Europa Ziele geben – Eine Standortbestimmung in der Verfassungskrise
- Nr. 43 Der Umbau des Sozialstaates –
Das australische Modell als Vorbild für Europa?

- Nr. 44 Die Herausforderungen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2007 –
Perspektiven für den europäischen Verfassungsvertrag
- Nr. 45 Das politische Lateinamerika: Profil und Entwicklungstendenzen
- Nr. 46 Der europäische Verfassungsprozess –
Grundlagen, Werte und Perspektiven nach dem Scheitern des
Verfassungsvertrags und nach dem Vertrag von Lissabon
- Nr. 47 Geisteswissenschaften – Geist schafft Wissen
- Nr. 48 Die Linke in Bayern – Entstehung, Erscheinungsbild, Perspektiven
- Nr. 49 Deutschland im Spannungsfeld des internationalen Politikgeflechts
- Nr. 50 Politische Kommunikation in Bayern – Untersuchungsbericht
- Nr. 51 Private Sicherheits- und Militärfirmen als Instrumente staatlichen Handelns
- Nr. 52 Von der Freiheit des konservativen Denkens –
Grundlagen eines modernen Konservatismus
- Nr. 53 Wie funktioniert Integration? Mechanismen und Prozesse
- Nr. 54 Verwirrspiel Rente – Wege und Irrwege zu einem gesicherten Lebensabend
- Nr. 55 Die Piratenpartei –
Hype oder Herausforderung für die deutsche Parteienlandschaft?
- Nr. 56 Die politische Kultur Südafrikas – 16 Jahre nach Ende der Apartheid
- Nr. 57 CSU- und CDU-Wählerschaften im sozialstrukturellen Vergleich
- Nr. 58 Politik mit „Kind und Kegel“ –
Zur Vereinbarkeit von Familie und Politik bei Bundestagsabgeordneten
- Nr. 59 Die Wahlergebnisse der CSU – Analysen und Interpretationen
- Nr. 60 Der Islamische Staat – Grundzüge einer Staatsidee
- Nr. 61 Arbeits- und Lebensgestaltung der Zukunft – Ergebnisse einer Umfrage in
Bayern
- Nr. 62 Impulse aus dem anderen Iran –
Die systemkritische iranische Reformtheologie und der
christlich-islamische Dialog in Europa
- Nr. 63 Bayern, Tschechen und Sudetendeutsche:
Vom Gegeneinander zum Miteinander
- Nr. 64 Großbritannien nach der Unterhauswahl 2015
- Nr. 65 Die ignorierte Revolution?
Die Entwicklung von den syrischen Aufständen zum Glaubenskrieg
- Nr. 66 Die Diskussion um eine Leitkultur –
Hintergrund, Positionen und aktueller Stand
- Nr. 67 Europäische Energiesicherheit im Wandel –
Globale Energiemegatrends und ihre Auswirkungen

- Nr. 68 Chinas Seidenstraßeninitiative und die EU: Aussichten für die Zukunft –
China’s Silk Road Initiative and the European Union:
Prospects for the Future
- Nr. 69 Christliche Kirchen und Parteien – Übereinstimmungen und Gegensätze
- Nr. 70 Krisenherd Iran – Innere Entwicklung und außenpolitischer Kurs
- Nr. 71 Mittelpunkt Bürger: Dialog, Digital und Analog
- Nr. 72 Change in der Medien- und Kommunikationsbranche –
Ein Leitfaden für Veränderungsprozesse und die digitale Zukunft
- Nr. 73 Versorgungssicherheit bei Kritischen Rohstoffen –
Neue Herausforderungen durch Digitalisierung und Erneuerbare Energien
- Nr. 74 Jugendstudie Bayern 2019 – Untersuchungsbericht
- Nr. 75 Europa gestaltet globale Handelsbeziehungen –
Die Abkommen mit Japan, Mercosur und Vietnam
- Nr. 76 Rechtes Land? Demokratie stärken
- Nr. 77 Informationsbedrohungen – Herausforderungen für den
europäischen Informationsraum (deutsch und englisch)
- Nr. 78 Protestbewegungen in Russland: Zwischen Aufbruch und Stagnation
- Nr. 79 Klimaschutzbewegung und Linksextremismus –
Wie Linksextremisten vom Klimakampf profitieren
- Nr. 80 Die Europäische Union in der Corona-Weltwirtschaftskrise –
Perspektiven und Handlungsoptionen im geoökonomischen Wettbewerb
zwischen den USA und China (deutsch und englisch)
- Nr. 81 Mit KI gegen die Pandemie?
Über den Einsatz Künstlicher Intelligenz im Gesundheitswesen
- Nr. 82 Das Kreuz mit der Neuen Rechten?
Rechtspopulistische Positionen auf dem Prüfstand
- Nr. 83 Wie aus Vertreibung Versöhnung wurde – 75 Jahre Kriegsende und
70 Jahre Charta der deutschen Heimatvertriebenen
- Nr. 84 Salafismus in Deutschland und Bayern – Ein Problemaufriss

IMPRESSUM

ISBN	978-3-88795-596-0
Herausgeber	Copyright 2021, Hanns-Seidel-Stiftung e.V. Lazarettstraße 33, 80636 München, Tel. +49 (0)89 / 1258-0 E-Mail: info@hss.de , Online: www.hss.de
Vorsitzender	Markus Ferber, MdEP
Generalsekretär	Oliver Jörg
Redaktion	Barbara Fürbeth (Redaktionsleiterin) Susanne Berke (Redakteurin) Claudia Magg-Frank (Redakteurin) Marion Steib (Gestaltung, Satz, Layout)
V.i.S.d.P.	Susanne Hornberger (Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit)
Umschlaggestaltung	Gundula Kalmer, München
Druck	Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Hausdruckerei, München
Hinweise	Zur besseren Lesbarkeit der Texte wird auf die gleichzeitige Verwendung femininer und maskuliner Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten geschlechtsneutral bzw. für alle Geschlechter.

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e.V.



**Hanns
Seidel
Stiftung**

